

FEMINA POLITICA

ZEITSCHRIFT FÜR FEMINISTISCHE POLITIKWISSENSCHAFT

02 | 2015 24. Jg.

Geschlechterpolitik in Osteuropa

FUCHS, HINTERHUBER KOMPLEXE WECHSELBEZIEHUNGEN – GESCHLECHTERPOLITIK IN OSTEUROPA
KERSTEN-PEJANIĆ TIMES OF EUROPEANISATION AS TIMES OF GENDER EXPERTS? MALENICA
TRANSFORMATION VON GESCHLECHTERVERHÄLTNISSEN UND PERSISTENZ MASKULINISTISCHER
STAATLICHKEIT SEILER GESCHLECHTERFRAGEN AN DER SCHNITTSTELLE: FEMINISTISCHE POLONISTIK
LANGE EUROMAIDAN: MÄNNER KÄMPFEN, FRAUEN KOCHEN?



Verlag Barbara Budrich

Geschlechterpolitik in Osteuropa

INHALT

EDITORIAL 7

SCHWERPUNKT: Geschlechterpolitik in Osteuropa 9

GESINE FUCHS, EVA MARIA HINTERHUBER

Komplexe Wechselbeziehungen: Geschlechterpolitik in Osteuropa 9

ROSWITHA KERSTEN-PEJANIĆ

Are times of Europeanisation times of the gender experts? The window of opportunity in the EU accession process in Croatia 28

BRIGITA MALENICA

Transformation von Geschlechterverhältnissen und Persistenz maskulinistischer Staatlichkeit: Staats- und Familienbilder im postsozialistischen Kroatien 41

NINA SEILER

Geschlechterfragen an der Schnittstelle. Verortungen feministischer Polonistik im postsozialistischen Gesellschaftsdiskurs 54

ANJA LANGE

„Männer kämpfen, Frauen kochen?!“ Zu den Geschlechterverhältnissen in der Euromaidan-Revolution 2013/2014 67

FORUM 83

ALEXANDRA SCHEELE, ANDREA JOCHMANN-DÖLL

Das Gender Pay Gap im Branchenvergleich 83

„SOUNDS QUEER“

Ein Interview mit dem Filmemacher Dan Dansen über Feminismus, DJs und die Möglichkeit, mit Filmen die Welt zu verändern 92

TAGESPOLITIK	103
NELLI KAMBOURI	
Gender and the New Coalition Government in Greece	103
PETRA AHRENS	
Das Ende einer Ära? Gleichstellungspolitische Programme der Europäischen Union	107
SUSANNE HERTRAMPF	
100 Jahre Frauenfriedensbewegung. Forderungen und Aktionen für eine feministische Sicherheitspolitik 1915 und 2015	112
MARTINA KEMPF-GIEFING. ANNIKA RAUCHBERGER. MARION THUSWALD	
Zur Kriminalisierung von Armut. Bilder und Lebensverhältnisse von Bettlerinnen in Wien	117
EDMA AJANOVIC. STEFANIE MAYER	
„Freie Frauen“ gegen den „Gender-Wahn“. Paradoxe (neue) Allianzen in der (extremen) Rechten	121
NEUES AUS LEHRE UND FORSCHUNG	125
Kurznachrichten	125
LUCIENNE WAGNER	
„Working from both Ends“ – Diversitätspolitik an der University of California, Berkeley	128
ANDREAS KELLER	
Wissenschaftszeitvertragsgesetz auf dem Prüfstand	136
ANKE LIPINSKY	
Geschlechtergerechtigkeit in der europäischen Wissenschaftspolitik – Einführung, Konsolidierung und neuere Entwicklungen	140
REZENSIONEN	147
JOHANNES GRILL	
Hana Havelková, Libora Oates-Indruchová (Hg.): The Politics of Gender Culture under State Socialism – An expropriated voice	147

KATHARINA WIEDLACK

Francesca Stella: Lesbian Lives in Soviet and Post-Soviet Russia:
Post/Socialism and Gendered Sexualities 149

ERIC LLAVERIA CASELLES

Karin Hostettler, Sophie Vögele (Hg.): Diesseits der imperialen
Geschlechterordnung: (Post-) koloniale Reflexionen über den Westen 151

HANNA HACKER

Nikita Dhawan (Hg.): Decolonizing Enlightenment. Transnational Justice,
Human Rights and Democracy in a Postcolonial World 153

JULIA DÜCK

Tina Jung, Anja Lieb, Marie Reusch, Alexandra Scheele, Stefan Schoppengerd (Hg.):
In Arbeit: Emanzipation. Feministischer Eigensinn in Wissenschaft und Politik 156

ANNETTE VON ALEMAN

Brigitte Aulenbacher, Birgit Riegraf, Hildegard Theobald (Hg.): Sorge: Arbeit,
Verhältnisse, Regime 158

LYDIA-MARIA OUART

Tatjana Thelen: Care/Sorge. Konstruktion, Reproduktion und Auflösung
bedeutsamer Bindungen 161

KIRSTEN ACHELIK

Ulrike Busch, Daphne Hahn: Abtreibung. Diskurse und Tendenzen 162

HEIKE KAHLERT

Marion Kamphans: Zwischen Überzeugung und Legitimation.
Gender Mainstreaming in Hochschule und Wissenschaft 165

STEFAN SULZENBACHER

Andreas Heilmann, Gabriele Jähnert, Falko Schnicke, Charlott Schönwetter,
Mascha Vollhardt (Hg.): Männlichkeit und Reproduktion. Zum gesellschaftlichen
Ort historischer und aktueller Männlichkeitsproduktionen 167

ANKÜNDIGUNGEN UND INFOS	171
Neuerscheinungen	172
AUTOR_INNEN DIESES HEFTES	175

EDITORIAL

Liebe Leser_innen,

Heidenau, Coesfeld, Weissach, Lübeck, Freital, Nauen, Berlin – die Liste der Orte, an denen gegen Flüchtlinge demonstriert wird, Gewalt gegen Menschen stattfindet oder neu geschaffene Notunterkünfte zerstört werden, wird jeden Tag länger. Wieder einmal wird Angst geschürt mit dem Argument, „die Fremden“ überlasteten die bereits ohnehin strapazierten Gemeinden und Kommunen sowie das deutsche Sozialsystem und gefährdeten die „deutsche“ Kultur sowie die öffentliche Ordnung. Diese Gewalt – verbal und physisch – in den digitalen Medien und auf der Straße – richtet sich gegen Flüchtlinge, gegen „die da oben“, die „Lügenpresse“, sogenannte „Gutmenschen“ und macht die Notwendigkeit einer besseren und vor allem humanitären Einwanderungspolitik sichtbar. Vor dem Hintergrund der dramatischen Entwicklungen sind Meldungen, dass geflüchtete bzw. flüchtende Frauen während ihrer Flucht und in Flüchtlingsunterkünften häufig Opfer von Übergriffen sind, dass es Debatten darüber gibt, geflüchteten Kindern die Schule zu verwehren oder rassistische Gewalt durch staatliche Behörden stattfindet, fast zu Randnotizen geworden. Dies zeigt, wie schnell der Blick von einem Krisenherd zum nächsten gerichtet wird ohne eine tiefere Betrachtung der Probleme.

Dies gilt auch für das Thema unseres aktuellen Heftes: Mit dem Schwerpunkt Osteuropa betrachten wir eine Region, die noch vor einigen Monaten die Medien beherrschte. Die Unabhängigkeitsbewegung in der Ukraine, die Annexion der Krim, der Krieg in der Ostukraine und die Frage, welche Rolle die EU und die Nato einerseits und Russland andererseits bei der Zuspitzung des Konfliktes übernommen hatten, waren lange Gegenstand der medialen Berichterstattung. Wie diese Entwicklungen sich eigentlich auf die Geschlechterverhältnisse auswirkten, wurde jedoch auch hier höchstens am Rande problematisiert. Mit Beiträgen zu Geschlechterrollen und -stereotypen bei der Euromaidan Revolution, zur politischen Bedeutung feministischer Literaturwissenschaft in Polen und zur Rolle von Gender-Expertinnen beim EU-Beitrittsprozess Kroatiens stellen wir diese Frage in den Mittelpunkt. Die Auswirkungen des Ukraine-Konflikts holten aber auch uns ein: Eine ukrainische Autorin sah sich gezwungen, einen zugesagten Artikel zurückziehen, da sie sich mitten im Krieg außerstande sah, ihn fertigzustellen. Bzgl. der Umsetzung der EU-Gleichstellungspolitik in den Ländern Mittel- und Osteuropas zeigen die Beiträge des Schwerpunkts Altbekanntes: Häufig hängt die konkrete Implementierung von Geschlechtergerechtigkeit wieder einmal mehr von der Durchsetzungsfähigkeit der lokalen Frauenbewegungen ab, die schon die Lücke des sich zurückziehenden Sozialstaats füllen müssen. Es bedarf weiterer Analysen, die nicht nur die formale Implementation der EU-Gleichstellungsstandards, sondern auch die konkrete Ausgestaltung von policies in den Blick nehmen.

Die EU-Gleichstellungspolitik, die lange Zeit für viele Länder als gleichstellungspolitischer Motor galt, wird in den Rubriken Tagespolitik und Neues aus Lehre und Forschung aufgegriffen. Ein Beitrag setzt sich mit der Zukunft der Gleichstellungspolitik der Europäischen Union auseinander, ein weiterer mit Geschlechtergerechtigkeit in der EU-Wissenschaftspolitik. Nach dem Wahlsieg von Syriza in Griechenland im Januar 2015 und der Bildung einer Koalition mit der rechtsnationalistischen Partei Anel haben Feministinnen die Unterrepräsentanz von Frauen in der neuen Regierung kritisiert. Inwieweit sich dies auch auf die geschlechterpolitischen Inhalte der griechischen Regierung auswirkte, wird in der Rubrik Tagespolitik analysiert. Ein weiterer Artikel zeigt auf, dass Forderungen der internationalen Frauenfriedensbewegung, die vor 100 Jahren aufgestellt wurden, nichts von ihrer Aktualität eingebüßt haben. Thema ist zudem das österreichische Bettelverbot, das mit einer Kriminalisierung sowie mit geschlechterpolitisch problematischen Stereotypisierungen der Bettler_innen verbunden ist. Schließlich erläutert eine Analyse der Diskurse rechtspopulistischer und rechtsextremer Strömungen in Österreich, dass sowohl der Kampf gegen den „Genderismus“ als auch anti-muslimischer Rassismus zu neuen Allianzen zwischen ideologisch teils gegensätzlich ausgerichteten Gruppierungen führen.

Im Forum erläutert der Dokumentarfilmer Dan Dansen bestehende strukturelle Diskriminierungen im Bereich der elektronischen Musik und zeigt, wie queere Räume in diesem Feld erkämpft werden. In einem weiteren Beitrag geht es um die Entgeltungleichheit in zwei Dienstleistungssektoren – Finanzen/Versicherungen und Gesundheit – in denen Frauen die Mehrzahl der Beschäftigten stellen.

Die Reform des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes, das die Möglichkeiten von befristeten Arbeitsverträgen in der Wissenschaft einerseits so weit ausgedehnt hat, dass Kurzzeitverträge ohne Planungssicherheit zum Alltag geworden sind, andererseits aber mit seiner Restriktion auf eine 12-jährige Beschäftigungsdauer nicht selten die berufliche Laufbahn abrupt abbrechen lässt, wird in der Rubrik Neues aus Lehre und Forschung diskutiert. Ein weiterer Artikel zeigt, wie Diversitätspolitik an der University of California in Berkeley als hochgradig vernetzter und wenig hierarchischer Ansatz verankert werden konnte, der auch als ein mögliches Best-Practice-Beispiel für Hochschulen im deutschen Sprachraum gelten kann.

Wie immer sind in diesem Heft auch eine Vielzahl von lesenswerten Rezensionen zu finden sowie Hinweise auf Neuerscheinungen.

Wir wünschen Euch/Ihnen eine anregende Lektüre!

Eure/Ihre Redaktion

Vorschau auf die nächsten Hefte (Arbeitstitel)

1/2016 Moderne Sklaverei und extreme Ausbeutung in globalisierten Arbeits- und Geschlechterverhältnissen

2/2016 20 Jahre Vertrag von Amsterdam – europäische Gleichstellungspolitik revisited

Komplexe Wechselbeziehungen: Geschlechterpolitik in Osteuropa¹

GESINE FUCHS, EVA MARIA HINTERHUBER

Ambivalente Entwicklungen der Geschlechterverhältnisse in der Region

Als wir in der *Femina Politica* 2006 unser erstes Schwerpunktheft zu Osteuropa herausgaben, waren die geschlechterpolitischen Folgen des Meilensteins „EU-Osterweiterung“ zwar schon sichtbar, jedoch noch wenig konturiert. Ein Jahrzehnt später sind Trends und Konstanten deutlicher erkennbar: 25 Jahre nach Beginn der demokratischen Transformationen in Osteuropa sind wir mit ambivalenten Ergebnissen in Bezug auf die Geschlechterverhältnisse konfrontiert. Demokratisierung war nicht gleichbedeutend mit Geschlechterdemokratie, der Übergang zur „freien“ Marktwirtschaft kein Äquivalent zur ökonomischen Gleichstellung der Geschlechter. Die Transformation hat ausgesprochen janusköpfige und kontrovers beurteilte Folgen, und auf dem Feld der Geschlechterpolitik wurden auch grundlegende Konflikte zum Verhältnis von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft ausgetragen. Als Stichworte seien hier auf nationalstaatlicher Ebene die Verdrängung von Frauen aus der institutionalisierten Politik, die Feminisierung der Zivilgesellschaft oder der Umbau der Wohlfahrtsregime und die Reprivatisierung des Sozialstaats genannt: Während neotraditionale Weiblichkeitsrollen propagiert werden, macht der sozialpolitische Rückzug des Staates ein Leben nach dem männlichen Ernährermodell nur für wenige möglich und verhilft einem liberalen Zweiverdienermodell zur weiten Verbreitung. Die Demokratisierung der Geschlechterverhältnisse ist – wie überall – nicht eingelöst, stattdessen haben Umverteilungsprozesse von Arbeit, Zeit und Geld zu einer Retraditionalisierung, zu Stereotypisierungen sowie intersektionaler sozialer Exklusion geführt. Wir können gleichzeitig große Unterschiede innerhalb der Gruppe der mittel- und osteuropäischen Staaten ausmachen, nicht zuletzt entlang der neuen materiellen und diskursiven Trennlinien, die im Zuge der EU-Erweiterung entstanden sind. Die Erweiterung hat die (rhetorische) Orientierung staatlicher Politik an bestehenden Europäischen Gleichstellungsstandards in der Region zumindest zeitweise erhöht, weil der Beitritt an die Pflicht zur Übernahme des Gender Acquis gekoppelt wurde. Die eigentliche Implementation stellte sich als schwieriger heraus und ist immer noch begrenzt.

Entsprechend haben Gleichstellungsforscher*innen in den letzten Jahren einen Stillstand in den Geschlechterpolitiken der Europäischen Union festgestellt. Die Debatte zu den dahinterliegenden Gründen wird kontrovers geführt. Einige Forschende verweisen auf die geänderte Zusammensetzung des Europäischen Parlaments seit den Wahlen von 2014, andere machen die entscheidenden Gründe in den neuen östlichen Mitgliedsstaaten selbst aus. Manche haben einen anhaltenden Ökonomismus identifiziert, der den Charakter der EU-Geschlechterstrategie selbst stark einschränkt: Diese Strategie ist gezwungen, sich in den engen Grenzen des liberalen Individualismus zu bewegen; Anstrengungen, um die grundlegenden strukturellen Gründe für Geschlechterungleichheit in verschiedenen Bereichen anzugehen, sind kaum möglich (vgl. Špehar 2012). Dieser Ökonomismus ist eine Konstante der politischen Entwicklungen, zugleich sind aber Arbeiten zur politischen Ökonomie der Geschlechterbeziehungen in der Region dünn gesät – eine Lücke, die wir auch in diesem Heft nicht schließen konnten.

Mit dem vorliegenden Schwerpunktheft möchten wir die komplexen Wechselwirkungen zwischen der dreifachen Transformation von Staat/Nation, Demokratie und Wirtschaft und den Geschlechterverhältnissen in den östlichen Mitgliedstaaten in den Blick nehmen. Dazu umreißen wir in der Einleitung zunächst das Forschungsfeld und stellen die Beiträge des Schwerpunkts in den Kontext der jeweiligen Forschungsleerstellen, aber auch der neuen (Er-)Kenntnisse hinsichtlich der Geschlechterverhältnisse in den in den östlichen Mitgliedstaaten. Ausgangspunkt der Überlegungen ist die feministische Staatstheorie. Diese hat grundlegend zu unserem Verständnis der osteuropäischen Transformationsprozesse beigetragen, wie wir aber zeigen werden, sind ihre Effekte im Bereich der Geschlechterpolitik durchaus zwiespältig. Wir fahren fort mit einer Beurteilung der Wirkung der EU auf die Gleichstellungspolitik in Ländern Mittel- und Osteuropas (MOE). Die Übernahme und Implementation der EU Geschlechter-Richtlinien werden zunächst diskutiert, dann deren Wirkungen in zwei Politikfeldern genauer betrachtet, nämlich der Prävention von Gewalt gegen Frauen sowie Sozialpolitik. Danach evaluieren wir die strukturellen Wirkungen des EU-Mandates in diesen Bereichen, z. B. in Bezug auf staatliche Gleichstellungsinstitutionen und die Rolle von Frauen-NGOs. Ein Blick auf die Ukraine als einem exemplarisch ausgewählten Nicht-Mitgliedsstaat zeigt den widersprüchlichen Charakter der Geschlechterverhältnisse in Bezug auf Frauenrollen, Sozialpolitik und weiblichem Aktivismus. Die Einleitung schließt mit Überlegungen für künftige Forschung und in Bezug auf politischen Handlungsbedarf, welcher die Gleichstellung der Geschlechter voranbringen könnte.

Feministische Staatstheorie und Osteuropa

Wie häufig in der Wissenschaft, steht in der Transformationsforschung eine umfassende Rezeption der Erkenntnisse aus den Gender Studies noch aus (siehe Kollmorgen/Merkel/Wagener 2015). Umgekehrt wird Kritik laut, feministische

Forscher*innen hätten selbst keine gesellschaftstheoretisch fundierten Analysen zu Geschlecht und postsozialistischer Transformation vorgelegt (Dölling 2015, 551). Für die Politikwissenschaft stimmt das nur teilweise, wie sich an den hier besprochenen Arbeiten zeigt. Feministische staatstheoretische Ansätze, die auf (neo-)marxistischen Theorietraditionen fußen, interpretieren die postsozialistische Transformation als eine Variante aktueller weltweiter Transformationen von Staatlichkeit. Sie betonen die Kontingenz und politische Gestaltbarkeit der Transformation von Staatlichkeit (Löffler 2012). Mit der Abwendung vom Patriarchatsbegriff und von der Vorstellung eines monolithischen Akteurs „Staat“ entwickelt die feministische Staatstheorie zugleich den Begriff der maskulinistischen Staatlichkeit. Dieser Begriff erlaubt eine Analyse von Geschlechtsidentitäten und Geschlechterinteressen, die in Staatsdiskursen und im Staatshandeln hervorgebracht werden.² In unserem Schwerpunkt fragt *Brigita Malenica* nach der Relevanz postsozialistischer feministischer Staatskritik. Wie ist die Diagnose einer Retraditionalisierung der Geschlechterverhältnisse in Kroatien nach dem Systemumbruch heute zu bewerten? Am Beispiel der Wahl von Kolinda Grabar-Kitarović zur ersten kroatischen Staatspräsidentin im Januar 2015 zeigt sie die Neuformulierung „staatsbildender“ maskulinistischer Vorstellungen von Staat und Familie durch eine Frau auf. Dies ist eine vielversprechende Perspektive, um die Neubestimmungen von Nation, Staat und Geschlecht in der Region zu verstehen und zu analysieren.

Die Wirkung der Europäischen Union auf Gleichstellungspolitiken in osteuropäischen Mitgliedsstaaten und in den Kandidatenländern

Die EU hatte sich durch klare Bedingungen für einen Beitritt wie die Übernahme des Gemeinsamen Besitzstandes auch in Geschlechterfragen als eine Rechts- und Wertegemeinschaft präsentiert (Fuchs/Hinterhuber 2006, 9). Es bestand die Hoffnung, dies würde auch einen langfristigeren positiven Einfluss auf die neuen Mitglieder haben; aus der Luft gegriffen schienen solche Wünsche nicht: Forschende haben die Gleichstellung der Geschlechter oftmals als eines der am weitesten fortgeschrittenen und ausgearbeiteten Politikfelder innerhalb der EU beschrieben und die Herausbildung einer supranationalen Geschlechterordnung gewürdigt (vgl. z.B. Fuhrmann 2005). Trotz des andauernden rhetorischen Lobs, besonders im Vergleich mit Nicht-Mitgliedsstaaten wie Russland, scheint die Gleichheit der Geschlechter kein zentraler Pfeiler der EU-Aktivitäten mehr zu sein. Die Entwicklungstendenzen des letzten Jahrzehnts sind bestenfalls ambivalent³ (vgl. Ahrens 2014). Während es einige Fortschritte im Kampf gegen geschlechtsspezifische Gewalt gegeben hat, stagnierten die Aktivitäten und Programme zu Themen wie gleichberechtigte Partizipation an politischen Entscheidungsprozessen oder an Geschlechterfragen in Außen-, Arbeits- und Sozialpolitik. Feminist*innen beurteilen zudem die Gender-Sensitivität neuer regulatorischer Instrumente wie Ranking und Benchmarking negativ (vgl. Van der Vleuten/Verloo 2012).

Obwohl der Begriff „Gleichstellung der Geschlechter“ zum ersten Mal in den Namen einer EU-Generaldirektion integriert wurde, markiert der „Fahrplan für die Gleichstellung von Frauen und Männern 2006 – 2010“ einen weniger positiven Wendepunkt. „(G)leichstellungspolitische Ziele (wurden) in andere Politikfelder und deren Ziele eingeflochten“ (Ahrens 2014) und häufig dem Primat der Ökonomie untergeordnet. In den neuesten Mitgliedsstaaten gibt es parallele Entwicklungen. In den zehn Jahren nach der Osterweiterung haben sich die Gleichstellungspolitiken in den mittel- und osteuropäischen Ländern wesentlich abgeschwächt (vgl. Galligan/Clavero/Calloni 2008). Während von den Beitrittskandidaten verlangt wurde, dass sie den Gender Acquis Communautaire und die relevante Gesetzgebung schon in der Periode vor dem Beitritt übernehmen und sie einige andere Regulierungen bereits vorwegnehmen, so war die eigentliche Übernahme der Gleichstellungs-Richtlinien oft verspätet oder verzerrt. Infolgedessen waren die Implementation und der Vollzug nach dem Beitritt auf nationaler Ebene oft unzureichend, die „Europäisierung“ oder „EU-isierung also unvollständig.

Der Begriff „Europäisierung“ umfasst die Konstruktion, Verbreitung und Institutionalisierung von formalen und informellen Regeln, Prozeduren und politischen Paradigmen, zudem einen bestimmten Politikstil, sowie geteilte Überzeugungen und Normen, welche zuerst auf der EU-Ebene definiert und gefestigt wurden und dann in nationale Kontexte integriert wurden (ebd.). Europäisierung verlangt von Staaten die Transposition, Implementation und Vollzug sowohl von weichem Recht als auch von formalisiertem Recht. Idealerweise resultiert daraus ein hohes Maß an Compliance.⁴ In diesem Bereich besteht ein deutlicher Schwerpunkt der gesamten Forschung zum Thema. Viele Untersuchungen haben sich auf die gesetzgeberische Einhaltung der Verpflichtungen konzentriert. Dabei waren der Gender Acquis und die relevanten Richtlinien, die Logiken und Mechanismen der Übernahme, formale Implementation und alltäglicher Vollzug nach der Aufnahme der neuen Staaten Thema. Forschungen zur eigentlichen Implementation und dem Vollzug sind wesentlich seltener als solche zur Übernahme von rechtlichen Regelungen. Die Auswirkungen der EU-Geschlechterpolitik auf unterschiedliche Politikfelder sind hingegen Gegenstand von Studien zu Politiken gegen häusliche Gewalt, zu Antidiskriminierung sowie im Bereich der Sozial- und Familienpolitik, die unten exemplarisch aufgefächert werden. Um künftig zu validen Erklärungen zu kommen, wie das Auseinanderklaffen zwischen formaler Übernahme und unzureichender Implementation bzw. lückenhaftem alltäglichem Vollzug erklärt werden kann, wirft der folgende Abschnitt zunächst einen Blick auf den Prozess der Übernahme des Acquis.

Übernahme, Implementation und Vollzug des Gender Acquis

Die Osterweiterung war ein überwiegend technokratischer und elitengeleiteter Prozess (Schimmelfennig 2004, 261f.), der ausgeprägte Machtungleichheiten zwischen der EU und den ehemals staatssozialistischen Ländern ans Licht brachte, deren neue

politische Eliten grundsätzlich „nach Europa zurückkehren“ wollten. Diese Situation ließ wenig Raum für das Aushandeln angemessener Übergangsperioden (Kantola 2010, 189f.). Dennoch war der Druck der EU während der Beitrittsverhandlungen, den Gender Acquis zu übernehmen, nicht besonders stark (Bretherton 2001); folglich war die Bereitschaft der Kommission, Länder für ihre fortgesetzte Nichteinhaltung zu sanktionieren, eher begrenzt (Fábián 2010, 59). Die Umsetzung der Richtlinien verlief dennoch schneller, einheitlicher und umfassender als in den alten Mitgliedsländern (Schimmelfennig/Sedelmeier 2005, 225). Es gab aber nationale Unterschiede in Geschwindigkeit und bei der Wahl des Zeitpunkts unter den Beitrittsstaaten. Während in Polen die Übernahme durch aufgeheizte und polemische Debatten bis Herbst 2001 verzögert wurde, war dies in der Tschechischen Republik ein eher technischer Prozess (Seppanen Anderson 2006).

Grundsätzlich identifizierten die Forschungsarbeiten externe und interne Faktoren als notwendig für die Übernahme. Zudem war die Beitritts-Konditionalität wichtig, die zusammen mit förderlichen innenpolitischen Faktoren als positiver Anreiz fungierte. Solche innenpolitischen Aspekte waren z. B. politischer Druck von unten, oft in Kooperation mit transnationalen Akteur*innen (Kantola 2010, 193) und/oder Frauenbewegungen (Steinhilber 2008, 263). Nach dem Beitritt scheinen das Ausmaß von „fit“ und „misfit“ der Richtlinien, gekoppelt mit innenpolitischen Gelegenheitsstrukturen, für die korrekte Übernahme und taugliche Implementation ausschlaggebend gewesen zu sein. Nicht überraschend haben alle geschlechterpolitischen Analysen eine Lücke zwischen Übernahme auf der einen Seite und effektiver Implementation und Vollzug auf der anderen Seite gefunden (z. B. Gerber 2010; Havelková 2010; Špehar 2012; siehe auch Steinhilber 2008).

Die neuere Forschung versucht, die Variationsbreite bei der Implementation und den institutionellen Reformen zu erklären und fokussiert sich dabei mehr auf innenpolitische Faktoren, wie nationale Geschlechterregime und vorherrschende Politik-Frames. Bei dem Bemühen, die Gleichstellungspolitik in den postsozialistischen mittel- und osteuropäischen Staaten zu verändern, hat die Europäisierung mit ihrem Druck zur Anpassung eine Schlüsselrolle gespielt. Die Unterschiede zwischen den Ländern in der Übernahme und der Implementation von Politiken können auf Unterschiede in der Mobilisierung zivilgesellschaftlicher Akteur*innen zurückgeführt werden. Avdeyevs vergleichende Studie (2010) konnte zeigen, dass die Übernahme von Politiken von einer starken Frauenbewegung und von Parlamentarierinnen abhing, die für die Unterstützung von Gesetzesreformen mobilisierten. Institutionelle Reformen sind erfolgreicher, wenn folgende Faktoren gegeben sind: „(1) social movements are strong enough to pressure for policy implementation and (2) there are supportive political actors within government elites.“ Darüber hinaus gilt: „women’s movements were more successful in influencing governments’ decisions when left parties dominated national parliaments“ (ebd., 215). Insgesamt hatten Anreize und die Stärke des Wunsches eines Landes, der EU beizutreten, einen positiven Einfluss auf die substantielle Repräsentation von Frauen: „In simple terms

the findings suggest that the EU has initially created a broad incentive structure for candidate states to adopt gender equality policy, but its adoption and implementation success are mediated by domestic facilitating actors“ (Bego 2011, 220).

Auch die Europäisierung der jugoslawischen Nachfolgestaaten wird kontrovers beurteilt. Insgesamt scheinen die Entwicklungen dort jedoch effektiver zu sein als jene während der ersten Osterweiterung. Viele Studien unterstreichen die Bedeutung nationaler institutioneller und struktureller Faktoren für die weitere Entwicklung (z. B. Dobrotić/Matković/Zrinščak 2013; Ignjatović/Bošković 2013; Špehar 2012). Zu den Schlüsselfaktoren für die Wirksamkeit der EU-Gleichstellungspolitik gehören die tatsächliche Situation von Frauen in der Gesellschaft, Unterstützung für Geschlechtergleichheit durch die Bürger*innen und die zivilgesellschaftlichen Organisationen sowie die jeweiligen institutionellen Kapazitäten. Wo die Zivilgesellschaft schwach ist und Europäisierung unsicher oder langsam, dort sind Wissenschaftler*innen nicht sehr optimistisch.

Im Beitrittsprozess können Frauenbewegungen als „Norm-Unternehmerinnen“ handeln. In Kroatien, so zeigt der Beitrag von *Roswitha Kersten-Pejanić*, waren diese gut vernetzt und vorbereitet, um Druck auszuüben auf die Prozesse des Entwurfs, Initiierens und der Annahme innovativer geschlechterpolitischer Maßnahmen. Frauenorganisationen in Kroatien – eingedenk des großen Ausmaßes feministischer Mobilisierung und Theoriebildung bereits vor 1989 – waren erfolgreicher als ihre Kolleginnen zehn Jahre zuvor in Ostmitteleuropa (vgl. a. Rošul-Gajić 2014).

Dies kann als neuerliche Bestätigung der genannten These verstanden werden (z.B. Avdeyeva 2010), dass die Übernahme, Implementation und der Vollzug des Gender Acquis nicht zuletzt von einflussreichen Frauenbewegungen abhängig ist, die sich für die entsprechenden Gesetzesreformen stark machen. Herausforderungen bestehen aber nicht nur auf nationalstaatlicher, sondern wie gesagt auch auf EU-Ebene in Form der beschriebenen weitreichenden Stagnation im Bereich der Geschlechterpolitik. Dass deren Ausmaß in verschiedenen Politikfeldern unterschiedlich ausfällt, zeigen die folgenden Abschnitte.

Auswirkungen auf Politiken gegen Gewalt gegen Frauen

Trotz des allgemeinen geschlechterpolitischen Stillstands der letzten Jahre sind Versuche, häusliche Gewalt gegen Frauen zu bekämpfen, ein Bereich der EU-Politik mit bemerkenswerten Fortschritten im vergangenen Jahrzehnt. Politiken zur Bekämpfung häuslicher Gewalt, die in den postsozialistischen Mitglieds- und Kandidatenländern unter der Schirmherrschaft der EU eingeführt wurden, gehören zu den breiter untersuchten Geschlechteraspekten der Erweiterung. Von Beginn der Osterweiterung an übte die Kommission Druck auf die Regierungen aus, Gewalt gegen Frauen anzugehen. Der Weg hierzu war zuvor von geschlechterpolitischen NGOs geebnet worden, die sich nach dem Zusammenbruch des Staatssozialismus schnell gründeten und ihren Höhepunkt in der Mitte der 1990er-Jahre erreichten. Trotz aller

Unterschiede haben die MOE-Staaten Gemeinsamkeiten, die von der staatssozialistischen Tradition herrühren. Dazu gehört eine offizielle Rhetorik zur Gleichstellung der Geschlechter und der Emanzipation der Frauen. Gleichzeitig teilten sie auch eine „Kultur der Verleugnung“ des Problems häuslicher Gewalt im Staatssozialismus (Fábián 2010, 62).

Durch verschiedene NGO-Kampagnen wurde häusliche Gewalt ein Problem mit identifizierbarem Ausmaß und Charakter im gesamten postkommunistischen Mittel- und Osteuropa:

The EU has been explicitly and unexpectedly helpful in strengthening NGOs' position in the new Central and Eastern European member states and candidates with its acknowledgement of domestic violence as a human rights violation and a threat to women's participation in employment and in a functioning democracy (ebd., 58).

Dieses Politikfeld ist ein Beispiel für die positiven Auswirkungen der Wechselbeziehung von supranationalem Druck, die gegenseitige Beeinflussung von EU und Mitgliedstaaten sowie des Engagement internationaler Organisationen und internationalen NGOs bei der Förderung der Gleichstellungsfragen. Bis Ende der 2000er-Jahre gab es in allen MOE-Staaten, mit Ausnahme Ungarns und der baltischen Staaten, gesetzliche und politische Veränderungen. Einige Staaten griffen den einschlägigen politischen Erwartungen der EU gar vor (ebd., 62). Auch hier findet man trotz der Unterschiede auffallende Ähnlichkeiten unter den MOE-Ländern nicht nur in Bezug auf politische Prozesse und Instrumente, sondern vor allem hinsichtlich der begrenzten Implementation. In den Worten von Fábián: „(L)egal changes related to domestic violence may not effect actual behaviour in people's daily lives or the conduct of the police or judiciary“ (ebd., 64).

Auswirkungen auf Sozialpolitik

Demokratisierung, der Übergang zur Marktwirtschaft und der EU-Beitrittsprozess in Mittel- und Osteuropa überlappten sich mit dem Aufstieg der Neoliberalismus, der Deregulierung von Märkten und dem Rückzug des Staates weltweit (Auth 2009, vgl. Centeno/Cohen 2012). Daher mussten die Transformationsländer und ihre Bürger*innen nicht nur mit der Demontage des sozialistischen Wohlfahrtsystems klar kommen sondern auch mit neoliberalen Experimenten auf dem Feld der Sozialpolitik. Was wir 2006 noch als Desiderat formulierten, nämlich die Erforschung der Transformation des Wohlfahrtsstaats, ist nun ein breites Forschungsfeld geworden. Die enge Verzahnung von Wohlfahrtsregime und Geschlechterregime haben viele Studien zu den geschlechtsspezifischen Auswirkungen des EU-Beitritts auf die Sozialpolitik eindrucksvoll bestätigt. Entgegen weit verbreiteter Überzeugungen sind die MOE Länder jedoch weder eine homogene Gruppe noch gibt es einheitliche Muster in der Sozial- und Familienpolitik (vgl. Javornik 2014). Ciccia und Verloo (2015) stellen bei ihrer Beurteilung der Geschlechtergleichstellung in einem erwei-

terten Europa fest, dass sich die EU-Mitglieder in fünf Modelle gruppieren lassen, die nur teilweise mit der geografischen Nähe dieser Länder zusammenfallen.

Das facettenreiche Bild der MOE-Länder und die Geschlechterdifferenzen in den nationalen Sozialpolitiken, wie sie von Velluti (2014) und anderen gezeichnet werden, macht die Frage der EU Auswirkungen noch komplexer, zumal weitere Studien zusätzliche Einflüsse herausarbeiten. Szikra und Szelewa (2009) beispielsweise zeigen, dass die sozial- und familienpolitischen Entwicklungen in Polen und Ungarn nach 1989 in großem Maße pfadabhängig waren. Sie betonen auch, dass im Staatssozialismus verschiedene Entwicklungswege mit divergierenden politischen und wirtschaftlichen Maßnahmen verfolgt wurden. Insgesamt führte dies zu unterschiedlichen Ergebnissen in der Sozial- und Familienpolitik. Insofern war der Einfluss der EU beschränkt, wie das Fehlen von Vereinheitlichungstendenzen eindrucksvoll belegt. Velluti (2014) geht noch einen Schritt weiter und benennt aus ihrer Sicht die Hauptursache für diesen begrenzten Einfluss. Obwohl die Autorin konzediert, dass die Wirtschaftskrise und die Ablehnung erzwungener „sozialistischer Emanzipation“ die Umsetzung jeder wirklich transformativen Gleichstellungsmaßnahme behindert, sieht sie die EU selbst maßgeblich für die unzureichenden Fortschritte bei der Gleichstellung der Geschlechter in ihren Mitgliedstaaten verantwortlich (Velluti 2014, 87). Velluti kritisiert „a gradual and increasing invisibility of the gender dimension at EU level, particularly the lack of a gender mainstreaming approach“ (ebd.) und hält fest: „The main reason for this is the lack of coherence and consistency at the EU level and the increased invisibility of coordination processes, which fail to inject a stronger gender approach in the adoption of Member States’ social as well as economic and fiscal policies“ (ebd.).

Das institutionelle Design staatlicher Gleichstellungsstellen

Das institutionelle Design staatlicher Gleichstellungsstellen (women’s policy agencies, WPAs) ist ein weiterer notwendiger, wenn auch weniger breit analysierter Aspekt zur Einschätzung von Geschlechterverhältnissen in der Region.

Nach der Definition von McBride und Mazur (2013, 655) handelt es sich hierbei um von Regierungen eingerichtete Strukturen, deren Hauptzweck es ist, die gesellschaftliche Stellung der Frauen zu verbessern. Generell haben WPAs in der Region Schwierigkeiten mit unzureichender Finanzierung und sind entsprechend oft unterbesetzt, weshalb es ihnen an der notwendigen Stabilität für eine kontinuierliche und effektive Arbeit mangelt. In der Folge werden Gleichstellungspläne häufig unter Druck entwickelt, so dass sie Gefahr laufen, unkoordiniert, willkürlich und letztlich schwach zu sein. Die Entwicklung in MOE-Ländern vom Paradigma des Schutzes von Frauen und deren bevorzugter Behandlung hin zur Verabschiedung von Vorschriften über Chancengleichheit und die Gleichstellung von Frauen und Männern und einer aktiven Förderung von Gleichstellung erlegte den WPAs weitere Herausforderungen auf (Steinhilber 2008, 259). Gesetzesveränderungen fanden überwie-

gend ohne eine starke nationale Debatte, sondern als Teil von sozialpolitischen Reformen statt (ebd., 260). Andrea Krizsan (2012) erforschte das sich herausbildende Design institutionalisierter Gleichstellungsstellen von neuen Mitgliedsstaaten in MOE-Ländern. Sie entwickelte eine dreifache Typologie (für Einzelheiten vgl. ebd., 552): Zunächst beschreibt sie ein geschichtetes Modell („layered model“), demzufolge Geschlechtergleichstellungsmechanismen parallel zu – meist integrierten – Antidiskriminierungsstellen bestehen (ebd., 564; Tschechien, Ungarn, Lettland, Rumänien und die Slowakei, Bulgarien bis 2005). Das zweite ist ein „hierarchisches Modell“: „(G)ender institutions were amended to respond to the multiple inequalities focused equal treatment agenda“ (ebd.). In der Praxis existiert ein hierarchisches Verhältnis zwischen Geschlecht und anderen Ungleichheiten wie Alter, Behinderung oder Ethnizität (Estland, Litauen, Slowenien). Drittens und letztens bezeichnet das „integrierte Modell“ eine allumfassende Verlagerung „from a focus on gender to an integrated focus on multiple inequalities“ (ebd., 565; Bulgarien seit 2005 und Polen).

Steinhilber kommt zu folgendem Schluss: „(A)t the policy level there are greater structural similarities than differences between countries regardless of the timing of their EU membership“; sie nennt „challenges to establishing and maintaining effective gender machineries“ ebenso wie „problems in institutionalizing gender mainstreaming in public administration“, „barriers to meaningful democratic participation of women’s organizations“ als auch „difficulties in building and sustaining gender competencies within state bodies“ (2008, 269f). Krizsan (2012) weist zusätzlich auf die Herausforderungen hin, die aus der Notwendigkeit entstehen, sich überschneidende Ungleichheiten zu adressieren, sowohl auf einer praktischen als auch einer analytischen Ebene. Aus dem hier Gesagten lässt sich klar folgern, dass vermehrt konkrete Implementationsforschung notwendig ist, die sich nicht Programme und Gesetzeswortlaute vornimmt, sondern das tatsächliche Geschehen vor Ort analysiert.

Die Rolle von Frauenbewegungen und NGOs

Frühe Analysen vom Aktivismus von Frauen konstatierten eine Schwäche der sozialen Bewegungen und Schwierigkeiten, nach 1989 eine feministische Agenda zu entwickeln, und sie hatten dafür fundierte Argumente (vgl. Fuchs/Hinterhuber 2006; Jalušič 1997 mit weiteren Literaturhinweisen), darunter die paternalistische staatssozialistische Geschlechterpolitik, die Denunziation von Feminismus und das Fehlen öffentlicher Debatten und Auseinandersetzungen zum Thema. In der Region entwickelten sich nichtsdestotrotz Frauenbewegungen, die zum Teil auch Lücken füllten, die der sich zurückziehende Staat hinterließ, z.B. bei den sozialen Diensten. Parallel hierzu entstand eine spezielle Form der Kritik, ein „imperialist criticism“ (siehe Funk 2006 mit wichtigen Literaturhinweisen), der die Organisationen beschuldigte, – ob implizit oder unbewusst – Agent*innen eines neoliberalen Umbaus zu sein. Die

Beschreibungen, wie eine bedeutungsvolle bewegungspolitische Agenda im Erweiterungsprozess entwickelt werden könne, waren differenziert, jedoch nicht sehr optimistisch (Sloat 2005, Roth 2007). Nach dem Beitritt von zehn neuen Mitgliedsstaaten im Jahr 2004 überwogen Prozesse der „NGOisierung“ von Frauenbewegungen (siehe Lang 1997; auch Forest 2006; Fuchs/Payer 2007; Guenther 2011; Steinhilber 2008). Die Finanzierung von Gleichstellungsaktivitäten war in erster Linie von ausländischer Förderung abhängig, darunter auch von EU-Fördergeldern. Diese Abhängigkeit beeinflusste die Agenden von NGOs und trug zu deren Bürokratisierung bei; dennoch konnten viele Organisationen (v.a. kleine oder in abgelegenen Regionen angesiedelte NGOs) sich nicht an diese Bedingungen anpassen. Einige Frauenorganisationen lösten sich auf, während andere sich erfolgreich an die neuen Finanzierungsmöglichkeiten adaptierten (siehe auch Lang 2014).

In dieser Situation waren Interessensformation, -aggregation und -repräsentation auf nationaler und supranationaler Ebene wichtig, jedoch sehr schwierig, wenn nicht unmöglich zu erreichen. Obwohl sich einige Studien positiv auf die substanzielle Repräsentation von Frauen beziehen (z.B. Bego 2011), ist noch nicht klar, wie eine solche erreicht werden kann. Auf europäischer Ebene hat sich die European Women's Lobby (EWL) als zentrale Organisation zur Repräsentation der Interessen von Frauen etabliert. Ungeachtet ihrer Bedeutung ist die Forschungslage zur EWL noch bescheiden (Strid 2009, vgl. Lang 2014, 164–202), dies trifft in noch stärkerem Maße auf spezialisierte Netzwerke wie KARAT – Coalition for Gender Equality, WIDE (Women in Development Europe) WIDE oder NEWW (Network of East-West Women) zu.

Kennzeichen einer Institutionalisierung von Frauenbewegungen ist oft ihre Einbindung in den Prozess der staatlichen Politikformulierung und die Übernahme bestimmter Implementationsaufgaben, etwa im wohlfahrtsstaatlichen Bereich, was eine Entradikalisierung von Bewegungen noch verstärkt. Diese Entwicklung lässt sich auf EU-Ebene ebenfalls beobachten: Strid (2009) charakterisiert die EWL als Teil eines korporatistischen Politikmodells. Die Kommission initiierte sie und finanziert sie weiterhin im Kontext eines traditionellen Trade-Offs: Die EWL gewinnt Einfluss auf Gleichstellungsthemen auf EU-Ebene, während die Kommission einen Legitimitätszuwachs erhält. Die organisierte Zivilgesellschaft hat die Funktion, Input zu geben, und sie beteiligt sich an Output und Feedback. Die EWL wurde erfolgreich, anerkannt und gut integriert dank politischer Gelegenheitsstrukturen, die von der Kommission bereitgestellt worden waren. Die EWL „has come to be accepted as representing the political and social interests of European women“ (ebd.), gleichzeitig schränkt sie jedoch die Repräsentation von anderen Frauenorganisationen sowie von nicht mehrheitsfähigen Forderungen und Themen ein, wie etwa reproduktive Rechte (legale Abtreibungen). Für Newcomer-Organisationen aus den MOE-Mitgliedsstaaten kann dies zu systematischen Schwierigkeiten führen und ihre Teilnahme an der EWL verzögern, nachdem geschlechtsspezifische Interessen in ihren Heimatländern heiß umstritten sind.

Bis in die 2000er-Jahre waren der Aktivismus von Frauen und der akademische Feminismus in der Region vor allem mit einem kulturellen Feminismus beschäftigt, das heißt mit Fragen der Anerkennung, mit dem Kampf für politische und zivile Rechte sowie für soziale Anliegen. Die Bewegung brachte sich jedoch nicht in die Entwicklung einer Kritik des neuen ökonomischen Systems ein. Das hängt damit zusammen, dass Frauengruppen mit weit verbreitetem Antifeminismus in Politik und Gesellschaft konfrontiert waren, nicht zuletzt in Zusammenhang mit der breit abgelehnten „Emanzipation von oben“ unter dem Staatssozialismus. Mit dem Ziel, wenigstens etwas Glaubwürdigkeit zu erlangen, mussten sie Distanz zu dem vorhergegangenen staatssozialistischen Regime markieren, darunter zu dessen Frauenpolitik und zu staatssozialistischer Emanzipationsrhetorik. Dies erklärt, warum Ökonomiekritik in ihren Strategien lange Zeit fast vollständig fehlte (für eine frühe Einschätzung vgl. Miroiu 2006), was sich allerdings langsam ändert (in Bezug auf bspw. Polen siehe Fuchs 2012).

Jüngst ist die Bewegungsforschung optimistischer und noch differenzierter geworden. Die Studien von Korolczuk und Saxonberg (2014) sowie Sudbery (2010) zeigen, wie polnischen Frauenorganisationen und Aktivistinnen politische Ressourcen der EU sowie nationale politische Gelegenheitsstrukturen für eine politische Auseinandersetzung über und die Förderung von Gleichstellung genutzt haben; zum Beispiel werden konflikthaftere und offensivere Strategien angewandt, wenn diese institutionell oder politisch verfügbar sind. Letztlich wurden gesetzliche Quotenregelungen für das Parlament eingeführt, weil ein „Bürger*innen-Projekt“ (projekt obywatelski) lanciert worden war: Dabei wird durch 100.000 Unterschriften eine Gesetzgebungsinitiative ins Parlament gebracht (Śledzińska-Simon/Bodnar 2013; Gwiazda 2014; Millard 2014).⁵

In eine ähnliche Richtung weist O’Dwyer (2012) in seiner Antwort auf die Frage, ob die EU Gay-Rights-Bewegungen in der Region hilft oder sie behindert. Die Schlussfolgerungen seiner Studie über Polen sind ein Plädoyer für supranationale Einrichtungen, welche eine Gelegenheitsstruktur bereitstellen, wie z.B. die Auferlegung bzw. Konditionalität des Gender Acquis. Er argumentiert: „(P)olitical backlashes provoked by international pressures can in fact strengthen rights groups (...) thus, there is an important rationale to apply the full pressure of conditionality on applicants (...) to live up to their minority-rights obligation“ (O’Dwyer 2012, 348-349). Insgesamt sehen wir also eine Konsolidierung und Diversifizierung der Zivilgesellschaften in der Region. Organisationen und Bewegungen können zum Teil Projekte auch gegen die Regierungspolitik durchsetzen, wie die polnischen gesetzlichen Wahlquoten zeigen. Implizit zeigt sich damit auch eine Festigung der Demokratie – populistische Rückschläge wie in Ungarn bleiben dessen ungeachtet aber immer möglich.

Stärker geworden sind die Zivilgesellschaften (in diesem Kontext: ihr geschlechterpolitisch ausgerichteter Teil) auch durch eine starke transnationale Vernetzung in den vergangenen Jahren und zwar auch über die neuen Grenzziehungen zwischen

Mitgliedsstaaten und Nichtmitgliedern der EU hinweg. Die vermeintliche west-östliche Einbahnstraße der 1990er-Jahre (in Bezug auf Geld, Ideen, Theorien) hat wechselseitigem Austausch Platz gemacht, nicht zuletzt dank der neuen Medien.

Heute kommen auf internationaler Ebene seitens der Bewegungen die provokativsten politischen Impulse aus Osteuropa, insbesondere aus Russland und der Ukraine: Femen erhebt den Anspruch, nicht nur ukrainische Frauen von patriarchaler Unterdrückung zu befreien, sondern auch deren Schwestern im Westen. Der Aktivismus von Pussy Riot ist stärker theoretisch fundiert und hat sowohl westliche Nachahmerinnen als auch eine breite akademische Rezeption gefunden (vgl. Hinterhuber/Fuchs i.E. mit weiteren Hinweisen). Der Beitrag von *Nina Seiler* in diesem Heft blickt auf die Entwicklung solcher „indigener“ feministischer Zugänge. Das Thema ihrer Studie über feministische Polonistik im postsozialistischen gesellschaftlichen Diskurs in Polen verbindet Theorie und Praxis, indem feministische Wissenschaft eine Begründung bzw. ein Muster für geschlechterpolitischen Aktivismus liefert. Die feministische Polonistik zeigt eine selbstbewusste Adaption von Impulsen und Theorie-traditionen aus dem Ausland; dabei lässt sie die eigenen Charakteristika nicht außer Acht und behält gleichzeitig landesspezifische Notwendigkeiten im Blick. Seilers Analyse dieses spezifischen Zugangs der feministischen polnischen Literaturwissenschaft zeigt sowohl Strategien der Assimilation als auch der Subversion auf.

In den ostmitteleuropäischen Mitgliedsstaaten gibt es, wie hier dargestellt, explizite Einflüsse. Doch strahlt die Geschlechterpolitik der EU auch auf Nicht-Mitgliedsstaaten aus. Diese indirekten Einflüsse stellen wir exemplarisch an der Ukraine dar.

Geschlechterverhältnisse in Nicht-Mitgliedsstaaten

In der Folge der EU-Erweiterung sind neue materielle und diskursive Grenzen entstanden, z.B. zwischen Mitglieds- und Nicht-Mitgliedsstaaten. Dabei gilt das EU-Gender Regime als Referenzpunkt für Politik und Zivilgesellschaft in den MOE-Ländern. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, wie sich in Nicht-Mitgliedsstaaten diese eher indirekten Einflüsse und Auswirkungen der europäischen Geschlechterpolitik manifestieren. Wir ziehen die Ukraine als ein geeignetes Beispiel heran, ein Land ohne realistische Aussicht, in die EU aufgenommen zu werden, gefangen in einem zerstörerischen militärischen Konflikt (und zu einem gewissen Grad auch Stellvertreterkrieg), der nicht zuletzt die Ziehung von alten und neuen Grenzen zwischen Ost und West zum Inhalt hat. Aus einer Genderperspektive ist die ukrainische Gesellschaft der Gegenwart durch neo-traditionale patriarchale Werte und Stereotypen gekennzeichnet (vgl. Hankivsky/Salnykova 2012)

Auf staatlicher Ebene teilt die nationale Gleichstellungsmaschinerie das Schicksal der oben besprochenen WPAs: häufige Strukturveränderungen und karge finanzielle Mittel schwächen deren Leistungsvermögen (vgl. Hankivsky/Salnykova 2010). Wie in vielen anderen Ländern auch sind Gender Studies nach wie vor marginalisiert. Zwar besteht kein Zweifel daran, dass mit den Aktivistinnen von Femen eine der

weltweit sichtbarsten feministischen Bewegungen aus der Ukraine stammt; aus einer übergreifenden Perspektive jedoch formen die Frauenbewegung und gleichstellungsorientierte Organisationen keine kohärente Kraft, die in der Lage wäre, effektiv zu handeln. Sowohl in der Orangen Revolution als auch während des Euromaidan oszillierten Geschlechterrollen zwischen Affirmation und Empowerment: In ihrem Beitrag zu diesem Heft über die Geschlechterverhältnisse in der Euromaidan-Revolution 2013/2014 zeigt *Anja Lange*, wie sowohl Männer als auch Frauen, wenn auch in verschiedenen Rollen, zu diesem Aufstand beitrugen. Der Euromaidan wurde als ein Platz angesehen, wo Menschen außerhalb der engen Grenzen traditioneller Geschlechterrollen-Stereotype handeln konnten.

Dennoch zieht die Autorin in Zweifel, ob man vom Euromaidan als einer „gender revolution“ sprechen kann, angesichts dessen, dass im öffentlichen Diskurs die Wahrnehmung von Frauen als Helferinnen der männlichen Revolutionäre überwog.

In Bezug auf die EU-Gleichstellungspolitik kann konstatiert werden, dass sie nicht vor den Grenzen von Nichtmitgliedsstaaten Halt macht: Für die Ukraine trifft sowohl ein „autonomer Nachvollzug“ durch Politik-Lernen zu als auch ein affirmatives ebenso wie kritisches Framing des EU-Gleichstellungsdiskurses durch soziale Bewegungen, zivilgesellschaftliche Akteure und Gender-Expert*innen. Dies kann bspw. in Bezug auf den Kampf gegen Gewalt gegen Frauen und Menschenhandel gezeigt werden, zwei Themen, die von internationalen Akteuren vorgebracht wurden. In der Folge der Pekinger Aktionsplattform von 1995, aufgrund von EU-Anreizen und der Prioritätensetzung von Geldgeber*innen hat die Ukraine eine entsprechende Gesetzgebung eingeführt (Hrycak 2012). Interessanterweise weist Hrycak darauf hin, dass, während autoritäre post-sowjetische Staaten Gesetzesreformen in diesem Kontext entbehren und einige der neuen EU-Mitgliedsstaaten noch in Verzug sind, alle Länder mit „colour revolutions“ entsprechende Gesetze aufweisen können (ebd.). D.h., dass Erfolg wiederum an die Fähigkeit von geschlechterpolitischen Aktivist*innen gebunden ist, „Scham zu mobilisieren“ (das Fehlen der Unterdrückung von Zivilgesellschaft vorausgesetzt). Dies wiederum kann am besten mit nationalen politischen Gelegenheitsstrukturen erklärt werden: Hier spielen ein bestimmter Grad an Gender Bewusstsein, in Verbindung mit neuen Eliten, die ein „westliches Auftreten“ anstreben, und das Ziel, das Land von dem vorhergegangenen Regime mittels einer fortschrittlichen Rechtssetzung abzugrenzen, eine zentrale Rolle. Diese breiteren politischen Gelegenheitsstrukturen reduzieren die Mobilisierungskosten, wodurch mit weniger Anstrengung mehr erreicht werden kann. Allerdings ist auch in Bezug auf den Kampf gegen Gewalt gegen Frauen und gegen Menschenhandel die Umsetzung inkonsistent und brüchig, Ressourcen sind volatil, und manche nationalstaatlichen Gesetzes-Definitionen, z.B. in Bezug auf Menschenhandel, erweisen sich in der Praxis als problematisch. Insgesamt ist die Orientierung an der Europäischen Union ungebrochen, wobei von feministischer Seite auch häufig kritisch darauf Bezug genommen wird (vgl. Hankivsky 2013).

Wie weiter in Forschung und Politik?

Die angeführten Forschungsergebnisse zeigen einige Konstanten auf: die strukturellen Ähnlichkeiten zwischen West- und Osteuropa, die substanziellen Erfolge in einigen Politikfeldern und die fortgesetzte Orientierung an Erwerbsarbeit und Ökonomie. Was können wir aus den Ergebnissen schließen, und wie kann es weitergehen? Während und kurz nach der Beitrittsperiode betonte die Forschung die Ähnlichkeiten zwischen den neuen gegenüber den älteren Mitgliedsstaaten. Zwischenzeitlich zeigte sich die fehlende Konvergenz zwischen den Beitrittsstaaten im Bereich der Geschlechterpolitik (Chiva 2009, 195). Silke Steinhilber (2008, 269f.) kam zu dem Schluss, dass auf Policy-Ebene größere strukturelle Ähnlichkeiten als Differenzen zwischen den alten und neuen Mitgliedsstaaten bestehen, wie bspw. die Herausforderung, effektive Gleichstellungsmaschinerien zu etablieren und aufrechtzuerhalten, Probleme in der Institutionalisierung von Gender Mainstreaming in der öffentlichen Verwaltung und Hindernisse für eine bedeutende demokratische Partizipation von Frauenorganisationen. Dies verlangt nach einer Fortsetzung von systematischen, „dichten“ Vergleichen von nationalen Gegebenheiten für die Umsetzung und Entwicklung von Gleichstellungsagenden in der Tradition der Regional- bzw. Area Studies (vgl. Segert 2013, 19-26). Im Zuge dieser Entwicklungen haben Stimmen und Expertise „aus der Region“ an Sichtbarkeit gewonnen.

Der Blick auf verschiedene Politikfelder bezeugt einige wichtige und substanzielle Erfolge: Der Kampf gegen Gewalt gegen Frauen wurde erfolgreich in die Konditionalität des EU-Beitritts aufgenommen, was zu einer günstigen politischen Gelegenheitsstruktur führte. Nicht-Beitrittskandidaten wie die Ukraine folgten dem Weg des „autonomen Nachvollzugs“.

Nachdem die Einhaltung des Gender Acquis in manch neuem Beitrittsland oft lediglich zum Schein erfolgte, war auch die Implementation in vielen Fällen entsprechend verkürzt. Dabei gibt es einen ausschlaggebenden Punkt, der über Erfolg oder Misserfolg entscheidet: die Stärke eines Frauenrechtsaktivismus, der die Normen in politische Praxis überführen kann (vgl. Krizsan 2015, 3f.). Dies erfordert zukünftige Studien über die Kapazitäten, Ressourcen, Strategien und Allianzen von Frauenbewegungen, darüber, wie sie kollektive Identität rahmen und, schließlich, das Thema Gewalt gegen Frauen.

Sozialpolitik und ihre vergeschlechtlichten Implikationen stellten sich als unterschiedlicher und stärker pfadabhängig heraus als zuvor angenommen, dennoch ist das Politikfeld durch einen generellen Versuch neoliberalen Wandels stärker beeinflusst. Gleichstellungsstellen haben sich in allen Ländern herausgebildet, und hier gibt es wiederum strukturelle Ähnlichkeiten zu Westeuropa.

Allerdings ist eine umfassende Analyse über die Charakteristika, die über Gelingen oder Scheitern von WPAs entscheiden, noch ein Forschungsdesiderat. Diese Lücke wird hoffentlich durch laufende Forschungszusammenhänge wie die Gender Equality Policy and Practice Working Group (GEPP, vgl. Mazur o.J.) geschlossen werden

können. Frauen- und feministischer Aktivismus in der Region hat zugenommen und wird immer nachhaltiger. Darüber hinaus ist seine Erforschung zunehmend differenzierter geworden.

Unserer Einschätzung nach besteht die grundlegende Herausforderung für zukünftige Forschung im endemischen Ökonomismus von vergangener und gegenwärtiger Geschlechterpolitik: In der Literatur wurde eine bemerkenswerte Parallele zwischen staatssozialistischer, im Marxismus-Leninismus begründeter Politik und Neoliberalismus gezogen – beide bieten ökonomische Lösungen für soziale Probleme an, und beide stellen ökonomische Probleme in einen Zusammenhang mit der Langlebigkeit von Geschlechterungleichheiten in der Gesellschaft (vgl. Havelková 2010, 28 sowie Gerber 2011). Dieses Primat der Wirtschaft ist nicht auf EU-Politik begrenzt, sondern ein Aspekt des Siegeszugs des Neoliberalismus. Diese Verengung sollte verlassen werden, und eine Grunderkenntnis feministischer Wissenschaft, die gegenseitige Verzahnung und die Interdependenz gesellschaftlicher Sphären, sollte in künftige Forschungsstrategien einbezogen werden.

Wie Nancy Fraser (2009) analysierte, hat die Praxis der Neuen Frauenbewegung indirekt zum Primat der Ökonomie beigetragen, obwohl sie für Anerkennung, Repräsentation und Umverteilung gestartet war. Der von der Zweiten Welle des Feminismus ausgelöste kulturelle Wandel legitimierte eine strukturelle Transformation, die feministischen Visionen einer gerechten Gesellschaft unmittelbar zuwiderläuft (ebd.), d.h., die feministische Bewegung trug dazu bei, den Weg für einen postfordistischen Kapitalismus zu ebnet: Feministische Kulturkritik und Identitätspolitik überwogen gegenüber sozioökonomischer Kritik; der Kampf gegen Androzentrismus durch Basisorganisationen und eine anti-hierarchische Rhetorik passten gut zu neoliberalen Vorstellungen von horizontaler Team-Arbeit und der anvisierten Befreiung individueller Kreativität; das Aushöhlen von Idealen des Familienlohns (das einen männlichen Familienernährer voraussetzt) unterstützte unabsichtlich ein zentrales liberales Element, nämlich das Doppelverdienermodell. Ein faktischer Fokus auf die Arbeitsmarktpartizipation verhinderte eine Re-Konzeptualisierung von Sorgearbeit. Schließlich ergänzten sich neoliberaler Anti-Etatismus mit feministischer Kritik am paternalistischen Wohlfahrtsstaat; als fortschrittlich erachtete Ideen des Empowerments von Bürger*innen in der Zivilgesellschaft legitimierten Kürzungen und Vermarktlichung.

Demzufolge könnte eine der zentralen Fragen für zukünftige Studien über die komplexen Wechselbeziehungen in den Geschlechterverhältnissen in Osteuropa das Zusammenspiel zwischen den folgenden drei Faktoren sein: Erstens der Betonung ökonomischer Aspekte von Geschlechter(un)gleichheit sowohl in der staatssozialistischen Vergangenheit als auch, zweitens, in neoliberalen ökonomischer Doktrinen in der EU, drittens die nicht intendierte, indirekte feministische Unterstützung und sogar Stärkung des Ökonomismus. Alle diese Faktoren tragen zur Aufrechterhaltung und sogar Verstärkung von Geschlechterungleichheiten und deren Überschneidung mit anderen Ungleichheitskategorien bei.

Feministische Wissenschaft besteht nicht nur in der Analyse hierarchischer Geschlechterbeziehungen und sich überschneidender Ungleichheitskategorien, sondern auch darin, Möglichkeiten zu deren Überwindung auszuloten. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, wie politisch weitergemacht werden kann. Hier scheint wieder die Zeit sozialer Bewegungen gekommen zu sein, sowohl im EU-Kontext als auch auf nationaler Ebene. Wiederum in Rückgriff auf Fraser (2009, 2013), besteht die Aufgabe für gegenwärtige emanzipatorische Bewegungen vor dem Hintergrund der beschriebenen ökonomistischen Herausforderungen darin, Hierarchien und Herrschaft zu identifizieren, zu kritisieren und in Frage zu stellen, ungeachtet dessen, welche Akteur*innen sie propagieren und wo sie auftreten – sei es in Politik, Kultur und, nicht zuletzt, in der Wirtschaft (ebd.). Darüber hinaus zeigen die komplexen Wechselbeziehungen in den Geschlechterverhältnissen in Osteuropa, dass, um Geschlechtergleichstellung in einem sich wandelnden Europa erfolgreich voranzubringen, es nötig ist, auf verschiedenen Ebenen gleichzeitig zu handeln, von der nationalen bis zur supranationalen Ebene, und eine länderübergreifende Zusammenarbeit vonnöten ist, die frühere Grenzziehungen zwischen Ost und West überbrückt und stattdessen die spezifischen Potenziale der jeweiligen Akteur*innen nutzbar macht.

Das Nachdenken hierüber werden wir auch über diesen Schwerpunkt hinaus in der *Femina Politica* weiterführen – Heft 2/2016 hat „20 Jahre Amsterdam – Europäische Gleichstellungspolitik revisited“ zum Thema.

Anmerkungen

- 1 Wir danken Joyce Mushaben und Patricia Graf für vielfältige Anregungen.
- 2 Wir danken Brigita Malenica für ihre Anregungen aus einer früheren Version ihres Beitrags.
- 3 Die grundsätzliche Beurteilung der EU-Geschlechterpolitik reicht von einem optimistischen Blick auf politische Innovationen (sog. „soft law“, „samtene Dreiecke“ und politische Wirkungen wie die Entwicklung der Stellung der Frauen (Mushaben/Abels (2015) bis hin zu einer fundamentalen Kritik an der ökonomistischen Ausrichtung dieser Politiken und ihres Fokus auf „Chancengleichheit“, bei der die spezifischen Chancen für demokratische Geschlechterverhältnisse skeptisch beurteilt werden und die Politik als „neue Form neoliberaler Gouvernementalität“ interpretiert wird (Wilde 2015, 93).
- 4 Mit „Transposition“ ist die Übernahme der Rechtsvorschriften, z. B. in Richtlinien, in nationales Recht gemeint. „Implementation“ bezeichnet die Schaffung eines entsprechenden prozeduralen Rahmens zur Umsetzung durch die Behörden. Vollzug (Enforcement) bedeutet die Kontrolle der Umsetzung und die Gewährleistung, dass Regeln eingehalten werden. Compliance kann definiert werden als Einhaltung von Verhaltensregeln, Gesetzen und Richtlinien durch öffentliche und private Akteur*innen.
- 5 Basis ist Artikel 118 der polnischen Verfassung.

Literatur

- Ahrens**, Petra, 2014: EU-Politikprogramme zur Gleichstellung von Männern und Frauen. Internet: www.gwi-boell.de/de/2014/05/13/eu-politikprogramme-zur-gleichstellung-von-maennern-und-frauen (04.06.2015).
- Auth**, Diana, 2009: Wohlfahrtsstaaten und Geschlechterverhältnisse in Mittel- und Osteuropa: Forschungsstand und Typologien. In: Klenner, Christina/Leiber, Simone (Hg.): Wohlfahrtsstaaten und Geschlechterungleichheit in Mittel- und Osteuropa. Kontinuität und postsozialistische Transformation in den EU-Mitgliedsstaaten. Wiesbaden, 35-57.
- Avdeyeva**, Olga, 2010: States' Compliance with International Requirements: Gender Equality in EU Enlargement Countries. In: *Political Research Quarterly*. 63 (1), 203-217.
- Bego**, Ingrid, 2011: Europeanization of gender equality policy in post-communist Europe: Does it matter for women's substantive representation. Washington State University. Internet: search.proquest.com/docview/877964568 (23.05.2015).
- Bretherton**, Charlotte, 2001: Gender Mainstreaming and EU Enlargement: Swimming Against the Tide? In: *Journal of European Public Policy*. 8 (1), 60-81.
- Centeno**, Miguel A./**Cohen**, Joseph N., 2012: The Arc of Neoliberalism. In: *Annual Review of Sociology*. 38, 317-340.
- Chiva**, Cristina, 2009: The Limits of Europeanisation: EU Accession and Gender Equality in Bulgaria and Romania. In: *Perspectives on European Politics and Society*. 10 (2), 195-209.
- Ciccia**, Rossella/**Verloo**, Mieke, 2012: Parental leave regulations and the persistence of the male breadwinner model: Using fuzzy-set ideal type analysis to assess gender equality in an enlarged Europe. In: *Journal of European Social Policy*. 22 (5), 507-528.
- Dobrotić**, Ivana/**Matković**, Teo/**Zrinščak**, Siniša, 2013: Gender Equality Policies and Practices in Croatia - The Interplay of Transition and Late Europeanization. In: *Social Policy & Administration*. 47 (2) [218-240].
- Dölling**, Irene, 2015: Geschlechterverhältnisse. In: Kollmorgen, Raj/Merkel, Wolfgang/Wagener, Hans-Jürgen (Hg.): *Handbuch Transformationsforschung*. Wiesbaden, 547-552.
- Fábíán**, Katalin, 2010: Mores and gains: The EU's Influence on Domestic Violence Policies Among its New Post-Communist Member States. In: *Women's Studies International Forum*. 33 (1), 54-67.
- Forest**, Maxime, 2006: Emerging Gender Interest Groups in the New Member States: The Case of the Czech Republic. In: *Perspectives on European Politics and Society*. 7 (2), 170-184.
- Fraser**, Nancy, 2009: Feminism, Capitalism and the Cunning of History. In: *New Left Review*. 56 (Mar Apr), 97-117.
- Fraser**, Nancy, 2013: Between Marketization and Social Protection: Resolving the Feminist Ambivalence. In: *Fortunes of feminism. From state-managed capitalism to neoliberal crisis*. Brooklyn/NY, 227-241.
- Fuchs**, Gesine, 2012: Mobilisierung für praktische Gender-Interessen: Der Fall Biedronka in Polen. In: *GENDER* 4 (3), 58-76.
- Fuchs**, Gesine/**Hinterhuber**, Eva-Maria, 2006: EU-Geschlechterpolitik nach der Osterweiterung. Einleitung. In: *Femina Politica*. 15 (1), 9-19.
- Fuchs**, Gesine/**Payer**, Sylvia, 2007: Women's NGOs in EU governance. Problems of finance and access. In: Obradovic, Daniela/Pleines, Heiko (Hg.): *The Capacity of Central and East European Interest Groups to Participate in EU Governance*. Stuttgart, 163-181.
- Fuhrmann**, Nora, 2005: *Geschlechterpolitik im Prozess der europäischen Integration*. Wiesbaden.
- Funk**, Nanette, 2006: Women's NGOs in Central and Eastern Europe and the Former Soviet Union: The Imperialist Criticism. In: *Femina Politica*. 15 (1), 68-83.

Galligan, Yvonne/Clavero, Sara/Calloni, Marina, 2008: Gender politics and democracy in post-socialist Europe. Opladen.

Gerber, Alexandra, 2010: The letter versus the spirit: Barriers to meaningful implementation of gender equality policy in Poland. In: *Women's Studies International Forum*. 33 (1), 30-37.

Gerber, Alexandra, 2011: Cultural Categories of Worth and Polish Gender Policy in the Context of EU Accession. In: *Social Politics: International Studies in Gender, State & Society*. 18 (4), 490-514.

Guenther, Katja M., 2011: The Possibilities and Pitfalls of NGO Feminism: Insights from Post-socialist Eastern Europe. In: *Signs*. 36 (4), 863-887.

Gwiazda, Anna, 2014: Women's representation and gender quotas: the case of the Polish parliament. In: *Democratization*. 22 (4), 1-19.

Hankivsky, Olena, 2013: Gender Mainstreaming: A Five-Country Examination. In: *Politics & Policy*. 41 (5), 629-655.

Hankivsky, Olena/Salnykova, Anastasiya, 2010: Gender Mainstreaming in Post-Soviet Ukraine: Application and Applicability. In: *Journal of Communist Studies and Transition Politics*. 26 (3), 315-340.

Hankivsky, Olena/Salnykova, Anastasiya (Hg.), 2012: Gender, politics, and society in Ukraine. Toronto.

Havelková, Barbara, 2010: The legal notion of gender equality in the Czech Republic. In: *Women's Studies International Forum*. 33 (1), 21-29.

Hinterhuber, Eva Maria/Fuchs, Gesine (i.E.): New gender-political impulses from Eastern Europe: the case of Pussy Riot. In: Lange, Chris/Schwabenland, Christina/Nakagawa, Sachiko/Onyx, Jennifer (Hg.): *The role of civil society organizations in the emancipation of women: challenging or supporting the status quo?* Bristol.

Hrycak, Alexandra, 2012: Global Campaigns to Combat Violence against Women: Theorizing Their Impact in Post-Communist Ukraine. In: Hankivsky, Olena/Salnykova, Anastasiya (Hg.): *Gender, politics, and society in Ukraine*. Toronto, 98-127.

Ignjatović, Suzana/Bošković, Aleksandar, 2013: 'Are we there yet?' Citizens of Serbia and public policy on gender equality within the EU accession context. In: *European Journal of Women's Studies*. 20 (4), 425-440.

Jalušič, Vlasta, 1997: Die Geschlechterfrage und die Transformation in Ostmitteleuropa: Kann das Geschlechterparadigma zur „Transformation des Politischen“ beitragen? In: *PVS-Sonderheft*. 450-474.

Javornik, Jana, 2014: Measuring state de-familialism: Contesting post-socialist exceptionalism. In: *Journal of European Social Policy*. 24 (3), 240-257.

Kantola, Johanna, 2010: *Gender and the European Union*. Basingstoke.

Kollmorgen, Raj/Merkel, Wolfgang/Wagener, Hans-Jürgen (Hg.), 2015: *Handbuch Transformationsforschung*. Wiesbaden.

Korolczuk, Elżbieta/Saxonberg, Steven, 2014: Strategies of contentious action: a comparative analysis of the women's movements in Poland and the Czech Republic. In: *European Societies* (o.A.). 1-19. Internet: 10.1080/14616696.2014.977321 [20.05.2015]

Krizsan, Andrea (Hg.), 2015: *Mobilizing for Policy Change. Women's Movements in Central and Eastern European Domestic Violence Policy Struggles*. Budapest.

Krizsan, Andrea, 2012: Equality Architectures in Central and Eastern European Countries: A Framework for Analyzing Political Intersectionality in Europe. In: *Social Politics: International Studies in Gender, State & Society*. 19 (4), 539-571.

Lang, Sabine, 1997: The NGOization of Feminism. In: Kaplan, Cora/Keates, Debra/Scott, Joan W. (Hg.): *Transitions, Environments, Translations: Feminisms in International Politics*. New York, London, 101-120.

- Lang**, Sabine, 2014: NGOs, civil society, and the public sphere. New York.
- Löffler**, Marion, 2012: Geschlechterpolitische Strategien. Transformationen von Staatlichkeit als politisch gestaltbarer Prozess. Frankfurt/M..
- Mazur**, Amy G., o.J.: Does Feminist Policy Matter in Post Industrial Democracies? A Proposed Analytical Roadmap. Internet: csbpl.com/wp-content/uploads/2013/09/Does-Feminist-Policy-Matter-in-Post-Industrial-Democracies.pdf (24.05.2014)
- McBride**, Dorothy E./**Mazur**, Amy G., 2013: Women's Policy Agencies and State Feminism. In: Waylen, Georgina/Celis, Karen/Kantola, Johanna/Weldon, Laurel S. (Hg.): The Oxford Handbook of Gender and Politics. Oxford, 654-678.
- Millard**, Frances, 2014: Not much happened: The Impact of Gender Quotas in Poland. In: Communist and Post-Communist Studies. 47 (1), 1-11.
- Miroiu**, Mihaela, 2006: A Mayflower turned Titanic: The Metamorphosis of Political Patriarchy in Romania. In: Femina Politica. 15 (1), 84-98.
- Mushaben**, Joyce Marie/**Abels**, Gabriele, 2015: The Gender Politics of the EU. In: Liebert, Ulrike/Wolff, Janna (Hg.): Interdisziplinäre Europastudien. Eine Einführung. Wiesbaden, 309-321.
- O'Dwyer**, Conor, 2012: Does the EU help or hinder gay-rights movements in post-communist Europe? The case of Poland. In: East European Politics and Societies. 28 (4), 332-352.
- Rošul-Gajić**, Jagoda, 2014: Gleichstellungspolitische Wandel durch Engagement und Handeln der Frauenorganisationen. Kroatien auf dem Weg zur Gleichstellung. In: Femina Politica. 23 (1), 62-76.
- Roth**, Silke, 2007: Sisterhood and solidarity? Women's organizations in the expanded European Union. In: Social Politics. 14 (4), 460-487.
- Schimmelfennig**, Frank, 2004: Starke Anreize, ambivalente Wirkungen: Die Europäisierung Mittel- und Osteuropas. In: Leviathan 32 (2), 250-268.
- Schimmelfennig**, Frank/**Sedelmeier**, Uwe (Hg.), 2005: The Europeanization of Central and Eastern Europe. Ithaca.
- Segert**, Dieter, 2013: Transformationen in Osteuropa im 20. Jahrhundert. Wien.
- Seppanen Anderson**, Leah, 2006: European Union Gender Regulations in the East: The Czech and Polish Accession Process. In: East European Politics and Societies 20 (1), 101-125.
- Śledzińska-Simon**, Agnieszka/**Bodnar**, Adam, 2013: Gender Equality from Beneath: Electoral Gender Quotas in Poland. In: Canadian Journal of Law and Society. 28 (2), 151-168.
- Sloat**, Amanda, 2005: The Rebirth of Civil Society. The Growth of Women's NGOs in Central and Eastern Europe. In: European Journal of Women's Studies 12 (4), 437-452.
- Špehar**, Andrea, 2012: This Far, but No Further? Benefits and Limitations of EU Gender Equality Policy Making in the Western Balkans. In: East European Politics & Societies. 26 (2), 362-379.
- Steinhilber**, Silke, 2008: Success and Disenchantment. Experiences with Gender Mainstreaming and Gender Equality Policies in an Enlarged Europe. In: Baer, Susanne/Hoheisel, Miriam (Hg.): Between success and disappointment. Gender equality policies in an enlarged Europe. Bielefeld, 257-274.
- Strid**, Sofia, 2009: Gendered Interests in the European Union: the European Women's Lobby and the Organisation and Representation of Women's Interests. Örebro.
- Sudbery**, Imogen, 2010: The European Union as Political Resource: NGOs as Change Agents? In: Acta politica. 45 (1-2, SI), 136-157.
- Szikra**, Dorottya/**Szelewa**, Dorota, 2009: Passen die mittel- und osteuropäischen Länder in das „westliche“ Bild? Das Beispiel der Familienpolitik in Ungarn und Polen. In: Klenner, Christina/Leiber, Simone (Hg.): Wohlfahrtsstaaten und Geschlechterungleichheit in Mittel- und Osteuropa. Kontinuität und postsozialistische Transformation in den EU-Mitgliedsstaaten. Wiesbaden, 85-120.

Van der Vleuten, Anna/Verloo, Mieke, 2012: Ranking and Benchmarking: The political logic of new regulatory instruments in the fields of gender equality and anti-corruption. In: *Policy & Politics*. 40 (1), 71-86.

Velluti, Samantha, 2014: Gender regimes and gender equality measures in Central Eastern European Countries post-accession: the case of Hungary and Poland. In: *Journal of International and Comparative Social Policy*. 30 (1), 79-91.

Wilde, Gabriele, 2015: Supranationale Gouvernementalität: Zur Neuordnung des Verhältnisses von Recht, politischer Herrschaft und demokratischen Geschlechterverhältnissen. In: Abbas, Nabila/Förster, Annette/Richter, Emanuel (Hg.): *Supranationalität und Demokratie. Die Europäische Union in Zeiten der Krise*. Wiesbaden, 87-110.

Are Times of Europeanisation Times of the Gender Experts?

The Window of Opportunity in the EU Accession Process in Croatia¹

ROSWITHA KERSTEN-PEJANIĆ

Introduction: Tracing Europeanisation in Practice

The full accession of Croatia to the European Union (EU) in July 2013 opens up a range of possibilities for testing and observing matters of *Europeanisation*. Studying questions of Europeanisation gives us some very essential answers on how the European Union matters, not just in Brussels. And not just for the single market. The EU has established dominant models regarding social matters, one of which is gender equality. In the phase prior to accession of a given country to the EU, adapting the current dominant model of a political field often constitutes a matter of fulfilling the conditions for actually becoming a member state. Hence, the pre-accession period is a high point regarding a country's transformation in matters of policies and politics as well as dominant models, discourses and standards, and can be a time of substantial change in belief systems. Gender equality makes up for a notably contested field of social politics, as it is often aimed at changing traditions and orders of social life, traditionally perceived as personal choices and private convictions.

The following study is concerned with one aspect of the interplay of these pre-accession features, namely, the possibility of agency for domestic gender experts pushing for changes in the gender equality order of Croatia. In search for such agency, expert interviews have been conducted with political gender actors and members of feminist organisations of Croatian civil society. These interviews provide an insight into the experiences of experts with the Europeanisation of Croatian gender equal-

ity standards, and show some aspects of their specific role in the realisation of the relevant provisions.²

Studies on *Europeanisation* create a highly specialised research field in the analysis of the EU. With the accession of Central and Eastern European states (CEES) in 2004 and the 2007 enlargement featuring the South-Eastern European countries Bulgaria and Romania, studying the direct impact of the EU on the (accessing) member states has become even more enriched with data and recent research questions. According to Börzel/Risse, “(w)ith the borders of the European Union moving south-eastwards, we have been awarded yet another real-world experiment on the domestic impact of the EU” (2012, 92).

The last enlargement round, with Croatia joining the EU in July 2013 – which is in the centre of this paper – has currently completed this picture of ample empirical breadth. With the accessing states as one-to-one observation objects of the changes put into practice, of the challenges and benefits in fulfilling the expectations and requirements of the EU, of the resistances against and of the actual impacts of these changes, there is a new and rich ground of case studies and empirical data to be explored and developed (cf. Grabbe 2003, 305). While Schimmelfennig/Sedelmeier observe an “unprecedented influence” (2005a, 1) of the EU on the CEES in “restructuring domestic institutions and the entire range of public policies” (ibid.), the main concern of this paper is domestic actors’ influence on these processes of restructuring.

While the empirical and material part of Europeanisation research has its strong standing in a rich variety of questions and problems, there seems to be a shortcoming in the theoretical and knowledge-developing aspects of this research field (cf. Auel 2006, 294). Given the fact that studies on Europeanisation have their roots in different theories of European integration (cf. Börzel/Risse 2000, 8; Flockhart 2010, 788; Freyburg/Richter 2010, 265), the major concerns have focused on methodological questions. As Radaelli puts it: “Europeanisation is not a new theory. It is an approach that enables us to orchestrate existing concepts (...). It is a process, rather than end-state. It is an *explanandum*, rather than an *explanans*” (2004, 5-6). Such an understanding of Europeanisation is also depicted by Traguth/Hüttemann, who suggest “(...) to develop Europeanisation as a concept establishing a causal relationship between developments (...) occurring at EU level and (...) within members states...” (2009, 99).

Concepts of Europeanisation models proposed by Börzel/Risse as well as by Traguth/Hüttemann also take account of the fact that Europeanisation is a process generating changes at the domestic level through “adaptational pressure” (Traguth/Hüttemann 2009, 100) leading to “impacts upon the domestic processes, policies and institutions” (Börzel/Risse 2000, 3). Börzel/Risse in their early account of Europeanisation see the leading aspect of these mechanisms in the question regarding “the goodness of fit” (Börzel/Risse 2000, 6), pointing to the potential convergence versus the potential gap between EU incentives and the domestic state of the art on a given issue.

Apart from this very principal mechanism, Radaelli adduces how Europeanisation can have an impact not only in terms of *adaptational pressure* and *hierarchical governance* (cf. Traguth/Hüttemann 2009, 100) through demands stated by the EU officially, but also in a more indirect way as part of cooperative processes of social learning, e.g. with other member states.

Another important analytical step suggested by Radaelli (2003) – *explanations* (as opposed to the *mechanisms* of the process of Europeanisation) – is concerned with the possible *intervening variables* in explaining the outcome as well as the “likelihood and direction of change” (Radaelli 2003, 45) in the process of Europeanisation in a given case at stake. These variables can be found in the role certain actors, discourses, time frames, institutions and institutional capacities play for the specific kind and dimension of the Europeanisation process. With a focus on such mechanisms and explanations, we can also challenge the dominant tendency in research studies mainly exploring *top-down* processes of Europeanisation (cf. Radaelli 2004, 4; cf. also McCauley 2011, 1021).

For the following analysis of pre-accession Europeanisation of gender policies in Croatia and the role of gender experts within this realm, the analytical step of explaining how pressures and incentives set by the EU are met by domestic actors is at the centre of interest. Yet, stressing the relevance of *bottom-up* pressures by domestic actors during the accession period should not lead to overlooking that what determines the rules of the game, especially in times of accession conditionality, is the very dominant and demanding position of the European Union vis-à-vis candidate states (see also the *External Incentives Model* in Schimmelfennig/Sedelmeier 2005a, 10; 2005b, 220).

Croatia: Discourses on Gender Equality in a Newly *Europeanised* State

Already prior to the dynamic impacts of the Europeanisation process, the former socialist countries in Eastern Europe have experienced major political and social changes in the last decades since the fall of the Berlin Wall. *Europeanisation* as one of these changes is hard to distinguish from other major developments in the region, such as *democratisation* or *transformation* altogether (cf. Caratan 2009, 171). In addition, the so-called transformation in CEES has added special conditions to the processes of Europeanisation, with the EU being the major external actor in “reinforcing and accelerating transition to democracy and market economies” (Héritier 2005, 204).

The transformation, with its clashes of leadership, public influence and belief systems has created a severe *backlash* for many groups of people. Women, but also LGBT people and ethnic or national minorities have been targets of rising conservative and nationalist discourses and attacks. In Croatia these tendencies have been even stronger and specifically influential after the devastating period of the war and the chauvinistic and nationalistic time of the 1990s that followed the war and the

breakup of Yugoslavia (cf. Ivoš-Nikšić 2000), with the referendum against same-sex marriage in December 2013 as a last visible outcome of the relevant attitudes.

Gender policies play a role in the process of EU integration, although presumably a small one in comparison to other areas of political activity. The third of the Copenhagen criteria refers to the mandatory adoption of the *acquis communautaire*: i.e., acquired laws, case law and other institutional EU legislation. Still, the EU has, despite all rhetorical force, shown to be a rather weak actor in promoting gender equality *practices* (cf. MacRae 2010, 156; Dobrotić/Matković/Zrinščak 2013, 223). Hence, the actual outcome of a *de jure* implementation of the *gender acquis* often depends on mediating factors such as women's movements in the given country (cf. Avdeyeva 2009). This seems to be a valid evaluation of the Europeanisation process with regard to gender equality, despite the fact that "applicants are committed to converging with a maximalist version of the EU policies" (Grabbe 2003, 307), and it seems to be above all a matter of the lack of real commitment of the EU with regard to social policy altogether (cf. Grabbe 2003, 324) and gender policies especially (cf. MacRae 2010).

The 2004 enlargement has been well reviewed and examined, one common finding being that gender policy has been given too small a role in the negotiation processes in comparison to its prominent standing in official statements (cf. Unmüssig/Allroggen 2006, 56; Feldmann-Wojtachnia 2005, 162). Yet, integration, still has non-negligible positive implications for social and economic equality and especially regarding raising awareness of existing structural disadvantages based on gender: "Finally, and perhaps most importantly, the emphasis placed on equal opportunity issues by various EU institutions and leaders during the accession process has led to a growing awareness of gender issues in the societies of candidate countries" (Watson 2002, 51). Even MacRae, in a critical assessment of the EU's *gender myth*, grants the EU some importance regarding the diffusion of gender equality policies: "There is some truth to the myth that the EU has been a key promoter of gender equality polity" (2010, 160).

The former Yugoslav area currently experiences different, overlapping discourses regarding socially accepted gender roles, with a perceivable impact on the divergence of attitudes about gender equality. After decades of communist politics and a formal equality discourse which officially considers the question of women's rights solved, notions of gender equality have been largely challenged since the breakdown of the socialist system and the violent break up of Yugoslavia (cf. Blagojević Hughson 2012; Melčić 2007). This challenge comes with a strong nationalist and religious counter-discourse that manifests itself in a particularly strong role allocation with regard to gender and sexuality (cf. Galić 2011, 20; Bijelić/Hodžić 2013). Recently, coalitions of conservative and religious forces have been able to dominate public discussions on feminism, sexual education and same-sex marriage (cf. Mlinarić 2013; Hodžić/Bijelić 2014, 24-26). For several years now, the contradicting discourses are additionally tested and overlaid by EU discourse(s) on gender equality, as these

backward, nationalist and essentialist discourses with their severe impact on gender questions have been deeply challenged by the strife for membership in the European Union and the attendant need to get in line with the *gender acquis* (cf. Galligan/Clavero 2012; Fuhrman 2005). Especially for Croatia, these incentives for structural changes have been evaluated as quite successful, at least with regard to the harmonisation of laws and a declared political commitment to gender equality and equal rights for all people (cf. Špehar 2011, 9).

Since European integration has been a long-term shared aim of representatives of the Croatian political elite from different backgrounds (cf. Samardžija/Vidačak 2008, 75), women's activists and gender experts working on gender questions have been enabled to use the EU as an argument in pushing for gender legislation (cf. Stachowitsch 2006, 236). This rhetorical part of the use of the *window of opportunity* (cf. Dobrotić/Matković/Zrinščak 2013, 219) by Croatian gender actors has helped to change the official discourse on gender equality in the last years. Still lagging behind is the actual implementation and practicability of these developments for people confronted with discrimination, e.g., in the work place. Prevailing regimes of inequality in people's private lives and domestic arrangements are also highly problematic (cf. Baranović/Leinert Novosel 2011, 259). A slow development of urgently necessary institutional reforms has been problematised by many studies (cf. Rodin 2005 Maršić 2008), and above all the judicial system has been an obstacle to a final implementation of gender legislation (cf. Bodiroga-Vukobrat 2013, 44). In addition, there is a prevailing lack of consciousness that discrimination and unequal treatment are matters that can actually be acted against (cf. Špehar 2011, 12). It is due to the continuing pressure of legal experts that this situation is slowly changing (cf. Bodiroga-Vukobrat 2013, 45), as well as due to their ability to build what Liebert calls *gender policy advocacy coalitions* (2002, 249).

Europeanising Gender Standards in Croatia

The "hard" part of EU equality policies that is determined by directives and Treaties relates mainly to social politics and especially to non-discrimination within the work place. Given the *adaptational pressure* (cf. Radaelli 2003, 42) attached to them – clearly deduced from the fact that the European Commission was directly requiring *and* monitoring the implementation of these policy changes in its annual Progress Reports on Croatia in the twelve years preceding accession –, the required changes are framed in a bluntly hierarchical *top-down* logic. Bulmer/Radaelli describe the hierarchical order attached to that matter with a coercive need and a direct impact of the EU level: "(...) the agreed policy template has to be 'downloaded' to the member state level. The commission has to ensure that legislation is properly implemented, and it can refer laggard governments to the ECJ if necessary. The supremacy of European law is indicative of the hierarchical nature of arrangements" (2005, 344).

Yet, next to these *acquis* requirements, there is a great variety of non-binding aspects of gender equality politics. Auel, referring to Radaelli, points to a range of indirect effects that are able to empower national actors to influence the domestic structure of a given political matter (cf. Auel 2006, 305). This is the case for a range of related issues on gender equality that do not necessarily fall under the EU's binding gender legislation but are still emphasised as important and relevant problems with a clear opportunity to be tackled within the adjustment process of pre-accession Europeanisation. What Radaelli calls "domestic opportunity structure" (2003, 42) is a chance for domestic actors to influence the shaping of gender politics beyond those clearly-defined policies that need to be integrated anyway. In the Croatian case, gender experts have been enabled by the fact that Europeanisation has led to such beneficial domestic opportunity structures in matters of gender equality politics. Yet, the time frame of these beneficial structures has been a strictly limited period in which this *window of opportunity* has been open and propitious for their working agenda.

The Official Setting of Gender Expertise in Croatia

Two main official institutions in promoting and pushing gender equality politics in Croatia are the Government's *Office for Gender Equality* (Office) and the *Office of the Ombudswoman for Gender Equality* (Ombudswoman). Both institutions were established in 2004, with the first *Gender Equality Act* of 2003 (cf. Hrvatski Sabor 2003) providing their legal basis. Their importance for the development of gender equality politics and the implementation of the EU's *gender acquis* lies above all in their role as domestic mediators (cf. Grabbe 2003, 319). The actual outcome of EU incentives for the Croatian context is largely due to these institutions. Their roles are quite neatly (but not exclusively) divided regarding their parts in the Europeanisation of Croatian gender equality. While the Office is active in adapting the rules and creating the relevant laws, the Ombudswoman focuses on the actual implementation of these new standards (cf. Kesić 2007, 53f. and 58f.).

This active role in the formal adaptation is illustrated by Helena Štimac Radin, Head of the Office, when she states: "In 2008 we have been working on the new Act on Gender Equality³, which has at large been compiled here in the Office" (Štimac Radin 2014).

Regarding the Office's collaboration with the Commission and the institution's role as the first contact with regard to the adaptation of the Croatian law to the *acquis*, Štimac Radin explains:

"Thus, we have been working really a lot on the adjustment of the law in the Office. I have been a member of the working group, we went to Brussels, on --I don't know how many-- meetings. And we had to report to the Commission on the progress regularly. Thus, we had to write records on the progress of the field of gender equality all the time" (Štimac Radin 2014).

The Ombudswoman's role in Europeanisation processes is not that clearly discernible, as her activities are less directly part of the relations with the EU institutions. One of her many activities is monitoring whether the political parties are meeting mandatory quota arrangements. With this example (out of many), she describes her proactive way as a promoter of the new Croatian gender equality standards: "We are doing an election analysis of the local elections, of the elections for the European Parliament. We sent advice and recommendations to all the parties..." (Ljubičić 2014). As a former official in the government's Office for Human Rights, the current Ombudswoman, Višnja Ljubičić has also been part of the accession negotiations:

"I was the (...) negotiator and actually the head for the fields of gender equality and anti-discrimination law. We have been negotiating in Brussels in 2006 so that we could close the chapter around 2009" (Ljubičić 2014).

Especially interesting is her evaluation of the role of the Europeanisation process for the development of the Croatian gender equality and anti-discrimination law. After stating that many of the existing laws have been in force for about ten years already and expressing her dissatisfaction with the fact that there is still a lack in the de facto implementation of these laws, she very clearly reacts to the posed question, whether these laws are related to the Europeanisation of Croatia: "This is exclusively the adjustment with the directives from the European Union" (Ljubičić 2014).

As *facilitating factors* of Europeanisation (cf. Börzel/Risse 2000), state-level gender experts (or, *femocrats*, cf. Olsson Blandy 2010) play a key role regarding the mediation between the EU level and the Croatian national level. From a national perspective, these institutions and the people working in them provide *top-down pressure* in the development of gender policies. Having the official say in matters of gender equality, they form part of the political elite and can build coalitions with party officials and members of the government. And yet, as a matter of fact, they are the institutions that have been founded first and foremost in direct effect of the early efforts of the Croatian state to *europeanise* its gender standards.⁴ Apart from the two named institutions, a large body of local and regional agencies exists, as well as further specialised coordinators in ministries, administrations, and civil services (cf. Kesić 2007, 37ff.).⁵ The Office and the Ombudswoman as major institutions in the Croatian setting of gender politics are highly visible in the shaping of activities and the public discourses on gender standards. Furthermore, they intensely lobby the national political elite with the aim of enhancing national Croatian gender standards. However, agency as well as changes of discourses and belief systems, seem to run a risk of being structurally neglected in Europeanisation research. Radaelli points to this fact in his discussion of the *goodness of fit*-approach: "The goodness of fit has to account for agency and the transformative power of discourse to gain more precision" (2004, 16). The tendency to overlook domestic actors and matters of *social*

learning (Schimmelfennig/Sedelmeier 2005a, 18) in the Europeanisation process can be avoided by explicitly asking for agency when analysing the *explanations* of certain aspects of Europeanisation.

Agency in the Window of Opportunity at State-Level and in Civil Society

Taking a closer look at the ways in which domestic gender experts gained influence in the pre-accession period provides us with an impression of them as *intervening variables* in the explanations of the outcomes of Europeanisation.

In the example of the *National Policy for Gender Equality for the Period 2011-2015* (cf. Vlada Republike Hrvatske 2012) we can trace the *window of opportunity* in Štimac Radin's account of this document as an explicitly *domestic* strategy paper that is not created under the direct influence of the EU:

“And this is our National Policy for gender equality, our own strategy, of the state, which is submitted by the Croatian parliament, and we here in the Office, well, we set it up, right? So, this is the strategy, the basic national strategy (...). And we in the Office principally set it up and we first sent it to the government and the government sent it to the parliament” (Štimac Radin 214).

Despite this clear demand to not ignore such national proactive initiatives, Štimac Radin was knowledgeable enough to make the earlier version of the National Policy part of the *National Program of Croatia for the accession to the EU* (cf. Vlada Republike Hrvatske 2009) and, hence, has found a way of making the European Commission request reports on the implementation of that document too: “(...) I have squeezed this National Policy, first of all, into our National Program for the accession to the European Union” (Štimac Radin 2014). Accordingly, another advantage of “squeezing in” the National Policy into the government's overall accession program was its visibility to the European Commission and, hence, its increased political weight: “The Commission every year went into negotiations of the Progress Reports. And then, they requested record on how this strategy was executed” (Štimac Radin 214).

With this strategic course of action, Štimac Radin gives us a perfect example of how domestic actors are able to use Europeanisation in order to put certain topics and ideas on the national agenda. Plus, since she made her National Policy a matter of monitoring for the Commission, it officially became a matter of Europeanisation, too. In this sense, she enabled herself (and her peers) to use the *EU argument* in relation to matters of gender equality that, strictly speaking, have not been proper part of EU requirements. This strategy of using the “political opportunity structure created in Brussels” (Traguth/Hüttemann 2009, 103), has proved handy for gender experts in other countries too. Olsson Blandy also notes that “domestic actors find creative ways of using the EU as a ‘window of opportunity’ for accomplishing domestic change” (2010, 31). Or, as Schimmelfennig/Sedelmeier state: “The EU further em-

powers these societal actors domestically through external legitimacy and authority” (2005a, 18).

Altogether, the tendency among experts and actors to use the EU, and EU conditionality, as an argument for achieving their aims seems to be an advantageous strategy. Not only state-level experts, but also other domestic actors reported on the relevant potential in the EU accession process as an important time slot for the achievement of goals which would have otherwise not been successfully implemented.

Civil society actors, no matter whether passionate Europeans or not, have been very keen on the possibilities of the Europeanisation process prior to the accession of Croatia.⁶ Two convincing examples are the director of the *Centre for Women's studies* in Zagreb and vice-president of the *European Women's Lobby* (EWL), Rada Borić, and Croatian gender and human rights activist Sanja Sarnavka, director of the feminist human rights organisation *b.a.b.e.*, two leading figures in Croatian feminist activism. Borić, engaging in a highly critical assessment of the institutional settings and the state of implementation of gender equality policies in Croatia, states:

“On the one hand, while we have been in this “waitingroom of Europe“ (...), it was a good position for Croatia, since thanks to the different requirements for the accession to Europe, the door was wide open for gender mainstreaming in Croatia” (Borić 2014).

But also gender experts less keen about EU gender standards have seen this opportunity and have been able to use it. When asked about her evaluation of the EU accession process, Sarnavka explains:

“Well, I have to admit that I didn't expect anything from it. When asked, I said, that I would most of all have liked us to stay in the pre-accession forever, cause that has fit me best, since this helped us in lobbying and in recommending. We would then threaten them with the European Union, and then they would immediately bring some law. And we knew that in the very moment when we would be a member, this would end our story (...)” (Sarnavka 2014).

Conclusions: Empowerment of Domestic Gender Experts by the Europeanisation Conditionality and Self-Empowerment

Drawing from the above cases and observations and the statements by Croatian gender experts, it can be stated that there is more in the Europeanisation of a given field than the simple process of “downloading” EU rules and laws. Although fulfilling the requirements in order to meet the conditions set by the EU for becoming a members state contains in fact very lopsided hierarchical elements, there is still room for domestic actors to add topics, to place emphasis on some items (and take it away from others) and, above all, to put pressure on the political elite and the government to take the given policy field serious (cf. also Rošulj-Gajić 2014, 72).

In this sense, actors act as *facilitating factors* in the Europeanisation process in order to get as much of their aims and norms on the political agenda.

The preceding comments by leading Croatian gender experts have shown that it is above all the pre-accession phase in which rules can be set, norms defined and discourses changed. As a matter of fact, these changes made in the pre-accession process actually have a high potential of persistence (cf. Sedelmeier 2012). These *lock-in processes* of law-making and institution-setting under the impression of EU requirements provide domestic actors with a degree of influential agency that they might not have in “normal” times. Knowing this, gender experts, both in the official political as well as in the feminist civil society institutions, have been able to establish subjective orientations of activities and implicit maxims of decision-making⁷ that have facilitated them with agency even beyond the already existing empowerment coming from the agenda setting of EU incentives.

The current EU *gender acquis* is a well-developed set of valid rules and provisions, animated by a broad case law on gender equality matters. There is a clear tendency already at the EU level to rhetorically exaggerate this gender standard compared to its practical outcomes and its level of implementation. The formal facts of the Europeanisation process are rather clear as the acceding countries from the Eastern part of Europe have faced a very profound change of system, rules and norms in the last decades and the EU has played a major role in triggering these changes. Still, the chief cause of a lasting effectiveness of Europeanisation outcomes might be in the responsibility of the domestic actors, especially in a highly contested political field such as gender equality. The selected statements of the interviewed experts show the importance of a good understanding of the possibilities of the *window of opportunity* that had been wide open during the pre-accession period.

Notes

- 1 I would like to thank Prof. Costas Canakis from the University of the Aegean in Mytilene, the anonymous reviewer and the editors of this volume for comments and suggested improvements to earlier versions of this paper.
- 2 Note that Bogner/Menz (cf. 2005, 65-66) point to the efficacy in practice (“Praxiswirksamkeit”) of experts, which, together with their specific knowledge of the field and their subjective personal construction of meaning of their own activities, allows for the rich data that can be collected doing expert interviews.
- 3 Cf. Hrvatski Sabor 2008, RKP.
- 4 As mentioned above, both institutions were founded with the first Gender Equality Act in 2003 (articles 18 and 19).
- 5 See also the map on the institutional framework in Croatia regarding official gender equality agencies on the Office’s homepage: cf. <http://www.ured-ravnopravnost.hr/site/hr/institucionalni-mehanizmi.html> (3.11.2015).
- 6 For their essential role as norm advocates regarding the promotion of gender equality rights in Croatia at large, cf. Rošulj-Gajić 2014.

- 7 Cf. Bogner/Menz (2005, 38) and their explanation of analysing "Handlungsorientierungen" through expert interviewing.

References

- Auel**, Katrin, 2006: Europäisierung nationaler Politik. In: Bieling, Hans-Jürgen/Lerch, Marika (Hg.): Theorien der europäischen Integration. Wiesbaden, 293-318.
- Avdeyeva**, Olga, 2009: Enlarging the Club: When do Candidate States Enforce Gender Equality Laws? In: *Comparative European Politics*. 7 (1), 158-177.
- Baranović**, Branislava/**Leinert Novosel**, Smiljana, 2011: Zaključci i preporuke – Koliko su žene u Hrvatskoj ravnopravne? In: Kamenov, Željka/Galić, Branka (Eds.): Rodna ravnopravnost i diskriminacija u Hrvatskoj. Istraživanje "Percepcije, iskustva i stavovi o rodnoj diskriminaciji u RH". Zagreb, 255-269.
- Bijelić**, Nataša/**Hodžič**, Amir, 2013: Heteronormativity in Secondary Schools in Zagreb: Young Men Wearing Make-Up, Kissing and Walking Proudly. In: *Družboslovne razprave*. 24 (73), 43-60.
- Blagojević Hughson**, Marina, 2012: Undoing Gender, Undoing the Balkans: Towards Ethnic and Gender Reconciliation. In: Kersten-Pejanić, Roswitha/Rajilić, Simone/Voss, Christian (Eds.): Doing Gender – Doing the Balkans. Dynamics and Persistence of Gender Relations in Yugoslavia and the Yugoslav Successor States. Munich, 17-41.
- Bodiroga-Vukobrat**, Nada, 2013: Croatia. In: *European Gender Equality Law Review*. 2, 43-45. Internet: http://ec.europa.eu/justice/gender-equality/files/law_reviews/egelr_2013_2_final_web_en.pdf (03.11.2015).
- Bogner**, Alexander/**Menz**, Wolfgang, 2005: Das theoriegenerierende Experteninterview. Erkenntnisinteresse, Wissensform, Interaktionen. In: Bogner, Alexander/Littig, Beate/Menz, Wolfgang (Eds.): Das Experteninterview. Theorie, Methode, Anwendung. Wiesbaden, 33-70.
- Börzel**, Tanja A./**Risse**, Thomas, 2000: When Europe Hits Home: Europeanization and Domestic Change. In: *EUI Working Paper RSC*. 56.
- Börzel**, Tanja A./**Risse**, Thomas, 2012: When Europeanization Meets Diffusion: Exploring New Territory. In: *West European Politics*. 35 (1), 192-207.
- Bulmer**, Simon J./**Radaelli**, Claudio M., 2005: The Europeanization of National Policy. In: Bulmer, Simon/Lequesne, Christian (Eds.): The Member States of the European Union. Oxford, 338-359.
- Caratan**, Branko, 2009: The European Union, South-Eastern Europe and the Europeanization of Croatia. In: *Politička misao*. 46 (5), 171-180.
- Dobrotić**, Ivana/**Matković**, Teo/**Zrinščak**, Siniša, 2013: Gender Equality Policies and Practices in Croatia – The Interplay of Transition and Late Europeanization. In: *Social Policy & Administration*. 47 (2), 218-240.
- Feldmann-Wojtachnia**, Eva, 2005: Nach dem EU-Beitritt: Die politische Teilhabe von Frauen in Polen. In: Jünemann, Annette/Klement, Carmen (Hg.): Die Gleichstellungspolitik in der Europäischen Union. Baden-Baden, 157-164.
- Flockhart**, Trine, 2010: Europeanization or EU-ization? The Transfer of European Norms across Time and Space. In: *Journal of Common Market Studies*. 48 (4), 787-810.
- Freyburg**, Tina/**Richter**, Solveig, 2010: National Identity Matters: The Limited Impact of EU Political Conditionality in the Western Balkans. In: *Journal of European Public Policy*. 17 (2), 263-281.
- Fuhrmann**, Nora, 2005: Geschlechterpolitik im Prozess der europäischen Integration. Wiesbaden.

- Galić**, Branka, 2011: Društvena uvjetovanost rodne diskriminacija. In: Kamenov, Željka/Galić, Branka (Eds.): Rodna ravnopravnost i diskriminacija u Hrvatskoj. Istraživanje "Percepcije, iskustva i stavovi o rodnoj diskriminaciji u RH". Zagreb, 9-27.
- Galligan**, Yvonne/**Clavero**, Sara, 2012: Gendering Enlargement of the EU. In: Abels, Gabriele/Mus-haben, Joyce Marie (Eds.): Gendering the European Union. New Approaches to Old Democratic Deficits. Houndsmill, 104-123.
- Grabbe**, Heather, 2003: Europeanization Goes East: Power and Uncertainty in the EU Accession Process. In: Featherstone, Kevin/Radaelli, Claudio M. (Eds.): The Politics of Europeanization. Oxford, 303-328.
- Héritier**, Adrienne, 2005: Europeanization Research in East and West: A Comparative Assessment. In: Schimmelfennig, Frank/Sedelmeier, Ulrich (Eds.): The Europeanization of Central and Eastern Europe. Ithaca, London, 199-209.
- Hodžić**, Amir/**Bijelić**, Nataša, 2014: Neo-conservative Threats to Sexual and Reproductive Health & Rights in the European Union. CESI Report. Zagreb.
- Hrvatski Sabor** (The Croatian Parliament), Zakon o ravnopravnosti spolova (Gender Equality Act). 14.7.2003. Internet: <http://narodne-novine.nn.hr/clanci/sluzbeni/306173.html> (11.03.2015).
- Hrvatski Sabor** (The Croatian Parliament), Zakon o ravnopravnosti spolova (Gender Equality Act). 15.7.2008. Internet: http://narodne-novine.nn.hr/clanci/sluzbeni/2008_07_82_2663.html (11.03.2015).
- Ivoš-Nikšić**, Erma, 2000: Žene u Hrvatskoj devedesetih: Privremena bilanca jedne politike. In: Knežević, Đurđa/Dilić, Koraljka/Dabb, Anne (Eds.): Žene i politika: Feminizam na istočni način. Dubrovnik, 45-54.
- Kesić**, Vesna, 2007: Feminizam i država. Zagreb.
- Liebert**, Ulrike, 2002: Europeanising Gender Mainstreaming: Constraints and Opportunities in the Multilevel Euro-Polity. In: Feminist Legal Studies. 10, 241-256.
- MacRae**, Heather, 2010: The EU as a Gender Equal Polity: Myths and Realities. In: Journal of Common Market Studies. 48 (1), 155-174.
- Maršić**, Tomislav, 2008: Kroatien nach den Attentaten: Chancen für eine neue Reformdynamik. SWP-Aktuell 79. Berlin.
- McCaughey**, Darren, 2011: Bottom-Up Europeanization Exposed: Social Movement Theory and Non-state Actors in France. In: Journal of Common Market Studies. 49 (5), 1019-1042.
- Mlinarić**, Martin, 2013: Homophobie im zeitgenössischen Kroatien. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. 17, 41-44.
- Melčić**, Dunja, 2007: Die Partizipation von Frauen im politischen Establishments Kroatiens. In: Veil, Mechthild/Krannich, Margret (Hg.): Gesellschaftliche Perspektiven: Frauen in Osteuropa. Essen, 41-51.
- Olsson Blandy**, Tanja, 2010: The Europeanisation of Gender Equality. The Unexpected Case of Sweden. Uppsala.
- Radaelli**, Claudio M., 2003: The Europeanization of Public Policy. In: Kevin Featherstone/Radaelli, Claudio M. (Eds.): The Politics of Europeanization. Oxford, 27-56.
- Radaelli**, Claudio M., 2004: Europeanisation: Solution or Problem? In: European Integration online Papers (EIoP). 8 (16). Internet: <http://eiop.or.at/eiop/texte/2004-016a.htm> (11.3.2015).
- Rodin**, Siniša, 2005: Diskurs i autoritarnost u europskoj i postkomunističkoj pravnoj kulturi. In: Politička misao. 3, 41-65.
- Rošulj-Gajić**, Jagoda, 2014: Gleichstellungspolitischer Wandel durch Engagement und Handeln der Frauenorganisationen. Kroatien auf dem Weg zur Gleichstellung. In: Femina Politica. 23 (1), 62-76.

Samardžija, Višnja/Vidačak, Igor, 2008: The Challenges of Communicating EU Integration Issues in Croatia. In: Samardžija, Višnja/Dukes, Alan (Eds.): *Communicating Integration Impact in Croatia and Ireland*. Zagreb, Dublin, 63-86.

Schimmelfennig, Frank/Sedelmeier, Ulrich, 2005a: Conceptualizing the Europeanization of Central and Eastern Europe. In: Schimmelfennig, Frank/Sedelmeier, Ulrich (Eds.): *The Europeanization of Central and Eastern Europe*. Ithaca, London, 1-28.

Schimmelfennig, Frank/Sedelmeier, Ulrich, 2005b: Conclusions. In: Schimmelfennig, Frank/Sedelmeier, Ulrich (Eds.): *The Europeanization of Central and Eastern Europe*. Ithaca, London, 210-228.

Sedelmeier, Ulrich, 2012: Is Europeanization Through Conditionality Sustainable? Lock-in of Institutional Change after EU Accession. In: *West European Politics*. 35 (1), 20-38.

Špehar, Andrea, 2011: This Far, But No Further? Benefits and Limitations of EU Gender Equality Policy Making in the Western Balkans. In: *East European Politics and Societies*. 1-19.

Stachowitsch, Saskia, 2006: Geschlecht und Europa. In: Džihic, Vedran/Nadjivan, Silvia/Paić, Hrvoje/Stachowitsch, Saskia: *Europa – verflucht begehrt. Europavorstellungen in Bosnien-Herzegowina, Kroatien und Serbien*. Vienna, 217-28.

Traguth, Thomas/Hüttemann, Bernd, 2009: Europeanisation. The Impact of Europe. What You See Is What You Do Not Get. In: Tartu Ülikool Euroopa Kolledž (Ed.) *EL ajalooline kujunemine ja euroopastumise teooria*. Tartu, 99-113.

Unmüssig, Barbara/Allroggen, Ulrike, 2006: Zwei Schritte vor und einen zurück? Stand und Perspektiven europäischer Geschlechterpolitik. In: *Ist Europa noch zu retten? Herausforderungen für die deutsche EU-Ratspräsidentschaft*. Heinrich Böll Stiftung – Schriftenreihe zu Europa 1. Berlin, 56-62.

Vlada Republike Hrvatske (Government of the Croatian Republic), 2012: Nacionalna politika za ravnopravnost spolova za razdoblje od 2011. do 2015. godine (National Policy for Gender Equality for the Period 2011-2015). Zagreb. Internet: <http://www.ured-ravnopravnost.hr/site/hr/nacionalni-dokumenti/politike-planovi-programi-strategije/667-nacionalna-politika-2011-2015.html> (11.03.2015).

Vlada Republike Hrvatske (Government of the Croatian Republic), 2009: Nacionalni program Republike Hrvatske za pristupanje Europskoj uniji – 2009. godine (National Program of the Republic of Croatia for the accession to the European Union – year 2009). Internet: http://www.mvep.hr/files/file/dokumenti/NPPEU_2009.pdf (11.03.2015).

Watson, Nicole, 2002: *Monitoring the EU Accession Process. Equal Opportunities for Women and Men*. Budapest.

Interviews

Borić, Rada (Program Director of the Centre of Women's Studies and Vice President of the European Women's Lobby), 31.3.2014. Zagreb.

Ljubičić, Višnja (Ombudswoman for Gender Equality), 1.4.2014. Zagreb.

Sarnavka, Sanja (President of feminist human rights organisation b.a.b.e), 3.4.2014. Zagreb.

Štimac Radin, Helena (Director of the Office for Gender Equality), 4.4.2014. Zagreb.

Transformation von Geschlechterverhältnissen und Persistenz maskulinistischer Staatlichkeit: Staats- und Familienbilder im postsozialistischen Kroatien

BRIGITA MALENICA

Nach der Retraditionalisierung: Transformation als Herausforderung postsozialistischer feministischer Staatskritik

Die Folgen, die der politische und gesellschaftliche Umbruch von 1989 in den postsozialistischen Ländern für Frauen brachte, wurden von feministischen Aktivistinnen und auch von Wissenschaftlerinnen häufig als Retraditionalisierung der Geschlechterverhältnisse beschrieben. Kritisiert wurden damit sowohl der Rückgang weiblicher Repräsentation in Politik und Ökonomie als auch die erneuerte, aus der Zeit der Nationalstaaten wiederkehrende symbolische Vereinnahmung von Frauen als Gebärerinnen der Nation. Insbesondere im postjugoslawischen Kontext diente der Begriff der Retraditionalisierung lokalen Feministinnen der Verteidigung des emanzipatorischen Versprechens, das der sozialistische Staat den Frauen in Form rechtlicher und sozialer Gleichstellung gegeben hatte. Hatte sich der jugoslawische sozialistische Staat als emanzipatorischer Staat verstanden und seine Legitimation auf einer breiten Partizipation des arbeitenden Volkes und damit auch von Frauen an der sozialistischen Herrschaftsstruktur gegründet, so baut das postsozialistische Staatsverständnis auf dem Gedanken ethnonationaler Souveränität auf. Die Idee, dass die ethnische Homogenität des Staates die notwendige Voraussetzung für die Sicherheit der Nation darstelle, erwies sich als eine der dominanten Legitimationsstrategien postjugoslawischer Staatsbildungsprozesse (Bianchini 1998, 78). Deutlich abzulesen ist dieser Staatsdiskurs auch an den politischen Ideen des ersten kroatischen Staatspräsidenten und zum Vater der Nation erhobenen Franjo Tuđman (1990-1999). Mit seinen Texten bestätigte er die Vorstellung einer historisch konstanten kroatischen Staatlichkeit, die von jeher auf das Ziel nationaler Souveränität ausgerichtet gewesen sei, und gab ihr in seinem Handeln eine konkrete politische Form. In diesem Transformationsprozess des Staates wurden Frauen ebenso wie Minderheiten zum Objekt staatlichen Handelns (Bianchini 1998, 73), während politische Subjektivität an das Ziel gebunden wurde, mit dem ethnisch definierten Nationalstaat eine wehrhafte politische Gemeinschaft zu schaffen. Flankiert wurde der politische Diskurs nationaler Bedrohung zugleich von Vertretern der Kirchen, die mit ihrem Opferdiskurs ebenfalls die Frau als Hüterin der Nation in die Pflicht nahmen (Kesić 1994).

Die „Bemanntheit“ (Sauer 2001, 134) postjugoslawischer Staatlichkeit offenbarte sich nicht zuletzt an der stark reduzierten politischen Repräsentation von Frauen in den 1990 gewählten Parlamenten, die im kroatischen Sabor nur mehr 4,7%, in der

serbischen Skupština gar nur noch 1,6% betrug (Leinert Novosel 2001). Angesichts dieser offenkundigen männlichen Dominanz beschrieben feministische Arbeiten die Auswirkungen der postsozialistischen Transformation ebenfalls als „Remaskulinisierung“ der Politik (Kreisky 1996). Mit der Diagnose einer Retraditionalisierung und Remaskulinisierung sollten aber nicht nur der Ausschluss von Frauen aus den neuen demokratischen Machtstrukturen und die Rückkehr zu vermeintlich überwundenen traditionellen Geschlechterverhältnissen beschrieben werden. Im Fokus der postjugoslawischen feministischen Kritik stand denn auch neben der Logik des postsozialistischen Nationalstaates die ethnonationalistische Gewalt der jugoslawischen Zerfallskriege (1991-1995) (Jalušić 1992). Die im politischen Diskurs der postsozialistischen nationalen Eliten vollzogene Rückkehr zu traditionellen Geschlechterverhältnissen, die den biologischen und kulturellen Erhalt der eigenen Nation sichern sollen, lieferte in Ländern wie Kroatien, Slowenien oder Serbien daher nicht nur aufgrund der damit einhergehenden Demographie- und Familienpolitik Anlass für feministischen Widerstand (Špehar 2007, 158-177). Es waren letztlich die sexualisierte Kriegsgewalt und insbesondere die systematischen und vielfachen Vergewaltigungen von Frauen im Bosnienkrieg,¹ die die feministische Kritik an der nationalen „Instrumentalisierung“ von Frauen umso mehr bestärkte. Die Abwehr gegen die politische Indienstnahme von Frauen als Mütter – die emblematisch für die Retraditionalisierung der Geschlechterverhältnisse steht – richtete sich zugleich gegen eine den Krieg legitimierende Idee des Nationalstaates und die damit verbundene männliche Erzählung sowie ihre „maskulinen Akteure“ (Iveković/Mostov 2002, 10). Die feministische Analyse blickte im Zuge dessen vor allem auf die in Kultur und Medien dominante Repräsentation von Frauen und wies auf das fortlebende Muster tradierter Geschlechterhierarchien sowie ihre neue Medialisierung in der postsozialistischen ökonomisierten Öffentlichkeit hin (u.a. Jambrešić Kirin/Škokić 2004).

Während die kulturelle Funktion der Frau innerhalb der symbolischen Konstruktion der Nation als natürliche Ordnung von feministischer Seite eine hohe Aufmerksamkeit erfuhr, blieb sowohl die Komplizinnenschaft von Frauen als auch die Rolle von Männlichkeiten in der Etablierung einer ethnonationalen, auf konservativen Werten gegründeten politischen Gemeinschaft unterbeleuchtet. So wurde z.B. die Frage, inwiefern sich die retraditionalisierten Geschlechterverhältnisse auch auf männliche Subjektivierungsweisen beschränkend auswirken – zumal im Vergleich zu sozialistischen Männlichkeitskonstruktionen – kaum gestellt.² In den letzten 25 Jahren ist der Anteil weiblicher Abgeordneter im kroatischen Sabor gewachsen, stagniert aber zugleich bei 20%³, es gibt Erfolge feministischer Politik (vgl. auch den Beitrag von Kersten-Pejanić) und die Arbeitswelt feminisiert sich zunehmend. Vor diesem Erfahrungshorizont stellt sich die Frage, ob die Anfang der 1990er-Jahre konstatierte Retraditionalisierung der kroatischen Gesellschaft tatsächlich dauerhaft Eingang in den neu entstandenen Nationalstaat gefunden hat. Ist nicht vielmehr von einer beständigen Transformation der Geschlechterverhältnisse auszugehen, die sich auch

in der Öffnung der höchsten politischen Ebene für Frauen widerspiegelt? Wie ist die Tatsache angemessen zu bewerten, dass seit Januar 2015 mit Kolinda Grabar-Kitarović das höchste Staatsamt in Kroatien von einer Frau, zumal aus der nationalkonservativen HDZ (Hrvatska demokratska stranka) gestellt wird, und bereits in den Jahren 2009 bis 2011 mit Jadranka Kosor, ebenfalls HDZ, eine Frau als Premierministerin die wichtigste politische Position im Land inne hatte? Welche Gültigkeit besitzt schließlich die These von der Remaskulinisierung des Politischen auch heute noch, und mit welchem Zugang ist vor dem Hintergrund einer beständigen Transformation von Geschlechterverhältnissen und der Transformation von Staatlichkeit der „Mann im Staat“ (Wendy Brown) zu fassen?

Um einer Antwort auf diese Fragen näher zu kommen, erweist es sich als notwendig, die theoretischen Grundlagen feministischer Kritik an der postsozialistischen Remaskulinisierung des Staates weiterzudenken. Das Ziel des vorliegenden Beitrags ist daher ein zweifaches: zum einen sollen aktuelle Ansätze feministischer Staatstheorie mit postjugoslawischer feministischer Staatskritik zusammengedacht werden. Auf diese Weise wird die Transformation postsozialistischer Staatlichkeit als ein anhaltender Prozess beschrieben, der eng mit der Transformation von Geschlechterverhältnissen verknüpft ist. Zum anderen ist es das Ziel, mit einem theoretischen Zugang, der die Konstitution von Staatlichkeit aus einer diskurstheoretischen Perspektive betrachtet, die maskulinistische Fundierung politischer Strukturen und politischer Institutionen anhand des politischen Diskurses analysierbar zu machen. Die Siegesrede, die nach den letzten kroatischen Präsidentschaftswahlen von der erfolgreichen Kandidatin Grabar-Kitarović am 15. Januar 2015 gehalten wurde, dient schließlich als Beispiel für eine auf den erarbeiteten theoretischen Prämissen aufbauende Analyse aktueller postsozialistischer Staatlichkeit in Kroatien. Im Fokus steht die Frage nach der anhaltenden Relevanz des staatsbildenden Denkens in Kroatien, das das kroatische Staatsprojekt seit den 1990er-Jahren prägt, und nach den darin transportierten vergeschlechtlichten Vorstellungen von Staatlichkeit. Inwieweit verändern sich hegemoniale Staats- und Familienbilder, wenn sie durch eine hoch positionierte Frau vertreten und neu formuliert werden?

Das Geschlecht des postsozialistischen Nationalstaats: Vom „Gesetz des Vaters“ zur „maskulinistischen Staatlichkeit“

Mit den kriegerischen Ereignissen des jugoslawischen Zerfallsprozesses konfrontiert, arbeitete insbesondere die Philosophin Rada Iveković als Repräsentantin eines jugoslawischen Feminismus, der in den 1970er-Jahren aus der Verbindung feministischer und marxistischer kritischer Theorie entstand, die geschlechtlichen Implikationen postsozialistischer Transformation von Staat und Gesellschaft als Ausdruck einer männlich geprägten Nationsbildung heraus. Da sie als eine der wenigen Autorinnen den postsozialistischen Nationalstaat und seine männliche Fundierung aus der Perspektive feministischer politischer Philosophie betrachtete (z.B.

Iveković 1993 und 2001) und zugleich die marxistische Staatskritik durch einen poststrukturalistischen Ansatz ablöste⁴, dienten ihre Texte nicht selten anderen, empirisch ausgerichteten feministischen Arbeiten als wichtige theoretische Referenz. Der staatstheoretische Gehalt ihrer Texte steht zugleich in der Tradition einer feministischen Theorie, die nach dem Wesen des patriarchalen Staates fragt.

In ihrer psychoanalytisch argumentierenden Subjektkritik beschreibt Iveković den Ausschluss von Frauen aus dem Projekt des Nationalstaates sowohl als Folge westlicher und christlicher Denktraditionen als auch männlicher Sozialisation. Zentraler Angelpunkt ihrer Erklärung des Zusammenhangs zwischen der Reproduktion männlicher Herrschaftsansprüche, gewaltsamer Staatsbildung und nationaler Gemeinschaft stellt sie die männliche Subjektbildung über die Filiation, sprich das Vater-Sohn-Verhältnis, dar. In Anlehnung an die französische feministische Theorie steht für Iveković die westliche Konstruktion eines männlichen autonomen Subjekts in enger Verbindung mit der Abwertung des Weiblichen. Die Ausrichtung des Sohnes am Gesetz des Vaters und am männlichen Herrschaftsmodell gehe demzufolge als Akt der Selbstschöpfung mit der Ablehnung der Tatsache einher, vom anderen Geschlecht geboren worden zu sein. Da gesellschaftliche Machtverhältnisse und die ihr eingeschriebene symbolische Ordnung auf „vor-existente Machtkomplexe“ (Iveković 1993, 115) aufbauten, diene die symbolische Ordnung der Geschlechterverhältnisse der Sicherung von Herrschaftsverhältnissen. Die zentrale Bedeutung der Vaterfigur gehe schließlich auf die religiöse Symbolordnung zurück, die im historischen Kontext der politischen Transformation die sozialistische Imagination der Gesellschaft ablöste.

Iveković identifiziert die Transformation zum Nationalstaat schließlich mit der Etablierung einer geschlossenen ethnischen Gemeinschaft, die das politische Modell der offenen Gesellschaft ersetzt habe. Die Fundierung des nationalen Bruderbundes führt sie überdies auf die Suche des männlichen Subjekts nach Identität mit der Vaterfigur zurück, das seine Verwirklichung letztlich in der nationalen Gemeinschaft der Brüder als Gemeinschaft der Gleichen finde. Das im Bildnis der Jungfrau Maria verkörperte Ideal der Nation – „das nicht spricht“, aber die Gemeinschaft der Brüder unter den Schutz seiner Mütterlichkeit stellt und „die Gleichwertigen aufnimmt“ – schaffe die Symbiose zwischen Individuum und Gemeinschaft, zwischen Bruderschaft und „väterlicher Ordnung“, der sich die Gemeinschaft der Brüder unterwerfe (Iveković 2001, 151). Die Frau stehe hingegen vor dem Dilemma, im Verhältnis zum Vater stets das andere Geschlecht und damit auch die Andersartigkeit zu repräsentieren. Die „Geburt der Nation“ stehe daher für die männliche Selbstschöpfung und die Souveränität des männlichen Subjekts. Während die politische Filiation und die patriarchale Familie die Kontinuität der Gemeinschaft der reinen Abstammung sichere, werde zugleich die Entstehung einer Öffentlichkeit verhindert, in der sich das Politische und damit eine offene Gesellschaft herausbilden könnten (Iveković 1993, 120).

Da Ivekovićs Kritik am Nationalstaat eine universal formulierte Kritik an männlicher Herrschaft im Nationalstaat und an der damit verbundenen Gewalt des Krieges

anbot, kam ihren Texten auch eine wichtige Scharnierfunktion für die Artikulation eines transnationalen postjugoslawischen Feminismus zu. Gleichzeitig erweist sich gerade die von ihr vorgenommene Universalisierung eines männlichen Nationsbildungsprozesses, die sie im Anschluss an die französische Differenzphilosophie entwickelte, als problematisch. Denn während sie einerseits die symbolische Idealisierung und Essentialisierung der Frau im Nationalstaat als Kontrolle unzuverlässiger Weiblichkeit und als Ausschluss realer Frauen dechiffriert (ebd., 123), schreibt sie andererseits dem männlichen, in der Filiation gefangenen Subjekt des Nationalstaates, das aus dem philosophischen Universalismus zehrt, selbst eine universale Form zu. Darüber hinaus stellt sie der männlichen Sozialisation, die darauf ausgerichtet sei, in der männlichen Linearität die Grenzen der ethnischen Gemeinschaft zu wahren, die weibliche Sozialisation gegenüber, die davon geprägt sei, Beziehungen aufzubauen und Grenzen zu überschreiten (ebd., 117-118). Aus dieser unterschiedlichen psychosozialen Konstitution von Geschlecht leitet Iveković schließlich ein Konzept weiblicher Gewaltlosigkeit ab, die zwar die Verflechtung von Frauen in Gewalt- und Machtverhältnisse nicht leugnet, aber ihr keine spezifische analytische Relevanz zuschreibt (ebd., 121). Indem sie die vergeschlechtlichte symbolische Struktur des Nationalstaats aus der Perspektive der Sozialisationstheorie und Psychoanalyse anhand eines nicht genauer verorteten, aber westlichen philosophischen und religiösen Diskurses analysiert, verwischt sie nicht nur die Analyseebenen. Auch führt sie so über die Hintertür eine eigene Festschreibung von Geschlecht als Produkt von vergeschlechtlichten Sozialisationsprozessen, aber auch eines Nationalstaates ein, den sie als Produkt des ideellen Erbes der Aufklärung beschreibt. Auf diese Weise bleibt nicht nur unklar, was die spezifische Transformation des jugoslawischen Staates zu ethnisch definierten postsozialistischen Nationalstaaten ausmacht, sondern ebenso, welche Funktion die gesellschaftliche Zuschreibung von Männlichkeiten, z.B. als hegemonial (Scholz/Willms 2008), innerhalb dieses Prozesses übernimmt. Trotz Ivekovićs poststrukturalistischem Hintergrund scheinen aus diesen Gründen sowohl der Nationalstaat, seine Geschlechterordnung als auch die in ihm gelebten Geschlechterkonstruktionen eine unveränderbare Konstante darzustellen.

Der poststrukturalistische und diskurstheoretische Zugang zur Macht, mit dem die Mikroformen der Macht in den Vordergrund gesellschaftstheoretischer Überlegungen rückten, ermöglicht jedoch auch, Herrschaft als Produkt von komplexen Machtverhältnissen zu denken. Der Staat erweist sich in diesem Licht nicht mehr als reines Elite-Projekt, sondern als Beziehungsgeflecht. Im Zuge dessen, aber auch vor dem Hintergrund des neoliberalen Umbaus des Staates, stellt sich der Staat auch in der feministischen Theorie nicht mehr als einheitlicher Souverän, sondern als „Set von Arenen“ dar (Pringle/Watson 1992, 53). Die gegenwärtige poststrukturalistisch beeinflusste feministische Staatsdiskussion zeichnet sich daher durch eine diskursgestützte Geschlechtertheorie, ideologiekritische Ansätze sowie der Einsicht in den Prozesscharakter des Staates aus. Nicht nach dem Wesen des Staates wird inoffiziell gefragt, sondern nach der vergeschlechtlichten Konstitution des Staates.

Nicht der Staat als feststehende Institution, sondern die Staatsbildung und die mit ihr verknüpften unterschiedlichen Polities sind es, die mit ihren Geschlechterprojekten das feministische analytische Interesse am Staat leiten (Walby 2000, 529). Da nunmehr davon ausgegangen wird, dass Geschlechterregime und die mit ihnen verbundenen Subjektivierungsprozesse der Individuen historisch wandelbar sind, kann auch nicht mehr von einer im Staat repräsentierten universalen Männlichkeit gesprochen werden. Insofern muss auch die Frage nach der Rolle des Staates in der Reproduktion von Männlichkeiten und von patriarchalen gesellschaftlichen Verhältnissen neu gestellt werden. Da der Staat infolgedessen nicht mehr nur als Instrument betrachtet wird, das der Durchsetzung von Herrschaft dient, kann auch die „Eroberung der Staatsmacht“ nicht mehr das genuine Ziel feministischen politischen Handelns darstellen. Vielmehr geht es nun um die geschlechterdemokratisch ausgerichtete „diskursive Herstellung und Transformation staatlicher Arenen“ (Löffler 2011, 223). Feministische Staatstheorie, die sowohl nach der Rolle des Staates in der Herstellung und Aufrechterhaltung als auch in der Veränderung von Ungleichheitsverhältnissen fragt, ist insofern ebenfalls als Intervention in ein „Herrschaftswissen“ (Sauer 2008, 20) zu verstehen, das den Staat, die Gesellschaft und die Geschlechterverhältnisse strukturiert. Als einer der Effekte eines solchen Herrschaftswissens ist auch die Remaskulinisierung des Staates zu betrachten, wie sie seit den 1990er-Jahren im Umbau des „demokratischen Verwaltungsstaates“ (Löffler 2011, 165) zu beobachten ist. Parallel zeigt sich die postsozialistische Transformation von Staatlichkeit ebenfalls geprägt von einer Stärkung maskulinistischer, sprich traditioneller und militarisierter Männlichkeitsideale. Die deutlich sichtbare Remaskulinisierung des Staates im postjugoslawischen Kontext ist allerdings nicht allein aus den Zerfallskriegen und der damit verbundenen Aktivierung heroischer Männlichkeit zu erklären. Auch der postsozialistische Umbau von staatlich gestützten Herrschaftsverhältnissen bleibt als Analyserahmen relevant. Es bedarf hier zusätzlich, neben einer stärkeren Auseinandersetzung mit dem lokalen feministischen Wissen, der Betrachtung der mehrdimensionalen Wirkungsweisen von Staatlichkeit auf Geschlechterverhältnisse und auf vergeschlechtlichte Subjektivierungsprozesse.

Hierfür bietet etwa Birgit Sauer ein Modell an, das Staatlichkeit *erstens* als „soziales Kräftefeld“ versteht, auf dem nationalstaatliche Klassen-, Geschlechter- und ethnische Regime als gesellschaftliche Machtverhältnisse entstehen. *Zweitens* kann der Staat als Kompromiss von gesellschaftlichen Interessen und Mächten gefasst werden, die dazu beitragen, politische Institutionen und Normen zu generieren. *Drittens* ist Staatlichkeit als Diskurse „über soziale Zusammenhänge und Identitäten“ zu lesen, mit welchen über hierarchisierende Trennungsparadigmen (z.B. privat und öffentlich, heterosexuell und homosexuell) zugleich Subjektpositionen angeboten werden. *Viertens* eignen sich die Individuen die ihnen angebotenen Subjektpositionen mit der Ausbildung von Identitäten in individuellen Praktiken selbst an (Sauer 2008, 20-21). Mit Hilfe dieses Modells sowie eines gouvernementalitätstheoretischen Zugangs ist es möglich, die Ambivalenzen geschlechtlicher Subjektivierungen in den Blick

zu nehmen (Ludwig 2009), die postsozialistische, den Nationalstaat generierende und zugleich neoliberale Transformationen von Staatlichkeit hervorbringen. Der folgende Abschnitt soll anhand politischer Aushandlungsprozesse in Kroatien das Konzept maskulinistischer Staatlichkeit für die Analyse von diskursiven Geschlechter- und Staatskonstruktionen und ihrer Transformation fruchtbar machen.

Das Geschlechterregime des kroatischen Souveränitätsdiskurses

Da sich der Umbau von Staatlichkeit in Kroatien und seinen postjugoslawischen Nachbarstaaten vor dem Hintergrund einer *post-conflict* Gesellschaft vollzieht, ist das Zusammenspiel von Staat und Geschlecht ebenfalls unter dem Aspekt der Durchsetzung des staatlichen Gewaltmonopols und des Sicherheitsregimes zu betrachten. Insbesondere die diskursive Formulierung sowie die institutionelle Durchsetzung der Grenzen der in der Gesellschaft akzeptierten Gewaltverhältnisse erweisen sich eng mit weiteren Trennungsparradigmen verknüpft, u.a. jenem zwischen privat und öffentlich. Eine zentrale feministische Erkenntnis ist, dass die Grenze zwischen diesen beiden gesellschaftlichen Sphären sowie ihre geschlechtliche Kodierung keine feststehenden Parameter darstellen. Sie unterliegen historischen Veränderungen, die diskursiv in staatlichen, gesellschaftlichen sowie in Alltagspraxen erzeugt werden. Der Staat nimmt in der Festlegung dieser Grenzen insofern eine zentrale Rolle ein, als er nicht nur über das physische Gewaltmonopol, sondern zudem auch über ein „Monopol der legitimen symbolischen Gewalt“ verfügt (Bourdieu 2014, 19). Die Setzungsarbeit des Staates erzeugt zugleich geschlechtliche Kodierungen legitimen und illegitimen Gewalthandelns, die sich in die Definition von Sicherheitsregimen einschreiben. Das Sicherheitsregime, das den kroatischen Staat seit dem Zerfall Jugoslawiens prägt, ist das der territorialen Souveränität. Rada Iveković hatte schließlich in ihren Analysen die enge diskursive Verbindung zwischen territorialen Grenzen und diskursiven Geschlechterkonstruktionen aufgezeigt. Zugleich ist seit dem ersten Machtwechsel im Jahr 2000 auch von Verschiebungen der diskursiven Grenzen im staatlichen Sicherheitsdiskurs auszugehen, die sich u.a. in der staatlichen Praxis widerspiegeln: angefangen von der Entlassung politisch agierender Generäle aus dem Dienst, die sich im Jahr 2001 öffentlich der Verfolgung von Kriegsverbrechern aus den Reihen der Kroatischen Armee (Hrvatska Vojska) entgegengestellt hatten, bis hin zur Aufhebung der Wehrpflicht (2007) und zum NATO-Eintritt (2009). Ob damit eine tiefreichende Demilitarisierung der kroatischen Gesellschaft und der Abbau einer Privilegierung protektionistischer Männlichkeitskonstruktionen verbunden sind, bleibt zugleich fraglich. Gründe für berechnete Skepsis und Anzeichen einer Remilitarisierung finden sich aktuell in den seit Oktober 2014 andauernden Protesten von Kriegsveteranen auf Zagrebs Straßen wie auch in der hitzigen Debatte, die um die Feierlichkeiten geführt werden, die den Sieg der Kroatischen Armee über die serbischen Sicherheitskräfte jedes Jahr am 5. August in der Stadt Knin begehen (Wölfl 2015).

Wandlungen und Kontinuitäten im Geschlechterregime des Staates sind demzufolge auch an die Transformation von Sicherheitsdispositiven geknüpft, die gegenwärtig in einem Spannungsverhältnis nationalstaatlicher und neoliberaler Gouvernamentalitäten stehen. Die letzten kroatischen Präsidentschaftswahlen, die am 15. Januar 2015 in der Stichwahl zwischen dem amtierenden Präsidenten Ivo Josipović (ehemals SDP)⁵ und seiner Herausfordererin Kolinda Grabar-Kitarović (HDZ) zu ihren Gunsten entschieden wurden, lassen die Anpassung traditioneller Geschlechtercodes an aktuelle Transformationen von Staatlichkeit deutlich zu Tage treten. Seit dem knappen Sieg Grabar-Kitarovićs (50,7%) kann eine Kandidatin der HDZ, die sich als Partei des ersten Staatspräsidenten Franjo Tuđman als „staatsgründend“ versteht, erstmals seit dem Tod Tuđmans im Dezember 1999 wieder das Amt des Staatspräsidenten besetzen. Allerdings kommt dem Amt des Staatsoberhauptes seit der Verfassungsänderung im Jahr 2000, die Kroatiens parlamentarische Demokratie stärken sollte, keine solch weitreichende Bedeutung zu wie noch unter der Präsidentschaft von Franjo Tuđman.

Dass gerade die Wahl des ersten weiblichen Staatsoberhauptes in Kroatien aus den Reihen der HDZ den ersten Schritt zum Ziel der Wiedererlangung politischer Macht für die seit 2012 in der Opposition befindliche nationalkonservative Partei darstellen könnte, erweist sich nur auf den ersten Blick als widersprüchlich. Die Ansprache, die Grabar-Kitarović nach dem errungenen Wahlsieg vor ihren Anhängern hielt, macht hingegen deutlich, in welcher Weise die Sichtbarkeit von Frauen sowie weibliche Handlungsmacht staatliche maskulinistische Strukturen stützen können. In ihrer Dankesrede, die sie noch am Wahlabend hielt, stellt sie zunächst die Verbundenheit mit der HDZ in den Vordergrund und verweist darauf, dass ihre Kandidatur auf ihre Förderung durch den Parteichef Tomislav Karamarko zurückgeht. Als zentral für ihre anstehende Arbeit als Präsidentin des kroatischen Staates hebt sie wiederholt die Werte der Partei, die nötige Kampfbereitschaft und die Verpflichtung hervor, dem kroatischen Volk innerhalb und außerhalb der Staatsgrenzen zu dienen (Grabar-Kitarović 2015).⁶ Sie stellt den Bezug zur „Familie, Heimat, Liebe zur Heimat, zu unseren Emigranten, zum Glauben, zur Gemeinschaft“ als wesentlich für ihre politische Tätigkeit heraus. Indem sie die fundamentale Rolle dieser Werte für die nationale Einheit bekräftigt, sieht sie darin die Garantie für ein zukünftiges besseres Leben und für einen Wohlstand, den sich das kroatische Volk verdient habe.

Was ihre Rede neben dem kämpferischen und zugleich bemüht beschwichtigenden Ton auszeichnet, ist die religiös geprägte Sprache, mit der sie etwa den Abend des Sieges als „gesegnete Nacht“ tituliert oder den sozialen Zusammenhalt mit der Aufforderung beschwört, den Hilfsbedürftigen die „Hand zu reichen“. Dabei erinnert die von ihr verwendete Rhetorik auch aufgrund der zeitlichen Nähe zum Jahreswechsel frappant an die Zeremonie der mitternächtlichen Weihnachtsmesse, in der die kommende Erlösung des Volkes als Glaubensgemeinschaft gefeiert wird.⁷ Die Gläubigen reichen sich zudem in der Messe nach Aufforderung des Priesters zum Zeichen des Friedens die Hand. Indem sie ihre Ansprache auf die kulturellen Codes

der katholischen Kirche stützt, bedient sie sich nicht nur einer politischen Rhetorik, die von Franjo Tuđman geprägt wurde (Malenica 2012, 296), sondern erfüllt zudem die den Frauen traditionell zugewiesene Aufgabe, als Bewahrerin des kulturellen Gedächtnisses die Einheit der Nation zu sichern (Jambrešić Kirin 2008). Die Bestätigung in ihrer Rolle als einende Mutter erhält Grabar-Kitarović im Moment, in dem sie mit dem Satz „Dieser Staat, dieses Volk kann ...“ ihre Rede fortsetzen möchte und sie vom Refrain „Rufe, rufe nur, alle Falken werden für Dich ihr Leben lassen“ des patriotischen Liedes „Oj hrvatska mati“ (He kroatische Mutter), den die versammelten AnhängerInnen im Chor anstimmen, unterbrochen wird. Nachdem die Menge sie nicht fortfahren lässt, stimmt sie selbst lächelnd in den Gesang mit ein und dankt am Ende für die „patriotischen Worte“. Das Lied, das bereits im Ersten Weltkrieg Soldaten als nationaler Weckruf gedient hatte, war von den kroatischen Sicherheitskräften in den 1990er-Jahren wiederentdeckt worden (Baker 2015). Mit der Einstimmung des Liedes wird auch heute noch die Opferbereitschaft der Söhne wie auch der Mütter des Landes für die nationale territoriale Einheit in Kroatien beschworen.

Grabar-Kitarović tritt hier zwar als Schutzpatronin aller Entrechteten in Kroatien auf, apostrophiert aber vor allem die Veteranen des Heimatkrieges (Domovinski rat), die seit Herbst 2014 in einem Zelt vor dem *Ministerium der Verteidiger* (Ministarstvo branitelja) für den Erhalt und die Ausweitung der sozialen Rechte der sog. Landesverteidiger (branitelji) demonstrieren und zugleich den Rücktritt der amtierenden Regierung fordern. In ihrer Rede unterstützt sie nicht nur die in der kroatischen Öffentlichkeit höchst umstrittene Blockadeaktion der Veteranen, sondern ruft zudem zu einer Rückbesinnung auf eine Politik der nationalen „Verteidigung und Sicherheit“ auf. Mit der Verteidigung kroatischer Interessen und der Bekräftigung kroatischer Souveränität, was gemeinhin mit der Politik Tuđmans verbunden wird, richtet sie zugleich ihre Kritik gegen die Politik der amtierenden Regierung sowie ihres Vorgängers Ivo Josipović, die sich um Ausgleich und Kooperation mit den ehemals jugoslawischen Nachbarstaaten bemühten. Die neue Staatspräsidentin bekräftigt schließlich mit ihrer Rückbesinnung auf Tuđmans Politik der nationalen Souveränität eine Position der Stärke. Ihren beiden Amtsvorgängern Stipe Mesić und Ivo Josipović weist sie damit eine Position der Schwäche und folglich auch eine untergeordnete Männlichkeit zu. Mit diesem rhetorischen Brückenschlag zu den Gründervätern des Staates kommt sie im gleichen Zug auch den Forderungen der Veteranenverbände nach Sicherung ihrer politisch privilegierten Stellung nach: „Die Kroatische Armee soll diejenige sein, die als Garantin für unsere Sicherheit und Stabilität steht. Und ich garantiere Euch als Oberbefehlshaberin der Armee der Republik Kroatien, dass dies so sein wird“. In dieser Programmatik für die Staatspräsidentschaft macht sie schließlich das aktuelle Parteiprogramm der HDZ, in dem der Parteichef Karamarko einen zweiten, nun ökonomischen „Heimatkrieg“ („drugi Domovinski rat“) ausrief (Hina 22.2.2015), auch zur Grundlage ihrer eigenen Amtsführung – trotz der Verpflichtung aus der Partei auszutreten.

Grabar-Kitarovićs Politik der Einheit, die sie mit der Stärkung der nationalen Sicherheit gleichsetzt, zeigt sich zudem als Vorstoß, die politischen Polarisierungen zu delegitimieren, die die Staatspräsidenten seit 2000 mit ihrer mehr oder weniger offenen Auseinandersetzung mit der eigenen Verantwortung für die Kriegsgewalt hervorriefen. Damit aktualisiert und modernisiert sie zugleich das Souveränitätsnarrativ, mit dem die Unabhängigkeit und Staatlichkeit Kroatiens begründet wird. In der von ihr wiederbelebten Meistererzählung schöpft der kroatische Staat seine Legitimation nicht nur aus einer historischen Konstruktion jahrtausendealter Staatlichkeit und einem damit verbundenen ‚ewigen‘ Wunsch des kroatischen Volkes nach politischer, von Fremdbestimmung befreiter Unabhängigkeit, sondern weiterhin auch aus der Bedrohung des kroatischen Volkes, anknüpfend an den politischen Diskurs des jugoslawischen Zerfallsprozesses (Jalušić 2004). Im Zentrum des hier gezeichneten Bedrohungsszenarios, das die staatliche Souveränität Kroatiens gefährdet sieht, steht schließlich auch die kroatische Familie, mit ihren ethnisch kodierten sowie katholisch begründeten Wertvorstellungen. Die Konstruktion einer engen Verbindung zwischen Staat und Familie, die seit den 1990er-Jahren das politische Denken prägt, indem die Familie zum Hort kroatischer Kultur und Moral sowie zum zentralen Bezugspunkt kroatischer Sicherheitspolitik erklärt wurde (z.B. Vukasović 1994), erhält nun eine Redefinition. Als Nebeneffekt der seit 2000 gestärkten kritischen Öffentlichkeit und des feministischen Diskurses, die u.a. die Rechte sexueller Minderheiten in Kroatien verbesserte, sowie des EU-Integrationsprozesses erweist sich, dass nun nicht mehr zuvorderst männliche Akteure eine maskulinistisch-militarisierte Staatlichkeit mit Hilfe traditioneller Familienmodelle stützen. Es sind nun vermehrt Frauen, die als aktive politische Akteurinnen die Rolle der konservativen Vorreiterin übernehmen und auch eine gesellschaftliche und praktische Anerkennung für ihren Kampf für die Nation einfordern.

Der von Franjo Tuđman als Vater der Nation (*otac domovine*) begründete politische Bruderbund der Staatsgründung legitimierte sich sowohl aus der kollektiven Erfahrung der Kriegsbedrohung als auch aus der Gewissheit, unter der Schutzmacht des Vaters zu stehen. Die gegenwärtige Erneuerung des Bruderbundes durch eine Mutterfigur bestätigt einerseits die kulturellen Traditionen der kroatischen Gesellschaft, in der die Mutter ihre Söhne verteidigt und in ihrer Männlichkeit bestätigt. Andererseits wird so der Bruderbund aus der Bindung an eine über dem Gesetz stehende, autoritäre Vaterfigur symbolisch herausgelöst. Auf diese Weise kann Tomislav Karamarko als Erneuerer der HDZ die politische Gleichheit neu begründen, die zuvorderst auf eine Gleichheit innerhalb der ethnisch-nationalen Gemeinschaft abzielt. Politische Staatsbürgerschaft und politische Subjektivierung bleiben im diskursiven Kontext des in Kroatien vorherrschenden Öffentlichkeitsregimes *der Souveränität* (Malenica 2015) an eine verteidigungsmächtige, zugleich von Frauen aktiv gestützte protektionistische Männlichkeit gebunden. Grabar-Kitarović erneuert mit ihrem Bezug auf die Sicherheitspolitik sowohl das Geschlechterregime als auch das ethnische Regime der Staatsgründung und passt sie zugleich dem suprastaatlichen

Kontext der EU an. Dies zeigt sich z.B., wenn sie in ihrer Rede der Bedeutung eines weitreichenden Minderheitenschutzes in Kroatien explizit Nachdruck verleiht, um im Nachsatz eine ebensolche Wahrung der Rechte der kroatischen Minderheit in den Nachbarländern einzufordern. Das hier von der ersten Frau im Staat repräsentierte nationalkonservative Geschlechter- und ethnische Regime generiert schließlich eine kroatische Staatlichkeit, in der das konfliktreiche Spannungsverhältnis zwischen einer nationalstaatlichen, einer suprastaatlichen sowie einer globalen neoliberal formulierten Wettbewerbsmännlichkeit im *modernen* Familialismus des kroatischen Nationalstaates aufgelöst wird.

Zusammenfassung

Fünfundzwanzig Jahre nach den ersten Mehrparteienwahlen, an welchen auch Frauen in Kroatien zur Wahlurne gehen konnten, sieht sich die feministische Staatsanalyse vor der Herausforderung, mit einem adäquaten theoretischen Zugang sowohl die Transformation von Geschlechterverhältnissen als auch von ethnonationaler postsozialistischer Staatlichkeit in ihren ambivalenten Effekten zu beschreiben und zu erklären. Die feministische Staatskritik, die im Zuge des jugoslawischen Zerfallsprozesses u.a. von Rada Iveković formuliert wurde, bediente sich zwar einem aus der poststrukturalistischen Theorie entwickelten Zugriff auf den Nationalstaat als symbolische Ordnung. Gleichzeitig erweist sich dieser theoretische Zugang, der auf das universalistische Fundament nationalstaatlichen Denkens abhebt, weder für die Erklärung von Transformationsprozessen noch für das Verständnis von individuellen Subjektivierungsprozessen ausreichend. Gerade die kritische Analyse der Einschreibung von Männlichkeiten in eine von suprastaatlichen und globalen Einflüssen geprägte Staatlichkeit bedarf vielmehr eines Staatsbegriffs, der den Staat nicht als souveräne Einheit denkt. Mit Hilfe des diskurstheoretischen Blicks und der Rückbindung an individuelle Praxen kann vielmehr die Mehrdimensionalität der Beziehung von Staat und Geschlecht herausgearbeitet werden. Die Wissensproduktion im politischen Diskurs ist nur eine dieser Ebenen, die auf die Transformation von Geschlechterkonstruktionen und von Staatlichkeit einwirkt. Wie am Beispiel der Siegesrede der neuen kroatischen Staatspräsidentin Grabar-Kitarović zu sehen war, kann sie mit Hilfe spezifischer Staats- und Familienbilder den Anspruch auf politische Führungsmacht nicht nur für sich, sondern auch für ihre Partei HDZ unterstreichen. Dabei wird deutlich, wie die von feministischer Seite attestierte postsozialistische Retraditionalisierung und Remaskulinisierung des Politischen unter veränderten Anforderungen an Staat, Staatlichkeit und Geschlechterkonstruktionen eine Anpassung und damit, wenn man so will, eine Modernisierung erfahren. Aufgabe kritischer feministischer Staatstheorie bleibt es daher, einen Begriffsapparat zu entwickeln, mit dem sowohl die darin verborgene Hervorbringung neuer sozialer Ungleichheiten benannt als auch eine emanzipative politische Praxis denkbar gemacht werden kann. Vor dem Hintergrund europäischer und globaler Krisen erweist

sich eine feministische Auseinandersetzung mit postsozialistischer Staatlichkeit als kritische Intervention in aktuelle Krisendiskurse notwendig, die es einerseits vermag, den Staat als Ort sich wandelnder Herrschafts- und Geschlechterverhältnisse zu fassen und andererseits zur Analyse staatlich gestützter maskulinistischer Sicherheitsregime beizutragen.

Anmerkungen

- 1 Dubravka Žarkov merkt in ihren Studien kritisch gegenüber dem feministischen Diskurs an, dass zum einen auch Männer Opfer von sexualisierter Gewalt und damit von Vergewaltigungen wurden und zum anderen, dass ebenso Frauen als Soldatinnen Teil an der Kriegsgewalt Teil hatten (Žarkov 2007).
- 2 Erste Ansätze, die in diese Richtung weisen, finden sich ebenfalls bei Žarkov, wenn sie darauf verweist, dass Männer als Opfer sexualisierter Gewalt oder als Deserteure auf kein gesellschaftlich anerkanntes Narrativ zurückgreifen können (ebd.). Auch die Studie von Michaela Schäuble weist in diese Richtung. Sie zeigt anhand biografischer Erfahrungen junger Veteranen auf die unter zivilen Umständen brüchige Konstruktion männlicher Wehrhaftigkeit (Schäuble 2014).
- 3 Eine aktuelle vergleichende Studie zur politischen Repräsentation von Frauen in Kroatien, Serbien, Montenegro, Makedonien und Bosnien-Herzegowina zeigt zum einen, dass sich der Anteil von Frauen seit den ersten Mehrparteienwahlen, die noch im jugoslawischen Staatenverbund stattfanden, in allen nun souveränen Republiken in der Zwischenzeit deutlich erhöht hat. Zum anderen verweist die Autorin darauf, dass der darin zu Tage tretende Erfolg der NGOs in seiner Effektivität beschränkt bleibt (Omanović 2015).
- 4 Für eine marxistische Kritik am patriarchalen Staat aus jugoslawischer Perspektive steht insbesondere die feministische Lektüre von Hegel und Marx bei Blaženka Despot (1987).
- 5 Analog zu Deutschland ist auch in Kroatien die Erfüllung des Staatspräsident_innenamts an die Parteilosigkeit geknüpft.
- 6 Die folgenden Zitate sind aus der Videoaufzeichnung der Siegesrede transkribiert, die im Internet auf der Seite der Wahlkampagne von Kolinda Grabar-Kitarović einzusehen ist.
- 7 Im kirchlichen Duktus wird die Bezeichnung Volk (narod) verwendet und ist dadurch natürlich auch für eine semantische (Um)Deutung als politisches und ethnisches Volk offen.

Literatur

Baker, Catherine, 2015: Political Musical Theatre: Kolinda Grabar-Kitarović, Croatian Patriotic Music and Narratives of National Regeneration. In: *balkanist*, 17.1.2015. Internet: balkanist.net/political-musical-theatre-kolinda-grabar-kitarovic-croatian-patriotic-music-and-narratives-of-national-regeneration/ (31.07.2015).

Bianchini, Stefano, 1998: The Idea of State in Post-Communist Balkan Societies. In: Ders./Schöpflin, George (Hg.): *State Building in the Balkans. Dilemmas on the Eve of the 21st Century*. Ravenna, 53-80.

Bourdieu, Pierre, 2014: *Über den Staat*. Frankfurt/M.

Despot, Blaženka, 1987: *Žensko pitanje i socijalističko samoupravljanje*. Zagreb.

Grabar-Kitarović, Kolinda, 15.1.2015: Pobjednički govor prve hrvatske predsjednice. Video im Internet: www.kolinda.tv (09.04.2015).

- Hina**, 2015: Karamarko Prgometu: „Ja s radikalnom retorikom nastavljam: Treba nam drugi Domovinski rat – za radna mjesta i bolji život!“. In: Jutarnji list, 22.2.2015. Internet: www.jutarnji.hr/karamarko-prgometu--ja-s-radikalnom-retorikom-nastavljam--hrvatskoj-treba-drugi-domovinski-rat--/1300043/ (22.02.2015).
- Iveković**, Rada, 1993: Women, Nationalism and War: 'Make Love, Not War'. In: Hypatia. 8 (4), 113-126.
- Iveković**, Rada, 2001: Geschlechterdifferenz und nationale Differenz. In: Mouffe, Chantal/Trinks, Jürgen (Hg.): Feministische Perspektiven. Wien, 140-157.
- Iveković**, Rada/**Mostov**, Julie, 2002: Introduction. From Gender to Nation. In: Dies. (Hg.): From Gender to Nation. Ravenna, 9-26.
- Jalušič**, Vlasta, 1992: Zurück in den „Naturzustand“? Desintegration Jugoslawiens und ihre Folgen für die Frauen. In: Feministische Studien. 10 (2), 9-21.
- Jalušič**, Vlasta, 2004: Gender and Victimization of the Nation as Pre- and Post-War Identity Discourse. In: Seifert, Ruth (Hg.): Gender, Identität und kriegerischer Konflikt. Das Beispiel des ehemaligen Jugoslawien. Münster, 40-67.
- Jambrešić Kirin**, Renata, 2008: Dom i svijet. Zagreb.
- Jambresić Kirin**, Renata/**Škokić**, Tea (Hg.), 2004: Između roda i naroda. Etnološke i folklorističke studije. Zagreb, 299-322.
- Kesić**, Vesna, 1994: Od štovanja do silovanja ili od Majke domovine do hrvatske „posrnule žene“. In: Kruh i ruže 1, 10-13.
- Kreisky**, Eva, 1996: Vom patriarchalen Staatssozialismus zur patriarchalen Demokratie. Der politische Systemwechsel in Osteuropa aus der Gender-Perspektive. In: Dies. (Hg.): Vom patriarchalen Staatssozialismus zur patriarchalen Demokratie. Wien, 7-22.
- Leinert Novosel**, Smiljana, 2001: Politika Sabora prema „ženskom pitanju“. In: Kasapović, Mirjana (Hg.): Hrvatska politika 1990-2000. Zagreb (Biblioteka Politička misao, Hrvatska politologija 1), 199-219.
- Löffler**, Marion, 2011: Feministische Staatstheorien. Eine Einführung. Frankfurt/M., New York.
- Ludwig**, Gundula, 2009: Geschlecht regieren. Zum Verhältnis von Staat, Subjekt und heteronormativer Hegemonie. Frankfurt/M., New York.
- Malenica**, Brigita, 2012: Topoi hegemonialer Männlichkeit als narratives Fundament von Staat und Staatlichkeit der Republik Kroatien. In: Grigore, Mihai-D./Dinu, Radu Harald/Živojinović, Marc (Hg.): Herrschaft in Südosteuropa. Kultur- und sozialwissenschaftliche Perspektiven. Göttingen, 269-304.
- Malenica**, Brigita, 2015: Staat. Geschlecht. Öffentlichkeit. Feministische Wissensproduktion und Staatskritik in Kroatien. Universität Wien. Unveröffentlichte Dissertation.
- Omanović**, Anesa, 2015: Zastupljenost žena u politici. Istraživanje Hrvatska, Srbija, Crna Gora, Makedonija i BiH. Sarajevo. Internet: infohouse.ba/doc/Zastupljenost-zena-u-politici.pdf (25.08.2015).
- Pringle**, Rosemary/**Watson**, Sophie, 1992: "Women's Interests" and the Post-Structuralist State. In: Michèle Barrette/Anne Phillips (Hg.): Destabilizing Theory. Contemporary feminist debates. Stanford, Cal., 53-73.
- Sauer**, Birgit, 2001: Die Asche des Souveräns. Staat und Demokratie in der Geschlechterdebatte. Frankfurt/M.
- Sauer**, Birgit, 2008: Von der Freiheit auszusterben. Neue Freiheiten im Neoliberalismus? In: Bidwell-Steiner, Marlen/Wagner, Ursula (Hg.): Freiheit und Geschlecht. Offene Beziehungen, Prekäre Verhältnisse. Innsbruck, Wien et al., 17-31.
- Schäuble**, Michaela, 2014: Narrating Victimhood. Gender, Religion and the Making of Place in Post-War Croatia. New York, Oxford.

Scholz, Sylka/Willms, Weertje, 2008: Postsozialistische Männlichkeiten in einer globalisierten Welt. Zusammenfassung und Diskussion. In: Dies. (Hg.): Postsozialistische Männlichkeiten in einer globalisierten Welt. Berlin/Wien, 231-256.

Špehar, Andrea, 2007: How Women's Movements Matter. Women's Movements' Strategies and Influence on Gender Policy Formation in Post-communist Croatia and Slovenia. Göteborg.

Vukasović, Ante, 1994: Obnova obitelji – temelj hrvatskog napretka. In: Revija za socijalnu politiku. 1(4), 365-274.

Walby, Sylvia, 2000: Gender, nations and states in a global era. In: Nations and Nationalism. 6 (4), 523-540.

Wölfl, Adelheid (2015): 20 Jahre nach „Operation Sturm“ feiert Kroatien Sieg statt Frieden. In: Der Standard, 4.8.2015. Internet: derstandard.at/2000020184670/20-Jahre-nach-Operation-Sturm-feiert-Kroatien-Sieg-statt-Frieden [25.08.2015].

Žarkov, Dubravka, 2007: The Body of War. Media, ethnicity, and gender in the break-up of Yugoslavia. Durham/London.

Geschlechterfragen an der Schnittstelle. Verortungen feministischer Polonistik im postsozialistischen Gesellschaftsdiskurs

NINA SEILER

Mit der Transformation von 1989 in Polen geht eine politische und gesellschaftliche Destabilisierung einher. Infolge einschneidender Veränderungen im sozialen Bereich und als Versuch einer gesellschaftlichen Normalisierung richtet sich der öffentliche Diskurs verstärkt an sogenannten traditionellen Geschlechterrollen aus, was zu einer Politisierung des Geschlechts führt.¹ Dem weiblichen Geschlecht wird verstärkt die Funktion der Mutter und Erzieherin zugeschrieben, während weibliche Lohnarbeit im Zuge neoliberaler Umformungen verdrängt wird (Walczewska 2005, 6-15). Parallel zu konservativen Diskursen engagieren sich polnische Frauen vermehrt für ihre Rechte, was zur Bildung einer gewissen Emanzipationsbewegung führt (Fuchs 2003, 143f.). Das politisch aktive feministische Milieu wird sekundiert durch ein wachsendes Interesse an Geschlechterfragen im akademischen Bereich. Forscherinnen, oft mit Auslandsaufenthalten im Hintergrund, bilden die Verbindungsstelle zu westlichen Theoriediskursen (Fuchs 2003, 119f.; Limanowska 2005, 111). Die feministische Polonistik² gelangt durch die Beschäftigung mit dem für die nationale Gemeinschaftsidee relevanten Element der heimischen Literatur zu einer prominenten Rolle – neben etwa der Amerikanistik – in der Entwicklung der Geschlechterforschung in Polen. Deshalb ist es aufschlussreich, die polonistischen Texte dahingehend zu untersuchen, wie sie die Diskussion um das Geschlecht (wie-

der) aufnehmen und dabei zwischen Gesellschaft und Theorie sowie auch zwischen Gegenwart und Vergangenheit operieren. Am Beispiel der Auseinandersetzung mit der polnischen Literatur und Kultur lassen sich besonders gut die gesellschaftlichen Narrative von Tradition, Geschichte und Nation, aber auch von geopolitischer Verortung und sozialer Norm in Verknüpfung mit der Deutungsachse des Geschlechts ergründen.

Die polnische Öffnung nach Westen führt dazu, dass poststrukturelle, kulturalistische Theorieansätze Eingang in die polnische Debatte finden, was wiederum eine verstärkte Auseinandersetzung mit der symbolischen Ordnung und kulturellen Repräsentation bewirkt (Mrozik 2012, 393). Der Fokus bewegt sich somit zumindest auf akademischer Ebene weg von einem materialistischen Feminismusverständnis, das sich im Sozialismus stärker auf ökonomische Faktoren wie die Integration in den Arbeitsmarkt bezog (Walczewska 2005, 5f.). Die Kritik der Geschlechterhierarchie stößt jedoch auf Widerstand im gesellschaftlichen Diskurs. Die diskursive Verortung innerhalb der Gesellschaft und zwischen sozialistischem und westlichem Feminismus wirken sich in bedeutendem Maße auf die Argumentationen der Wissenschaftlerinnen aus.

Die feministische Polonistik bewegt sich in einem diskursiv eng abgesteckten Rahmen, dessen Grenzen sie in gewissen Belangen einhält und bestätigt. Diese Vorstöße und Einschränkungen werden im vorliegenden Artikel auf ihre Funktion im feministischen Akademiediskurs untersucht. Der Fokus liegt hierbei auf der Polonistik der 1990er und frühen 2000er-Jahre, die als Phase des Experimentierens mit feministischer Methodik gelten kann.³ In den 1990er-Jahren entstehen einige wegweisende Monographien (s.u.), die sich dem weiblichen Geschlecht in der Literatur widmen. Die im Artikel verwendeten Beispiele stammen von den Autorinnen dieser Monographien. Die angeführten Textstellen sollen dabei jedoch kein umfassendes Bild der feministischen Polonistik vermitteln, sondern das rhetorische Einbetten der Texte in ihren diskursiv geformten Entstehungszusammenhang aufgreifen. Die Materialauswahl bezieht sich dabei vor allem auf die ersten Auseinandersetzungen mit der kontextuellen Problematik, weshalb insbesondere die 1990er-Jahre im Fokus stehen. Hier zeigen sich textuelle Annäherungen und Distanzierungen feministischer Ansätze in der Polonistik in Bezug auf die soziopolitischen und akademischen Diskursfelder.

Polnische Diskursfelder

Feministische Strömungen haben in Polen mit Diskursfeldern⁴ zu kämpfen, die in ihrer Intensität und Verknüpfung als spezifisch für den polnischen Kontext gelten können. Hier gilt es etwa die antikommunistische Haltung zu erwähnen, die mit der Transformation vielleicht sogar noch an diskursiver Schärfe gewonnen hat. Dies ist für feministische Anliegen insofern relevant, als der gesellschaftliche Diskurs diese oft in ihrer sozialistischen Tradition sieht und als Indoktrinationsversuche der

zunehmend ‚freien‘ Gesellschaft interpretiert (Cerwonka 2008, 209; Iwasiów 2013; Mrozik 2012, 388). Hinzu kommt ein Neotraditionalismus, der die als traditionell verstandenen Rollenmuster verstärkt und so besonders Frauen diskursiv aus der öffentlich-politischen Sphäre zurückdrängt. Hier ist insbesondere die aktive Mitwirkung der katholischen Kirche zu nennen, die durch gezielte Äußerungen das Narrativ zu steuern versucht (Iwasiów 2013). Ein weiteres Diskursfeld betrifft die geopolitische Selbstpositionierung Polens. Obwohl eine Zugehörigkeit zum globalen Westen als unverhandelbar gilt, stellt sich doch die Herausforderung des ökonomischen, politischen und sozialen ‚Aufholens‘ der Vorbildstaaten. Dies resultiert in einem Progressivismus, der den Fortschritts- und Entwicklungsgedanken über jegliche Zweifel erhebt (Janion 2006, 179). Eng verzahnt damit ist die Idee der nationalen Eigenheit, die sich insbesondere in einer Abgrenzung gegen als hegemonial verstandene Einflüsse von außen manifestiert (Wierzbicki 1984). In ihrer extremsten Ausprägung nimmt diese Idee die Form eines Messianismus an, der der polnischen Nation aufgrund des Martyriums historischer Ungerechtigkeiten symbolische Unantastbarkeit zuschreibt (Janion 2006).

Diese sich zum Teil widersprechenden Diskursfelder bilden ein Spannungsfeld, in dem sich feministische Anliegen nur schwer unterbringen lassen. So verbieten etwa Progressivismus und Antikommunismus die Herausbildung einer ‚Klasse‘ von Frauen, was als überholt gilt. Dem Feminismus wird zudem eine zweifache Fremdheit – eine sozialistische und eine westliche – vorgeworfen. Beide Zuschreibungen transportieren den Gedanken einer kolonialistischen Beeinflussung und der Zersetzung der Polnischheit (*polskość*), deren Kern gerade in der (symbolischen) Geschlechterordnung liege (Graff 2008, 34f.; 2014, 438f.). Diese doppelte Fremdheit siedelt den Feminismus als außerhalb des ‚heimischen‘ Gesellschaftsdiskurses an. Durch diese performative Ausgrenzung können feministische Forderungen als illegitim stigmatisiert werden und verlieren an Argumentationskraft (Mrozik 2012, 398). Eine Untersuchung der feministischen Polonistik vor dem Hintergrund dieser diskursiven Spannungen kann auf bestimmte Strategien und Herangehensweisen der narrativen Einbettung aufmerksam machen. Im Folgenden sollen deshalb einzelne Strategien mithilfe von Beispielen herausgegriffen und kontextualisiert werden.

Historisches Material, neue Methoden

In der ‚ersten‘ feministischen Monographie der 1990er-Jahre widmet sich Inga Iwasiów (1994) dem Schaffen des Nachkriegs- und Emigrationsschriftstellers Włodzimierz Odojewski; die Artikelsammlung Maria Janions (1996) zur Andersartigkeit der Frau in der Literatur spannt den Bogen von der Romantik in die Gegenwart. Grażyna Borkowska (1996) fokussiert auf weibliche Literatur der Vorkriegszeit ab Mitte des 19. Jahrhunderts, Ewa Kraskowska (1999) auf diejenige der Zwischenkriegszeit, während Krystyna Kłosińska (1999) eine Monographie zum Schaffen Gabriela Zapolskas, einer Schriftstellerin des Naturalismus um die Wende des 19. Jahrhun-

derts, veröffentlicht. Diese Monographien gelten als polonistische Meilensteine der feministischen Strömung der 90er-Jahre (Nasiłowska 2001, 7) und zeigen ein literaturhistorisches Interesse. Sie stehen neben einer Vielzahl von Artikeln und Essays in Zeitschriften und Sammelbänden. Die historische Ausrichtung lässt sich teilweise auf die bestehenden Forschungsfelder der Autorinnen zurückführen, die nun um eine feministische Herangehensweise ergänzt werden. Es fällt jedoch auf, dass die Nachkriegszeit in der Literaturforschung größtenteils außer Acht gelassen wird.

Die feministische Polonistik teilt sich den Anspruch der (literatur)historischen Aufarbeitung mit national-konservativen Diskursen, die im Zuge der nationalen Identitäts- und Erinnerungspolitik an vergangene Epochen anzubinden versuchen. Tatsächlich scheinen auch Überlegungen von feministisch engagierten Publizistinnen etwa der Zwischenkriegszeit aufgrund ähnlicher sozialer Kontexte in die Gegenwart übertragen werden zu können (Iwasiów 2013; Kraskowska 1999, 139). Die Zwischenkriegszeit dient somit nicht nur als Forschungsfeld, sondern auch als ideelle Inspirationsquelle.

Hinter der Reintegration verdrängter Schriftstellerinnen lässt sich die Bemühung erkennen, eine feministische Tradition über eine historische Zeitspanne zu konstruieren. Der als fremd konnotierte Feminismus wird in der polnischen Vergangenheit selbst angesiedelt und somit diskursiv legitimiert. Damit schreiben die Polonistinnen gegen ein Narrativ an, das die polnische Vergangenheit als einheitlich patriarchale Gesellschaft inszeniert, in der weibliche Handlungsfähigkeit nur im Rahmen des nationalen Befreiungskampfs stattfindet. Die Aufarbeitung weiblichen Engagements und kultureller Tätigkeit in der Vergangenheit bietet somit auch Anknüpfungsvorschläge für die gegenwärtige Frauenbewegung. Die historische Dimension weiblicher Identität wird auf die vorsozialistische Zeit ausgedehnt und dabei besonders auf den Aspekt weiblicher Handlungsfähigkeit fokussiert. In diesem Sinne transformieren polonistische Arbeiten gleichwohl das historische Bild der polnischen Frauen, indem sie vermehrt Aspekte der Aktivität in dieses hineinbringen. Damit dekonstruieren sie auch konservativ-patriarchale Diskurse über die Vergangenheit und deren Kontinuationsanspruch in der Gegenwart.

Das historische polonistische Material wird einer neuen Betrachtungsweise ausgesetzt. Dabei bietet feministisches Theoriematerial aus dem Westen einen Anknüpfungspunkt der Untersuchung. Die rezipierten Ansätze werden mitunter als emotionaler Befreiungsschlag aus dem unpersönlich-steifen Strukturalismus empfunden (Borkowska 2013). Die Fülle an neu rezipiertem theoretischem Material führt zum Teil zu einem methodischen Eklektizismus (Borkowska 1996, 8) und einer Phase des Experimentierens und Übertragens (Kraskowska 1999, 204f.). Versuche der Amalgamierung mit dem polnischen Forschungskontext werden zwar angedeutet; besonders aus heutiger Sichtweise kann jedoch teilweise der Bruch mit bisherigen Forschungstraditionen als eine Form von epistemologischer Selbstkolonialisierung gedeutet werden (Gosk/Kraskowska 2013, 14). Dies trifft jedoch nicht auf alle Publikationen gleichermaßen zu; Iwasiów (1994) etwa entwickelt ihr feministisches

Instrumentarium in ihrer Dissertation weitgehend unabhängig, und Janions (1996) Monographie vereint Artikel aus dem Zeitraum von zwanzig Jahren, in denen sie sich immer wieder und aus verschiedenen Perspektiven mit dem Aspekt des Geschlechts in der Literatur auseinandergesetzt hatte.

Die Integration westlicher Theorieangebote wird gefördert, um epistemologische Diskrepanzen zum Westen zu verringern. Einzelne Strömungen etwa des französischen oder amerikanischen Feminismus und verschiedene Rezeptionslinien verknüpfen sich zu einem Theorieangebot, dessen Gleichzeitigkeit graduelle Entwicklungen oft verwischt (Kulpa/Mizielińska 2011). So führt etwa Kłosińska (1999, 15) die freudsche Psychoanalyse über die kritische Auseinandersetzung Sarah Kofmans an, während Iwasiów (2004, 64f.) die Thesen Judith Butlers via die Rezeption und Besprechung in polnischen Arbeiten integriert. Diese temporalen Verwischungen wirken jedoch gleichzeitig einer stark diachronen Strukturierung entgegen, wie sie in westlichen feministischen Narrativen vorherrscht und der Parallelität verschiedener ‚Feminismen‘ nicht gerecht wird (Hemmings 2011). Die Gleichzeitigkeit der Rezeption dieser unterschiedlichen ‚Feminismen‘ kann aber auch zu Spannungen führen, wenn etwa Konzepte von essentialistischer Identität und dekonstruktionistischer Performanz als gleichberechtigte Ansätze integriert werden. Diese Spannung wiederum verschärft im soziopolitischen Kontext die Problematik des spärlich herausgebildeten feministischen Bewusstseins unter polnischen Frauen (Graff 2005, 17f.; vgl. Ghodsee 2004).

Marginalisierte Forschung

Im globalen Wissenschaftszusammenhang lässt sich eine diskursive Abstufung nach Zeit und Raum erkennen. Im internationalen Vergleich wird die Forschung in Polen und allgemein den postsozialistischen Staaten als relativ jung resp. verspätet angesehen.⁵ Dieser Umstand führt dazu, dass lokale Forschung marginalisiert und ihre wissenschaftliche Qualität in Frage gestellt wird. In einer internationalen Sichtweise werden deshalb gesellschaftliche oder kulturelle Phänomene der „Semi-Peripherie“ (Blagojevic 2004, 135) nicht unbedingt durch lokale ForscherInnen und aus dem lokalen Kontext heraus analysiert, sondern obliegen oft der Definitionsmacht des Zentrums; gleichzeitig wird der Transfer von Theorien und Methodologien in die (Semi-)Peripherie gefördert (Blagojevic 2004; Cerwonka 2008; Ghodsee 2004). Die Diskrepanz von internationaler Forschung und dem lokalen Setting ist auch Thema in polonistischen Arbeiten. So verweist etwa Inga Iwasiów auf die Normen, die über den vergeschlechtlichten Körper im konservativen gesellschaftlichen Diskurs auf die Forscherin einwirken, während sie sich auf dem Level der akademischen Auseinandersetzung mit der Dekonstruktion des Geschlechts beschäftigt (Iwasiów 2004, 77-82).⁶ Der akademische Feminismus in Polen wird also gerade durch die Anbindung an westliche Theorien in ein Spannungsverhältnis gebracht, das zu einer zweifachen Marginalisierung führt: während er im Rahmen der internationalen, westlich

dominierten Geschlechterforschung als verspätet gilt, wird er im nationalen Diskurs über Geschlechterrollen als kulturfremd empfunden. Somit entstehen voneinander abhängige Ungleichheiten auf der temporalen wie kulturgeographischen Skala.

Intensiviert wird die Randstellung der feministischen Polonistik zusätzlich innerhalb der polnischen Akademie. Da feministische Studien als politisch engagiert wahrgenommen werden, entbehren sie aus der Sicht des akademischen Mainstreams der wissenschaftlichen Objektivität und gelten als ideologische Beeinflussung. Gerade in postsozialistischen Staaten wirkt sich der Vorwurf der Ideologie besonders negativ auf die Rezeption aus (Mrozik 2014, 185f.) und macht feministische Literaturwissenschaft zu einem nur schwer zu rechtfertigenden Studienfach oder Forschungsrichtung. Diese Probleme werden teilweise durch die Verwendung des wissenschaftlich anmutenden Begriffs Gender zu umgehen versucht – ein Vorgehen, das mittlerweile eine Reihe von Folgeproblemen hervorgerufen hat (Iwasiów 2013).

Politik und Weiblichkeit

In den feministischen polonistischen Arbeiten finden sich Gegenentwürfe zu populären Narrativen. In diesen Narrativen geht es einerseits um eine negative Rahmung und Entfremdung des Feminismus im gesellschaftlichen Diskurs, was auch die feministische Debatte in der Polonistik tangiert. Andererseits wird Weiblichkeit traditionell im Kontext der nationalen Gemeinschaft und des nationalen Befreiungskampfs verstanden, der sich auch auf die Opposition gegen das sozialistische System bezieht. Im Folgenden soll deshalb untersucht werden, wie sich einige Beispiele feministischer Polonistik zu diesen Narrativen positionieren und welche Konsequenzen daraus folgen.

Vom Kommunismus zum Neoliberalismus

Borkowska stellt sich in einem Artikel von 1993 den sozialistischen Konnotationen des Feminismus entgegen. Dabei argumentiert sie mit der Verdrängung weiblicher/feministischer Literatur in der vom Sozialismus geprägten Nachkriegszeit. Unter weiblicher/feministischer Literatur versteht sie eine „deutliche ästhetische Orientierung“, die sich von der (männlichen) Literatur abgrenzt. Borkowska nennt drei Gründe, weshalb die sozialistische Nachkriegszeit keine solche Literatur hervorbrachte: Der Literaturbetrieb sei zu misogyn geprägt gewesen; die polnische Kultur sei der Psychoanalyse gegenüber „kühl“ geblieben und habe das Primat des Individuums über die Gesellschaft nicht akzeptieren wollen; der dritte Grund schließlich liege in der „übermäßigen Politisierung jeglichen Verhaltens (...). Niemand (...) konnte seine Privatheit bewahren in einem Land, wo das kollektive Denken praktiziert wurde“ (Borkowska 1993, 241, Übers. jew. NS). Mit der postulierten Verunmöglichung feministischer Literatur in der ‚Kommune‘ wird ganz grundsätzlich

die Verbindung von Feminismus und Kommunismus in Frage gestellt. Gleichzeitig signalisiert Borkowska mit der Betonung des Mangels an relevantem literarischen Material auch das Desinteresse der feministischen LiteraturwissenschaftlerInnen an der sozialistischen Epoche, womit sie den Forschenden eine sozialistisch-ideologisch geprägte Gesinnung abspricht.

Eine genauere Betrachtung gebührt aber im Besonderen den beiden letztgenannten Gründen. Borkowska verweist einerseits – via Psychoanalyse – auf einen fehlenden Subjektbezug und das Ausklammern der Erotik; andererseits auf die Verunmöglichung einer Privatsphäre durch das alles durchdringende sozialistische Staatssystem. Damit wird der feministischen, weiblichen Literatur explizit der Bereich des Privaten, Intimen und Subjektiven zugeordnet, das jedoch in der Volksrepublik unterdrückt worden sei.⁷ Die Zuschreibungen zur Weiblichkeit verlaufen hier somit entlang der traditionellen Normen.

Dieser Fokus auf das Private im Gegensatz zum Gemeinschaftlichen kann auch als neoliberaler Ansatz gelesen werden. In dieser Deutung verbündet sich feministische Literatur implizit mit dem kapitalistischen System (Mrozik 2012, 394), wo das Weibliche angeblich frei prosperieren kann. Die Ausrichtung des Feminismus mit dem neuen marktwirtschaftlichen System zeigt sich etwa auch an der diskursiven ‚Wahl‘ einer freien Gesellschaft. Die politische Wahl wurde im Rahmen der Transformation als eine Wahl zwischen Richtig und Falsch diskursiviert; richtig hieß in diesem Zusammenhang die politisch-ökonomische Öffnung der Gesellschaft nach einem neoliberalen Muster (Sierakowski 2013). Gerade deshalb konnte nur eine feministische Agenda, die entlang liberaler Ansätze argumentierte, überhaupt darauf hoffen, politisches Gewicht zu erlangen.

Diese normativen Zwänge finden ihren Ausdruck auch in der Literaturwissenschaft. Ein Beispiel ist etwa die Ausrichtung an westlichen Theorieangeboten in Bezug auf die Geschlechterkonzeption. Iwasiów verweist in ihrem Werk von 2004 auf die Divergenzen zwischen dem Narrativ der totalen Wahlfreiheit des Lebensentwurfs und der Normierung der zu treffenden Wahl.

Uns, den Frauen der neuen Welt, sollte an einer Öffnung der Gesellschaft liegen. Wir müssen keine Selbsthilfegruppen gründen und uns in deren Rahmen unsere Körper aneignen. (...) Wir müssen das Häkeln nicht gegen die Psychologie eintauschen oder nach dem Mathematikabschluss Überdecken sticken. Seht ihr? Nein? Die Welt vor dem Fenster weiß noch nicht, dass Weiblichkeit etwas anderes ist, als Mahlzeiten zuzubereiten? Ich weiß es nicht. Vielleicht gelingt es uns, mehrere Hindernisse auf einmal zu überwinden. Wir haben die anderswo ausgearbeitete Theorie und unsere Wirklichkeit, die nicht allzu euphorisch stimmt. Also an die Arbeit, liebe Frauen. An eine Arbeit, die uns nicht dazu zwingt, eine Interessensgruppe durch eine andere zu ersetzen. (Iwasiów 2004, 82)

Die polnische Gesellschaft konstruiert sich als offen, wo dem Individuum die freie Ausformung eines Lebensentwurfs gestellt ist. Dies gilt auch für die westliche Geschlechtertheorie, die sich Kategorisierungen, Universalisierungen und Identitäts-

konzepten möglichst entziehen will. Beide Diskurse zielen auf die Individualisierung und Privatisierung des Lebens- und Geschlechtsentwurfs.

Diese Stoßrichtung erscheint Iwasiów jedoch trotz aller Bestätigung übereilt. Sie wirft ein, dass die „Welt vor dem Fenster“ – womit sie gleichzeitig eine Position der Frauen innerhalb des Hauses impliziert – die obligatorische Liberalisierung der Geschlechterrollen noch nicht mitgemacht habe. Die polnische soziale Realität entspricht in dieser Auslegung den ‚leitenden‘ westlichen Theorien noch nicht und muss deshalb transformiert werden. Iwasiów greift deshalb trotz ihrer Vorbehalte gegenüber der Geschlechtsessentialisierung als überholtes Konzept zu einer Form der kollektiven Identität: „Wir, die Frauen der neuen Welt“. Die Leserinnen werden direkt angesprochen, auf textueller Ebene zu einer Gruppe zusammengeschlossen und mit einer Mission beauftragt. Die Interessensgruppe bildet sich also nicht in der soziopolitischen Realität, sondern als durch die textuelle Plattform gebundene, intellektuelle Gemeinschaft. Die Emanzipation geschieht somit vor allem auf einer gedanklich-theoretischen Ebene, die sich im individuellen Empowerment niederschlägt.

Kulturalismus und Identitätspolitik

Im Zentrum der Arbeiten Borkowskas, Kraskowskas und Kłosińskas steht besonders die kulturelle Auseinandersetzung mit der Weiblichkeit über das Medium der Literatur. Anders als bei Iwasiów (2004) stellen sich in ihren Arbeiten von 1996 resp. 1999 keine Fragen zur Dekonstruktion der Geschlechtskategorien. Es geht hier vor allem um das Entdecken einer weiblichen Ästhetik wie auch um literarische Ausformungen weiblicher Identität. Aber auch bei Iwasiów sind Selbstfindung und das Wohlbefinden des weiblichen/feministischen Subjekts Thema, wie sie an Ewa Sonnenbergs Gedichtband *Planeta* (1997) aufzeigt (Iwasiów 2004, 74). Die Literatur dient hier dazu, das Subjekt aus dem gesellschaftlichen Kontext zu lösen und ihm einen privaten Freiraum zu geben. Nicht nur ist so eine temporäre Flucht aus dem Patriarchat möglich, wie Iwasiów schreibt, sondern auch aus dem „poetischen Spiel der Verschiedenheit (róznorodność)“ (ebd.). So wird die Möglichkeit suggeriert, einen Zustand der Einheit und Nicht-Differenz zu erreichen, einen vorübergehenden Zustand des Apolitischen und der Befreiung aus den das feministische Subjekt bedrängenden Diskursfeldern. Die politische Selbstreflexion wird temporär zugunsten einer literarischen Selbstfindung aufgehoben: „Was ist mit den Rollen in der polnischen Realität, (...) in mir selbst? Zum Glück müssen wir nicht antworten, sondern können zur Literatur zurückkehren.“ (ebd., 76). Die Literatur wird als ein Bereich konstruiert, der konkrete Identitätsangebote bereitstellt. In der polonistischen Auseinandersetzung gewinnen diese Identitäten an Kontur, womit die feministische Polonistik als Vermittlerin zwischen dem literarischen Identifikationsangebot und der einzelnen Leserin fungiert. Das aufblühende Interesse der Literaturwissenschaft an Geschlechterfragen steht somit im Zeichen einer generellen Kulturalisierung der

Debatte über das Geschlecht. Der Aspekt der Kultur wird als bisheriges Defizit in der feministischen Auseinandersetzung wahrgenommen, womit eine Zuwendung hin zur symbolischen – im Gegensatz zur auf der sozioökonomischen Wirklichkeit basierenden – Geschlechterordnung geschieht.

Im Kontext dieser Kulturalisierung steht auch das folgende Zitat Kraskowskas, das die kulturelle und wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Geschlecht auf eine andere Stufe hebt als das politische Engagement:

Der Begriff „Feminismus“ muss in zweierlei Hinsicht verstanden werden: erstens als allgemeines Interesse an Problemen der Frauen, in der Kunst und auch in den sozialen Wissenschaften, und zweitens als eine Bewegung, die die Gleichberechtigung der Frauen zum Ziel hat und meist Elemente der Aggression gegen das andere Geschlecht enthält. Wie es scheint, wird in Polen das Wort „Feministin“ ausschließlich mit einer kämpferisch eingestellten Person assoziiert, die außerdem oft etwas vernachlässigt und sittlich kontrovers auftritt; sie befindet sich somit in einer Phase, von der sich die meisten Vertreterinnen des europäischen und amerikanischen Feminismus vor mehr als zehn Jahren verabschiedet haben. (Kraskowska 1993, 261)

Mit der Unterteilung des Feminismus in zwei distinkte Strömungen unternimmt Kraskowska eine Loslösung der akademischen Auseinandersetzung von der Politik. Das „allgemeine Interesse an Frauenproblemen“ wird von den Attributen des feministischen Aktivismus wie Aggression und Männerhass abgesetzt und erscheint geradezu unschuldig. Kraskowska zitiert das Bild, das in der Gesellschaft über Feministinnen herrscht: kämpferisch-aggressiv, ungepflegt und sittenlos. Sie argumentiert, dass diese Phase im Westen längst überholt sei. Die Zuschreibungen, deren Realität Kraskowska nahelegt, sind damit vor allem ein Problem der fehlenden Entwicklung und Mäßigung des polnischen feministischen Aktivismus. Von diesem setzt sie den akademischen Feminismus ab, der keine politisch-ideellen Hintergründe habe und „vollumfänglich autonom“ funktioniere (Kraskowska 1999, 8). Dieser nicht engagierte, sondern schlicht „interessierte“ Feminismus weist in die Zukunft, die hier durch den „europäischen und amerikanischen Feminismus“ symbolisiert wird. Dort nämlich, so die weitere Schilderung, wurde der Feminismus wie auch geschlechtsspezifische Stereotype zugunsten eines Postfeminismus bereits überwunden. Kraskowska versucht also die akademische Auseinandersetzung mit dem Geschlecht auf eine neutrale, gesellschaftlich akzeptable Basis zu stellen, indem sie politische Einmischung dementiert und gleichzeitig die Angleichung an westliche Konzepte in Aussicht stellt. Dieser Versuch der Entpolitisierung bezieht sich auf die feministische Wissenschaft und deren Einbettung in den gesellschaftlichen Diskurs. Entpolitisierungen betreffen aber auch einzelne Konzepte der Weiblichkeit selbst, die in polonistischen Arbeiten vertreten sind.

Die Beschäftigung mit weiblicher Literatur steht oft unter dem Zeichen einer Aufwertung essentialisierter Charakteristika des vergeschlechtlichten Schreibens. Im Zentrum dieser Aufwertung stehen die Alltagshandlung und die Begrenzung des Hand-

lungshorizonts. „Die Frauen, ausgeschlossen aus der großen männlichen Geschichte, schreiben ihre kleine Geschichte: die Geschichte der Lappalien“ notiert etwa Kłosińska (1999, 18f.). Borkowska betont die Legitimität der weiblichen sozialen und kulturellen Aktivität als solche und verwehrt sich einer Deutung weiblicher Handlungsfähigkeit nur im Rahmen des nationalen Befreiungsprojekts (Borkowska 1996, 34). Die Absage an das politische Engagement und der Rückzug auf eine Weiblichkeit ‚an sich‘ kann auch im Rahmen der enttäuschten Hoffnungen gelesen werden, die sich mit der Transformation verknüpfen. Die fehlende Berücksichtigung weiblicher/feministischer Anliegen nach 1989 festigt die Ansicht, dass die ‚Frauenfrage‘ nur als eigenständiges Projekt umgesetzt werden kann und die Verbindung mit nationalen Anliegen stets in einer Unterschlagung endet. So verteidigt etwa Janion die Betonung der feministischen Position in Izabela Filipiak's Roman *Absolutna amnezja* (1995): „Sie lässt sich keine allgemeinen Ziele einreden – patriotische oder demokratische –, die die konkrete Frau und ihre soziale, aus ihrem Geschlecht allein resultierende Beeinträchtigung aus dem Blickfeld drängen würden. Eine solche Haltung kann man feministisch nennen.“ (Janion 1996, 327). Vor diesem Hintergrund scheint die Betonung eines Differenzfeminismus, der überhaupt erst das weibliche/feministische Bewusstsein herstellen will, legitim. Inwiefern hier von einem bewussten ‚strategischen Essentialismus‘ (Spivak 1988, 205) gesprochen werden kann, lässt sich nicht endgültig beantworten; eine gewisse kontextuelle Notwendigkeit zur feministischen Identitätspolitik scheint jedoch auch auf die konzeptionelle Ausrichtung Borkowskas, Kłosińskas und auch Kraskowskas gewirkt zu haben. Janion hingegen legitimiert eine solche Ausrichtung, lässt sich aber selbst kaum darauf reduzieren.

Das oben angeführte Zitat Iwasióws von 2004 wiederum könnte man als performatives Oszillieren zwischen einer Identitätspolitik und dem gleichzeitigen Versuch beschreiben, diese mithilfe poststrukturaler Theorien zu dekonstruieren. Mit der Konstruktion und Dekonstruktion wird das weibliche Subjekt gleichzeitig geschaffen (und mit einem Bewusstsein für seine Position versehen) und aufgelöst. Damit betreffen die genannten Passagen eine Problematik, die sich dem Feminismus auch im Westen mit dem Aufkommen des Poststrukturalismus stellt. Diese Spannung macht aber auch das kreative und kritische Potential der Geschlechterforschung aus (vgl. auch Barrett/Phillips 1992, 6ff.). Iwasiów jedoch scheint diese Spannung vor allem als spezifisch polnisches Problem des ‚Aufholens‘ zu identifizieren.

Feministische Polonistik an der Schnittstelle

Die untersuchten Beispiele verweisen auf Verhandlungen in den Diskursfeldern der Politisierung wie auch der Geschlechtskonzeption. Dabei sind strategische Entpolitisierungen zu erkennen, die auf eine bessere Akzeptanz und Stärkung der feministischen Position im gesellschaftlichen Diskurs resp. unter dem weiblichen Publikum abzielen. Damit wird gleichzeitig die weibliche Identität als eine politische Notwendigkeit und Selbstwert in den Vordergrund gerückt.

Die analysierten Texte funktionieren somit vor allem über die Vermittlung von Identitätsangeboten und der Auseinandersetzung mit dem weiblichen sozialen Geschlecht. Der politische Aspekt wird dabei keineswegs in allen Fällen dethematisiert; so betont etwa Janion (2006, 329) die politisch-gesellschaftsformende Dimension des Interferierens mit populären Diskursen über die Vergangenheit. Die feministische Polonistik leistet somit eine Art Grundlagenforschung, die der feministischen Bewegung ein in der nationalen Kulturvorstellung verankertes Argumentarium an die Hand gibt. Gleichzeitig arbeitet sie exemplarisch Strategien heraus zur „Aufdeckung der oft verborgenen Mechanismen der ‚Produktion‘ von ‚Weiblichkeit‘ und ‚Männlichkeit‘“ (Majbroda 2012, 469), unternimmt also am Beispiel der Literatur Interpretationsarbeit, die auch auf andere Bereiche der sozialen Interaktion übertragen werden können.

Die feministische Polonistik steht in einem räumlich verortbaren Spannungsfeld von Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. Die in Bezug auf das Geschlecht liberale und egalitäre Gesellschaft, die das Ziel vieler Feministinnen ist, wird oft als bereits bestehende Gegenwart im globalen Westen wahrgenommen. Gleichzeitig rückt die polnische Vorkriegszeit an die Gegenwart heran und wird mitbestimmend für die gesellschaftliche Zukunft, als in dieser Vergangenheit narrative Kämpfe um das nationale und kulturelle Erbe ausgetragen werden, die auf das aktuelle gesellschaftliche Selbstbild ausstrahlen. Die jüngere, sozialistische Vergangenheit fungiert dagegen als eine Art Kristeva'sches Abjekt (Mrozik 2012, 390), das als Fremdzuschreibung und performative Ausklammerung die feministische Forschung heimsucht.

Die Orientierung an westlichen feministischen Konzepten problematisiert bestimmte Argumentationen, da diese bereits als überholt gelten: der ‚kämpferische Feminismus‘ etwa wird von essentialistisch-apolitischen wie postfeministischen Anleihen bedrängt. In Bezug auf diese Herangehensweisen gälte es noch herauszufinden, inwiefern sich die Tendenzen der feministischen Polonistik in der Frauenbewegung niederschlugen und wie die Bewegung auf implizite Angriffe gegen einen politisch-kämpferischen Feminismus reagierte. Die bislang fehlende Dokumentierung und Aufarbeitung von Wechselwirkungen und Spannungen mag allerdings darauf deuten, dass solche Divergenzen zumindest in der öffentlichen Diskussion selten thematisiert wurden.

Darüber hinaus erschwert das Anknüpfen an westliche Ansätze den Stand des Feminismus im gesellschaftlichen Diskurs, als hier wiederum eine Ausgrenzung und Entfremdung des Feminismus durch die Zuschreibung kulturfremder Einflüsse stattfindet. Diese multiplen diskursiven Rahmungen lassen kaum Raum für eine feministische Auseinandersetzung. So erstaunt es nicht, dass feministische Ansätze in der Literaturwissenschaft nach 1989 eher eklektizistisch erscheinen und dabei bestimmte Normen übernehmen, um andere zu hinterfragen. Der soziopolitische Kontext der 1990er ist geprägt von widersprüchlichen Tendenzen in der räumlichen wie historischen Verortung, die zwischen nationaler Rückbesinnung und globalem Progressivismus oszillieren. In diesem Zusammenhang geschieht in der feministischen

Polonistik zunächst eine Selbstverortung und -konstruktion, deren Grundpfeiler jedoch bereits ab den 2000er-Jahren zunehmend dekonstruiert und pluralisiert werden. Dazu gehört auch die Forderung nach einer politisch engagierteren und gesellschaftlich kontextualisierten Forschung ohne Berührungsängste mit der sozialistischen Vergangenheit (Mrozik 2012, 329-396; 2014, 198f.).

Anmerkungen

- 1 Dies äußert sich etwa im Abtreibungsverbot von 1993 und in der expliziten Ablehnung eines Gleichstellungsgesetzes 2003 (Chołuj 2013). Siehe auch Graff (2014, 436), die auf die Regelmäßigkeit der Zurückdrängung weiblicher Emanzipation während „Krisen der kollektiven Identität“ verweist.
- 2 Der Einfachheit halber und größtenteils den Selbstumschreibungen folgend fasse ich die Arbeiten der polnischen Literaturwissenschaft, die zum Thema des (weiblichen) Geschlechts und dessen Repräsentation und Spezifik in der Literatur forschen, unter dem Begriff ‚feministisch‘ zusammen, der aber gerade im polnischen Kontext der 1990er-Jahre relativ breit verstanden werden muss.
- 3 Geprägt ist diese Zeit vor allem durch die Rezeption westlicher Theorien und die Wiederentdeckung weiblicher Literatur als solcher, wobei diese beiden Aspekte oft zusammenfallen. Ab Mitte der 2000er-Jahre entstehen auch reflexivere Forschungsarbeiten, die die bisherigen Entwicklungen selbstkritisch betrachten und umfassendere Ansprüche stellen. Gleichzeitig treten verstärkt Ansätze der Gender Studies in den Vordergrund.
- 4 Ein Diskursfeld oder diskursives Feld wird hier verstanden als der Rahmen, in dem unterschiedliche Diskurse sich auf ein bestimmtes Thema – etwa die sozialistische Vergangenheit Polens – beziehen und somit eine Intersektion konkurrierender Narrative bilden. „Discursive fields consist of competing ways of giving meaning to the world and of organizing social institutions and processes.“ (Weedon 1987/1997, 34).
- 5 Dies betrifft nicht nur feministische Forschung, sondern die Wissenschaften allgemein und lässt sich auf eine epistemologische Geringachtung gegenüber sozialistisch beeinflussten Methoden zurückführen. Erst mit der Integration in die kapitalistische Welt – will man in Ansätzen vorhandene Vorbehalte überspitzen – kann überhaupt objektive, ‚wissenschaftliche‘ Forschung betrieben werden, was ergo zu einem zeitlich-hierarchischen Gefälle zwischen ‚West‘ und ‚ehemals Ost‘ führt.
- 6 In ihrer Darstellung gibt es einige Fragezeichen, auf die hier jedoch nicht im Detail eingegangen werden kann. So vernachlässigt Iwasiów etwa, dass auch westliche ForscherInnen sozialen Kontexten ausgesetzt sind. Problematisieren ließe sich auch die Abstufung des Fortschritts und die Trennung von Theorie und realer Gesellschaft.
- 7 Was impliziert, dass das Weibliche an sich unterdrückt wurde – eine Aussage, die in direktem Gegensatz zu der oft herbeizitierten ‚Feminokratie‘ steht, die das sozialistische System gewesen sei und die vor allem der männlichen Bevölkerung Unrecht getan habe: durch einen Entzug der Möglichkeit zur politischen Mitwirkung und ein Abdrängen in das Private, Passive und somit Weibliche (Graff 2005).

Literatur

- Barrett, Michèle/Phillips, Anne**, 1992: Introduction. In: Barrett, Michèle/Phillips, Anne (Hg.): *Destabilizing Theory. Contemporary Feminist Debates*. Cambridge, 1-9.
- Blagojevic, Marina**, 2004: Creators, Transmitters and Users: Women's Scientific Excellence at the Semi-Periphery of Europe. In: European Commission Community Research (Hg.): *Gender and Excellence in the Making*. Brüssel, 135-145.
- Borkowska, Grażyna**, 1993: ‚Komandosi‘, hippisi, feministki (I). In: *Kresy* 16, 239-241.
- Borkowska, Grażyna**, 1996: *Cudzoziemki. Studia o polskiej prozie kobiecej*. Warszawa.
- Borkowska, Grażyna**, 2013: Unveröffentlichtes Interview vom 23.10.2013, NS. Warszawa.
- Chotuj, Bożena**, 2013: Interview vom 31.05.2013, NS. Zürich.
- Cerwonka, Allaine**, 2008: Traveling Feminist Thought. Difference and Transculturation in Central and Eastern European Feminism. In: *Signs*. 33 (4), 809-832.
- Fuchs, Gesine**, 2003: *Die Zivilgesellschaft mitgestalten. Frauenorganisationen im polnischen Demokratisierungsprozess*. Frankfurt am Main, New York.
- Ghodsee, Kristen**, 2004: Feminism-by-Design. Emerging Capitalisms, Cultural Feminism, and Women's Nongovernmental Organizations in Postsocialist Eastern Europe. In: *Signs*. 29 (3), 727-753.
- Gosk, Hanna/Kraskowska, Ewa**, 2013: Wprowadzenie. In: Dies. (Hg.): *(P)o zaborach, (p)o wojnie, (p)o PRL. Polski dyskurs postzależnościowy dawniej i dziś*. Kraków, 9-16.
- Graff, Agnieszka**, 2005: *Świat bez kobiet. Płeć w polskim życiu publicznym*. Warszawa.
- Graff, Agnieszka**, 2008: *Rykoszetem. Rzecz o płci, seksualności i narodzie*. Warszawa.
- Graff, Agnieszka**, 2014: Nacjonalizm. In: *Gender. Przewodnik Krytyki Politycznej*. Warszawa, 432-439.
- Hemmings, Clare**, 2011: *Why Stories Matter. The Political Grammar of Feminist Theory*. Durham, London.
- Iwasiów, Inga**, 1994: *Kresy w twórczości Włodzimierza Odojewskiego. Próba feministyczna*. Szczecin.
- Iwasiów, Inga**, 2004: *Gender dla średnio zaawansowanych. Wykłady szczecińskie*. Warszawa.
- Iwasiów, Inga**, 2013: Unveröffentlichtes Interview vom 18.10.2013, NS. Szczecin.
- Janion, Maria**, 1996: *Kobiety i duch inności*. Warszawa.
- Janion, Maria**, 2006: *Niesamowita słowiańszczyzna. Fantazmaty literatury*. Kraków.
- Kłosińska, Krystyna**, 1999: *Ciało, pożądanie, ubranie. O wczesnych powieściach Gabrieli Zapolskiej*. Kraków.
- Kraskowska, Ewa**, 1993: Kilka uwag na temat powieści kobiecej. In: *Teksty Drugie* 4/5/6, 259-273.
- Kraskowska, Ewa**, 1999: *Piórem niewieścim. Z problemów prozy kobiecej dwudziestolecia międzywojennego*. Poznań.
- Kulpa, Robert/Mizelińska, Joanna**, 2011: ‚Contemporary Peripheries‘: Queer Studies, Circulation of Knowledge and East/West Divide. In: Dies. (Hg.): *De-Centring Western Sexualities. Central and Eastern European Perspectives*. Farnham, 11-26.
- Limanowska, Barbara**, 2005: *Ucieczka do wolności*. In: Walczewska, Sławomira (Hg.): *Feministki – własnym głosem o sobie*. Kraków, 109-120.
- Majbroda, Katarzyna**, 2012: *Feministyczna krytyka literatury w Polsce po 1989 roku. Tekst, dyskurs, poznanie z odmiennej perspektywy*. Kraków.
- Mroziak, Agnieszka**, 2012: *Akuszarki transformacji. Kobiety, literatura i władza w Polsce po 1989 roku*. Warszawa.

Mrozik, Agnieszka, 2014: Gender studies w Polsce: Perspektywy, ograniczenia, wyzwania. In: Gender. Przewodnik krytyki politycznej. Warszawa, 180-199.

Nasiłowska, Anna, 2001: Teksty feministyczne. In: Dies. (Hg.): Ciało i tekst. Feminizm w literaturoznawstwie – antologia szkiców. Warszawa, 7-11.

Sierakowski, Stawomir, 2013: Put Vaclav Havel in any election today and he would lose. Is that OK? Interview. In: openDemocracy.net, 21.11.2013. Internet: www.opendemocracy.net/can-europe-make-it/slawomir-sierakowski-tristan-sechrest/put-vaclav-havel-in-any-election-today-and- (08.01.2015).

Spivak, Gayatri, 1988: Subaltern Studies: Deconstructing Historiography. In: Guha, Ranajit/Spivak, Gayatri Chakravorty (Hg.): In Other Worlds. Essays in Cultural Politics. Oxford, 197-221.

Walczewska, Stawomira, 2005: Dwie dekady feminizmu. In: Dies. (Hg.): Feministki – własnym głosem o sobie. Kraków, 5-20.

Weedon, Chris, 1987 (1997): Feminist Practice and Poststructuralist Theory. Second Edition. Oxford.

Wierzbicki, Andrzej, 1984: Wschód-Zachód w koncepcjach dziejów Polski. Z dziejów polskiej myśli historycznej w dobie porozbiorowej. Warszawa.

„Männer kämpfen, Frauen kochen?!“ Zu den Geschlechterverhältnissen in der Euromaidan-Revolution 2013/2014

ANJA LANGE

Die Ukraine ist ein Land im Umbruch und hat in ihrer 24-jährigen Unabhängigkeit bereits drei Revolutionen hinter sich. Zwischen 1989 und 1991 kam es zur Revolution auf Granit, 2004 folgte ihr die Orange Revolution. Die letzte – der Euromaidan (2013-2014) – ist zwar vorbei, der Konflikt im Osten, der als eine direkte Folge dieses politischen Umsturzes gesehen werden kann, jedoch zum Zeitpunkt des Erscheinens dieses Artikels im Herbst 2015 noch nicht. An der Euromaidan-Revolution (benannt nach dem zentralen „Platz der Unabhängigkeit“ in der ukrainischen Hauptstadt) waren große Teile der Bevölkerung beteiligt, die Geschehnisse zogen sich über Monate hin. Die Infrastruktur, die in dieser Zeit aufgebaut wurde, verwandelte den Euromaidan beinahe in eine „Stadt in der Stadt“ und erforderte eine gewisse Arbeitsteilung unter den AktivistInnen. Frauen und Männer mussten ihre Zuständigkeiten sowohl in der Demonstration als auch in der Administration finden.

Vorüberlegungen

In allen politischen Umstürzen sind Frauen und Männer beteiligt, allerdings in unterschiedlichem Ausmaß und mit verschiedenen Funktionen. Auch Rezeption und

Erinnerung daran, was die Frauen und Männer taten, unterscheidet sich. Die Frage, wie Frauen an Revolutionen teilnehmen und sie beeinflussen, ist nicht neu, sie wurde zum Beispiel im Zuge des Arabischen Frühlings auch in den Medien diskutiert. Meist stellen Medien und die Wissenschaft bei politischen Umstürzen Frauen eher als eine marginale Randgruppe dar (vgl. bspw. Lehmann Wacker 2011, Kreile 2014, 21f.). Die Berichterstattung über den Arabischen Frühling zeigte ähnliche Probleme wie die über die Ukraine: Dort hätten sich Frauen vor allem den „Protesten angeschlossen“ (Lehmann-Wacker 2011, 6), wobei die Medien gerne die aktive Beteiligung von Frauen vergessen (ebd.).

Daher frage ich in diesem Beitrag, welche Aufgaben und Zuständigkeiten Frauen auf dem Euromaidan in Kiew hatten. Wie organisierten sich Frauen in dieser Revolution? Welche Rolle spielen in diesem Zusammenhang die in der ukrainischen Gesellschaft allgemein (und vor allem in Bezug auf die Nationenbildung) vorherrschenden Männlichkeits- und Weiblichkeitskonstruktionen?¹

Die Soziologin Marija Dmytrijeva stellte deutliche geschlechtsspezifische Unterschiede zwischen Männern und Frauen in der Interpretation ihrer Aktivitäten auf dem Maidan fest: „Die Männer sprechen davon, dass sie ‚eine Revolution gemacht haben‘ – sie haben an den Streikposten gestanden und sich abgewechselt, sie haben Dokumente der Wahl gerettet und für ihr Recht gekämpft. Frauen erzählen dagegen davon, dass sie ‚geholfen‘ haben – sie haben Essen geholt, den Revolutionären Unterschlupf geboten, sie gepflegt und unterstützt“ (Dmytrijeva 2014). Beide Geschlechter gehen unterschiedlich auf ihre Rolle in der Revolution ein. Wenngleich Frauen auch auf den Aufsichtsposten gestanden haben, erzählen sie nur selten davon. Männer erwähnen selbstsicher ihre Aufgaben; Frauen neigen dazu, nur davon zu erzählen, wenn sie direkt gefragt werden (ebd.). Aus diesen Unterschieden in der Darstellung der eigenen Beteiligung am Revolutionsgeschehen, so folgert Dmytrijeva (ebd.), käme die traditionelle patriarchale Sichtweise, dass Männer aktiv am Maidan kämpften und Frauen im Hintergrund verblieben.

Über die Geschlechterfrage auf dem Euromaidan gibt es zahlreiche ukrainische populärwissenschaftlichen Aufarbeitungen und Blogbeiträgen sowie wissenschaftliche Aufsätze. Zudem sind einige englischsprachige Analysen publiziert worden (vgl. bspw. Martsenyuk (2012, 2014a, 2014b), Dmytrijeva (2014) und Vyratosu (2014a, 2014b).

Die vorliegende Analyse macht die Erkenntnisse der ukrainischen Publikationen einem deutschsprachigen Publikum zugänglich. Darüber hinaus habe ich 2015 sechs qualitative leitfadengestützte Interviews mit AktivistInnen des Euromaidan geführt. Die Personen wurden nach Aktivität auf dem Maidan und Alter ausgewählt. In diesen Interviews ging es um ihre Rolle auf dem Maidan und sie wurden außerdem nach Beobachtungen zum Geschlechterbild unter AktivistInnen befragt. Die Interviews liegen zusammengefasst vor und wurden inhaltlich ausgewertet. In den Interviews ging es mir darum, mit jungen AktivistInnen ins Gespräch zu kommen sprechen und mithilfe dieser Interviews auch eigene Beobachtungen zu reflektieren und den Euromaidan im Kontext der Geschlechterverhältnisse zu rekonstruieren.

Regina Becker-Schmidt (1987) und Gudrun-Axeli Knapp (1990) haben Gender als soziale Kategorie definiert und konstatieren, dass die soziale Realität geschlechtlich differenziert und in dieser Differenziertheit gleichzeitig hierarchisiert ist (Peinl 2000, 15-16). Ziel meiner Betrachtungen ist es, diese Differenzierung entlang von Geschlecht an der unterschiedlichen Darstellung und Bewertung der Beteiligung von Männern und Frauen am Euromaidan aufzuzeigen. Meine Analyse zeigt, dass Männer wegen der ihnen zugeschriebenen Rolle als Kämpfer als die hegemoniale Kraft am Maidan wahrgenommen wurden. Gleichzeitig zeige ich auf, wie Frauen versuchten, ihre öffentliche Sichtbarkeit zu steigern und sich als gleichwertiger Teil des Maidans zu etablieren. Der nächste Abschnitt umreißt kurz Geschlechterverhältnisse, historische Vorbilder und Gender in der Ukraine. Nachdem der Verlauf des Euromaidan geschildert wurde, befasst sich das nächste Kapitel mit Frauen und ihren Rollen auf dem Maidan, bevor die entsprechenden Rollen von Männern betrachtet werden.

Abb. 1: „Verneige dich vor den Mädchen und Frauen des Maidan“. Plakat auf dem Maidan, Januar 2014 (eigenes Bildmaterial, AL)



Geschlechterverhältnisse, historische Vorbilder und Gender in der Ukraine

Die Ukraine befindet sich seit ihrer Unabhängigkeit in einer Phase des Nation Building. Sie versucht, sich von Russland und von Sowjettraditionen abzuwenden und ihre eigene Geschichte zu (er)finden.² Die Geschlechterrollen-Stereotype im Nationenbildungsprozess können wie folgt beschrieben werden: „The men’s mission is to

lead, control and protect; the women's is the physical and symbolic reproduction of the nation“ (Petrenko 2014). Diese geschlechtsspezifische Zuschreibung wird sich auch bei der Untersuchung des Euromaidans zeigen.

Die Männer, das wird deutlich, knüpfen an den ukrainischen Kosakenkult an, an historische freie Reiterverbände, die sich bis zum 19. Jahrhundert für eine unabhängige Ukraine einsetzten und sehen darin historische Vorbilder für ihre Männlichkeit. Die Ukraine, ein Land, das seither um seine Unabhängigkeit und Unversehrtheit kämpfen musste, schafft sich mit dieser Kosakentradition eigene mystische Helden. „(...) der Mythos der Kosaken ist mit den Mythen des Wilden Westens und der Haiducken als ‚edlen Räufern‘ vergleichbar“ (Kappeler 2014, 55). Diese Mystifizierung ist heute noch deutlich sichtbar: Es gibt beispielsweise Souvenirs mit den Kosaken-Hetmanen (d.h. den Anführern) Chmel'nyč'kyj und Mazepa zu kaufen. Kappeler sieht diesen Kosakenkult vor allem in der einfachen Lebensform der Steppenreiter sowie deren wagemutigen politischen Aktionen und demokratischen Traditionen begründet (Kappeler 2014, 70). Dass die auf dem Maidan ausharrenden Männer das Gefühl hatten, ihr Land verteidigen zu müssen (was unter anderem an den skandierten Parolen „Ruhm der Ukraine“ und „Tod den Feinden“ deutlich wird), stellt sie in eine Traditionslinie mit den als historische Vorläufer angesehenen, ebenfalls pro-ukrainischen Kosaken. Kosakenverbände gibt es bis heute: Am Eingang der Hauptbarrikade an der Chreščatyk-Straße hatten die Kosaken einen Vorposten: Sie hielten Wache, verteidigten die Barrikaden und führten Schaukämpfe durch. Die Kosakenverbände zeigen somit nicht nur etwas speziell Ukrainisches, da es diese Tradition zwar in Russland auch gab, sie dort aber weniger rezipiert wird bzw. nicht als etwas besonders Nationales angesehen wird. Sie schafft zugleich einen Raum für Männer, sich in einer Linie mit den nationalen Freiheitskämpfern aus der Vergangenheit zu identifizieren.

Die gegenwärtige Lage bezüglich der Gleichstellung der Geschlechter gestaltet sich recht ambivalent. Trotz gesetzlicher Gleichstellung ist das Land laut internationalen Untersuchungen von tatsächlicher Gleichberechtigung zwischen Männern und Frauen noch weit entfernt (Martsenyuk 2014b, 3). Der Ukrainian Women's Fund stellte 2011 fest: „Although women have *de jure* equal status with men, *de facto* they are still discriminated against, often due to gender stereotypes that are deeply rooted in society and amongst the Ukrainian power holders“ (Ukrainian Women's Fund 2011, 12). Solche Geschlechterrollen-Stereotype spiegeln sich bspw. in der Einschätzung, Frauen seien seltener in der Politik präsent, da Männer für diesen Bereich besser ausgebildet bzw. besser geeignet seien (Ukrainian Women's Fund 2011, 12). „To many in Ukrainian society, this stereotype justifies patriarchal dominance in politics and the consistent exclusion of women from public life“ (Martsenyuk/Onuch 2014, 85). Frauen werden als Hort der Familie verstanden und damit auf das Private zurückverwiesen. Damit gehen vielfach eine niedrigere berufliche Position und ein dementsprechend geringeres Einkommen einher. Vorherrschende Geschlechterrollen-Stereotype betonen Schönheit und Mutterschaft als Hauptaufgaben der Frau (Martsenyuk 2014b, 3).

Der Euromaidan – allgemeine Aspekte

Als der ukrainische Präsident Viktor Janukovyč am 21. November 2013 die Arbeit an der Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens mit der Europäischen Union abbrach, fanden sich noch am selben Abend spontan viele Menschen auf dem Maidan in der ukrainischen Hauptstadt Kiev zusammen. Unter den Demonstrierenden waren in den ersten Tagen besonders viele Studierende. Als in der Nacht vom 30. November auf den 1. Dezember 2013 der Platz geräumt werden sollte und die Demonstrierenden am Maidan von der Polizeispezialeinheit Berkut brutal zusammengeschlagen wurden, waren nicht mehr die Beziehungen zur EU vorrangig, sondern der Protest richtete sich gegen die als korrupt und skrupellos geltende Regierung. Ende Januar 2014 versuchten einige radikale DemonstrantInnen, das Parlament zu stürmen und wurden auf der Hruševs'ky-Straße von der Polizei aufgehalten. Eine tagelange Straßenschlacht entwickelte sich, die zum Nebenschauplatz des Maidan wurde. Am 18. Februar schließlich begann die blutige Räumung des Platzes von der Instytuts'ka-Straße aus, bei der ca. 100 Menschen ihr Leben verloren. Mit der Absetzung Janukovyčs endete der Euromaidan am 22. Februar 2014.

Die Lager, die ab November 2013 am Maidan aufgebaut wurden, waren voll ausgerüstet: Notstromaggregate, um auch bei Minustemperaturen dort ausharren zu können, sowie logistische und organisatorische Netzwerke von Freiwilligen. Dabei gab es eine Gruppe von EntscheiderInnen und Koordinierenden, die sich aus verschiedenen Maidan-AktivistInnen zusammensetzten (die u.a. auch politischen Parteien angehörten). Da aber der Maidan sowohl territorial als auch organisatorisch sehr breit aufgestellt war, kann von vielen EntscheiderInnen ausgegangen werden. Sowohl zeitgenössische Kosakenverbände, politische Parteien als auch VertreterInnen anderer ukrainischer Oblaste (i.e. Gebietseinheiten) konnten am Maidan angetroffen werden. Meist waren die KoordinatorInnen solche, die seit den ersten Tagen, d.h. seit November 2013, protestiert hatten, unter ihnen auch Prominente wie die ukrainische Sängerin Ruslana.

Frauen auf dem Maidan

Zur Zusammensetzung der Maidan-TeilnehmerInnen existieren verschiedene, sich zum Teil widersprechende Untersuchungen. Eine Studie belegt, dass Männer im Zeitraum vom 26. November 2013 bis zum 10. Januar 2014 nicht nur mit 59% in der Überzahl waren, sondern dass sie sich auch länger auf dem Platz aufhielten und später nach Hause zurückkehrten (Martsenyuk/Onuch 2014, 88). Ende Dezember 2013 lag der Frauenanteil bei 20% (Mel'nyčenko 2014) und am 10. Januar 2014 bei ca. 50% (Martsenyuk/Onuch 2014, 88). Demographische Untersuchungen zu den Protest-TeilnehmerInnen besagen, dass ein durchschnittlicher Euromaidan-Aktivist 36 Jahre alt und männlich gewesen sei und im Alltag ukrainisch spreche (Banakh 2014). Diese unterschiedlichen Ergebnisse können mit der Größe des Maidan erklärt werden. Seine vielschichtige Infrastruktur war weit verzweigt, und so gelang

es wahrscheinlich nicht, alle anwesenden DemonstrantInnen zu zählen. Die zahlenmäßige Dominanz von Männern unter den Demonstrierenden begründet Banakh mit der zunehmenden Gefahr, dass der Maidan mit militärischen Mitteln geräumt würde, dennoch dürfe die Rolle der Frauen keinesfalls unterschätzt werden (ebd.). Dmytrijeva (2014) weist vehement darauf hin, es habe von Anfang an, sei es in der Organisation des Maidan, in der Kooperation mit JournalistInnen, bei juristischen Fragen „und sogar beim Werfen von Pflastersteinen und der Herstellung von Molotow-Cocktails“ gleich viele aktive Frauen wie Männer gegeben.

In einer Befragung führten Männer und Frauen für ihre Beteiligung an der Revolution unterschiedliche Gründe an: „Some women even reflected on their role as a mother, fearing for their children’s safety and explaining a desire for their children to grow up in a ‘safe’ and ‘democratic’ society“ (Martsenyuk/Onuch 2014, 89). Dieser Unterschied zeigt sich auch ebenfalls in meinen Interviews: So argumentierten meine Interviewpartnerinnen A.O. und N.T., man müsse am Maidan protestieren, weil auch ihre eigenen Kinder unter den Zusammengeschlagenen hätten sein können. Hingegen war die Sorge um die Zukunft ihrer Kinder für Männer eher seltener der Beweggrund für die Teilnahme an der Revolution. Sie stellten eher die Revolution an sich in den Vordergrund oder gaben den Kampf gegen die Korruption oder das Gefühl, bei einem politischen Umsturz dabei sein zu können, an.

Die Küche und der Erste-Hilfe-Punkt – die Frau als Helferin

Die Küche im „Haus der Professoren“⁴³ beherbergte 25 Menschen, die hier Essen für 2000 AktivistInnen kochten. Die Lebensmittel dafür wurden von vielen Freiwilligen auf eigene Rechnung eingekauft und zum Maidan gebracht. Auf diese Weise entstand ein gut durchdachtes Versorgungsnetzwerk. Stellvertretend sei auf eine Aktivistin verwiesen, die zu Hause Boršč kochte und diese Rote-Beete-Suppe zum Maidan brachte: „In der Küche habe ich sowohl Frauen als auch Männer gesehen“, erzählt sie. „Alle waren sehr nett, die Männer haben mir Komplimente gemacht und mir für die Suppe gedankt“ (A.O. 2015). Wenngleich an der Essensausgabe vorwiegend Frauen standen, so war Brote schmieren und austeilern jedoch nicht ausschließlich eine weibliche Aufgabe. Das unterstreichen exemplarisch die Berichte zweier Informationstechniker, die am Maidan in der Küche halfen und belegte Brote verteilten (Berdyns’kych 2014, 13). Zusammenfassend waren die Küche und das Netz an Freiwilligen das Herzstück des Euromaidan. Viele DemonstrantInnen lebten über Monate in der Zeltstadt in der Kiewer Innenstadt und mussten in dieser Zeit mit Essen versorgt werden. Entgegen der landläufigen Wahrnehmung übernahmen diese Aufgabe nicht nur Frauen, sondern beide Geschlechter.

Viele Frauen waren im medizinischen Bereich tätig, manche gar ohne vorher eine entsprechende Ausbildung besessen zu haben. Eine erzählt, dass sie am 21. Januar, als die Proteste an der Hrushevsky-Straße eskalierten, zu einem Erste-Hilfe-Punkt ging. „Ich habe dort eine Arztschürze mit einem Kreuz darauf gefunden und angezogen. Ich

hatte schon Angst, man würde mich rauswerfen, wenn man mitbekäme, dass ich gar keine richtige Ärztin bin“ (Riznyčenko 2014a, 15). Verletzte versorgen, PatientInnen beruhigen und den weiteren Transport Verwundeter organisieren, wurde vorwiegend von Frauen übernommen. Frauen erfüllten damit die ihnen traditionell zugeschriebene Sorgearbeit. Die Aktivistin Riznyčenko erzählt von den Ereignissen vom 18. bis zum 20. Februar: „Am 19. morgens kaufe ich Medikamente (...), verstecke den Helm in einer Plastiktüte, gehe zu einem Anglerfachgeschäft und kaufe ein Messer, damit ich wenigstens irgendetwas bei mir habe, und gehe auf den Maidan“ (Riznyčenko 2014b, 21). Riznyčenko brach jedoch aus ihrer Helferinnen-Rolle aus und baute am nächsten Tag Barrikaden und verteidigte den Maidan aktiv gegen die den Platz stürmenden Polizeieinheiten. Weitere Beispiele aktiver Kämpferinnen werden später vorgestellt. „Die Frauen haben sich vor allem um die Küche gekümmert“ erinnert sich J. S. (J.S. 2015). „Meine Freundinnen haben sich auch mit solchen ‚Frauendingen‘ beschäftigt; sie haben Kartoffeln geschält, geputzt und Brote ausgeteilt“ (ebd.). Die Aufgaben von Frauen und Männern haben sich trotz der verstärkten Partizipation von Männern in den „Frauenbereichen“ Küche und umgekehrt mit der Beteiligung von Frauen am Kampf wenig verändert. Frauen waren diejenigen, die den Betrieb aufrechterhielten.

Sexismus am Maidan – die Frau hat vor allem schön zu sein

Teil des landläufigen und zunehmenden Sexismus gegen Frauen in der Ukraine ist die Reduktion auf ihre „sprichwörtliche Schönheit“ (vgl. Martsenyuk 2012). Am Euro-maidan zeigte sich dieser Sexismus offen. Exemplarisch hierfür ist ein Gespräch, das die Aktivistin Anastasija Fedčenko auf Facebook veröffentlichte. Sie wollte zum Ukrainischen Haus gehen, der Kommandozentrale der AktivistInnen, und stieß beim Einlass auf folgende Aussage. „Men need to show their documents, and women just need to smile“ (Vyrtsu 2014b). Sie fragte nach dem Grund und bekam folgende Antwort. „Women should smile to make life pleasant for others!“ (ebd.). Dass der Mann am Eingang diesen Satz nicht nur ernst meinte, sondern auch als Kompliment verstand, brachte Fedčenko in Rage. Ihr Facebook-Post verbreitete sich rasant – die Reaktionen darauf waren überwältigend und reichten von Solidaritätsbekundungen bis zur Gründung von Frauenhundertschaften (s.u.). Außerdem war folgender Satz weit verbreitet: „A man’s place is on the barricades, a girl’s – in the kitchen...“ (ebd.). Die Hauptaufgabe der Frau solle die Zuarbeit sein. Martsenyuk zitiert einen Aushang in der Küche, der wie folgt lautete: „Liebe Frauen, wenn ihr Müll seht, hebt ihn auf, die (männlichen) Revolutionäre werden zufrieden sein“ (2014a, 17). Die Frau stellt den Mann zufrieden, ob mit einem Lächeln oder mit der Reinigung der Küche. Ob Ernst oder Spaß – diese Aussagen machen stereotype Rollenzuschreibung auf dem Maidan deutlich. Parallel dazu wurden diskursiv und praktisch die Protestierenden in richtige Revolutionäre und Frauen geteilt (Mel’nyčenko 2014), d.h. in aktive Kämpfer und passive Helferinnen. Teilweise wurde die Beteiligung von Frauen an Kampfhandlungen am

Maidan als negativ angesehen und den Kämpferinnen Vorwürfe gemacht. „Unverantwortlich! Sie (die Männer) lassen sich zu Krüppeln schießen und du posierst hier als Feministin!“ (ebd.) war beispielsweise ein Vorwurf an die kämpfenden Frauen. Eine weit verbreitete Rechtfertigung des Platzverweises war, man(n) wolle doch ihr „Wertvollstes“ beschützen, und ließe die Frauen deshalb nicht an die Front (ebd.). Die Entscheidung, ob eine Frau auf dem Maidan kämpfen darf, wurde von Männern beeinflusst, wenn nicht gar getroffen (Martsenyuk 2014b, 4). Als die Gewalt am Maidan eskalierte, wurden Frauen evakuiert, ihnen wurde von den Männern gesagt, sie sollten sich in Sicherheit bringen (Phillips 2014, 414). „Self-defence groups were formed to defend the square at night, barricades built and constantly fortified, and women, children and the elderly discouraged from participating in the more tense moments“ (Ryabčuk 2014, 4). Diese Maidan-Selbstverteidigungseinheiten bestanden meist nur aus Männern. Sie standen an strategisch wichtigen Punkten des Maidan, hielten untereinander die Verbindung aufrecht und konnten spontan auf eventuelle Bedrohungen oder Räumungsversuche reagieren. „Quite consequently in such context, the Maidan has turned into a parade of masculinity and everyday misogyny“ (Mayerčyk 2014). Mit diesen Ereignissen einher geht eine geringere Anerkennung des Aktivismus von Frauen, deren Beitrag weniger geachtet wird, da sie ja „nur“ schön und die Helferin seien; die eigentlichen Akteure des Umsturzes werden weiterhin bei den stereotypen männlichen Kämpfern verortet.

Andererseits äußerten sich viele Maidan-Aktivistinnen kritisch zum Einsatz von Gewalt. Eine Interviewpartnerin, N. T. beschreibt die Rolle der Frauen am Maidan damit, dass Frauen „der friedliche Teil des radikalen Protests“ gewesen seien (N.T. 2014). Sie haben sich damit aktiv an gängige Stereotypen gehalten, die besagen, dass der Mann kämpft und die Frau friedlich ist. Vyrtosu (2014a, 14) zitiert die Aussage von Anna Saropoin: „Ich habe keine Waffen, ich kann und will keine Molotow-Cocktails werfen (...). Und ich unterstütze keine Gewalt.“ Ob sich hierin eine Selbststilisierung als „friedfertige Frau“ zeigt oder inwiefern es sich um eine Umdeutung des eigenen eingeschränkten Aktionsradius handelt, kann hier nicht abschließend beurteilt werden. Tetiana Martsenyuk und Olga Onuch weisen darauf hin, dass auch die Aktivistinnensphäre nicht immun gegen die Reproduktion von sexistischen Bildern und einer stereotypen Arbeitsteilung ist (Martsenyuk/ Onuch 2014, 86).

Insgesamt fungieren die hier aufgeführten geschlechterstereotypen und sexistischen Zuschreibungen auch als Platzanweiser, indem sie Frauen in den entsprechenden Bereichen positionieren und ihre Handlungsmöglichkeiten dadurch einschränken. Dies blieb jedoch nicht unwidersprochen: Im Folgenden werden Gegenbeispiele bzw. -maßnahmen aufgezeigt.

Sichtbarkeit erhöhen – Frauenhundertschaften entstehen

Um dem beschriebenen Sexismus entgegen zu wirken und auch um die eigene Sichtbarkeit zu erhöhen, bildeten sich bereits in den ersten Tagen der Proteste zahlreiche

Frauengruppen, von denen hier drei wichtige vorgestellt werden. Meist kam die Idee zum Zusammenschluss von einer Maidan-Aktivistin. Über verschiedene soziale Netzwerke verbreiteten sich die Gruppen, fanden neue Mitglieder und kündigten Aktionen an. Einer der ersten Frauenverbände am Maidan war die *Žynoča polovina Maidanu*, die weibliche Hälfte des Maidan. Ihr Wahlspruch war „Mädchen, Schwestern, Mütter, Großmütter, Arbeitnehmerinnen, Sekretärinnen, Hausfrauen, sexy Blondinen und queere Lesben, wir sind die Hälfte Europas, wir sind die Hälfte des Maidan!“ Dieser Bund war vor allem im Dezember 2013 aktiv und informierte die Öffentlichkeit u.a. zu Genderfragen (Počtarenko/Kobenko 2014). Die Selbst-Beschreibung der Gruppe ist aussagekräftig: Man möchte möglichst viele Frauen aller Gesellschaftsschichten erreichen und dafür sorgen, dass Frauen auf dem Maidan als gleichwertiger Teil angenommen werden.

Die *Žynoča sotnja* (Frauenhundertschaft) ist der bekannteste Zusammenschluss. Viele WissenschaftlerInnen, die sich mit den Themen Gender und Feminismus beschäftigen und auch die Frauenrolle am Maidan erforschen, sind Mitglieder dieser Gruppe.⁴ Gegründet am 23. Januar 2014 ist die Hauptaufgabe der Hundertschaft der friedliche Widerstand und die Organisation von Bildungsaktivitäten (Počtarenko/Kobenko 2014). Sie organisierte Selbstverteidigungs- und Erste-Hilfe-Kurse, außerdem Vorlesungen über Gender und Feminismus in der Offenen Universität des Maidan und im Ukrainischen Haus. „This self-defence training will help women understand they can do the same things as men“, sagt Olena Shevchenko, die Trainerin, die diese Kurse durchführt (Khromeychuk 2014). Man versuchte, sicher zu stellen, dass jede Frau einen Platz am Maidan findet und dort auch wahrgenommen wird. Die Frauenhundertschaft war vor allem in den sozialen Netzwerken aktiv. Nach dem Ende des Euromaidan besteht die Gruppe weiter und organisiert bis heute Diskussions- und Informationsveranstaltungen.

Auch die „Frauenhundertschaft benannt nach Olha Kobyljanska“ (einer feministischen ukrainischen Schriftstellerin) wurde als Antwort auf den Sexismus am Maidan gegründet und strebte danach, den Blick auf die protestierenden Frauen zu ändern. „Diese ‚Revolution der Würde‘ (Selbstbezeichnung der Maidan-Revolution) zeigte ein genaues Abbild der Diskriminierung und Ignoranz gegenüber den Frauen in unserem Land. Manchmal gab es sogar mehr Frauen als Männer auf dem Maidan, aber sie wurden immer als eine Maschinerie zum Butterbrotschmieren und zur Unterstützung der Männer gezeigt“ (Vyrtosu 2014a, 16).

Die Aufgabe der Frauenverbände fassen Martsenyuk und Onuch wie folgt zusammen: „Yet, these women’s squadrons were not able to completely challenge the division of gender roles, or prevent the widespread acceptance of patriarchal discourse. Many of their participants were still in fact, in charge of cleaning the *Maidan*, preparing food in the kitchen, or working as medical care providers“ (Martsenyuk/Onuch 2014, 94). Die Frauenverbände hatten meist die Aufgabe, Frauen zusammenzubringen und miteinander zu vernetzen. Viele Veranstaltungen, Flugblätter und Internetaufrufe sollten den Männern am Maidan zeigen, dass auch Frauen aktiv an der po-

litischen Gestaltung des Landes teilnahmen. Die Präsenz der Frauen sollte nicht nur sichtbar gemacht, sondern auch anerkannt und honoriert werden.

Die Aktivistin Ruslana Panuchnyk findet die Frage nach den Aufgaben der Frauen völlig überflüssig. „Um herauszufinden welche Rolle Frauen am Maidan hatten, könnte man genauso gut die Frage stellen ‚Welche Rolle hatten Männer am Maidan?‘“ (Panuchnyk 2014) Frauen hätten an allen Sphären des Maidan gearbeitet, angefangen bei der Organisation bis zum Kampf im offenen Feld und an den Barrikaden. „Es gab Frauen allen Alters und aus allen Gesellschaftsschichten am Maidan. Dieses Interesse zeigt auch die Aktualität an solchen Themen wie Gleichstellung zwischen Männern und Frauen. Solidarität unter Frauen wird damit auch ein politisches Phänomen“ (ebd.). Iryna Vyrtošu lässt eine lange Beschreibung der Rollen auf dem Euromaidan folgen, die aus dem oben beschriebenen, stereotypen Geschlechterrollenklichs herausfallen: es habe Aktivistinnen, Journalistinnen und Freiwilligen-Koordinatorinnen gegeben, zudem Organisatorinnen der ‚Offenen Universität‘ und Initiatorinnen der ‚Maidanbibliothek‘, um nur einige zu nennen (...), (Vyrtošu 2014a, 4). Im Gegensatz zur Orangen Revolution 2004, so Martsenyuk (2014a), seien Frauen 2013/14 mehr respektiert worden. „Unlike previous ‚revolutions‘ (...) the ‚Euromaidan revolution‘ was marked by – as was visible in the media and in public discourses – diverse women’s participation, through which women challenged traditional gender roles and reclaimed visibility, recognition, and respect as revolutionaries“ (Martsenyuk 2014a, 15).

Marija Dymtrijeva, in der Orangen Revolution und auf dem Euromaidan aktiv, konstatiert als Ergebnis eine Veränderung in den Geschlechterverhältnissen: „Es ist eine neue Generation von Aktivistinnen herangewachsen – mit linken, feministischen und fortschrittlichen Ansichten. Diese Frauen (...) sind auch bereit, aufklärende und aktivistische Projekte zu initiieren bzw. an bereits bestehenden Projekten teilzunehmen. Sie haben sich, als die Revolution begann, bereits viele Jahre mit Feminismus und der feministischen Idee beschäftigt“ (Dymtrijeva 2014). Fedčenko geht in der Bewertung des Euromaidan sogar noch weiter. „The problem is that Maidan is not only a democratic revolution, but also a gender revolution. Because for the most part, women are oppressed both at home and at work“ (Vyrtošu 2014b). Ob der Euromaidan tatsächlich eine Gender-Revolution hervorgebracht hat, wird sich erst in der Zukunft zeigen.

Zumindest teilweise konnten Frauen auf dem Euromaidan auch außerhalb der typischen Geschlechterrollen partizipieren. Dymtrijeva (2014) zitiert eine Aktivistin mit folgenden Worten: „Wir allein haben unsere Rollen festgelegt. Ich bin den Weg vom Brote schmieren bis zum Barrikadenkampf und dem Tragen von Toten gegangen“ (ebd.). Die Revolution bot also auch Gelegenheiten, um aus festgelegten sozialen Rollen auszubrechen und sich außerhalb des Mutter- und Schönheits-Bildes zu behaupten.

Männer am Maidan

Nachdem die Rolle der Frauen besprochen wurde, bleibt abschließend ein kurzer Blick auf Männer am Maidan. Als vom 18. bis zum 20. Februar 2014 der Maidan gestürmt wurde, starben 96 Männer und eine Frau – diese Menschen wurden auch *Nebesnja sotnja* (Himmelshundertschaft) genannt. Dies legt den Verdacht nahe, dass Frauen Ende Februar nicht in den vorderen Reihen gekämpft haben. Wie oben bereits beschrieben, wurde es, immer wenn die Lage zu eskalieren drohte, Frauen verboten auf dem Maidan zu bleiben. Die Männer hingegen mussten kämpfen. Als am 30. November am frühen Morgen Hunderte AktivistInnen von der Polizei verprügelt und vom Maidan verjagt wurden, sah das Bild wie folgt aus: „Unsere Jungs stellten sich um das Gestell (des Weihnachtsbaums) auf und fassten sich an den Händen, um die Berkut nicht durchzulassen. Die Mädchen gingen in ihre Mitte und versteckten sich unter dem Gestell“ (Šumyk 2014, 12f). Darin spiegelt sich das immer noch vorherrschende traditionelle männliche Geschlechterrollen-Stereotyp, das dem Mann (nicht nur) in der Ukraine die Hauptfunktion des Beschützers zuschreibt, was auch am Maidan ersichtlich wurde. Sowohl im Kampf als auch zu Zeiten des friedlichen Protests waren Männer nach Aussagen eines Interviewpartners die zahlenmäßig dominantere Gruppe, ihre Aufgaben waren vor allem die Bewachung des Maidan und im Januar bei Minusgraden das Hüten des Feuers (J.S. 2015). Am Feuer saßen meist Gruppen von Männern zusammen und harrten die Nacht aus. Von der Bewachung des Platzes und des Feuers waren Kinder, ältere Menschen und Frauen ausgeschlossen.

Männer haben in der ukrainischen Geschichte eine Reihe von Vorbildern und Motiven, auf die sie sich im Kampf beziehen können und die sie moralisch stärken. Laut der Bloggerin Olena Petrenko sind diese Vorbilder vor allem die Kosakenkrieger, die auch als identitätsstiftendes Moment der neuen unabhängigen Ukraine gelten (Petrenko 2014). Besonders bezeichnend seien die Kosaken, da sie sich als „einfache kämpfende Männer“ positionierten, ein Stichwort, das durchaus von den am Maidan protestierenden Männern übernommen werden könnte.⁵ „The model of the Ukrainian hero-warrior that had initially been promoted as an abstract ideal in the post-Soviet period has received an opportunity for real embodiment by Ukrainian men. This, in turn, has contributed to sharpening gender dichotomy and hierarchy in Ukraine“, lautet Olena Petrenkos Fazit (Petrenko 2014). Die Kosaken wurden jedoch auch für sexistische Äußerungen missbraucht. Auf dem Maidan tauchte der Slogan auf, man brauche „richtige Kosaken, die nicht wie Frauen zu Hause bleiben“ (Mayerčyk 2014). Der Mann steht in der Tradition des kämpfenden Kosaken, die Frau bleibt zu Hause und sorgt für die Familie, das sind die Geschlechterrollen, die hiermit konstruiert werden. Die Männer, die am Maidan starben, wurden heroisiert. Sie starben als Helden für ihr Vaterland, die Frauen dahinter bekamen weniger Aufmerksamkeit. Zwar gibt es eine rege Forschung über Frauen am Maidan, was auch die hier zitierten vielfältigen Quellen signalisieren, jedoch wurden Frauen nie zu Heldinnen ernannt (außer die zwei Verstorbenen, die der *Nebesnja Sotnja* zugerechnet werden).

Männer wurden im Gegenteil zu Frauen scheinbar von Teilen der Gesellschaft geradezu in der Pflicht gesehen, am Maidan präsent zu sein. Die, die nicht dort waren, galten als unmännlich, ihnen wurde zum 8. März (dem Internationalen Frauentag) gratuliert. Dies sagte Ihor Javors'kij, Mitglied der politischen Partei UDAR, im Februar 2014 auf einer Kundgebung in Ternopil' (Javors'kij 2014). Wie Männlichkeit mit dem Kampf am Maidan zusammengespannt wurde, zeigt auch das folgende Bild:

Abb. 2: „Du warst nicht an der Hruševs'ky-Straße? Du bist kein Mann!“
(eigenes Bildmaterial, AL)



Die Kussmünder, die das Bild begleiten, waren auch auf anderen handgeschriebenen Plakaten zu sehen, die Ende Januar auf der Chreščatyk-Straße bzw. am Europa-Platz hingen. Diese Plakate zielten darauf, Männer zu ermuntern, sich an den Straßenkämpfen mit der Polizei zu beteiligen. Weitere Plakate gleicher Machart hatten die Slogans „Trägt dein Freund einen Helm?“, „Sexier als eine Maske ist nur ein Helm“ und „Junge mit Helm, du bist der potenzielle Vater meines Kindes.“ Alle Plakate verweisen auf eine vermeintliche Verpflichtung von Männern, am Maidan kämpferisch aktiv zu sein, – und damit auf das traditionelle männliche Geschlechterrollen-Stereotyp –, und repräsentieren gleichzeitig den Dank der Frau, die er beschützt. Das zeigt, dass sowohl Frauen als auch Männer zur Aufrechterhaltung der traditionellen Geschlechterrollen-Stereotype beitragen.⁶

Zusammenfassung

Die Geschlechterrollen am Maidan waren vermeintlich klar verteilt: Der Mann kämpft, die Frau hilft. Die Mehrheit der Protestierenden versuchte, diese geschlechtsspezifische Arbeitsteilung aufrechtzuerhalten, wahrscheinlich aufgrund eigener essentialistischer Auffassungen von Geschlecht(rollen). „ (...) the participants (...) rarely mention any of these gendered distinctions without being prodded. Moreover, in some instances, it seems that they did not see anything wrong with such inequality“ (Martsenyuk/Onuch 2014, 91). Frauen wird explizit ein Platz im Hintergrund angewiesen, den sie auch im sonstigen Leben einnehmen sollen. Gleichzeitig stilisieren sich die jungen Männer als Helden und Inkarnationen einer hegemonialen Männlichkeit: Sie kämpfen und beschützen ihre Familie. Wer als Mann nicht bereit ist, diesem Bild zu entsprechen, dem wird die Männlichkeit abgesprochen.

Es gab jedoch auch Aktivitäten von Frauen in Opposition zu den vorherrschenden Geschlechterrollen-Stereotypen, in Form von Frauenhundertschaften, aber auch von (veröffentlichter) Erinnerung, die sich auf einen Gleichheits-Feminismus beziehen. Bei der Radikalisierung des Maidan wurden manchmal auch in der medizinischen Hilfe Frauen mit den Worten, die sei kein guter Ort für eine Frau, sondern das sei Krieg, weggeschickt (ebd., 90). Obwohl sich Frauen in Verbänden zusammenschlossen und einige von ihnen aktiv am Barrikadenbau und Kampf teilnahmen, galt dennoch eine recht klare Geschlechtertrennung. „This distinction between ‘male’ active engagement and ‘female’ coordination was a frequent theme in interviews, highlighting that the gendered division of labour was intensely felt by the women who were most active, and ironically most prepared for direct action“ (ebd., 90f). Mit den Frauenverbänden versuchten Frauen ihre Sichtbarkeit zu steigern und gegen Alltagssexismus vorzugehen. „Alas, most male activists did not see anything odd about discussing women as ‘helpers,’ ‘supporters,’ ‘mothers,’ and ‘daughters,’ referring to themselves as those ‘who fought’“ (ebd., 92). Das scheint auch die Ursache zu sein, warum Frauen nicht als gleichberechtigte AktivistInnen wahrgenommen wurden und hierarchisch unter dem Mann standen, der entscheiden durfte, in welchen Sphären sie sich engagiert oder ob sie aktiv kämpfen darf.

Kleine Veränderungen in den tradierten Geschlechterrollen scheint es jedoch auch gegeben zu haben, zumindest sehen die AktivistInnen Martsenyuk und Fedčenko eine Steigerung der Aktivität von Frauen beim Euromaidan. „Unlike during the Orange Revolution, when women were predominantly the *helpers* of men in *doing the revolution*, at Euromaidan women emerged as *makers of the revolution*“ (Martsenyuk 2014a, 22). Wenn auch die Mehrheit der AktivistInnen entlang der typischen Geschlechterrollen agiert hat, so war die Revolution doch auch ein Ort, an dem beide Geschlechter gleichsam aus ihren Rollen fallen konnten (Männer waren in der Küche aktiv, Frauen haben Barrikaden gebaut). Ob deshalb, wie es Fedčenko tut, von einer „Gender Revolution“ gesprochen werden kann, bleibt allerdings fraglich.

Anmerkungen

- 1 Die Autorin dankt herzlich allen InterviewpartnerInnen. Für inhaltliche Anmerkungen bin ich besonders Tetiana Martsenyuk und Matgorzata Gedlek dankbar.
- 2 Für einen Überblick siehe Kappeler (2014), besonders das Kapitel 4 „Die Dnjepr-Kosaken und die Entstehung des Hetmanats“ (S. 54-71).
- 3 Das „Haus der Professoren“ war einer der Hauptstützpunkte der Maidan-AktivistInnen.
- 4 Zum Beispiel Tetiana Martsenyuk oder Iryna Vyrtsu.
- 5 Der Zusammenhang zwischen den neuen Narrativen der unabhängigen Ukraine und den Männlichkeitskonstruktionen kann an dieser Stelle nicht weiterverfolgt werden, Olena Petrenko erforschte dieses Thema (Petrenko 2014).
- 6 Obwohl queere Menschen auch am Euromaidan protestierten, verzichteten sie auf explizite Forderungen für die LGBTIQ Community und gaben sich aus Angst vor homophober Gewalt nicht zu erkennen, vgl. Globa 2015.

Literatur

Banakh, Mykhaylo, 2014: Analyse: Die Orange Revolution 2004 und der Euromaidan 2013/2014: Gemeinsamkeiten und Unterschiede. Internet: www.bpb.de/internationales/europa/ukraine/179753/analyse-die-orange-revolution-2004-und-der-euromaidan-2013-2014 (15.03.2015).

Becker-Schmidt, Regina, 1987: Die doppelte Vergesellschaftung – die doppelte Unterdrückung. In: Unterkirchner, Lilo/Wagner, Ina (Hg.): Die andere Hälfte der Gesellschaft. Wien, 10-27.

Berdyns'kych, Kristina, 2014: Jeljudy. Tepli istoriji z Majdanu. Kyjiv.

Dmytrijeva, Marija, 2014: Žinky na Maidani – stari michy, nove vyno? Internet: www.krona.org.ua/zhinki-na-majdani-stari-mixi-nove-vino.html (15.03.2015).

Globa, Bogdan, 2015: One year after Euromaidan: What's changed for gay rights? Kiev, Internet: euobserver.com/opinion/127984 (30.08.2015)

Javors'kij, Ihor, 2014: Vaš čolovik ne die na Maidan, bot am duže nebezpečno – ne zabud' te pryvityaty ioho z 8 bereznja! Internet: ternopil.klichko.org/news/show/4969 (15.03.2015).

Kappeler, Andreas, 2014: Kleine Geschichte der Ukraine. München.

Knapp, Gudrun-Axeli, 1990: Zur widersprüchlichen Vergesellschaftung von Frauen. In: Hoff, E.-H. (Hg.), Die doppelte Sozialisation Erwachsener. Zum Verhältnis von beruflichem und privatem Lebensstrang. Weinheim/München, 17-52.

Khromeychuk, Olesya, 2014: Where are the women of Ukraine? In: Current Politics in Ukraine. Opinion and analysis on current events in Ukraine. Internet: ukraineanalysis.wordpress.com/2014/03/07/where-are-the-women-of-ukraine/ (25.08.2015).

Kreile, Renate, 2014: Ungleiche Schwestern – Frauen-Aktivismus und Frauenbewegungen im Post-Mubarak Ägypten. In: Femina Politica. 23 (2), 21-36.

Lehmann-Wacker, Sigrid, 2011: Bald wieder ausgebootet? In: Junge Welt, 08.03.2011.

Martsenyuk, Tetiana, 2012: Ukraine's Other Half. Internet: postsovietpost.stanford.edu/discussion/ukraines-other-half (15.03.2015).

Martsenyuk, Tetiana, 2014a: Gender and Revolution in Ukraine: Women's Participation in Euromaidan Protests of 2013-2014. In: Perspectives on Europe. 44 (2), 15-22.

- Martsenyuk**, Tetiana, 2014b: Genderna sociolohiha Maidanu: Rol' žinok u protestach. In: Mart-senyuk, Tetiana: Postsocialistyčni suspil'stva: riznomanittja social'nych zmin: materialy S'omyh Mižnarodnych sociolohičnych čytan' pam'jati N.V.Paninoji ta T.I.Zaslavs'koji. Internet: www.ekmair.ukma.kiev.ua/handle/123456789/3511 (15.03.2014).
- Martsenyuk**, Tetiana/**Onuch**, Olga, 2014: Mothers and Daughters of the Maidan. Gender, Repertoires of Violence, and the Division of Labour in Ukrainian Protests. In: *Social, Health, and Communication Studies Journal*. Contemporary Ukraine: A Case of Euromaidan. 1 (1), 80-101.
- Mayerčyk**, Marija, 2014: Seizing the Logic / A World Without Women. Internet: krytyka.com/ua/community/blogs/zakhoplennya-lohik-svit-bez-zhinok (15.03.2015).
- Mel'nyčenko**, Anastasija, 2014: Naviščo Ukrajinu žinoča sotnja. Internet: ua.boell.org/uk/2014/03/25/navishcho-ukrayini-zhinocha-sotnya (15.03.2015).
- Panuchnyk**, Ruslana, 2014: I žinky, i čoloviky – ce Maidan. In: Počtarenko, Jaryna/Kobenko, Alina (Hg.): Žinky Maidanu: Vid medyčnoji dopomohy do zachystu barykad. Internet: www.gurt.org.ua/news/recent/21309/ (15.03.2015).
- Peinl**, Iris, 2000: Einführungsvorlesung zum Thema: Geschlecht/Gender als Kategorie in den Sozialwissenschaften. In: Lohwasser, Angelika (Hg.), *Geschlechterforschung in der Ägyptologie und Sudanarchäologie*. IBAES, Vol. II, 9-20. Internet: www2.hu-berlin.de/nilus/net-publications/ibaes2/Publikation/ibaes2.pdf (29.07.2015).
- Petrenko**, Olena, 2014: Women and Men of the Euromaidan: Revitalizations of the Heroic National Narrative. Internet: www.danyliwseminar.com/#!olena-petrenko/c4sv (15.03.2015).
- Phillips**, Sarah D., 2014: The Women's Squad in Ukraine's Protests. Feminism, Nationalism, and Militarism on the Maidan. In: *American Ethnologist*. 41 (3), 414-426.
- Počtarenko**, Jaryna/**Kobenko**, Alina, 2014: Žinky Maidanu: Vid medyčnoji dopomohy do zachystu barykad. Internet: www.gurt.org.ua/news/recent/21309/ (15.03.2015).
- Riznyčenko**, Viktorija, 2014a: 22. Janvarja. In: Trybušna, Olena/Solomko, Iryna (Hg.): *Nebesnja sotnja*. Charkiv, 15-16.
- Riznyčenko**, Viktorija, 2014b: 19-20. Fevralja. In: Trybušna, Olena/Solomko, Iryna (Hg.): *Nebesnja sotnja*. Charkiv, 21-22.
- Ryabčuk**, Anastasiya, 2014: Right Revolution? Hopes and Perils of the Euromaidan Protests in Ukraine. In: *Journal of Contemporary Central and Eastern Europe*. 22 (1), 127-134.
- Šumyk**, Taras, 2014: 30. Nojabrja. In: Trybušna, Olena/Solomko, Iryna (Hg.): *Nebesnja sotnja*. Charkiv, 10-12.
- Ukrainian Women's Fund**, 2011: Women's Participation in Politics and Decision-Making in Ukraine: Strategy Paper. Internet: www.osce.org/odihr/85974 (15.03.2015).
- Vyrtosu**, Iryna, 2014a: Maidan. Žinoča sprava. Kyjiv.
- Vyrtosu**, Iryna, 2014b: We Don't Just Make Sandwiches, or Why the Maidan Needs a Women's Squadron. Internet: maidan.uccu.edu.ua/en/texts-by-other-authors/we-dont-just-make-sandwiches-or-why-the-maidan-needs-a-womens-squadron-ukrainska-pravda/ (15.03.2015).

Interviews

- A.L.**, 2015, persönliches Interview, 10.03.2015.
- A.O.**, 2015, persönliches Interview, 16.03.2015.
- J.S.**, 2015, persönliches Interview, 11.03.2015.
- O.A.**, 2015: Persönliches Interview, 16.03.2015.
- V.R.**, 2015: Persönliches Interview, 09.03.2015.
- N.T.**, 2015: Persönliches Interview, 09.03.2015.

Das Gender Pay Gap im Branchenvergleich

ALEXANDRA SCHEELE, ANDREA JOCHMANN-DÖLL

In allen Ländern Europas liegt der durchschnittliche Verdienst von Frauen unter dem von Männern. Die statistische, unbereinigte Lohnlücke in Deutschland beträgt 22%, mit einer deutlichen Differenz zwischen Ostdeutschland, wo sie bei 9% liegt und Westdeutschland, wo das „Gender Pay Gap“ 23% beträgt. Die Entgelt Differenz hat viele strukturelle Ursachen, wie z.B. die Segregation des Arbeitsmarktes, also die ungleiche Verteilung von Frauen und Männern auf verschiedene Wirtschaftszweige und Berufe, wobei Frauen überdurchschnittlich in Wirtschaftszweigen und Berufen vertreten sind, in denen das Einkommensniveau vergleichsweise niedrig ist. Hier stellt sich die Frage, ob die geringere Vergütung sachlich begründet werden kann oder eine Unterbewertung dieser frauendominierten Tätigkeiten darstellt. Auch Einschränkungen oder Unterbrechungen des Erwerbslebens aus familiären Gründen durch Teilzeitbeschäftigung und/oder Erwerbsunterbrechungen betreffen immer noch überwiegend Frauen und verursachen einen Teil der Entgelt Differenz durch geringere Aufstiegschancen und Verdienstmöglichkeiten nach der Familienphase. Weitere Ursachen der Entgelt Differenz liegen in mittelbarer oder unmittelbarer Benachteiligung bei der Entgeltfindung, also in der Verletzung des Prinzips der gleichen Bezahlung für gleiche und gleichwertige Arbeit. Die Bundesregierung will in diesem Jahr ein Gesetz zur Lohngerechtigkeit auf den Weg bringen, mit dem mehr Transparenz bei geschlechtsspezifischen Entgeltstrukturen ermöglicht werden soll. Ein aktuelles Forschungs- und Praxisprojekt zeigt jedoch, dass es jenseits der an Betriebe adressierten Gesetzesinitiative auch darum gehen muss, die unterschiedliche Bewertung von beruflichen Tätigkeiten in den Blick zu nehmen sowie weitere potenzielle Diskriminierungstatbestände zu identifizieren.

Das Projekt „Gender Pay Gap: New Solutions for an Old Problem“

Das Projekt „Gender Pay Gap: New Solutions for an Old Problem“ wird im Rahmen des PROGRESS Programms der Europäischen Union gefördert und soll in Zusammenarbeit mit Gewerkschaften, Gleichstellungsinstitutionen und anderen relevanten AkteurInnen innovative Strategien zur Verringerung des Gender Pay Gap entwickeln. WissenschaftlerInnen und VertreterInnen von Gewerkschaften und Gleichstellungsinstitutionen aus Belgien, Deutschland, Estland, Kroatien, Österreich und Spanien sowie VertreterInnen des Europäischen Gewerkschaftsbundes sind beteiligt¹. Das

Projekt umfasst einen mehrdimensionalen Ansatz bestehend aus Forschung, Vernetzungsaktivitäten, gegenseitigem Austausch, der Entwicklung und Umsetzung von Initiativen sowie Öffentlichkeitsarbeit. Im Zentrum steht dabei der theoretische und praktische Austausch zwischen WissenschaftlerInnen und Interessenvertretungen. In der ersten Phase des Projektes² wurden länder- und sektorspezifische Analysen der Entgeltungleichheit in den beteiligten Ländern erstellt³. Am Beispiel des Finanzsektors und des Gesundheitssektor wurde untersucht, wie sich die Mechanismen zur Festlegung von Löhnen und Gehältern in Hinblick auf Individualisierung, Flexibilisierung, Einfluss von Gewerkschaften und die Rolle von Gleichstellungsinstitutionen verändert haben und welchen Einfluss Gewerkschaften und Gleichstellungsinstitutionen auf geschlechtsspezifische Einkommensunterschiede nehmen können. Die Ergebnisse dieser Analyse für Deutschland werden im Folgenden zusammengefasst. Anschließend werden exemplarisch einige im Ländervergleich relevante Aspekte dargestellt.⁴

Zwei unterschiedliche Dienstleistungssektoren

Die beiden untersuchten Sektoren weisen hinsichtlich der Beschäftigungs- und Einkommenssituation deutliche Unterschiede auf – das einzige verbindende Merkmal ist der Umstand, dass Frauen die Mehrheit der Beschäftigten stellen⁵. Der Frauenanteil an den sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten beträgt bei den Finanz- und Versicherungsdienstleistungen 56,1% und bei den Gesundheitsdienstleistungen 81,0%. Wenn es um den Anteil von Frauen in Führungspositionen geht, bildet jedoch der Finanzsektor mit nur 12% Frauen in der ersten und 26% in der zweiten Führungsebene im Jahr 2012 nahezu das Schlusslicht aller Branchen (Bechmann et al. 2013, 27). Nur im Bausektor, in der Energie- und Wasserwirtschaft sowie im Produzierenden Gewerbe besetzen noch weniger Frauen Führungspositionen – allerdings ist hier auch ihr Beschäftigtenanteil geringer. Im Gesundheits- und Sozialsektor liegt der Anteil von Frauen in Führungspositionen zwar ebenfalls unter ihrem Beschäftigtenanteil (77%), aber immerhin bei 48% in der ersten Führungsebene und 68% in der zweiten Führungsebene (ebd.). Blickt man nun auf das Einkommen von Frauen und Männern, dann zeigen sich in beiden Branchen deutliche Unterschiede zwischen den Geschlechtern, was die folgenden Abschnitte ausführlich darstellen.

Finanz- und Versicherungsdienstleistungen

Die Einkommen im Finanz- und Versicherungssektor sind die höchsten aller Dienstleistungsbereiche und liegen sogar über dem Durchschnittsverdienst im Produzierenden Gewerbe. Nur in der Informations- und Kommunikationsdienstleistungsbranche werden annähernd so hohe Vergütungen gezahlt wie im Finanzbereich. Innerhalb des Produktionssektors zahlt nur die Energieversorgungswirtschaft höhere Einkommen.

Bei den Finanz- und Versicherungsdienstleistungen liegt das Bruttomonatseinkommen von Männern nach Angaben des Statistischen Bundesamtes inklusive der Bonuszahlungen bei 5.705 Euro, Frauen hingegen verdienen 4.010 Euro und damit durchschnittlich knapp 1.700 Euro weniger. Dies entspricht einem Gender Pay Gap von 29,7%.

Ein Teil dieses Gehaltsunterschieds wird beeinflusst durch die geschlechtsspezifische horizontale wie vertikale Segregation innerhalb des Sektors. Hinsichtlich der horizontalen Verteilung der Beschäftigten kann beobachtet werden, dass es mehrheitlich mit Männern besetzte Bereiche, wie zum Beispiel Marketing- und Investmentbanking, und mehrheitlich mit Frauen besetzte Bereiche gibt, wie zum Beispiel das Privatkundengeschäft oder Call Center. Tätigkeiten in den frauendominierten Einheiten sind in der Regel geringer bewertet und schlechter bezahlt, während jene Berufsgruppen mit besseren Einkommensmöglichkeiten meist mit Männern besetzt sind. Einige der befragten Experten bestätigten darüber hinaus, dass typische Charakteristika der frauendominierten Tätigkeitsfelder, wie Kommunikationsfähigkeiten oder psycho-soziale Kompetenzen innerhalb der allgemeinen Arbeitsbewertungssysteme des Finanz- und Versicherungssektors nicht berücksichtigt werden. Die vertikale Segregation zeigt sich in dem abnehmenden Frauenanteil auf den höheren Hierarchie- bzw. Managementebenen. Bemerkenswert ist jedoch, dass das Gender Pay Gap mit der betrieblichen Position steigt. In der obersten Leistungsgruppe 1 (Beschäftigte in Führungspositionen) beträgt das Gender Pay Gap im Branchendurchschnitt 26,1%, während er in der untersten Leistungsgruppe 5 (Beschäftigte mit Anlernertätigkeiten) „nur“ 6,4% beträgt. Eine Schlussfolgerung aus diesem Befund lautet deshalb: Ein Durchbrechen der „Gläsernen Decke“ von Frauen im Finanzsektor ist gleichstellungspolitisch zwar zweifellos ein wichtiges Ziel, jedoch scheint das Problem der Entgeltungleichheit dadurch nicht grundsätzlich gelöst werden zu können.

Darüber hinaus weist der Sektor der Finanz- und Versicherungsdienstleistungen weitere Besonderheiten auf, die ursächlich für die Entgeltungleichheit sind: Das Einkommen ist zwar mehrheitlich tarifvertraglich geregelt – über Flächen- und Haustarifverträge –, diese regeln aber nur das Grundgehalt und geben nur grob Richtlinien für weitere Gehaltsbestandteile vor (Öffnungsklauseln). Dies führt dazu, dass es auf der betrieblichen Ebene große Spielräume für die Entgeltfindung gibt und der Anteil an leistungsbezogenen Vergütungen und Boni hoch ist. Die Regelungen für die Vergabe von Leistungsvergütungen und Boni werden meist betrieblich konkretisiert und ermöglichen häufig subjektive Entscheidungen von Vorgesetzten, die durch Geschlechterstereotype geprägt sein können. Weit verbreitet im Finanzsektor sind außerdem Gehaltsbandbreiten. Dies bedeutet, dass den Entgeltgruppen kein fester Entgeltbetrag von X Euro entspricht, sondern eine Bandbreite von X bis Y Euro. Transparente, überprüfbare und eindeutige Regelungen darüber, wie sich die Position eines/einer Beschäftigten innerhalb der Gehaltsbandbreite bestimmt, fehlen häufig. Dies führt dazu, dass das konkrete Gehalt relativ willkürlich festgelegt wird und individuelle Gehaltsverhandlungen besonders wichtig werden. Dies kann sich

zum Nachteil von Frauen auswirken, da Geschlechterstereotype in subjektiven und individuellen Entscheidungsprozessen besonders wirkmächtig sind und Frauen sich darüber hinaus möglicherweise in einer schwächeren Verhandlungsposition befinden und niedrigere Forderungen stellen – was allerdings keinesfalls eine Rechtfertigung für die niedrigere Bezahlung gleicher oder gleichwertiger Tätigkeiten von Frauen wäre.

Trotz dieser signifikanten Einkommensunterschiede und der identifizierbaren Diskriminierungspotenziale kommt das Thema der Entgeltungleichheit zwischen Frauen und Männern im Finanz- und Versicherungssektor jedoch bislang kaum zur Sprache. Die von uns befragten Gewerkschaftsvertreterinnen erklären dies zum einen damit, dass in der Branche im Vergleich zu anderen sogenannten „Frauenberufen“ vergleichsweise hohe Einkommen gezahlt werden, wodurch die geringere Bewertung und Bezahlung der geleisteten Tätigkeit im Vergleich zu Männern nicht so deutlich ins Auge sticht. Zum anderen handelt es sich – wie bereits erwähnt – um einen Sektor mit zwar seit Jahren rückläufiger, aber dennoch weiterhin relativ hoher Tarifbindung. Die Existenz eines Tarifvertrages vermittelt den Beschäftigten den Eindruck, „korrekt“ und auch diskriminierungsfrei bezahlt zu werden. Mögliche mittelbar diskriminierende Regelungen in Tarifverträgen sind oft nur schwer erkennbar und deshalb zwar einigen ExpertInnen bekannt, vielen Beschäftigten jedoch nicht.

Darüber hinaus stehen gegenwärtig andere Herausforderungen im Zentrum: Alle Beschäftigten sind von gravierenden Veränderungen der Arbeitsprozesse durch zunehmende Industrialisierung und Digitalisierung sowie den damit verbundenen kontinuierlichen organisationalen Umstrukturierungen und von Personalabbau betroffen. Geschlechterungleichheiten werden dennoch thematisiert, und zwar vorrangig hinsichtlich der Möglichkeiten zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie der Erhöhung des Anteils von Frauen in Führungspositionen.

Vor dem Hintergrund des der beschriebenen Daten zum Gender Pay Gap und den potentiell diskriminierenden Mechanismen in diesem Sektor erscheint es folgerichtig und begrüßenswert, dass die Gewerkschaft ver.di plant, das Thema auf die Agenda zu setzen – z.B. im Rahmen der Entwicklung neuer tarifpolitischer Instrumente oder bei der Diskussion um die demografische Entwicklung und das Fehlen qualifizierter Fachkräfte.

Gesundheitsdienstleistungen

Die Situation im Gesundheits- und Sozialwesen stellt sich grundsätzlich anders dar als im Finanz- und Versicherungssektor: Während die Einkommen im Finanzsektor im oberen Bereich liegen, gehören die Einkommen im Gesundheits- und Sozialwesen zu den niedrigsten von allen Wirtschaftszweigen und liegen sogar unter dem Durchschnitt aller Dienstleistungsberufe – mit Ausnahme der Gastronomie, die am untersten Ende der Skala ist. Keine Wirtschaftsgruppe im Produktionssektor zahlt

niedrigere Durchschnittslöhne: Selbst in der Bauindustrie, wo die niedrigsten Löhne des Produktionssektors bezahlt werden, sind die Löhne höher.

Auch die Einkommensdifferenz zwischen Frauen und Männern ist bei den Gesundheitsdienstleistungen nicht nur höher als der deutsche Gesamtdurchschnitt, sondern auch höher als im Finanzsektor: Im Gesundheitswesen verdienen Männer monatlich durchschnittlich 5.087 Euro Brutto und Frauen 3.299 Euro. Dies entspricht einer Differenz von 1.788 Euro oder 35,1%.

Auch innerhalb eines Berufes verdienen Frauen im Gesundheitssektor weniger als Männer: Der Lohnspiegel des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts in der Hans-Böckler-Stiftung errechnete aktuell ein Gender Pay Gap von 9% für Krankenpflegekräfte (Frauen 2.394 Euro/Monat, Männer 2.629 Euro/Monat)⁶. Einer der Gründe für die Einkommensdifferenz ist auch im Gesundheitssektor die vertikale und horizontale Segregation auf dem Gesundheits-Arbeitsmarkt und in den Unternehmen. In die durchschnittliche Entgeltlücke fließen die Einkommen aus unterschiedlichen Berufen und Tätigkeitsfeldern ein, wie zum Beispiel in der Wirtschaftsgruppe „862 Arzt- und Zahnarztpraxen“. Hier gingen sowohl die Einkommen von (niedergelassenen) Ärzten/Ärztinnen und Zahnärzten/Zahnärztinnen als auch die Einkommen von medizinischen und zahnmedizinischen Fachangestellten in die Berechnung der Einkommenslücke ein. Sie beträgt in dieser Wirtschaftsgruppe 51%. Eine ähnliche Segregation dürfte auch in der Wirtschaftsgruppe „861 Krankenhäuser“ zu beobachten sein. In der Wirtschaftsgruppe „869 Gesundheitswesen anderweitig nicht genannt“ – mit dem niedrigsten Gender Pay Gap des Gesundheitswesens von 16,4% könnten eher gemischt besetzte Tätigkeiten oder männlich dominierte Tätigkeiten mit im Vergleich zu ÄrztInnen niedrigeren Einkommen zusammengefasst sein, wie zum Beispiel im Rettungsdienst. Ob die Einkommensdifferenzen zwischen den ärztlichen und den pflegerischen bzw. betreuenden Tätigkeiten im Gesundheitswesen durch Unterschiede in den Anforderungen der Tätigkeiten zweifelsfrei begründet sind oder ob die weiblich dominierten Tätigkeiten unterbewertet und unterbezahlt sind, darüber gibt die Entgeltlücke keinen Aufschluss.

Ein weiterer Einfluss auf die hohe Einkommenslücke ergibt sich dadurch, dass Frauen häufiger in kleineren Betrieben – z.B. als Medizinische Fachangestellte in Mikrobetrieben – und in Betrieben ohne (starke) betriebliche Interessenvertretung und ohne Tarifbindung arbeiten.

Darüber hinaus beschreiben die befragten ExpertInnen weitere Mechanismen, die sich in einer geringeren Vergütung der frauendominierten Berufe im Gesundheitssektor und gleichzeitig einem hohen Gender Pay Gap niederschlagen.

- ▶ Die Veränderungen im Gesundheitssystem und seiner Finanzierung in den vergangenen Jahrzehnten haben zu großem Kostendruck und einem Konzentrations- und Privatisierungsprozess geführt. Dies schlägt sich in niedrigen Löhnen nieder, die Frauen (als angeblichen Hinzuverdienerinnen) eher zugemutet werden – und von ihnen auch akzeptiert werden. Die höher bezahlten Tätigkeiten in den Betrie-

ben werden häufig von den wenigen männlichen Beschäftigten verrichtet, sei es, weil sie die niedrigen Entgelte nicht akzeptieren und berufliche Entwicklungsmöglichkeiten suchen oder weil sie (als angebliche Familienernährer) stärker gefördert und zum beruflichen Aufstieg motiviert wurden.

- ▶ Auch der sogenannte „Nightingale-Effect“ spiele eine Rolle, demzufolge von Frauen in Pflege- und Gesundheitsberufen erwartet wird, aus einem moralischen Antrieb und einer inneren Motivation zur Fürsorge und Pflege von Menschen heraus zu arbeiten. Die eigentliche „Entlohnung“ bestehe demzufolge in dem Wohlergehen und der Dankbarkeit der gepflegten und betreuten Personen bzw. (vor allem in kirchlichen Einrichtungen) im „Gotteslohn“, weniger in der finanziellen Vergütung. Manche Frauen im Gesundheitssektor mögen diesen Erwartungen entsprechen.
- ▶ Verstärkend wirkt bei vielen Beschäftigten ein Arbeitsethos, das sich vorrangig aus der Fürsorgepflicht für kranke Menschen und hohen professionellen Standards speist. Die eigene Karriere mit den damit verbundenen Verdienstmöglichkeiten erhält im Fall widerstreitender Interessen dadurch stets eine nachrangige Priorität. Dies wirke sich dann auch auf ihre (gewerkschaftliche) Verhandlungsmacht aus. Gewerkschaftliche Aktionen, wie zum Beispiel eine bundesweite Aktion zur Prüfung der Personalbesetzung in Nachtschichten oder ein Streik von Beschäftigten eines großen Klinik Konzerns zur Verbesserung von Personalstandards, können als erste Anzeichen eines Bewusstseinswandels gedeutet werden. Sie betrafen allerdings (noch) nicht die tarifliche oder betriebliche Entgeltspolitik.

Trotz der deutlichen Entgeltdifferenzen und Hinweise auf Diskriminierungen beim Entgelt ist auch in diesem Sektor das Thema Entgeltgleichheit bislang nur ein marginales Thema. Ein befragter Experte begründet dies mit dem extrem hohen Frauenanteil unter den Beschäftigten. Da diese die Mehrheit der Beschäftigten stellen, käme vielen die Möglichkeit kaum in den Sinn, dass die unterrepräsentierten Männer mehr verdienen.

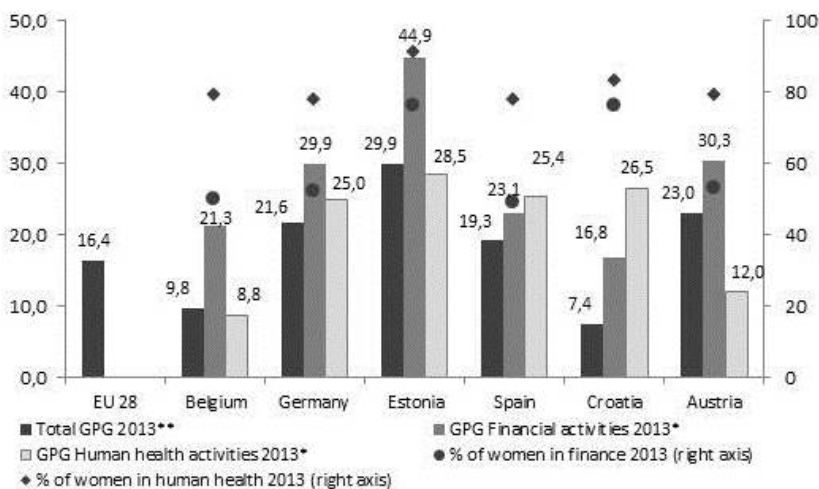
Für die Gewerkschaft ver.di steht gegenwärtig eher eine Diskussion über das allgemeine – niedrige – Lohnniveau im Zentrum sowie die Arbeitsbelastung durch Arbeitsverdichtung. Die aktuelle ver.di Kampagne „Pflege 3000“ verfolgt dabei das Ziel, die Pflegeberufe deutlich aufzuwerten. So soll eine examinierte Pflegekraft, die Vollzeit arbeitet, künftig mindestens 3.000 Euro monatlich verdienen.

Die Diversität des Sektors der Gesundheitsdienstleistungen, die sich insbesondere auch darin ausdrückt, dass die Beschäftigten nicht nur in größeren Organisationen wie Krankenhäusern arbeiten, sondern zu einem nicht unerheblichen Anteil auch in Kleinbetrieben wie Arztpraxen tätig sind, erschwert die eingangs angesprochene Umsetzung einer transparenten Entgeltpolitik – vor allem, wenn sie tatsächlich nur für große Unternehmen gelten sollte. Hier sind unter anderem Berufsverbände und Gewerkschaften gefordert, alternative Maßnahmen zu entwickeln, das laufende EU-Projekt kann hierbei Hilfestellung leisten.

Ein Blick in andere EU-Länder

Die Entgeltlücken in den anderen fünf am Projekt beteiligten EU-Ländern unterscheiden sich deutlich voneinander. Dies gilt sowohl für das Gender Pay Gap auf nationaler Ebene als auch für die Entgeltdifferenzen in den betrachteten beiden Wirtschaftssektoren. Deutschland liegt jeweils im Mittelfeld der Entgeltdifferenzen. Die niedrigsten nationalen Gender Pay Gaps finden sich in Kroatien (7,4%) und Belgien (9,8%). Das Gender Pay Gap im Finanzsektor in Kroatien ist mit 16,8% niedriger als in allen anderen beteiligten Ländern, das niedrigste Gender Pay Gap im Gesundheitswesen weist Belgien mit 8,8% aus (siehe Abbildung).

Abbildung: Das Gender Pay Gap** in ausgewählten europäischen Ländern, national, im Finanz- und im Gesundheitssektor



Quelle: Eurostat, Labour Force Survey, ** Gender Pay Gap ohne öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherungsleistungen. * für Österreich letzte Daten von 2010.

Für eine detaillierte Analyse dieser Unterschiede und ihrer Ursachen muss an dieser Stelle auf weitere Arbeiten und Veröffentlichungen des laufenden Projektes verwiesen werden. Dennoch sei auf einige entgeltpolitische Charakteristika Kroatiens und Belgiens als Länder mit vergleichsweise geringeren Gender Pay Gaps abschließend hingewiesen.

Das relativ niedrige Gender Pay Gap in Kroatien erklärt sich offensichtlich mit der sozialistischen Vergangenheit des Landes, zu der auch die selbstverständliche Vollzeitbeschäftigung von Frauen gehört, was im Umkehrschluss zu einer aktuell sehr niedrigen Teilzeitquote – 7,6% – von Frauen führt. Gerade in den beiden hier

untersuchten Sektoren – Finanzsektor und Gesundheitsdienstleistungen – sind die Entgeltlücken zwischen Frauen und Männern jedoch mit knapp 17% bzw. 26,5% deutlich größer. Zur Bekämpfung dieser Entgeltlücken gibt es in Kroatien kaum Initiativen. Zwar beinhaltet die „Nationale Politik zur Geschlechtergleichstellung 2011-2015“ Maßnahmen zur Verbesserung der Kenntnisse und des Bewusstseins zur Entgeltgleichheit und auch andere öffentliche Gremien und Kommissionen betreiben Öffentlichkeitsarbeit in Hinblick auf Fragen des Gender Pay Gaps, die Entwicklung und Implementierung von Instrumenten scheitert aber bislang an dem Fehlen finanzieller und personeller Ressourcen. Darüber hinaus problematisiert eine Regierungsvertreterin, dass in Anbetracht der gegenwärtigen ökonomischen Krise und der hohen Erwerbslosigkeit das Thema der Entgeltgleichheit einen nachrangigen Stellenwert habe. Hinsichtlich der Ursachen des niedrigen Gender Pay Gaps insgesamt und im Finanzsektor Kroatiens besteht insofern noch Forschungsbedarf, zu dessen Deckung das Projekt in seinem weiteren Verlauf sicherlich beitragen wird. In Belgien gibt es hingegen seit 2012 ein Entgeltgleichheitsgesetz, das allen Ebenen kollektiver Verhandlungen eine Berücksichtigung des Gender Pay Gaps vorschreibt. Alle Arbeitsbewertungssysteme müssen im Hinblick auf ihre Diskriminierungsfreiheit von einer öffentlichen Stelle zertifiziert werden. Bemerkenswert ist, dass das Bewertungssystem für Bankbeschäftigte im unteren Entgeltbereich dieses Zertifikat nicht erhalten hat und nun angepasst werden muss. Im Rahmen des EVA-Projektes von 2001 bis 2006, an dem beide Sozialpartner beteiligt waren, wurde ein Leitfaden zur analytischen und diskriminierungsfreien Arbeitsbewertung erstellt. Außerdem wurde ein neues diskriminierungsfreies Arbeitsbewertungssystem für den Gesundheitssektor entwickelt, aus Budgetgründen allerdings noch nicht umgesetzt. Für die deutsche Diskussion um die Herstellung von Entgeltgleichheit und die geplante Verabschiedung eines Entgelttransparenzgesetzes kann es hilfreich sein, am Beispiel Belgiens zu verdeutlichen, dass nationale Gesetze über die Verpflichtung zu einer mehr oder weniger umfassenden Berichterstattung über geschlechterbezogene Entgeltstrukturen hinausgehen können und durch die Vorgabe von Standards für diskriminierungsfreie Arbeitsbewertungssysteme das Prinzip des gleichen Entgelts für gleichwertige Arbeit konkretisieren und durchsetzen können. Dies entspräche auch den Empfehlungen der Europäischen Kommission (2014, S. 8) zur Stärkung der Entgeltgleichheit in den Mitgliedsstaaten.

Anmerkungen

- 1 An dem Projekt (Laufzeit September 2014 bis September 2016) sind folgende Institutionen beteiligt: CESI – Center for Education, Counselling and Research (Kroatien), BTU Cottbus-Senftenberg, Lehrstuhl Wirtschafts- und Industriesoziologie (Deutschland), L&R Sozialforschung (Österreich), RoSa – Role and Society vzw, Documentation Center, Library and Archives on Equal Opportunities, Feminism and Women's Studies (Belgien), The Tavistock Institute for Human Relations (UK) und Tomillo Center for Economic Studies (Spanien) und das Praxis Centre for Policy Studies (Estland). In Deutschland sind

- der Deutsche Gewerkschaftsbund (Abteilung Frauen-, Gleichstellungs- und Familienpolitik), ver.di (Tarifpolitische Grundsatzabteilung) und IG Metall (Ressort Frauen und Gleichstellungspolitik) als strategische PartnerInnen beteiligt.
- 2 Neben der wissenschaftlichen Studie wird in einem zweiten Schritt das EU-Netzwerk „Gender Wage Watchers“ aufgebaut. Basis dieses Netzwerkes ist eine Website (www.genderpaygap.eu), auf der Informationen zur Entgeltungleichheit in Europa, links zu Tarifrrechnern oder Initiativen zur Beseitigung des Gender Pay Gaps sowie Aktivitäten rund um das Projekt zu finden sind. Darüber hinaus findet ein Austausch zwischen VertreterInnen der Tarifparteien sowie von Gleichstellungsinstitutionen der sechs beteiligten Länder im Rahmen von Werkstattgesprächen statt.
 - 3 Autorinnen der Analyse für Deutschland sind Alexandra Scheele und Andrea Jochmann-Döll. Die Analyse basiert auf einer Auswertung von Texten und Materialien zum Thema sowie von empirischen Daten (überwiegend vom Statistischen Bundesamt und der Bundesagentur für Arbeit). Darüber hinaus wurden zwischen Januar und Mai 2015 insgesamt 12 Experteninterviews (7 persönlich, 3 telefonisch und 2 schriftlich) mit VertreterInnen des WSI in der Hans-Böckler-Stiftung, des DGB, von ver.di sowie dem Verband medizinischer Fachberufe geführt.
 - 4 Da es sich um work-in-progress handelt, ist derzeit nur dieser schlaglichtartige Vergleich möglich. Eine ausführliche vergleichende Analyse wird gegenwärtig von Claudia Bergmann und Nadja Sorger (L&R Sozialforschung Wien) erarbeitet.
 - 5 Der hohe Beschäftigungsanteil von Frauen war mitentscheidend für die Auswahl der beiden Sektoren. Das weitere Kriterium für die Auswahl war, dass beide Berufe gegenwärtig relativ viel politische Aufmerksamkeit erhalten, z.B. im Rahmen der Debatten um die Regulierung der Banken und Kapitalmärkte oder um die Gesundheitsreformen und die Einführung wettbewerblicher Elemente in die Gesundheitsversorgung.
 - 6 Gender Pay Gap: Deutliche Unterschiede zwischen den Berufen, <http://www.lohnspiegel.de/main/lohnspiegel-spezial/frauenlohnspiegel/gender-pay-gap-deutliche-unterschiede-zwischen-berufen>, Download vom 13.8.2015. Der Lohnspiegel basiert auf den Angaben der Beschäftigten, die kontinuierlich mittels eines Online-Fragebogens erhoben und auf eine 38-Stunden-Woche umgerechnet werden. Das Gender Pay Gap beträgt nach einer anderen Quelle (Bogai et al. 2015, 19) bei examinierten Krankenpflegekräften 9,4%, bei KrankenpflegehelferInnen 9,2%

Literatur

Bechmann, Sebastian/Dahms, Vera/Tschersich, Nikolai/Frei, Marek/Leber, Ute/Schwengler, Barbara, 2013: Beschäftigungsmuster von Frauen und Männern. Auswertungen des IAB-Betriebspanels 2012. IAB-Forschungsbericht 14/2013, Nürnberg. Internet: <http://doku.iab.de/forschungsbericht/2013/fb1413.pdf> (13.08.2015)

Bogai, Dieter/Carstensen, Jeanette/Seibert, Holger/Wiethölter, Doris/Hell, Stefan/Ludewig, Oliver, 2015: Viel Varianz: Was man in den Pflegeberufen in Deutschland verdient. Berlin. Internet: http://bmg.bund.de/fileadmin/dateien/Publikationen/Pflege/Sonstiges/Studie_zu_den_Entgelten_der_Pflegeberufe.pdf (13.08.2015).

Bundesagentur für Arbeit, 2015: Sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigte nach Wirtschaftszweigen der WZ 2008 und ausgewählten Merkmalen, Stichtag 30.Juni 2014, Arbeitsmarkt in Zahlen - Beschäftigungsstatistik, Nürnberg.

Europäische Kommission, 2014: Empfehlung der Kommission zur Stärkung des Grundsatzes des gleichen Entgelts für Frauen und Männer durch Transparenz vom 7.3.2014, C(2014) 1405 final

Lohnspiegel, 2015: Gender Pay Gap: Deutliche Unterschiede zwischen den Berufen. Internet: <http://www.lohnspiegel.de/main/lohnspiegel-spezial/frauenlohnspiegel/gender-pay-gap-deutliche-unterschiede-zwischen-berufen> (13.08.2015)

Scheele, Alexandra/**Jochmann-Döll**, Andrea 2015: Gender Pay Gap in Germany. Background Information to Develop New Solutions for an Old Problem. Country Research Report.

„Sounds Queer“. Ein Interview mit dem Filmmacher Dan Dansen über Feminismus, DJs und die Möglichkeit, mit Filmen die Welt zu verändern

Femina Politica: Hallo Dan Dansen, als erstes würde ich Sie bitten, sich und Ihren Film „Sounds Queer“ kurz vorzustellen.

Dan Dansen: Ich lebe und arbeite in Berlin, freiberuflich als DJ, Filmmacher und Fotograf. Ich habe Kulturwissenschaft und Neuere deutsche Literatur an der Humboldt-Universität Berlin studiert und 2014 mit Magister Artium abgeschlossen. Meine Magisterarbeit beschäftigt sich mit der Frage nach kapitalismuskritischen Perspektiven auf das Konzept queer. Da ich meine Magisterarbeit bei Professor Christina von Braun geschrieben habe, war es mir möglich, einen Teil als Film abzugeben. So entstand „Sounds Queer“ als mein erster langer Dokumentarfilm. Inzwischen studiere ich weiterführend am Filminstitut der Universität der Künste Berlin in der Fachklasse „Narrativer Film“ bei Thomas Arslan.

FP: Könnten Sie für unsere Leser*innen, die „Sounds Queer“ (noch) nicht gesehen haben, kurz erklären um was es in dem Film geht?

Dan Dansen: „Sounds Queer“ versteht sich als eine feministische Perspektive auf elektronische Musik. Auf den Spuren der drei DJs Tama Sumo, Resom und Ena Lind geht „Sounds Queer“ der Frage nach, inwiefern weibliche Techno-DJs andere Erfahrungen machen als ihre männlichen Kollegen. Es ist ein Film, der drei DJs portraitiert und der einen subjektiven Einblick in ihre Lebenswelt und in ihre Auseinandersetzung mit diesem noch immer männlich dominierten Feld gibt. Die drei Protagonistinnen erzählen von ihrem Weg mit der elektronischen Musik: Tama Sumo legt bereits seit den 1990er-Jahren in Berlin auf und ist inzwischen Resident-DJ im Berghain, einem Club der es zur weltweiten Popularität gebracht hat. Resom bricht innerhalb des Films von Leipzig nach Berlin auf, um dort ihre DJ-Karriere voranzutreiben und Veranstaltungen im //about blank zu organisieren, einem Club, der sich zwischen Techno-D.I.Y.-Kultur und kollektiven linken Strukturen bewegt. Ena Lind ist Orga-

nisatorin der europaweiten queeren und feministischen Partyreihe „Bend Over“ und will ihre DJ-Laufbahn nun weiter professionalisieren. Ausgehend vom Alltag der Protagonistinnen zeichnet „Sounds Queer“ ein Panorama um Berlin, Feminismus, Nerdtum, queeres Leben, die Liebe zur Musik und das Auflegen als Arbeit.

FP: Was war Ihre Motivation den Film „Sounds Queer“ zu drehen?

Dan Dansen: Meine grundlegende Motivation diesen Film zu drehen, entstand aus dem Wunsch, einen positiven, kraftvollen Film zu erschaffen, der Menschen Mut macht ihr Leben in die eigene Hand zu nehmen und es gemeinsam mit anderen nach den eigenen Wünschen zu gestalten. Musik ist für mich eine solche positive Kraft. Dies erlebe ich in meiner Arbeit als DJ und auch, wenn ich selbst auf der Tanzfläche stehe. Als DJ mit uneindeutigem Passing (Geschlechtszuweisung, d. Red.) habe ich aber auch diskriminierende, sexistische Erfahrungen gemacht. Deshalb hat es mich interessiert, ob andere DJs, die weiblich wahrgenommen werden, ähnliche Erfahrungen machen. Zudem wollte ich die Erfahrungen von Frauen dokumentieren, um sie mit anderen zu teilen, in der Hoffnung, dass dies eine ermächtigende Wirkung für Frauen oder sich als queer verstehende Menschen hat. Ich freue mich sehr, dass ich genau diese Rückmeldungen nach Screenings immer wieder bekomme. Der Film wurde auch in Club-Kontexte eingeladen und oft kommen – vor allem Frauen – auf mich zu und erzählen mir, dass der Film ihnen Mut macht, selbst mit dem Auflegen anzufangen. Das freut mich sehr und bestärkt mich in meiner Hoffnung, dass Filme die Welt ein Stück weit verändern können. Es ist eines der schönsten Geschenke, die ich als filmschaffende Person bekommen kann. In Podiumsdiskussionen und Publikumsgesprächen merke ich allerdings auch, dass es einen großen Diskussionsbedarf zum Thema Sexismus in der elektronischen Musik gibt. Oftmals sagen sich Veranstalter*innen, dass sie gerne etwas ändern würden, aber nicht wissen wie. In diesem Fall freue ich mich, dass ich auf bereits langjährig bestehende, feministische Netzwerke verweisen kann, die sich genau mit dieser Basis-Arbeit beschäftigen. Ich danke dabei female:pressure für unermüdliche Vernetzungs- und Aufklärungsarbeit und freue mich, dass ich auch auf Ena Lind und ihr neues Projekt „Mint Campus“ hinweisen kann. „Mint Campus“ ist ein Projekt, das in Berlin daran arbeitet, auf unterschiedlichen Ebenen Frauen in der Clubkultur zu stärken: durch Vernetzungsangebote und Workshops, in denen Frauen das Auflegen lernen und auch das Produzieren. Wer weiblich positioniert ist und das Auflegen mit Vinyl lernen möchte: Resom gibt dort immer wieder Workshops. Zu „Mint Campus“ gehört außerdem die Partyreihe Mint, bei der nur Frauen auflegen.

Eine weitere Motivation, den Film zu drehen, war, dass ich mich sehr oft an den klischeehaften Bildern störe, die in Filmen von Frauen vermittelt werden. Deshalb war mein Wunsch Frauen auf eine Art und Weise darzustellen, wie ich sie wahrnehme. Zudem war mir wichtig, Frauen selbst über ihre Musik sprechen zu lassen, über ihre Arbeit und über ihr Leben – in erster Linie als Menschen und dann in der zweiten

Perspektive auch als Frauen. Dies war für mich wesentlich, da Frauen oft speziell als Frau befragt werden, nicht aber in erster Linie als Expert*innen. Da gerade in technischen Bereichen oftmals Männer glauben, Frauen die Technik erklären zu müssen, freue ich mich darüber, dass „Sounds Queer“ dieses Verhältnis umkehrt und drei wunderbare DJs – die auch Frauen sind – allen Zuschauenden erklären wie das Auflegen funktioniert.

FP: Wie haben Sie die Ihrem Film porträtierten DJanes ausgewählt?

Dan Dansen: Eine kurze Bemerkung vorab zum Wort „DJane“: Ich verstehe das Bedürfnis Berufe zu gendern, um so auch auf der sprachlichen Ebene Sichtbarkeit herzustellen. Allerdings halte ich die Wortschöpfung „DJane“ für eher unglücklich und kenne wenige Frauen, die sich als „DJanes“ bezeichnen. Im Gespräch mit Tama Sumo, Ena Lind und Resom war Konsens, dass sie sich als DJ bezeichnen und das Wort DJane nicht verwenden oder sogar ablehnen. Das ist der Grund, warum ich von DJs spreche, auch wenn Personen gemeint sind, die sich weiblich positionieren. In der Auswahl selbst bin ich sehr subjektiv vorgegangen: Ich habe Tama Sumo, Ena Lind und Resom angesprochen, weil mich ihre Musik und die Art wie sie auflegen sehr inspiriert hat. Zudem wollte ich DJs aus unterschiedlichen Kontexten und an unterschiedlichen Punkten ihrer Karriere begegnen, um ein umfassendes Bild von dem Beruf des DJs zu zeigen. Eine grundlegende Idee war einen Film über das Auflegen als Arbeit, also einen Film über Arbeit, zu machen. Der Ausgangspunkt war deshalb die Musik und damit die Arbeit der drei Protagonistinnen. Letztendlich war es Zufall, dass sich alle drei DJs in queeren oder lesbischen Kontexten verortet sehen. Für mich hat es aber die Frage aufgeworfen, warum es in queeren Kontexten mehr Raum für weibliche DJs gibt – eine Frage, die dann auch von den Protagonistinnen innerhalb des Filmes verhandelt wird.

FP: Die Themen, die Sie in „Sounds Queer“ behandeln, sind für Sie kein Neuland. Gab es für Sie im Zuge der Arbeit an dem Film dennoch Überraschungsmomente oder neue Erkenntnisse in Bezug auf die Thematiken, an die „Sounds Queer“ anknüpft? Wenn ja, welche?

Dan Dansen: Es ist leider wahr, dass Sexismus (nicht nur) in der elektronischen Musik kein neues Thema ist. Dennoch ist das Ausmaß der strukturellen Diskriminierung für mich immer wieder erschütternd. In der Arbeit an „Sounds Queer“ und meiner theoretischen Magisterarbeit hatte dies sehr unterschiedliche Facetten. Meine theoretische Arbeit wollte ich zuerst zum Thema Gender in der elektronischen Musik schreiben. Auf einer ganz basalen Ebene war ich dann bei meiner Recherche sehr überrascht davon, wie dünn die Forschungslage diesbezüglich ist. Zum Zeitpunkt meiner Arbeitsphase gab es so wenig theoretische Grundlage, dass ich mein ursprüngliches Thema verworfen habe, weil die grundlegenden Analyse-Werkzeuge fehlten.

Im Rahmen des Filmes bzw. meiner Recherche war ich sehr überrascht über das Ausmaß der Ungleichheit in den Line-Ups (Besetzungen. d. Red.). Auch das ist nichts Neues, aber in einer intensiven Recherche explizit auf der Suche nach weiblichen DJs war ich doch bestürzt, wie wenige Frauen es in vielen Line-Ups, vor allem von großen Clubs, gibt.

Während meiner Recherche kam die Frage auf, inwiefern selbst Musikgeschmack als gegendert zu begreifen ist. Ich war auf der Suche nach Frauen, die auch Techno auflegen und zum damaligen Zeitpunkt hatte ich den Eindruck, dass Frauen in größeren Clubs eher ‚weniger harte‘ Musik auflegen oder aber für ‚softere housige‘ Sets gebucht werden. Dann fing ich an, mich zu fragen, inwiefern vielleicht auch die Rezeption von Musik bereits gegendert ist und Musik anders wahrgenommen wird, je nachdem welche Genderposition der*dem DJ zugeschrieben wird. „Sounds Queer“ und die drei Protagonistinnen gehen diesen Fragen nach.

Sehr positiv überrascht war ich von den Erzählungen von Tama Sumo, Ena Lind und Resom, die sich durch Diskriminierungserfahrungen nicht entmutigen lassen, die trotz allem ihren Weg gehen und dabei weder verbittert noch dogmatisch geworden sind. Sie teilen die Analyse von sexistischen Diskriminierungsstrukturen, aber haben für sich einen widerständigen Umgang damit gefunden. Zudem hat mir gut gefallen, dass alle drei solidarisch sind und ihre Erfahrungen auf unterschiedliche Weise zu politischem Engagement geführt hat, das andere Frauen dabei unterstützt, ihren Weg zu gehen.

FP: „Sounds Queer“ portraitiert drei in Berlin tätige weibliche DJs. Insofern gibt der Film einen subjektiven Einblick in die Lebenswelt und in die Auseinandersetzung der drei Protagonistinnen mit diesem noch immer männlich dominierten Berufsfeld. Gehen Sie davon aus, dass andere weibliche DJs an anderen Orten ähnliche Erfahrungen machen? Wie würden sie die Merkmale dieser diskriminierenden Struktur(en) beschreiben?

Dan Dansen: Ganz generell lässt sich sicher sagen, dass der Bereich der elektronischen Musik nicht der einzige Bereich ist, in dem Frauen strukturelle Diskriminierung erfahren. Auch sind Frauen nicht die einzigen, die nachteilig von struktureller Diskriminierung betroffen sind. Wir leben in einer Gesellschaft, die dafür sorgt, dass ein gerechter Zugang zu Ressourcen bisher nicht gegeben ist. Was strukturelle Diskriminierung unterschiedlicher Kategorien jedoch gemeinsam hat, ist, dass es dabei immer um die Sicherung der Hegemonie von dominanten Gruppen geht, die nicht bereit sind ihre Privilegien zu teilen.

Konkret auf den Bereich der elektronischen Musik bezogen sind strukturelle Diskriminierungen von Frauen an der Tagesordnung. Das lässt sich leider auch an den meisten Line-Ups von Festivals oder Clubs ablesen, wo wir lange davon entfernt sind auch nur über eine Quote von 50% Frauen zu sprechen, auch wenn es vereinzelt Clubs wie das //about blank gibt, die auf eine paritätische Besetzung des

Line-Ups achten. Das hat auch damit zu tun, dass das Auflegen als ein technischer Beruf gilt und Frauen in unserer Gesellschaft zugeschrieben wird, dass sie sich besser um emotionale als um technische Belange kümmern können. Da es sich dabei um ein strukturelles Problem handelt, das durch das binäre Zwei-Geschlechter-System hervorgebracht wird, sind dies Erfahrungen mit denen Frauen immer wieder konfrontiert werden. „Sounds Queer“ thematisiert dies durch die ähnlichen Aussagen von Tama Sumo, Ena Lind und Resom, die unabhängig voneinander ähnliche Diskriminierungserfahrungen beschreiben: ihnen wird die technische Kompetenz abgesprochen – sowohl von Männern als auch von Frauen – und sie werden oft dafür wahrgenommen, dass sie als Frau auflegen – und nicht in erster Linie dafür, was und wie sie auflegen.

Zudem gibt es auch im Bereich elektronischer Musik die viel besprochene „Gläserne Decke“, die es Frauen erschwert, in die Bereiche aufzusteigen, in denen dann die Spitzenverdiener rangieren. Dabei handelt es sich nicht nur um Merkmale der Szene der elektronischen Musik – wir haben ein gesamtgesellschaftliches Problem mit strukturellem Sexismus. Statistisch gesehen verdienen in Deutschland Frauen noch immer 23% weniger als Männer, im gleichen Beruf und in der gleichen Position.

FP: Ena Lind betont die Notwendigkeit queere Lebensentwürfe nicht nur innerhalb der queeren Szene zu leben, sondern diese auch nach außen zu tragen, um die Sichtbarkeit zu erhöhen und Menschen den Zugang in die Szene zu erleichtern. Teilen Sie diese Sicht? Wie schätzen Sie das Spannungsfeld zwischen der Funktion einer queeren Szene als Schutzraum einerseits und dem offensiven Kampf für mehr Sichtbarkeit und Präsenz queerer Lebensentwürfe im öffentlichen (heteronormativ geprägten) Raum andererseits ein?

Dan Dansen: Queere Räume, wie auch Frauenräume sind meiner Meinung nach noch immer wichtig, weil dort Menschen, die an anderen Orten Diskriminierungen wie Homophobie oder Sexismus erfahren, gute Erfahrungen machen können und in Austausch mit Menschen treten können, die ähnliche Diskriminierungen erlebt haben. Diese Strukturen bieten wichtigen Support, der beim Finden eines geeigneten Umgangs mit gewaltvollen Erfahrungen Unterstützung bieten kann – dies schließt die Schwulenberatung ebenso mit ein wie Beratungsstellen zum Umgang mit sexualisierter Gewalt oder informelle Strukturen, in denen sich Menschen gegenseitig unterstützen.

Zudem kann es für Frauen beispielsweise eine sehr ermächtigende Erfahrung sein, den Umgang mit DJ-Equipment innerhalb einer Frauen-Gruppe zu lernen, weil sie sich dort nicht gegen Männer behaupten müssen, die meinen, dass Frauen ohnehin nicht viel Ahnung von Technik haben. Diese Räume sind die notwendige Grundlage für viele Menschen, sich in heteronormativen oder sexistisch geprägten Räumen zu bewegen. Ich halte dies daher – und so habe ich auch Ena Lind verstanden – nicht für eine Entweder-Oder-Frage, sondern eher für eine Sowohl-Als-Auch-Notwendigkeit.

Solange unsere Gesellschaft noch immer in binären Geschlechterstrukturen denkt, halte ich Sichtbarkeit außerhalb von queeren Räumen zudem auf jeden Fall für wichtig, weil sie vielen von uns im Alltag das Leben erleichtern kann. Dies ist sozusagen realpolitisch gesprochen. Auf einer kritischen und utopischen Ebene denke ich aber, dass Menschen nie angemessen repräsentiert werden können und dass in der Idee der Repräsentation bereits eine grundlegende Struktur zu erkennen ist, von der ich mir wünsche, dass wir sie gesellschaftlich überwinden. So verstehe ich auch den Diskurs zwischen bestimmten feministischen Positionen und queeren/queer-feministischen Positionen: Solange Frauen noch immer weniger als Männer bezahlt werden, werde ich nicht aufhören, die Frauenquote und gleiche Bezahlung zu fordern, auch wenn ich gleichzeitig auf einer kritischen Ebene der Überzeugung bin, dass es „die“ Frauen nicht gibt und ich das binäre Denken, das Menschen in Geschlechter und andere hierarchisch angeordnete Positionen einteilt, als Ganzes zurückweise.

Queere Räume haben aber noch ein weiteres Potential, das für mich in dem utopischen Gehalt des Begriffes queer liegt. Utopie kann mit José Esteban Muñoz verstanden werden als ein Modus, durch die Kritik der Gegenwart ein Bild zu zeichnen, wie eine mögliche Vergesellschaftung in der Zukunft aussehen könnte. Queer bedeutet eine Utopie, einen Entwurf einer Zukunft und wird so begreifbar als ein Zustand, der noch nicht oder nur in Momenten im Hier und Jetzt zu finden ist. Und diese Momente finden sich in queeren Räumen. Auch Orten, die in „Sounds Queer“ gezeigt werden, wohnt dieses utopische Potential inne: es sind Orte, an denen sich Individuen innerhalb ihrer Differenzen als Teil eines Kollektivs erfahren können, Orte, an denen andere Lebensweisen und eine Utopie in Momenten aufblitzen können. Aus diesen Momenten kann auch das Potential zu einer politischen Bewegung entstehen, die die Gegenwart verändern will.

Andererseits stellt sich auch ganz zentral die Frage, wer Zugang zu diesen Räumen hat und inwiefern in diesen Räumen Diskriminierungsstrukturen reproduziert werden. Gerade im Hinblick auf Rassismus und Klassenverhältnisse – aber nicht nur – gibt es erhebliche Probleme in queeren Räumen. In dieser Hinsicht müssen queere Räume auf jeden Fall an ihrer Zugänglichkeit arbeiten.

FP: Im schriftlichen Teil Ihrer Magisterarbeit haben Sie sich mit den Angriffs- bzw. Leerstellen des Konzeptes „Queer“ und deren Vereinnahmung durch neoliberale Marktlogiken beschäftigt. Was genau verstehen Sie unter „queer“? Inwieweit sind queere Szenen, beispielsweise queerer Techno in Berlin, die in „Sounds Queer“ abgebildet werden, Orte die Gefahr laufen, neoliberalen Logiken zu folgen?

Dan Dansen: Eine der Erkenntnisse aus meiner Magisterarbeit war, dass es nicht möglich ist, von „den Queers“ oder „der queeren Community“ zu sprechen, da die Differenzen innerhalb eines solchen imaginierten Ganzen viel zu groß sind. Deshalb hoffe ich, mit meinem Film nicht den Eindruck erweckt zu haben, dass es *eine* queere

Berliner Techno-Szene in diesem Sinn gibt. Ich denke die Szenen in Berlin sind um einiges heterogener und ich würde daher eher versuchen, es umgekehrt zu fassen: elektronische Musik hat eine lange Tradition queerer Geschichte und ist deshalb auch für viele Personen, die sich queer verorten ein Anknüpfungspunkt.

Ich verstehe „queer“ als einen genuin politischen Begriff und sehe ihn im Kontext seiner Entstehungsgeschichte aus den feministischen, schwulen und lesbischen Bewegungen, den Kämpfen von Trans*-Menschen, sowie dem HIV-/AIDS-Aktivismus der 1970er und 1980er-Jahre in den USA.

Queer ist charakterisiert als ein Begriff der Verneinung, als ein Konzept, das identitäre Angebote (in Bezug auf Geschlecht) zurückweist und nach anderen Formen sucht, eine gemeinsame Perspektive in politischen Kämpfen zu entwickeln. Als politische Bewegung geht es bei queer um Widerstand gegen die Herrschaft der (heterosexuellen) Normalisierung, indem essentialistische Identitätskonstruktionen als Herrschaftseffekt begriffen werden. Queer bietet somit die Möglichkeit, eine Anti-Identitätspolitik zu führen und hat das Potential zur Allianzbildung und zur Solidarität. Dieses Potential kann angesichts der Vereinzelung – die eine Folge kapitalistischer Vergesellschaftung ist – kaum hoch genug eingeschätzt werden.

Für mich ist queer zudem ein utopischer Begriff: Queer kann als ein Horizont von Möglichkeiten verstanden werden, die in einzelnen Momenten bereits jetzt verwirklicht sind und eine mögliche Zukunft erahnen lassen. Als herrschaftskritisches Projekt birgt queer damit die Chance einer Kritik, die auf eine gesellschaftliche Totalität abzielt und somit auch die Möglichkeit gesellschaftlicher Veränderung jenseits von Reform. Der utopische Begriff queer kann ein Motor sein, sich nicht mit dem Zustand der Gegenwart abzufinden. Ich verstehe queer außerdem als einen notwendig un abgeschlossenen Begriff. Die Offenheit und die Reflexivität bergen Potential für emanzipative Politik, aber ebenso die Gefahr der politischen Instrumentalisierung und der Vereinnahmung. Zudem wird unter dem Label queer in Deutschland oftmals eher Reformpolitik gemacht, teilweise ist es als essentialistisches Identitätskonzept an die Stelle der Begriffe lesbisch oder schwul getreten oder wird als Sammelbegriff verwendet. In diesen Auffassungen verliert queer das Potenzial zum radikalen Hinterfragen gesellschaftlicher Verhältnisse und bietet auch die Möglichkeit der Vereinnahmung.

In Bezug auf queere Theorie und Kapitalismus ist eine der geläufigeren Thesen, dass sich die Ökonomie des Begehrens, die in der Queer Theory thematisiert wird, in eine postmoderne Konsumkultur einfügt. Diese zeichnet sich durch die Ausdifferenzierung der Produktpalette und der Konsument*innen aus – also durch eine Pluralisierung. Mit dieser Perspektive kann gefragt werden, wie in bestimmten Bereichen Begehren verkauft wird. Dieser Punkt trifft mit Sicherheit auch auf die Szene elektronischer Musik zu. Neben dem politischen Aspekt, den das Schaffen queerer Räume birgt, sind Clubs dennoch Teil kapitalistischer Ökonomie, Orte in denen Geld verdient wird und in denen Waren verkauft werden. Hier stellt sich die Frage, wem diese Räume zugänglich sind und wer zahlungskräftig genug ist, um in diesen Räume zu konsumieren.

Queere Räume befinden sich damit an einer Schnittstelle zwischen öffentlichen Räumen – zu denen theoretisch alle Zugang haben – und privaten Räumen, die durch bestimmte Mechanismen (z.B. Geld) im Zugang reguliert sind. Sie befinden sich damit im Spannungsfeld zwischen der Ermöglichung von Freiräumen und potentiellen Politisierung einerseits und der kapitalistischen Vereinnahmung sowie der damit einhergehenden Ent-Politisierung andererseits. Die Verbindung von Kapitalismus und queerer Politik ist also nicht eindeutig zu einer Seite hin aufzulösen, da queer identifizierte Subjekte selbst tief mit den ökonomischen Verhältnissen verstrickt sind und auch die Pluralisierung der Lebensformen selbst ein Produkt kapitalistischer Vergesellschaftung ist. Die Frage ist zudem, wie der Begriff queer innerhalb von Clubs oder Szene verstanden wird. Die Gefahr liegt sicherlich darin, dass queer als ein Lifestyle-Konzept oder aber als eine essentialistische Identität verstanden wird, wodurch Sexualität wiederum in den Bereich des Privaten verlagert wird: dann wird sie zum Konsumgut, wodurch eine Verhandlung von gesellschaftlichen Verhältnissen aktiv verhindert wird. Man kann sogar weiter gehen und argumentieren, dass queer innerhalb eines neoliberal-kapitalistischen Systems dann auf Differenz als kulturelles Kapital abzielt. Dadurch erfährt queer die Aufwertung eines ‚radical chic‘. Diese Aufwertung gilt aber nur für bestimmte queere Lebensentwürfe, die im neoliberalen Kapitalismus als das Bild der Selbstverwirklichung schlechthin ideologisiert werden. Diese Vereinnahmung des Begriffes queer wird erst durch die Ent-Politisierung (Naturalisierung) von Sexualität möglich. Dabei wird vor allem männliche Homosexualität diskursiv mit der Loslösung von Verpflichtungen und zügelloser Lust verknüpft. Das Spektakel vom Tabubruch, von Pluralisierung und Skandal kann auf diese Weise leicht in eine nur noch durch den Markt bestimmte (Mittelklasse-)Pluralität integriert werden. Damit wird eine Vision privatisierter Freiheit propagiert, die sich jenseits politischer Kämpfe befindet. Auf dieser Welle surfen sicherlich auch einige Partys oder Orte, die sich als queer labeln.

Aber was die Frage nach der Vereinnahmbarkeit dieser Räume angeht: dies ist nicht eine spezielle Problematik queerer Räume, sondern betrifft jegliche politische Strategien. Das Besondere am Kapitalismus in seiner neoliberalen Ausprägung ist, dass das Individuum als Subjekt vereinzelt wird und gleichzeitig dazu angehalten wird, sein ganzes Wesen mit in den Arbeitsmarkt mit einzubringen, seine Hobbys, seine Jugend und schlussendlich auch seine Sexualität. Die Frage ist, inwiefern wir Gegenstrategien entwickeln können und inwiefern es Bereiche gibt, in denen wir uns gegen eine neoliberale Vereinnahmung wehren können. Da Kapitalismus ein flexibles System ist, müssen auch die Gegenstrategien flexibel und wachsam bleiben. Zudem funktionieren Gegenstrategien nur solidarisch und kollektiv.

FP: Zu guter Letzt noch eine Frage, die etwas allgemeiner ist: Sie haben Kulturwissenschaft studiert. Wie schätzen Sie das kritische Potential von Kunstproduktion im Allgemeinen, von Film im Speziellen ein und was trägt ein Film wie beispielsweise „Sounds Queer“ zu feministischen Kämpfen bei?

Dan Dansen: Da ich inzwischen auch am Filminstitut der Universität der Künste Berlin studiere, spreche ich nicht nur als Kulturwissenschaftler, sondern auch als Künstler und Filmemacher. In beiden Perspektiven sind diese Fragen für mich zentral und ein Motor, der mich in meinem Arbeiten antreibt. Ich denke, dass sie für jede Arbeit neu beantwortet werden müssen.

Aber allgemeiner gesprochen beinhaltet Kunstproduktion – wie auch das Konzept queer – immer beide Möglichkeiten: die kritische Reflexion gesellschaftlicher Verhältnisse und das Aufzeigen utopischer Momente auf der einen Seite und die Affirmation gesellschaftlicher Verhältnisse auf der anderen Seite. Mir geht es in meinen eigenen Arbeiten immer darum – wie Jean-Luc Godard es einmal formuliert hat – Filme politisch zu machen. Filme entstehen nicht in einem luftleeren Raum, sondern sind eingebettet in gesellschaftliche Verhältnisse. Dazu muss Film sich verhalten und er hat als eine Art heterotopischer Raum (im Anschluss an Foucault) das Potential, Menschen auf einer anderen Ebene zu erreichen als etwa Analysen oder Statistiken. Er hat die Möglichkeit, Menschen in eine Welt einzuladen, die sie noch nicht kennen und in ihnen (im Anschluss an Muñoz) das Begehren nach einem anderen Zusammenleben, nach einer anderen Gesellschaft zu erwecken.

Ein Film wie „Sounds Queer“ kann ein kleiner Teil von größeren feministischen Kämpfen sein. Einerseits ist „Sounds Queer“ eine klassische feministische Erzählung, die versucht, einen Teil von Frauengeschichte zu schreiben. Es geht aber auch darum, feministische Perspektiven darzustellen und Menschen einzuladen, sich mit dieser Perspektive auseinander zu setzen. Er bietet zudem das Potential der Ermächtigung, da er Individuen aus ihrer Vereinzelung heraus anspricht und Diskriminierungserfahrungen als strukturell begreifbar macht. Dies kann ein erster Ansatzpunkt für Frauen sein, sich mit feministischen Positionen auseinander zu setzen. Er birgt somit das Potential der Politisierung.

Eine Vereinnahmung durch neoliberale Marktlogiken kann nur schwer vollständig verhindert werden, da Kapitalismus ein sehr flexibles und anpassungsfähiges System ist. Aber ich denke, dass „Sounds Queer“ das Potential hat, eine solidarische Struktur aufzuzeigen und gegen die Vereinzelung der Subjekte vorzugehen. Ich hoffe, dass „Sounds Queer“ auch als ein utopischer Film verstanden wird, indem er ein Bild von Möglichkeiten entwirft, das Menschen dazu motiviert, gemeinsam mit anderen für eine diskriminierungsfreie Gesellschaft zu kämpfen.

Das Interview führte Nicola Nagy

Mehr Informationen über die Arbeiten von Dan Dansen unter: www.bikepunkproductions.de

Mehr Informationen zum Film unter: www.soundsqueer.de

Gender and the New Coalition Government in Greece

NELLI KAMBOURI

Prior to its rise to power, SYRIZA had adopted a position where feminist and gender issues were considered integral to its political project. In SYRIZA's official rhetoric and contrary to most other political parties in Greece, gender inequality was seen as a crucial aspect of the crisis of the Greek economy and society. This position reflected and echoed the analyses of feminist left-wing economists, whose work showed that despite some initial improvements in gender gaps, women in Greece continued to be disadvantaged and were to be hit even more by the austerity measures than men, if further cuts in the public sector and welfare politics were enforced (Karamessini/Rubery 2014). After the elections, the picture seems to have changed. Although SYRIZA has managed to achieve the greatest percentages of female MPS in the Greek Parliament¹ and although it is a member of the Confederal Group of the European United Left/Nordic Green Left (GUE/NGL), the only political party with equal representation of men and women in the European parliament, in the new coalition government only six out of 40 cabinet members are women (15%). Out of 40 members, there are no female senior cabinet members, only one female undersecretary and five deputy-ministers – two of which are from the coalition party ANEL – Independent Greeks. In addition, Nadia Valavani, who was appointed Vice Minister of Finance was replaced by a male colleague in July 2015.

Lack of Equal Gender Representation in the New Government

The new government has received a lot of criticism by feminists in Greece and abroad. A group of 66 Spanish feminist organizations published an open letter to the Prime Minister Alexis Tsipras, entitled “Without Women there is no Democracy,” in which it was made clear that the disappointing underrepresentation of women in the new executive was a decision that undermined the democratic character of the government. Also, amongst SYRIZA organizations and supporters, many voices openly spoke against the gender imbalance of the new government, taking it as a proof that the remnants of conservative antifeminism were still dominant across political party lines in Greece. In addition, the coalition right-wing political party, ANEL – Independent Greeks had adopted a female friendly but anti-feminist and conservative discourse that promotes an ethno-nationalist rhetoric of women as mo-

thers of the nation and emphasizes the significance of child bearing as a strategy against the Greek demographic deficit.

The government's disregard for the equal representation of women may be attributed to the loss of autonomous dynamics of the feminist movement in the Greek left since the beginning of the economic crisis. Previously, and especially in the context of the anti-globalization movements of the 1990s, left-wing feminists in Greece had developed autonomous groups, who criticized the male dominated structures and gender hierarchies in left-wing politics. During the 2004 European Parliament elections an all-female ballot of left-wing feminists "Women for Another Europe" was introduced, which succeeded in ranking seventh in votes. This move, however, was not repeated in the 2009 elections, since most feminists sought to transform gender politics from within SYRIZA.

While SYRIZA has been reluctant in terms of equal gender representation in the government, the party proposed a female candidate for president in the parliament. Zoe Konstantopoulou was elected, becoming only the second woman in Greek history to hold this prestigious position. In the mainstream media, however, Konstantopoulou is constantly portrayed as a "Jacobin", as autocratic, conflictual, vicious, uncivilized and too "hysterical", and her appearance and dress code are repeatedly scrutinized and criticized. This is an indicator of how difficult it has become to question and challenge deep-rooted gender privilege in Greek political elites, even if the female politician in question is not a feminist.

"The Rubber Glove Revolution"

One of the most important challenges to male privilege in Greek politics has emerged from the struggles of low-class precarious women working in the cleaning and care sectors. In 2008, Konstantina Kuneva, a Bulgarian cleaner and labour unionist, was attacked by two men and forced to drink vitriolic acid. She survived the attack and reported that as a labour unionist and activist she had been repeatedly threatened by the management of the cleaning company that she was working for, since she tried to expose labour rights violations. These included cases where employees, most of which were immigrants, were forced to sign blank contracts, were threatened with dismissal when demanding their rightful payment and worked overtime without compensation. Despite these allegations, the police failed to conduct an investigation and the perpetrators were never found. In the context of the 2008 revolts, protest and support for cleaners' demands spread all over Greece and Kuneva became an icon for all precarious struggles of left-wing, anarchist, feminist, anti-racist and migrant groups, as well as for some independent labour unions. In a symbolic move, Kuneva was invited to be part of the electoral list of SYRIZA and was elected in the 2014 European elections.

Another challenge to Greek gender politics dates back to 2012, when 595 female cleaners were fired from the Greek Ministry of Finance. Ironically the cleaners, who

had been working at the Ministry for most of their lives on a six month project basis, were employed on indefinite open-end contracts only some months prior to their dismissals, after an EU directive forced the Greek government to hire them as public sector employees. The cleaners – all women and most of them over 50 – began a protest by camping outside the Ministry of Finance. Subsequently, the struggle of these precarious middle-aged Greek women became paradigmatic of the social struggles of all precarious people in Greece irrespectively of gender, color, or race.

One of the first decisions of the newly elected government was to give the 595 cleaners their jobs back. The Minister of Finance at that time, Yanis Varoufakis, walked to the camping protest site in person to announce the good news to the protestors. This symbolic move is exemplary of a politics addressing financial issues through the everyday lives of precarious people and provided a powerful alternative to the predominant hegemonic discourse of the crisis. Much more than an abstract endorsement of the positive impact of gender equality in the Greek economy, this gesture showed the willingness of the coalition government to accept a gender perspective of the crisis.

In the light of these struggles over the highly precarious and feminized sector of cleaning and despite established male privilege in the SYRIZA/ANEL government, Rania Antonopoulos' appointment as Deputy Minister for Employment also confirmed SYRIZA/ANEL government's intention to address Greece's rising unemployment levels and to propose a new job guarantee policy through a gender perspective. As an academic, she had emphasized the need to enhance public investment in female dominated sectors, such as social care and the environment, instead of investment in male dominated sectors, such as infrastructure or energy. Such gender sensitive choices are less costly and promise spill-over as well as long-term effects across society (Antonopoulos et al. 2015). In addition to the creation of new jobs, public investment in these sectors promotes women's employment and enables community-based initiatives to develop.

LGBTQ demands and SYRIZA

During the 1990s, LGBTQ groups multiplied and became much more visible in Greece and active in voicing their demands in public. As a result previously marginalized political issues such as same-sex civil partnership, marriage and adoption, or the rights of trans-gender people to self-identification were now addressed more openly within left-wing debates. SYRIZA's electoral strategies, however, reflected mostly a feminist orientation with a focus on women, while being reluctant towards other gender identities and politics. Unlike migrant activists, who were invited to take part as SYRIZA candidates in previous local elections, LGBTQ activists are not represented in the party. The failure to openly recognize LGBTQ activists as capable of representing the party is indicative of the homophobic and transphobic bias that still prevails in some sections of the Greek left. Notwithstanding these ongoing ho-

mophobic and transphobic tendencies, the SYRIZA/ANEL government drafted an amendment to existing legislation stipulating the extension of the civil partnership to include LGBTQ couples – even despite ANEL’s reluctance to vote for it.

The decision to draft this new legislation shows the broader influence of LGBTQ activism on SYRIZA. One of the factors that had challenged homophobia and transphobia in the 2000s was the electoral rise of the neo Nazi group Golden Dawn and their verbal and physical violence against left-wing activists, migrants and LGBTQ people. The adoption of the same agenda by mainstream political forces played a crucial role in shifting and broadening the debates on gender in the left. An emblematic event that mobilized public support and solidarity amongst feminist, migrant and LGBTQ groups occurred in 2012, when the Ministry of Public Health decided to publish images of HIV-positive female drug addict prostitutes as a “threat to public health” in the national media. Subsequently, many sex workers were imprisoned and brought to justice by the public prosecutor. Moreover, a new health directory was introduced in the same year that allowed governmental health and infectious disease agencies to enforce compulsory HIV testing of particular groups considered as potentially dangerous, such as migrants, sex workers and drug addicts. Only a few months after the new government was elected, in June 2015, the Minister of Health announced the abolition of health provision 39A.²

Conclusion

Although women’s equal representation and their participation in decision making processes in the Greek government are important questions, they are not the only ones to be asked when analyzing the gender politics in Greece. It is equally important to consider feminist, queer, transgender, anti-racist and migrant struggles and to examine to what extent they influence the government’s gender politics. In that respect, the first months of the SYRIZA/ANEL coalition have demonstrated that it is possible to advance a gendered agenda when social struggles come to the forefront of political debates even though feminists and LGBTQ activists are not represented in the government. However, this was possible only because SYRIZA’s pre-election campaign strategically supported gender struggles. Following the negotiations of June-July 2015, it becomes apparent that the SYRIZA/ANEL government is under a lot of pressure to implement a neo-liberal agenda, in which gender issues are more likely to be marginalized once again. Part of the forthcoming agreement stipulates the annulment of legislation adopted by the coalition government during the previous six month period, which includes the re-hiring of the cleaners at the Ministry of Finance and other gender equality measures that question the politics of austerity. Given the internationalization of the Greek crisis, the lack of female representation in EU institutions and most importantly the lack of a gender agenda in the international negotiations are likely to further undermine gender equality in Greece.

Notes

- 1 In parliament, SYRIZA managed to secure the largest percentage of women amongst all political parties. In 2015, 45 out of 149 MPs are women (30,2%); the second largest party, right-wing New Democracy, has ten women out of 76 MPs (13,2%), Golden Dawn two women out of 17 MPs (11,8%), the River four women out of 17 MPs (23,5%), the communist party KKE four women out of 15 MPs (26,7%), the ANEL party three women out of 13 MPs (23,1%) and PASOK two women out of 13 MPs (15,4%).
- 2 The health provision 39A stipulated that in order to protect public health certain categories of the population should be tested regularly by public authorities. The provision opened up the way for the enforcement of HIV testing on marginalized sections of the population living in Greece.

References

Antonopoulos, Rania, 2009: The Current Economic and Financial Crisis. A Gender Perspective. The Levy Economics Institute of Bard College. Working Paper No. 562. New York.

Antonopoulos, Rania/**Adam**, Sofia/**Kim**, Kijong/**Masterson**, Thomas/**Papadimitriou**, Dimitri, 2015: Responding to the Unemployment Challenge. A Job Guarantee Proposal for Greece – An Addendum. Levy Economics Institute of Bard College, May.

Karamessini, Maria/**Rubery**, Jill (Eds.), 2014: Women and Austerity. The Economic Crisis and the Future for Gender Equality. London.

Das Ende einer Ära? Gleichstellungspolitische Programme der Europäischen Union¹

PETRA AHRENS

Die Gleichstellung von Männern und Frauen zählt zu den Grundwerten der Europäischen Union. Gleichstellungs- und Antidiskriminierungspolitik ist im Vertrag von Lissabon², im Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union³ und in der Charta der Grundrechte⁴ der Europäischen Union fest verankert. Seit Beginn der aktuellen Amtszeit der Europäischen Kommission 2014 gibt es zudem mit Věra Jourová erstmals in der EU-Geschichte eine EU-Kommissarin, deren Zuständigkeitsbereich neben „Justiz“ und „Verbraucherschutz“ auch „Gleichstellung“ im Titel trägt. Und auch Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker postulierte als eine zentrale Leitlinie in seiner Bewerbung um das Amt, „sowohl auf der politischen als auch auf der Verwaltungsebene für eine ausgewogene Vertretung von Frauen und Männern zu sorgen“ (Juncker 2014, 14).

Zugleich allerdings läuft Ende 2015 das Politikprogramm „Strategie für die Gleichstellung von Frauen und Männern 2010-2015“ der Europäischen Kommission aus. Als der vorliegende Artikel fertig gestellt wurde, war noch unklar, wie beziehungsweise ob überhaupt eine neue gleichstellungspolitische Strategie verabschiedet werden sollte – nicht zuletzt, weil anti-feministische sowie christlich-konservative Akteur*innen auf transnationaler Ebene dagegen mobilisierten. Eine solche Mobilisierung geschieht dabei nicht nur außerhalb, sondern auch innerhalb der EU-Institutionen, unter anderem im Europäischen Parlament (EP) durch Europaabgeordnete der Europäischen Konservativen und Reformisten (EKR) im Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter gegen die bisherige EU-Politik.

Ein kurzer Blick auf die Geschichte der EU-Geschlechtergleichstellungsprogramme

Wird allerdings kein neues Gender-Politikprogramm erstellt, würde die mehr als dreißigjährige Geschichte eines der zentralen Bausteine europäischer Gleichstellungspolitik enden. 1982 wurde das erste gleichstellungspolitische Aktionsprogramm verabschiedet und seitdem folgten sechs weitere EU-Programme. Sie fungierten oftmals als Katalysatoren für neue Themenbereiche auch über die Beschäftigungspolitik hinaus, lange bevor im Amsterdamer Vertrag Gleichstellung in allen Politikfeldern mittels Gender Mainstreaming verabschiedet wurde. Neben neuen Inhalten dienten die Programme dem Aufbau transnationaler Netzwerke und der Gründung von Organisationen wie z.B. der Europäischen Frauenlobby (Hoskyns 2000). Ihren Zenit erlebten die Programme schließlich 2001, als sowohl ein Aktionsprogramm als auch eine Rahmenstrategie aufgelegt wurden. Mit dem einige Jahre später beschlossenen „Fahrplan für die Gleichstellung von Frauen und Männern (2006-2010)“ kam es jedoch zu einem grundlegenden Funktionswandel: Ab nun gab es kein Aktionsprogramm mehr, sondern nur noch ein Politikprogramm, in dem lediglich existierende Aktivitäten der Europäischen Kommission zusammengestellt waren (Ahrens 2013).

Aktuelle geschlechterpolitische Aktionen

Seit Anfang 2015 mobilisiert die Europäische Frauenlobby für die Fortsetzung der Politikprogramme mit einer europaweiten Kampagne, die für konkretere und ehrgeizigere gleichstellungspolitische Programme wirbt (European Women's Lobby 2015). Bereits im Herbst 2014 hatte der Ausschuss für die Rechte der Frau und Gleichstellung der Geschlechter im Europäischen Parlament den Bericht „Die Strategie der EU für die Gleichstellung von Frauen und Männern für den Zeitraum nach 2015“ initiiert, in dem nachdrücklich gefordert wird, die bisherigen Programme nicht nur fortzusetzen, sondern auch inhaltlich und hinsichtlich der beteiligten Akteur*innen auszuweiten (Europäisches Parlament 2015). Dieser Bericht wurde

im Parlament nach einer hitzigen Debatte mit einer knappen Mehrheit Anfang Juni 2015 verabschiedet, nachdem im Vorfeld unter anderem die Fraktionen der Europäischen Volkspartei (EVP) und der Europäischen Konservativen und Reformisten (EKR) dagegen mobilisiert hatten (die Standard, 10.6.2015). Zeitgleich forderten Frauenminister*innen aus 20 Mitgliedsstaaten die Fortsetzung eines eigenständigen gleichstellungspolitischen Programms (Deutscher Frauenrat, 22.6.2015).

Die Europäische Kommission als Zuständige für die Erstellung der Politikprogramme richtete von Mai bis Juli 2015 ein öffentliches Online-Konsultationsverfahren „Equality Between Women and Men in the EU“ ein. Hauptzielgruppen für die Konsultation waren die Mitgliedsstaaten, Sozialpartner*innen, zivilgesellschaftliche Organisationen mit Interesse an Gleichstellungspolitik, Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und sozialen Themen, Gleichstellungsinstitutionen, andere Organisationen und Einzelpersonen. Wie nicht anders zu erwarten, mobilisierten in diesem Zusammenhang auch antifeministische Kreise massiv über ihre Netzwerke, unter anderem mit Textvorschlägen wie „The mission for equality between men and women is accomplished. Move on to important issues.“ für das Kommentarfeld des Fragebogens (sciencesfiles.org 2015).

Das Konsultationsverfahren ließ dabei offen, ob es ein weiteres Politikprogramm in Form einer Strategie geben würde. Gefragt wurde hingegen, ob die bisherigen gleichstellungspolitischen Themen der EU noch relevant sind. Allerdings konnte hier nur über das Gesamtpaket abgestimmt werden; einzelne Themenschwerpunkte zu ergänzen oder zu reduzieren, war nicht möglich. Auch wurde die Auswahl bei einzelnen Themenfragen häufig auf zwei Unterpunkte beschränkt oder als Alternative lediglich die Auswahl „keines“ oder die Ergänzung um einen weiteren Punkt eingeräumt.

Mögliche Konsequenzen des Wegfalls gleichstellungspolitischer Programme

Wie eine Verschränkung von Geschlecht mit anderen Diskriminierungskategorien in einem gemeinsamen Programm verlaufen könnte, legt ein Blick in die Geschichte nahe. Mit dem „Fahrplan“ wurde das bis dato existierende geschlechterpolitische Aktionsprogramm in das themenübergreifende Finanzierungsinstrument PROGRESS „integriert“, mit dem Effekt, dass schon im ersten Jahr das für Geschlechtergleichstellung verfügbare Budget nicht ausgeschöpft und für Gleichstellung eingeplante Summen auf andere PROGRESS-Schwerpunkte verteilt wurden. Im Zuge der Programmintegration erhielten andere Referate in der Kommission als das Gleichstellungsreferat die Zuständigkeit und damit auch die Kontrolle über das Budget, d.h. das Gleichstellungsreferat konnte keinen direkten Einfluss mehr ausüben (Ahrens 2013).

Trotz aller negativer Effekte, die der Übergang von einem Aktions- zu einem Politikprogramm im Rahmen des „Fahrplans“ mit sich brachte, ermöglichten die Po-

litikprogramme es den Verantwortlichen in der zuständigen Generaldirektion⁵, die anderen Generaldirektionen an ihre Verantwortung für die Umsetzung von Gender Mainstreaming in ihrem jeweiligen Politikfeld zu erinnern. In diesem Sinne waren sie zugleich ein Kontroll- und ein Motivationsinstrument für Gleichstellungspolitik. Zudem wurde die Erstellung der Politikprogramme dazu genutzt, sämtliche kommissionsinternen Verpflichtungen und Aktivitäten zusammenzutragen sowie das Netzwerk der Gender Mainstreaming-Beauftragten zu stärken (ebd.). Wenngleich die Beteiligung sehr unterschiedlich ausfiel und sich Gleichstellungspolitik bei einigen ‚traditionell männlichen‘ Generaldirektionen auf Personalmanagement beschränkte, konnte damit doch ein gut funktionierendes Netzwerk etabliert werden (ebd.). Mit einem Ende der geschlechterpolitischen Programme würde eine der Hauptaufgaben dieses Netzwerks, nämlich die Erstellung, Umsetzung und Überwachung eben jener Politikprogramme, wegfallen und damit nicht zuletzt die Gefahr drohen, dass dieses Netzwerk gänzlich aufgelöst würde.

Neben diesen internen Konsequenzen sind weitere gravierende Folgen für die Gleichstellungspolitik in den Mitgliedsstaaten sowie generell für gleichstellungspolitische Akteur*innen in der EU abzusehen. Die bisherigen Politikprogramme dienten zum einen in vielen Mitgliedsstaaten dazu, die Regierungen und Verwaltungen an ihre Pflichten zu erinnern und die in den EU-Programmen formulierten Ziele als Vorgaben für nationale Politiken zu nutzen. Der einheitliche europäische Rahmen bot so die Möglichkeit, eigene nationale Ziele in eine supranationale Vorgabe einzubetten. Ohne entsprechende Politikprogramme fehlt eine ‚handfeste‘ Maßgabe für die Mitgliedsstaaten im Sinne eines EU-Gender Regimes, das sich bisher häufig als fortschrittlicher und umfassender erwies als die Politik in vielen Mitgliedsstaaten. Zum anderen werden auch die Möglichkeiten für gleichstellungspolitische Akteur*innen, die EU-Politik hinsichtlich ihrer Gleichstellungsziele zu überprüfen und gegebenenfalls zur Verantwortung zu ziehen, eindeutig verringert. Bisher stellten die Politikprogramme und die dazu gehörigen jährlichen Arbeitsprogramme Transparenz über gleichstellungspolitische EU-Aktivitäten her. Wenn diese Aktivitäten allerdings nicht mehr zentral in einem Gesamtdokument präsentiert werden, wird auch die öffentliche Kontrolle erschwert, da anstatt eines Dokuments die verschiedenen Generaldirektionen einzeln überprüft werden müssten.

Ausblick

Sollten die gleichstellungspolitischen Politikprogramme ersatzlos eingestellt werden, verlöre die EU-Geschlechtergleichstellungspolitik deutlich an Sichtbarkeit – ein katastrophales Signal angesichts der andauernden wirtschaftlichen, politischen und sozialen Krisen und ihrer Auswirkungen auf Geschlechterverhältnisse. Ob allerdings die oben antizipierten negativen Konsequenzen tatsächlich eintreten, hängt letztlich vor allem davon ab, welche Aufgaben und welche Macht die für Gleichstellung Zuständigen in der Generaldirektion „Justiz, Verbraucherschutz und Gleich-

stellung“ gegenüber anderen Generaldirektionen erhalten. Dies ist eine Frage, die nur im Zeitverlauf empirisch beantwortet werden kann. Doch auch wenn oder vielleicht gerade weil die konkreten Konsequenzen der Abschaffung nicht vollends abzuschätzen sind, bedarf es kritischer Beobachtungen und Einschätzungen möglicher Szenarien. Denn nur so können mögliche Problemfelder erörtert und geschlechterpolitische Kämpfe und Mobilisierungen aufrechterhalten werden.

Anmerkungen

- 1 Ich danke Irene Pimminger für zentrale Informationen.
- 2 Artikel 2 & 9: Gleichheit von Frauen und Männern bzw. von Bürgerinnen und Bürgern.
- 3 Artikel 8: so gen. Gender Mainstreaming; Artikel 10 & 19: Anti-Diskriminierung; Artikel 153: Chancengleichheit und Gleichbehandlung am Arbeitsplatz; Artikel 157: Gleiches Entgelt.
- 4 Artikel 21: Nichtdiskriminierung; Artikel 23: Gleichheit von Männern und Frauen; Artikel 33: Mutterschafts- und Elternurlaub; Artikel 34: Soziale Sicherheit.
- 5 Bis 2010 war die Generaldirektion Beschäftigung für Gleichstellungspolitik zuständig, anschließend die Generaldirektion Justiz.

Literatur

Ahrens, Petra, 2013: The Sound of Silence – Institutionalizing Gender Equality Policy in the European Union. Unveröffentlichte Doktorarbeit, Humboldt-Universität zu Berlin.

Deutscher Frauenrat, 2015: EU-MinisterInnen. Europa braucht eigenständige Gleichstellungsstrategie. Internet: <http://www.frauenrat.de/deutsch/infopool/nachrichten/informationdetail/article/europa-braucht-eigenstaendige-gleichstellungsstrategie.html> (23.06.2015).

dieStandard, 2015: EU lässt bei Frauenpolitik nach. Internet: <http://diestandard.at/2000017258871/in-der-EU> (11.06.2015).

Europäisches Parlament, 2015: EU Strategy for Equality Between Women and Men Post 2015 (2014/2152(INI)).

European Women's Lobby, 2015: Women's Organisations Demand a Concrete and Ambitious European Union's New Strategy for Equality between Women and Men 2016-2020. Internet: <http://www.womenlobby.org/spip.php?article7186&lang=en> (02.06.2015).

Hoskyns, Catherine, 2000: A Study of Four Action Programmes on Equal Opportunities. In: Rosilli, Maria Grazia (Hg.): Gender Policies in the European Union. New York, 43-59.

Juncker, Jean-Claude, 2014: Ein neuer Start für Europa: Meine Agenda für Jobs, Wachstum, Fairness und demokratischen Wandel. Politische Leitlinien für die nächste Europäische Kommission. Internet: http://ec.europa.eu/priorities/docs/pg_de.pdf#page=9 (12.05.2015).

Sciencefiles.org, 2015: EU-Kommission will Gleichstellungs-Strategie beenden und braucht Unterstützung! Blog-Eintrag 30.4.2015. Internet: <http://sciencefiles.org/2015/04/30/unseu-kommission-will-gleichstellungs-strategie-beenden-und-braucht-unterstuetzung/> (01.06.2015).

100 Jahre Frauenfriedensbewegung. Forderungen und Aktionen für eine feministische Sicherheitspolitik 1915 und 2015

SUSANNE HERTRAMPF

„Wir, die Frauen der Welt, sehen mit Besorgnis und Bestürzung die gegenwärtige Situation in Europa, die droht, einen Kontinent, wenn nicht sogar die ganze Welt, in das Unheil und den Schrecken eines Krieges zu verwickeln“ (Whittick 1979, 295). Mit diesen Worten appellierte die International Women's Suffrage Alliance (IWSA) am 31. Juli 1914 in einem Manifest an das britische Kriegsministerium und ausländische Botschaften, den Konflikt am Verhandlungstisch zu lösen, und warnte vor einer militärischen Katastrophe. Die Frauenrechtlerinnen fanden kein Gehör. Nachdem Frankreich und England ebenfalls in den Krieg eingetreten waren, mussten die Pazifistinnen in der IWSA feststellen, dass die große Mehrheit ihrer Mitstreiterinnen Verantwortung anders als noch im Manifest definierte und sich hinter die Entscheidung ihrer Regierungen stellte. Diejenigen, die dazu nicht bereit waren, riefen zu einem internationalen Frauenkongress in einem neutralen Land auf. Dieser fand im April 1915 in Den Haag statt und begründete die Women's International League for Peace and Freedom (WILPF).

Den 100. Geburtstag ihres Gründungskongresses nahm die WILPF nun zum Anlass, um unter dem Motto „It's time for Women's Power to Stop War!“ friedens- und menschenrechtsinteressierte Frauen aus allen Teilen der Welt im April 2015 zu einer internationalen Frauenkonferenz nach Den Haag einzuladen. Ziel war es, der internationalen Frauenfriedensbewegung neue Kraft und neue Impulse zu verleihen sowie gemeinsam Forderungen und Aktionen für eine feministische Sicherheitspolitik zu kreieren. Aktuelle Konflikte und deren Ursachen wurden analysiert, Erfahrungen friedenspolitischer Aktivitäten auf lokaler, nationaler und internationale Ebene ausgetauscht sowie Handlungsfelder – insbesondere im Rahmen der Vereinten Nationen – sichtbar gemacht und bewertet. Unterschiede wurden benannt und das gemeinsame friedenspolitische Vorgehen aus einer von allen TeilnehmerInnen geteilten Opposition zu Militarismus, Patriarchat, Kapitalismus und Rassismus abgeleitet (vgl. Women's International League for Peace & Freedom 2015). Dass auch gegenwärtig noch zahlreiche friedenspolitische Zielsetzungen von 1915 relevant sind, soll im Folgenden ein Blick zurück deutlich machen.

Der Internationale Frauenkongress 1915...

Das Treffen zur Vorbereitung des Kongresses, das in Amsterdam stattfand, war von großen Spannungen geprägt, trafen doch Frauen aufeinander, deren Länder Krieg

miteinander führten. So zeigten sich vor allem die belgischen gegenüber den deutschen Frauen sehr reserviert, was in Anbetracht der Gräueltaten, die deutsche Truppen in Belgien verübten, kaum verwundert. Durch die Vermittlung der holländischen Frauenrechtlerin Aletta Jacob sowie die Bereitschaft der deutschen Delegation, den Einmarsch in Belgien scharf zu kritisieren, gelang schließlich eine Verständigung und das Festlegen von drei Zielen für den Kongress: 1. Hörbar gegen den Krieg zu protestieren; 2. die politische Gleichberechtigung der Frauen einzufordern; 3. das Ende des Krieges herbeizuführen (vgl. Heymann 1992, 142).

Der deutschen Delegation gehörten mit Anita Augspurg und Lida Gustava Heymann zwei der bekanntesten und modernsten Frauenrechtlerinnen an¹. Beide hatten ihr Engagement für politische Frauenrechte schon früh mit friedenspolitischen Zielen verbunden. Zudem verknüpfte Augspurg die Außen- und Sicherheitspolitik mit sozialpolitischen Fragen, war sie doch überzeugt davon, dass eine gerechte Sozialpolitik die Zufriedenheit aller befördere – also dem Wohl der ganzen Menschheit diene –, Aufrüstung hingegen dem sozialen und kulturellen Fortschritt schade. Die Gelder, die in die Rüstung flossen, wünschte sie sich daher für die Sozialpolitik (vgl. Augspurg 1913, 49).

In einem Resolutionskomitee entwarfen die Organisatorinnen eine Reihe von Resolutionen, die auf dem Kongress diskutiert, gegebenenfalls verändert und verabschiedet werden sollten. Darin spiegelt sich der Wille wider, möglichst demokratisch vorzugehen. Ziel war es, einen für alle tragbaren Konsens herbeizuführen; bewusst vermieden die Frauen deshalb auch jegliche Schuldzuweisungen.

Der Kongress fand vom 28. April bis zum 1. Mai 1915 auf neutralem Boden in Den Haag statt. Gezählt wurden über 1.130 Teilnehmerinnen, darunter ungefähr 1.000 Niederländerinnen. Dass aus England nur drei Friedensaktivistinnen teilnahmen, lag daran, dass etwa 180 Britinnen Reisepässe bzw. die Überfahrt verwehrt wurden. Die fünfköpfige belgische Delegation kam mit zwei Tagen Verspätung an. 28 Frauen waren aus Deutschland angereist, darunter Augspurg und Heymann. Aus Österreich-Ungarn kamen 16 Frauen. Die zweitgrößte Delegation bildeten die US-Amerikanerinnen mit 47 Frauen. Aus Kanada waren zwei Frauen angereist. Die Skandinavierinnen waren mit 34 Frauen aus Norwegen, Schweden und Dänemark vertreten. Anwesend waren auch Rosa Genoni aus Italien, die Armenierin Thoumaian² und die Polin Zofia Dazyńska Golińska. Da Armenien und Polen 1915 nicht unabhängig waren, wurden sie im Kongressbericht allerdings nicht als Land gelistet. Französinnen nahmen ebenso wie russische und viele Frauenrechtlerinnen aus anderen Ländern – aus nationalistischen Gründen nicht am Kongress teil. Französische Frauenrechtlerinnen gründeten jedoch doch bald nach Ende des Kongresses eine französische WILPF-Sektion und nahmen Kontakt zu den deutschen Pazifistinnen auf. Mit Gesten der Wertschätzung und des Aufeinanderzugehens begründeten die friedenspolitisch und transnational aktiven Feministinnen inmitten des Ersten Weltkrieges eine eigene Kultur der Diplomatie und der Zusammenarbeit. Für sie war das „wir Frauen aus aller Welt“ gelebte Realität. Dass sie deswegen nicht ihre nationale

Identität aufgaben, zeigte sich immer wieder in den Diskussionen um die Inhalte der Resolutionen. Trotz dieser inneren Zerrissenheit verabschiedeten die Teilnehmerinnen letztlich 20 Resolutionen, die ihr gemeinsames Verständnis von Frieden, Demokratie und Frauenrechten widerspiegeln und folgende Grundprinzipien für einen dauernden Frieden beinhalteten:

- ▶ *Gleichberechtigung von Frauen*: Sie waren überzeugt, dass die Mehrheit der Frauen, sollten sie demokratisch mitentscheiden können, Konflikte nicht mit Militärgewalt, sondern auf einem diplomatischen Weg lösen würden.
- ▶ *Demokratische Kontrolle der Außenpolitik*: Diese sollte verhindern, dass einzelne politische und wirtschaftliche Interessengruppen der Mehrheit ihren Willen aufzwingen, wie die Frauen es im Ersten Weltkrieg selbst erfuhren. Zudem machten sie unmissverständlich klar, dass ein System nur dann demokratisch ist, wenn Frauen darin zu gleichen Teilen vertreten sind wie Männer.
- ▶ *Austragung von transnationalen Konflikten vor einem internationalen Schiedsgericht*: Diese Idee war nicht neu, sondern wurde schon lange in friedensbewegten Kreisen diskutiert. Es zeigt sich aber, dass die Pazifistinnen diese Ideen in ihr eigenes friedenspolitisches Konzept integrierten.
- ▶ *Allgemeine Abrüstung*: Auch mit dieser Forderung waren die Kongressteilnehmerinnen nicht die ersten. Dass die eingesparten Gelder vor allem für soziale Reformen verwendet und so dem allgemeinen Wohlstand dienen sollten, spiegelt jedoch ein eher ungewöhnliches politisches Verständnis wider.
- ▶ *Recht der Völker auf Selbstbestimmung*: Auch hier handelte es sich um keine neue Idee. Ihre Auslegung war jedoch untypisch, da die Frauen dieses Recht auch auf abhängige europäische Staaten wie Polen und die Kolonien bezogen.³

Bereits die erste Resolution, „Die Frauen und der Krieg“, erwies sich als bedeutsam. In ihr benannten die Teilnehmerinnen Vergewaltigungen von Frauen als Kriegshandlung und brachen damit ein Tabu. Die Behauptung der Militärs, Frauen im Krieg zu schützen, entlarvten sie als Mär. Und sie deuteten damit an, dass die Vergewaltigung von Frauen ein inhärentes Kriegsmittel ist und sich somit auch als Kriegsstrategie begreifen lässt (vgl. Report 1915, 47).

Den Resolutionen stellten sie eine Erklärung voran, in der sie nochmals darauf hinwiesen, was sie als Frauen eint, nämlich der Glaube, „dass internationale Beziehungen nicht durch Kraft, sondern durch Freundschaft und Gerechtigkeit bestimmt werden müssen“. Und weiter: „Wir erklären feierlich, jeder Neigung zu Feindschaft und Rache zu widerstehen (sic!), dagegen alles Mögliche zu tun, um gegenseitiges Verständnis und guten Willen zwischen den Nationen herzustellen und für die Wiederversöhnung der Völker zu wirken. Wir erklären: der Lehrsatz, Kriege seien nicht zu vermeiden, ist sowohl eine Verneinung der Souveränität des Verstandes, als ein Verrat der tiefsten Triebe des menschlichen Herzens“ (Internationaler Frauenkongress, Report 1915, 46). Mit dieser Verknüpfung von Verstand und Emotion entzo-

gen sie dem Militarismus seine Legitimation, denn sie negierten dessen Leitsatz, Kriege seien nicht zu vermeiden.

Die historische Bedeutung dieses internationalen Frauenkongresses liegt vor allem in folgenden Positionierungen der Teilnehmerinnen und in ihren Vorstellungen einer alternativen Außen- und Sicherheitspolitik:

- ▶ Männer und Frauen sind unterschiedlich vom Krieg betroffen, Krieg ist geschlechtlich konnotiert.
- ▶ Interessenkonflikte sollen mit den Mitteln des Perspektivwechsels, der Mediation und des Dialogs ausgehandelt werden, als politische bzw. diplomatische Vorgehensweise und damit als das Praktizieren einer modernen Diplomatie.
- ▶ Die Kongressteilnehmerinnen orientieren sich politisch an Sinn und Inhalten von Menschenrechten.

... und seine Aktualität 100 Jahre später

100 Jahre, nachdem die hier aufgeführten Positionen ausgearbeitet wurden, sind zentrale Forderungen der Kongressteilnehmerinnen von 1915 immer noch aktuell: Es gibt zwar einen internationalen Schiedsgerichtshof, aber Außen- und Sicherheitspolitik sind weiterhin eine Männerdomäne, und militarisierte Männlichkeit kann sich wohl auch deshalb unangefochten weiter entfalten – wie beispielsweise in den IS-Terrorgruppen, unter den Warlords der Demokratischen Republik Kongo oder den Söldnern der privaten US-Sicherheitsfirma Blackwater. 2014 wurden 1,7 Billionen Euro für Rüstungsausgaben weltweit ausgegeben, mit steigender Tendenz – vor allem, wenn auch nicht ausschließlich – in den Konfliktregionen Osteuropas, des Mittleren Ostens, Afrikas und Asiens. Größter Rüstungsexporteur sind die USA, gefolgt von Russland, Deutschland, Frankreich und China (vgl. Stockholm International Peace Research, 2014).

Vor diesem Hintergrund überrascht es auch nicht, dass die Friedensnobelpreisträgerin Leymah Gbowee in ihrer Eröffnungsrede zum internationalen Frauenkongress 2015 in Den Haag wiederholt den Geist des internationalen Frauenkongresses von 1915 heraufbeschwor. So zitierte sie Aletta Jacobs, die damals den Kongress mit folgenden Worten eröffnet hatte: „Those of us who have convened this Congress however have never called it a peace congress, but an international Congress of women to protest against war, and to discuss ways and means whereby war shall become an impossibility in the future.“ Diesen Protest, so Gbowee, müssten die Frauen fortsetzen, und sie forderte mit den Worten Jacobs: „We must raise our voices now!“ (Gbowee 2015). Gbowees Rede zielte darauf ab, unter den teilnehmenden Frauen und wenigen Männern eine gemeinsame Identität zu generieren und sie zu motivieren, ihr Engagement zu bündeln und geschlossen für den Frieden einzutreten. Gleichzeitig verortete sie damit alle Anwesenden in der Geschichte der WILPF. In den abschließenden Podiumsgesprächen wurden nicht nur die Herausforderungen

an Konfliktbeispielen konkretisiert, sondern auch wiederholt Handlungsfelder und Kooperationen unter Friedens- und Menschenrechtsaktivistinnen aufgezeigt. Es bleibt zu hoffen, dass diese Konferenz nachhallt und ihre TeilnehmerInnen nicht von den gegenwärtigen männlich dominierten politischen Strukturen und Machtverhältnissen ausgebremst werden.

Anmerkungen

- 1 In der Geschichtsschreibung werden jene Aktivistinnen, die sich zu Beginn des 20. Jahrhunderts für politische Rechte einsetzten, im Unterschied zu den gemäßigten Aktivistinnen oft als radikaler Flügel der Frauenbewegung bezeichnet – zum einen, weil sie eine Minderheit darstellten, und zum anderen, weil ihre Forderungen eine größere Sprengkraft hinsichtlich der Geschlechterordnung implizierten. Diese Kategorisierung verschleiert jedoch, dass auch als gemäßigt geltende Frauenrechtlerinnen tief greifende Veränderungen angestoßen und Gleichheit als Ideologie kritisch hinterfragt haben.
- 2 Der Vorname ist leider nicht dokumentiert.
- 3 Entscheidend für diese Auslegung waren die Beiträge der Polin Zofia Dazyńska Golińska und der Holländerin Bergsma (vgl. Internationaler Frauenkongress, Report 1915, 104f., 110; zu Golińska vgl. Leszczawski-Schwert 2014).

Literatur

Augspurg, Anita, 1913: Friede auf Erden! In: Frauenstimmrecht! 2 (3), Juni, 49-50.

Gbowee, Leymah, 2015: „Power und Passion to Make Change“. Eröffnungsrede. Internet: <http://feministchurch.org/2015/04/27/keynote-speaker-leymah-gbowee-power-and-passion-to-make-change/> (27.06.2015).

Heymann, Lida Gustava (in Zusammenarbeit mit Anita Augspurg), 1992 [1941]: Erlebtes. Erschautes: Deutsche Frauen kämpfen für Freiheit, Recht und Frieden 1850-1940. Hg. v. Margit Twellmann. Frankfurt/M.

Leszczawski-Schwert, Angelique, 2014: Zwischen Frieden und Krieg? Die Internationale Friedensbewegung in den Diskursen und Visionen der polnischen Frauenrechtlerin Zofia (Emilia) Dazyńska Golińska. In: Ariadne. Forum für Frauen- und Geschlechtergeschichte. 66, 6-14.

Internationaler Frauenkongress/Congrès International des Femmes/International Congress of Women, 1915, Den Haag, 28. April – 1. Mai 1915. Bericht-Rapport-Report. Amsterdam.

Stockholm International Peace Research, 2014: SIPRI Yearbook 2014. Oxford.

Whittick, Arnold (1979): Woman into Citizen. London.

Women's International League for Peace & Freedom, 2015: Conference Summary. Internet: <http://www.womenstopwar.org/wp-content/uploads/2015/06/Conference-Summary-Final.pdf> (27.06.2015).

Zur Kriminalisierung von Armut. Bilder und Lebensverhältnisse von Bettlerinnen in Wien

MARTINA KEMPF-GIEFING. ANNIKA RAUCHBERGER. MARION THUSWALD

In den vergangenen Jahren wurden in fast allen österreichischen Bundesländern die Gesetze zum Betteln wiederholt verschärft. Im Mai 2015 mündete die Diskussion um „sektorale Bettelverbote“ in Salzburg in einen Beschluss des Salzburger Stadtsenats, der deutlich für das Verbot stimmte. Damit hat Salzburg, dessen „allgemeines Bettelverbot“ 2012 vom Verfassungsgerichtshof aufgehoben wurde, neuerlich die restriktivsten Bettel-Gesetze österreichweit. Auch in Wien gab es im Juni 2015 erneut einen Sonderlandtag zum Thema „Verschärfung des Bettelverbotes“. Die Entscheidung des Verfassungsgerichtshofs von 2012, dass Betteln im Sinne des Rechts auf freie Meinungsäußerung grundsätzlich erlaubt sein muss, hat die Diskussion demnach nicht wesentlich verschoben. Statt allgemeiner Bettelverbote werden nun die Gesetze für so genannte qualifizierte Formen des Bettelns wie organisiertes, aufdringliches oder gewerbsmäßiges Betteln verschärft oder sektorale Verbote eingeführt. In Wien bekommen Bettler_innen gegenwärtig häufig Strafverfügungen wie z.B. folgende: „Sie haben (...) durch folgende Begehungsweise an einem öffentlichen Ort in aufdringlicher bzw. gewerbsmäßiger Weise um Geld (...) gebettelt: Personen mehrmals angebettelt (...) einen Becher hingehalten (und) auf einem Gehsteig im Ortsgebiet den Fußgängerverkehr behindert, indem Sie sich auf dem Gehsteig ausgebreitet haben.“ Die Bettlerin wurde in diesem Falle sowohl nach dem Wiener Landessicherheitsgesetz als auch nach der Straßenverkehrsordnung mit insgesamt €180 bzw. mit 2,5 Tagsätzen Ersatzfreiheitsstrafe belangt. Was als aufdringlich und gewerbsmäßig gilt, ist der Entscheidung und damit auch der Willkür der Polizeibeamt_innen überlassen.¹ Auch wenn es gegenwärtig viele solidarisch-kritische Stimmen und Proteste gegen Bettelverbote gibt, sind die dominanten öffentlichen und politischen Debatten von stereotypen Bildern und der Kriminalisierung von Bettler_innen geprägt. Welche Konsequenzen dies für die bettelnden Menschen hat, möchten wir im Folgenden mit Fokus auf die Situation bettelnder Frauen aus den neuen EU-Ländern zeigen.

Stereotype: Mediale Konstruktionen der Bettler_innen

Obwohl auch Österreicher_innen in prekären Lebenslagen auf den Straßen betteln, konzentriert sich die öffentliche Diskussion seit Jahren auf jene, die keinen österreichischen Pass besitzen und vielfach aus Osteuropa stammen. Mediale Bilder zeigen dunkle Haut, Kopftücher und lange Röcke, mit denen Bettler_innen als fremd markiert werden, und Begriffe wie „organisierte Banden“ oder „Bettelunwesen“ rufen antiziganistische Stereotype hervor. Weil sie „nicht von hier sind“, wird diesen

Bettler_innen die Legitimation zu betteln abgesprochen. Diese Form der Kriminalisierung von Bettler_innen lenkt ab von den Ursachen der Armutsmigration und verschiebt die öffentliche Empörung auf die „ausbeuterischen Banden“.

Zugleich gehört Österreich zu jenen fünf EU-Ländern, die von der so genannten EU-Osterweiterung besonders profitieren, etwa durch das sog. Braingain sowie durch niedrige Löhne und hohe Gewinne in osteuropäischen Produktionsstätten (vgl. Forum Alpbach 2014). Dass neben Fachkräften, Unternehmen und Kapital auch mancher armutsbetroffene Mensch die offenen Grenzen nützt, gilt als unerwünschte Nebenwirkung und Skandal. Jene Menschen, die – oft in der Hoffnung auf Arbeit – nach Österreich kommen und hier keine andere Möglichkeit finden als zu betteln, haben keinen Zugang zu Sozialleistungen. Auf dem Arbeitsmarkt, der für sie seit 1. Januar 2014 prinzipiell offen ist, ist die Konkurrenz groß. Viele Familien, vorwiegend aus Rumänien, Bulgarien und Ungarn, haben am regulären Wohnungsmarkt keine Chance und leben in desolaten Wohnungen ohne Verträge und Meldezettel. Sie sind so der Willkür der Vermieter_innen ausgesetzt. Damit Lebensunterhalt und Miete bezahlt werden können, führt der Weg vielfach zum Verkauf von Straßenzeitungen oder zum Betteln. Auf Wiens Straßen sind dies insbesondere Frauen, die versuchen, auf diese Weise ihre Familien zu versorgen. Dies zeigt sich auch bei den Rechtshilfetreffen der BettelLobby Wien², die überwiegend von Frauen in Anspruch genommen werden.

Das Stereotyp der ausländischen Bettler_innen kennt zwei Ausprägungen: zum einen jenes der scheinbar ausbeuterischen kriminellen Bettelbanden und Hintermänner, von denen es zumeist keine Bilder in den Medien gibt, und jenes der ausgebeuteten Opfer, die zahlreich medial repräsentiert sind. Als Opfer gelten neben Kindern, alten und behinderten Menschen auch Frauen.

Die Annahme, hinter bettelnden Frauen stecke ein „Hintermann“, stellt sie als Menschen ohne Selbstbestimmung dar. Während bettelnde Männer in positiver Sicht als Familienerhalter und in negativer als arbeitsunwillig gelten, werden Frauen häufig als Opfer (patriarchaler) Ausbeutung betrachtet (vgl. Benedik 2014). Die Verwischung der Grenze zwischen Menschenhandel und der Selbstorganisation von Bettelnden, die als „organisierte Bettelei“ bestraft wird, ist dabei eine wichtige Kriminalisierungsstrategie im politischen und medialen Diskurs.³

Dana, eine ungarisch sprechende Slowakin, die in Wien bettelt, erzählt, wie sich das Vorurteil der „organisierten Banden“ auf sie auswirkt:

„Viele haben wir gesehen, die uns den ganzen Tag anschauen, sie beobachten uns den ganzen Tag und wir zählen dann gemeinsam das Geld und dann denken viele, dass ich Arme ausgeraubt habe und dass er das Geld von mir wegnimmt, verstehst du? Sehr viele glauben das. Und vielen sage ich dann, nein, das ist doch mein Freund, ich würde das doch gar nicht erlauben, dass jemand mir das Geld wegnimmt“ (Interview mit Dana Thuswald 2008, 114).

Es wäre aber zu einfach zu behaupten, dass Frauen im öffentlichen Diskurs nur als Opfer präsent sind. Ebenso wird ihnen unter dem Vorwurf der „Ausbeutung ihrer Kinder“, die Legitimität zu betteln abgesprochen. Eine bulgarische Bettlerin, die – in Ermangelung einer Betreuung – in Begleitung ihrer vierjährigen Enkelin bettelte, hatte eine beglaubigte Vollmacht der Mutter, die sie autorisierte, mit dem Kind ins Ausland zu reisen. Diese wurde von der Polizei jedoch nicht anerkannt. Stattdessen nahmen die Polizeibeamt_innen der Bulgarin das Kind ab und schickten sie ohne jegliche muttersprachliche Erklärungen über den Verbleib ihrer Enkelin weg. Nur durch die zufällige Begegnung mit der BettelLobby Wien-Aktivistin Ulli Gladik konnte die Frau in Erfahrung bringen, dass die Vierjährige in eine Wiener Kinderbetreuungseinrichtung gebracht worden war (vgl. Gladik 2014). Das Verhalten der Polizeibeamt_innen lässt vermuten, dass sie den Verdacht hatten, es handle sich um Kinderhandel. Obwohl bis heute in Wien keine Fälle von Kinderhandel im Zusammenhang mit Betteln bekannt sind, scheinen die medialen Diskurse über Bettelbanden diese Annahmen zu bestärken und führen nicht zuletzt, wie das Beispiel zeigt, zu unbedachten und unverhältnismäßigen Handlungen der staatlichen Organe.

Kontrapunkt: Lebensverhältnisse und Bewältigungsstrategien

Während Bettlerinnen öffentlich entweder in die Rolle der Straftäterin gedrängt oder zu Opfern gemacht werden, ergeben wissenschaftliche Studien ebenso wie die Erfahrungen der BettelLobby Wien ein anders Bild (Wailzer 2014; Schoibl 2013; Benedik/Tiefenbacher/Zettelbauer 2013; Thuswald 2008): Die Bettlerinnen unternehmen zahlreiche Anstrengungen, um ihre prekäre Lebenssituation zu bewältigen. „Wer nach Österreich zum Betteln kommt, hat sich noch nicht aufgegeben“, schreibt Michael König (2014) in den Salzburger Nachrichten. „Er oder sie hat Lebenswillen, Organisationskraft, Durchhaltevermögen, diese Reise und all die Strapazen des Bettelns auf sich zu nehmen.“ Soziale Netzwerke, gegenseitige Hilfe und Zusammenarbeit sind zentrale Ressourcen von Menschen, die nicht auf finanzielles und kulturelles Kapital zurückgreifen können (vgl. Thuswald/Tiefenbacher 2015), wie ein Beispiel aus Wien zeigt. Eine rumänische Bettlerin berichtet der BettelLobby Wien, dass ihr wiederholt der Becher mit dem Kleingeld gestohlen wurde. Um dies zu verhindern, hat sie sich gemeinsam mit einer kleinen Gruppe slowakischer Bettlerinnen zusammengetan. Die Frauen achten aufeinander und warnen sich gegenseitig z.B. vor Mitarbeiter_innen der Wiener Linien, Wiens öffentlichen Verkehrsbetrieben, oder der Polizei. Sie solidarisieren sich und bilden Gruppen, um einander zu unterstützen und sich gegenseitig zu beschützen. Während diese Netzwerke nicht selten von der Polizei mit dem Vorwurf bzw. Vorwand „organisierter Bettelei“ bestraft werden, sind sie gerade für jene Frauen lebensnotwendig, die keine Lohnarbeit finden und weder vom Herkunfts- noch vom Aufenthaltsland existenzsichernde Unterstützung bekommen. Die bettelnden Frauen sind zumeist also weder Opfer mafïöser Strukturen noch Kinder ausbeutende Täterinnen. Vielmehr handelt es sich um Frauen, die ihre Fähig-

keiten, ihr Wissen und ihre Kraft einsetzen, um trotz widriger Lebensumstände sich und ihre Familien vor Ort aber auch im Herkunftsland zu versorgen. Viele Frauen werden durch das Betteln zu Familienerhalterinnen, wie Ulli Gladik im Film „Nata-sha“ deutlich macht. Dieser zeigt eine bulgarische Bettlerin, die aufgrund fehlender Sozialleistungen für körperlich Beeinträchtigte in ihrem Herkunftsland nun in Österreich um das Überleben und um Selbstbestimmung ringt und mit dem erbettelten Geld den Schulbesuch ihres Sohnes in Bulgarien finanziert.

Um Vereinbarungen zu Betteln im öffentlichen Raum jenseits einer Verbots-Lösung zu treffen, bedarf es sozialer Anerkennungsformen, die diese Fähigkeiten der Bettlerinnen im Blick haben. Dann wäre auch keine Vertreibungspolitik notwendig, sondern eine Sozialpolitik, die sich für die sozialen und politischen Rechte bettelnder Menschen einsetzt und von ihrer Handlungsfähigkeit ausgehend einen selbstbestimmten Weg aus der Armut ermöglicht.

Anmerkungen

- 1 Wie willkürlich die Praxis der Polizei ist, zeigt sich daran, dass ein Großteil jener Strafverfügungen, gegen die die BettelLobby Wien bisher Beschwerde einlegte, als rechtswidrig aufgehoben wurde (vgl. Koller 2015).
- 2 Die BettelLobby Wien wurde 2008 gegründet, sie verteidigt das Grundrecht auf Betteln und kämpft gegen Polizei- und Behördenwillkür. Seit 2013 bietet sie eine monatliche Rechtsberatung für Bettler_innen an.
- 3 Von Menschenhandel betroffen ist unter den Bettler_innen allerdings nur „eine sehr kleine Gruppe“, wie Gerald Tatzgern ausführt, der aktuell in Österreich die Ermittlungen zu Menschenhandel leitet (Tatzgern 2014) und vor wenigen Jahren noch behauptete, dass ein Großteil der Bettelnden kriminell organisiert sei (vgl. Haller 2011).

Literatur

Benedik, Stefan, 2014: Warum Frauen nicht betteln durften. Interview für „Vielfalt als Chance“. Internet: <http://www.vielfaltalschance.at/warum-frauen-nicht-betteln-durften/> (15.06.2015).

Benedik, Stefan/**Tiefenbacher**, Barbara/**Zettelbauer**, Heidrun, 2013: Die imaginierte „Bettlerflut“. Konstruktion, Organisation und Positionierungen in temporären Migrationen von Roma und Romnija. Klagenfurt.

Forum Alpbach, 2014: Where the European Brains Go? Internet: <http://www.alpbach.org/alpbuzz/where-the-european-brains-move/> (15.10.2014).

Gladik, Ulli, 2014: Vierjährige Enkelin im Heim. Bericht einer Kinderabnahme. Internet: <http://www.bettellobby.at/2014/09/17/vierjaehrige-enkeltochter-im-heim-bericht-einer-kindesabnahme/> (15.06.2015).

Haller, Paul 2011: Ausbeutung oder selbst organisierte Flucht aus Armut? In: Die Presse, 29.10.2011. Internet: <http://diepresse.com/home/panorama/oesterreich/704752/Ausbeutung-oder-selbst-organisierte-Flucht-aus-Armut?from=suche.intern.portal> (15.06.2015).

Koller, Ferdinand, 2015: Herr Ivan gegen die Willkür. In: malmoe. 71, 21.

König, Michael, 2014: Eine Reise ins Dorf der Salzburger Bettler. In: Salzburger Nachrichten, 27.8.2001. Internet: <http://www.salzburg.com/nachrichten/dossier/bettlerinsalzburg/sn/artikel/eine-reise-ins-dorf-der-salzbürger-bettler-1-118622/> (10.10.2014).

Schoibl, Heinz, 2013: „Solange es mir hier, auf der Straße, besser geht als Zuhause, werd ich herkommen und betteln.“ Not-Reisen und Bettel-Migration in Salzburg. Erhebung der Lebens- und Bedarfslage. Helix Institut. Salzburg.

Tatzgern, Gerald, 2014: Im Zentrum: „Bettelarm in Österreich – (k)eine kleine Spende?“ TV-Diskussionssendung des Österreichischen Rundfunk (ORF), 29.06.2014.

Thuswald, Marion, 2008: Betteln als Beruf? Wissensaneignung und Kompetenz von Bettlerinnen in Wien. Diplomarbeit, Universität Wien. Internet: <http://www.bettellobby.at/wp-content/uploads/sites/27/diplomarbeit-thuswald-marion.pdf> (15.06.2015).

Thuswald, Marion/**Tiefenbacher**, Barbara, 2015: „Die U-Bahn habe ich in drei, vier Tagen gelernt.“ Selbstorganisiertes Betteln – Erfahrungen und Sichtweisen von bettelnden Menschen in Wien und Graz. In: Dines, Johannes/Gaisbauer, Helmut P./König, Michael/Sedmak, Clemens/Steindlmüller, P. Virgil (Hg.): Betteln fordert heraus. Wien (i.E.).

Wailzer, Teresa, 2014: Merk.Würdig.Arm: Über Stereotype, Vorurteile und Selbstbilder rumänischsprachiger Bettler_innen in Wien. Diplomarbeit, Universität Wien. Internet: <http://www.bettellobby.at/tag/teresa-wailzer/> (15.06.2015).

„Freie Frauen“ gegen den „Gender-Wahn“ Paradoxe (neue) Allianzen in der (extremen) Rechten

EDMA AJANOVIC. STEFANIE MAYER

Für geschlechterpolitisch Interessierte war das erste Halbjahr 2015 in Österreich eine bewegte Zeit. Allenthalben waren Feminist*innen aufgerufen, Stellung zu beziehen – allerdings meist nicht zur kritischen Überwindung des Bestehenden. Vielmehr ging es um die Verteidigung basaler Errungenschaften sowie um die Abwehr von Attacken, die vor allem von christlich-fundamentalistischen, rechtskonservativen, rechtspopulistischen und rechtsextremen Organisationen und Initiativen gegen die Liberalisierung starrer Geschlechter- und Sexualitätsordnungen geführt wurden. Von geschlechtergerechter Sprache in Schulbüchern und Sexualpädagogik im Bildungsbereich, über den 40. Jahrestag der Neuregelung der Abtreibung qua Fristenlösung, bis hin zur Wiener Regenbogenparade und Conchita Wursts Rolle beim Eurovision Songcontest – jeder dieser Anlässe wurde für reaktionäre Mobilmachung genutzt.

Neue Allianzen

Nun ist der aus unterschiedlichen religiösen, konservativen und rechten Ideologien gespeiste Widerstand gegen gleichstellungsorientierte Geschlechter- und Sexua-

litätspolitiken an sich nichts Neues. Neu ist allerdings die – trotz der sehr unterschiedlichen ideologischen Hintergründe – verstärkte Vernetzung zwischen diesen Gruppen, die unter anderem in der gegenseitigen Unterstützung bei Protestaktionen greifbar wird. Dies zeigt sich etwa an der Beteiligung der Wiedeńska Inicjatywa Narodowa (WIN), einer polnisch-nationalistischen Gruppe in Wien, die bis dahin vor allem durch ihren Antisemitismus auffiel, an Protesten von Abtreibungsgegner_innen vor einer Klinik in der Wiener Innenstadt im Januar 2015. Bereits 2014 hatte diese Gruppierung ebenso wie die offen neonazistische Europäische Aktion (EA) am so genannten „Marsch für die Familie“ teilgenommen, einer eigentlich von rechts-katholischen Aktivist_innen organisierten Protestveranstaltung gegen die Regenbogenparade. Abtreibungsgegner_innen wiederum waren mit der Forderung nach einer „Willkommenskultur für ungeborene Kinder“ bei einem Aufmarsch des (insgesamt eher erfolglosen) österreichischen Ablegers der PEGIDA in Wien präsent. Symptomatisch für diese neuen rechten Allianzen waren auch die angekündigten Redner_innen bei der von Georg Nagl, dem ehemaligen Sprecher der PEGIDA, geplanten, schließlich jedoch wetterbedingt abgesagten Kundgebung gegen den Eurovision Songcontest: Neben der FPÖ-Nationalratsabgeordneten Susanne Winter, die bislang vor allem mit Hetze gegen den Islam aufgefallen war, hatte sich der ehemalige Chef der Christen-Partei Alfons Adam angekündigt, der seinerseits die zentrale Rolle in der Organisation des „Marsch für die Familie“ spielt.

Die neuen rechten Allianzen zeigen sich nicht nur in der wechselseitigen Unterstützung von Protestveranstaltungen, sondern auch in geteilten politischen Deutungsmustern. Zwei Diskursstränge, die durch eine geschlechterkritische Brille deutlich werden, halten wir für zentral, um aktuelle rechte Strömungen zu verstehen.

Vereint gegen die „Gender-Ideologie“

Ein wesentliches verbindendes Element dieser – ideologisch teils gegensätzlich ausgerichteten – reaktionären Gruppierungen ist die Ablehnung der so genannten „Gender-Ideologie“ (auch: „Genderismus“, „Gender-Wahn“, „Gender-Theorie“), die als leitende Ideologie der politischen Eliten imaginiert wird. Während der Begriff „Gender-Theorie“ zunächst in den 1990er-Jahren in der katholischen Kirche als strategische Umdeutung neuerer feministischer Theorien entwickelt wurde (Buss 1998; Paternotte 2014), ist er heute (auch) im deutschsprachigen Raum zum Kampfbegriff einer heterogenen Koalition reaktionärer Akteur_innen geworden. Zwar setzt sich neben der katholischen auch die völkisch und traditionell anti-klerikal orientierte Rechte bereits seit einigen Jahren mit der „Gender-Ideologie“ auseinander – so publizierte etwa die FPÖ-Politikerin Barbara Rosenkranz ihre Überlegungen dazu bereits 2008 in Buchform (Rosenkranz 2008). Neu sind allerdings die hohe Frequenz der Angriffe und die enge Zusammenarbeit über Organisationsgrenzen hinweg.

Das Schlagwort „Gender-Ideologie“ ist dabei als bewusste Fehlinterpretation neuerer feministischer Theorien zu deuten. Diesen wird unterstellt, eine individuelle freie

Wahl des Geschlechts und/oder den geschlechtslosen Menschen als zwingende gesellschaftspolitische Ordnungsvorstellung zu propagieren. Zur autoritären Durchsetzung dieser Ordnung – so die Argumentationskette – greife die „Gender-Ideologie“ auf unterschiedliche Instrumente wie Gender Mainstreaming, akademische Genderforschung und die rechtliche Gleichstellung von LGBTI, geschlechtssensible Sprache und Pädagogik, sexuelle Selbstbestimmung und die Anerkennung alternativer Familienformen zurück. Die argumentative Logik verläuft dabei denkbar einfach: Alle Forderungen, Maßnahmen und Politiken, die auf Gleichstellung im Hinblick auf Geschlecht und Sexualität abzielen, werden als Ausdruck dieser Ideologie interpretiert, die für den ‚Tod‘ der traditionellen Familie und in weiterer Folge der Gesellschaft insgesamt bzw. – in der rechtsextremen Fassung – des ‚Volkes‘ verantwortlich gemacht wird. Häufig wird die „Gender-Ideologie“ in einer kruden Geschichtsdeutung auch in die Tradition marxistischer Politik gestellt – quasi als deren modernisierte Form, die nach dem Scheitern des Realsozialismus den nächsten Schlag gegen das ‚christliche Abendland‘ führt. Die Etablierung von Gender Mainstreaming in nationalen und europäischen Politiken sowie Maßnahmen zur Beseitigung rechtlicher Diskriminierung gelten zudem als Beweis für die Korruption der politischen Eliten, denen – je nach ideologischem Standpunkt – Agitation gegen die christliche Bevölkerung oder gegen die völkische definierte Nation vorgeworfen wird. Hier zeigt sich ein doppelter Antagonismus, der als Strukturprinzip rechtspopulistischer Diskurse gelten kann: Ein ‚Wir‘ imaginiert sich als kleine Schar aufrechter Kämpfer_innen in Vertretung der schweigenden Mehrheit, dem ein mächtiger Gegner in Form eines imaginierten Bündnisses von Eliten und ‚Anderen‘ (im Fall der „Gender-Ideologie“ u.a. LGBTI-Personen, Feministinnen) gegenübersteht (Reinfeldt 2000, 133).

Anti-muslimischer Rassismus

Ein zweiter Diskursstrang, in dem Geschlecht eine zentrale Rolle spielt und der seit einigen Jahren Rechtsextreme und Rechtspopulist_innen mit konservativen Strömungen bis weit in die liberale Mitte hinein verbindet, ist der anti-muslimische Rassismus. Die ideologischen Hintergründe und mit ihnen die Charakterisierung der angeblichen Unvereinbarkeit von Islam und europäischen Werten variieren dabei stark zwischen den unterschiedlichen ideologischen Richtungen; immer aber ist Geschlecht ein wesentliches Element. Dies gilt von ganz rechts außen, wo etwa die Identitäre Bewegung mit Bildern halbnackter Frauen und dem Slogan „Zu schön für einen Schleier“ wirbt, über die FPÖ, die bereits im Wiener Landtagswahlkampf 2005 den Spruch „Freie Frauen statt Kopftuchzwang“ plakatierte, bis hin zu majoritären liberal-feministischen Ansätzen, die sich der ‚Rettung‘ muslimischer Frauen verschrieben haben (vgl. Fekete 2006; Farris 2011). Im Vergleich zum Kampf gegen die „Gender-Ideologie“ kehren sich im (anti-muslimischen) Rassismus, die Vorzeichen um: Tradition und patriarchale Familienverhältnisse – eben noch ein hohes Gut, das es unbedingt zu verteidigen gelte – werden nun den (muslimischen) ‚Anderen‘

zugeschrieben und damit als Bedrohung imaginiert. Vergeschlechtlichte Argumente spielen damit eine wesentliche Rolle in der Konstruktion eines vereinheitlichten und essentialisierten Zerrbildes ‚des‘ Islam, der als männlich, aggressiv, rückständig und bedrohlich imaginiert wird. Eine zentrale Funktion in diesem anti-muslimischen Rassismus nimmt die Projektion eines positiven Selbstbildes des – je nach politischer Position unterschiedlich formulierten – ‚Eigenen‘ als überlegen, emanzipiert und fortschrittlich ein.

Schnittpunkt Bevölkerungspolitik

Die beiden skizzierten Diskursstränge müssen als zentrale ideologische Brücken zwischen unterschiedlichen rechten Strömungen verstanden werden. Auf den ersten Blick erscheinen die darin vertretenen Positionen und Werte als widersprüchlich: Einerseits wird für eine traditionelle heterosexistische Geschlechterordnung argumentiert, andererseits wird gerade die angebliche Gleichberechtigung und Toleranz zur kulturellen Überlegenheit umgedeutet (Mayer/Ajanovic/Sauer 2014). Werden die unterschiedlich vergeschlechtlichten Diskurse allerdings in den breiteren Kontext rechtsextremer und rechtspopulistischer Vorstellungen von Bevölkerungspolitik gestellt, ergänzen sich die beiden Argumentationen: Die Kritik am „Gender-Wahn“ lässt sich dann ebenso wie die Dämonisierung des Islam als Teil nativistischer, ethnozentrischer bzw. völkischer Bevölkerungspolitiken verstehen. In beiden Diskurssträngen geht es darum, eine einheitliche ‚Wir‘-Gruppe herzustellen, deren biologische und kulturelle Reproduktion vermeintlich gleichermaßen durch innere ‚Andere‘ und äußere ‚Feinde‘ bedroht wird. Nicht zuletzt verweist dieser geschlechterkritische Blick auf aktuelle rechte Diskurse in Österreich einmal mehr darauf, dass Forschung zu Rechtsextremismus/-populismus im Gegensatz zur im Mainstream gängigen Praxis Geschlecht als eine zentrale analytische Kategorie setzen muss (Goetz 2014). Denn die meist impliziten ideologischen Hintergründe der Konstruktionen von ‚uns‘ und ‚den Anderen‘ lassen sich in ihrer Tragweite nur analysieren, wenn auch ihre Bezüge auf Reproduktions-/Bevölkerungspolitiken und mithin auf geschlechter- und sexualitätspolitische Dimensionen herausgearbeitet werden.

Literatur

Buss, Doris E., 1998: Robes, Relics and Rights. The Vatican and the Beijing Conference on Women. In: *Social and Legal Studies*. 7 (3), 339-363.

Farris, Sara, 2011: Die politische Ökonomie des Femonationalismus. In: *Feministische Studien*. 29 (2), 321-334.

Fekete, Liz, 2006: Enlightened Fundamentalism? Immigration, Feminism and the Right. In: *Race & Class*. 48 (2), 1-22.

Goetz, Judith, 2014: (Re)Naturalisierungen der Geschlechterordnung. Anmerkungen zur Geschlechtsblindheit der (österreichischen) Rechtsextremismusforschung. In: FIPU (Hg): *Rechtsextremismus*. Wien, 40-68.

Mayer, Stefanie/Ajanovic, Edma/Sauer, Birgit, 2014: Intersections and Inconsistencies. Framing Gender in Right-Wing Populist Discourses in Austria. In: NORA. 24 (4), 250-266.

Paternotte, David, 2014: Christian Trouble: The Catholic Church and the Subversion of Gender. Internet: <http://councilforeuropeanstudies.org/critcom/christian-trouble-the-catholic-church-and-the-subversion-of-gender/> (04.06.2015).

Reinfeldt, Sebastian, 2000: Nicht-Wir und Die-Da. Studien zum rechten Populismus. Wien.

Rosenkranz, Barbara, 2008: MenschInnen. Gender Mainstreaming – auf dem Weg zum geschlechtslosen Menschen. Graz.

NEUES AUS LEHRE UND FORSCHUNG

Kurznachrichten

Neue Geschäftsstelle für den Zweiten Gleichstellungsbericht

Für den Zweiten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung wurde im Mai 2015 eine neue Geschäftsstelle beim Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V. (ISS) in Frankfurt/Main eingerichtet. Aufgaben der Geschäftsstelle sind die wissenschaftliche und redaktionelle Zu- und Mitarbeit für die Erstellung des Gutachtens, das inhaltliche und organisatorische Vor- und Nachbereiten der Kommissionssitzungen sowie der Wissenstransfer, die Öffentlichkeitsarbeit und das Bearbeiten von Anfragen, wie auch die Verwaltung der Haushaltsmittel. Sie unterstützt die Bundesregierung außerdem bei der Bilanzierung der Umsetzung der Empfehlungen aus dem Ersten Gleichstellungsbericht. Das Team der Geschäftsstelle ist interdisziplinär zusammengesetzt. Die Geschäftsstelle arbeitet an den Standorten Berlin und Frankfurt/Main.

Internet: <http://www.iss-ffm.de/>

7. und abschließender Monitoring-Bericht der EU-Kommission zum EU-Forschungsrahmenprogramm erschienen

Der 7. Monitoring-Bericht der EU-Kommission zum 7. EU-Forschungsrahmenprogramm (FP7) wurde am 30. März 2015 veröffentlicht. Abschnitt 2.5 befasst sich explizit mit der Repräsentation von Frauen und der Gender-Dimension in FP7.

Internet: http://ec.europa.eu/research/evaluations/pdf/archive/fp7_monitoring_reports/7th_fp7_monitoring_report.pdf

Heterogenität als Qualitätsherausforderung für Studium und Lehre

Eine Studie zur Heterogenität von Studierenden an Hochschulen in Sachsen-Anhalt ist neu erschienen. Die Autorin Peggy Trautwein führte für ihre Studie Online-Befragungen durch. Ihre Ergebnisse sollen als eine Basis für das Verbundprogramm „Heterogenität in Studium und Lehre Sachsen-Anhalt“ (HET LSA) dienen. Insbesondere die Ermittlung spezifischer Handlungsbedarfe im Bereich Studium und Lehre stehen im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit.

Internet: <http://www.hof.uni-halle.de/web/dateien/pdf/HoF-AB-15-1.pdf>

Bielefelder Gleichstellungspreis

Die Universität Bielefeld lobt im Turnus von drei Jahren in drei Kategorien den Bielefelder Gleichstellungspreis in einer Gesamthöhe von bis zu 22.000 Euro aus. Angelehnt ist die Auslobung an die Laufzeit der Gleichstellungspläne. Der Gleichstellungspreis orientiert sich an den DFG-Gleichstellungsstandards, welche sich auf personelle, strukturelle und inhaltliche Gleichstellungsförderung fokussieren.

Künftig wird jedes Jahr eine der drei Kategorien vergeben:

2015: Genderforschung

2016: Quantitative Erfolge bei der Professorinnengewinnung

2017: Qualitative Ideen auf allen Qualifizierungsstufen und in allen Bereichen

Internet: <http://www.uni-bielefeld.de/gender/gleichstellungspreis.html>

Bachelorstudiengang-Nebenfachstudiengang Gender Studies an der Goethe-Universität Frankfurt

Die Goethe-Universität Frankfurt/Main bietet in Kooperation mit dem Cornelia Goethe Centrum für Frauenstudien und die Erforschung der Geschlechterverhältnisse (CGC) und dem Fachbereich Gesellschaftswissenschaften einen neuen Bachelor-Nebenfachstudiengang Gender Studies an. Einbezogen in das Lehrangebot sind zudem die Fachbereiche Rechtswissenschaft, Erziehungswissenschaften, Psychologie und Sportwissenschaften, Evangelische Theologie, Philosophie und Geschichtswissenschaften, Sprach- und Kulturwissenschaften sowie Neuere Philologien.

Internet: <http://www2.gender.hu-berlin.de/ztg-blog/2015/06/informationen-zu-ba-nebenfach-gender-studies-an-der-goethe-universitaet-frankfurt-online/>

Neue Daten zu Hochschulleitungsgremien in Nordrhein-Westfalen online

Im März 2015 wurden die nordrhein-westfälischen Hochschulleitungsgremien und -führungspositionen zum fünften Mal erhoben und sind im Statistikportal „Gender Report für Hochschule in NRW“ online einsehbar. Mit 42 Prozent ist im Jahr 2015 der größte Anteil an Frauen bei den Hochschulräten zu finden.

Internet: http://www.genderreport-hochschulen.nrw.de/no_cache/statistikportal/

Forschungsbericht „Nach Bologna: Gender Studies in der unternehmerischen Hochschule. Eine Untersuchung in Österreich und der Schweiz“

Der Forschungsbericht „Nach Bologna. Gender Studies in der unternehmerischen Hochschule. Eine Untersuchung in Österreich und der Schweiz“ von Gerlinde Malli, Susanne Sackl-Sharif und Elisabeth Zehetner von 2015 widmet sich der Etablierung und Entwicklung der Studies-Studiengänge in genannten Ländern. Es geht insbe-

sondere darum, wie wissenschaftliches (Geschlechter-)Wissen und dessen Vermittlung in der unternehmerischen Hochschule auf spezifische Weise geprägt wird. Die Themen und Forschungsfragen wurden auf der Folie der aktuellen Transformationsprozesse innerhalb des Hochschulsystems analysiert.

Internet: <http://unipub.uni-graz.at/obvugroa/download/pdf/478245>

POLITEIA-Preis der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin (HWR) für studentische Arbeiten verliehen

Der POLITEIA-Preis – welcher mit 1.000 Euro dotiert und von der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin (HWR) ausgelobt wird – ist eine Auszeichnung schriftlicher Arbeiten von Studierenden aus allen Studienfächern der HWR Berlin auf dem Gebiet der Frauen- und Geschlechterforschung. Neben dem Preis werden zusätzlich drei POLITEIA-Medaillen zu jeweils 400 Euro verliehen.

In diesem Jahr ist die Preisträgerin Anja Görtz vom Fachbereich Allgemeine Verwaltung mit ihrer Arbeit „Gibt es einen ‚rechtsextremen Feminismus‘ in Deutschland?“. Die Medaillen gingen an Victoria Barnack vom Fachbereich Wirtschaftswissenschaften („Geschlechtergerechtigkeit im Einkommenssteuerrecht durch das Faktorverfahren“), Christiane Henze vom Fachbereich Rechtspflege („Babyklappe und anonyme Geburt“) und Christiane Röber vom Fachbereich Allgemeine Verwaltung („Ist die Regelung zur Wahl der Gleichstellungsbeauftragten nach dem Bundesgleichstellungsgesetz noch zeitgemäß?“).

Internet: <http://www.hwr-berlin.de/aktuelles/presse/pressemitteilungen/einzelansicht/chancengleichheit-nicht-bei-uns-noch-nicht/>

17. Zertifikatsverleihung der berufundfamilie gGmbH

Unter der Schirmherrschaft der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und des Bundesministers für Wirtschaft und Energie fand am 29. Juni 2015 die 17. Zertifikatsverleihung zum audit berufundfamilie bzw. zum audit familiengerechte hochschule statt. Im Zeitraum eines Jahres hatten 294 Arbeitgeber/innen (144 Unternehmen, 109 Institutionen und 41 Hochschulen) mit der Durchführung des audit berufundfamilie bzw. des audit familiengerechte hochschule ihr Engagement für eine familienbewusste Personalpolitik unter Beweis gestellt.

Internet: <http://www.beruf-und-familie.de>

400.000 Euro für Lehraufträge im baden-württembergischen Mathilde-Planck-Lehrauftragsprogramm

Das in Baden-Württemberg etablierte Mathilde-Planck-Programm finanziert Lehraufträge von Frauen an Hochschulen für angewandte Wissenschaften, Kunst- und

Musikhochschulen sowie der Dualen Hochschule Baden-Württemberg. Das baden-württembergische Wissenschaftsministerium möchte qualifizierten Frauen über die Förderung von Lehraufträgen beim Erwerb erforderlicher Berufsvoraussetzungen für künftige Professuren unterstützen. Gefördert werden Frauen, die über einen staatlich anerkannten Hochschulabschluss verfügen und bei Beginn der Förderung eine besondere Befähigung zu wissenschaftlicher oder künstlerischer Arbeit aufweisen (nachgewiesen durch Promotion oder künstlerische Auszeichnungen) oder über mindestens zweijährige Berufspraxis außerhalb des Hochschulbereichs und ein konkretes Promotionsvorhaben verfügen.

Antragsfrist (jeweils für Sommersemester): 1. März Antragsfrist (jeweils für Wintersemester): 15. September

Internet: http://mwk.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/m-mwk/intern/dateien/pdf/Aktuelle_Ausschreibung/Mathilde-Planck/Mathilde_Planck_Programm_2015.pdf

„Working from both Ends“

Diversitätspolitik an der University of California, Berkeley

LUCIENNE WAGNER

You do not have to be me in order for us to fight alongside each other.
I do not have to be you to recognize that our wars are the same.
What we must do is commit ourselves to some future that can include each other
and to work toward that future with the particular strengths of our individual identities.
And in order for us to do this, we must allow each other our differences
at the same time as we recognize our sameness.

AUDRE LORDE (1984)

Diversitätspolitik, ja – aber wie?

Das Zitat von Audre Lorde charakterisiert eine der Maximen der Diversitätspolitik an der University of California, Berkeley (UC Berkeley). Für die Mitarbeiter_innen der dortigen Diversitätspolitik ist das Zitat nicht nur eine politische Haltung gegenüber der realen Gleichzeitigkeit von Kämpfen verschiedener von Diskriminierung betroffener Gruppen sowie deren gemeinsamem Kampf. Sie haben darüber hinaus den Anspruch, die Maxime strukturell durch verschiedene, nebeneinander bestehende Ressourcen und Community Centers, in denen unterschiedliche Diskriminierungsdimensionen und deren Intersektionen bearbeitet werden, abzusichern.

In Deutschland wiederum hält „Diversity“ vor allem vermittelt durch Ökonomisierungsprozesse Einzug in die Hochschulen. Dabei ist häufig eine Gegenüberstellung antizipierter normativer Leitbilder von Gleichstellungspolitiken und Diversitykonzepten zu beobachten: Das Ziel der Gleichstellung wird als ein elementarer Bestandteil moderner Gesellschaften dargestellt, während „Diversity“ primär mit einer ökonomischen Orientierung in Verbindung gebracht wird, im Rahmen derer Vielfalt als Ressource in Wert gesetzt wird (Ahmed 2011; Klein 2012, 2013).

Vor diesem Hintergrund muss die Debatte der an vielen deutschen Hochschulen stattfindenden Umstrukturierung von Gleichstellungs- hin zu Diversitätspolitik verstanden werden (Lutz 2013). Im Rahmen dieser Entwicklung werden Gleichstellungs- oder Frauenbeauftragte aufgefordert, in größerem Maße als bisher neuere feministische und postkoloniale Theorieansätze zu berücksichtigen. Eva Blome et al. (2013) nennen hier beispielsweise das Einbeziehen von queeren Theorieansätzen, die das System der Zweigeschlechtlichkeit in Frage stellen und auf eine Destabilisierung vermeintlich natürlicher Geschlechterordnungen abzielen, sowie das Erkennen von mehrdimensionaler Diskriminierung im Anschluss an Theorien des Postkolonialen Feminismus sowie der Diversity Studies.

In diesem Artikel argumentiere ich, dass eine Perspektive einer breiter aufgestellten Antidiskriminierungs- bzw. einer intersektional und queer ausgerichteten Diversitätspolitik gestärkt werden muss, wenn verschiedene Diskriminierungsformen, deren Ko-Konstituierung und Verflechtungen untereinander ernst genommen werden. Dabei möchte ich Intersektionalität und Queer Theory als einander korrigierende Perspektiven auf Diversitätspolitik in der Theorieperspektive von Gabriele Dietze, Elahe Haschemi Yekani und Beatrice Michaelis verstehen. Ihnen zufolge kann eine integrierte Perspektive queerer Intersektionalität oder intersektionaler Queerness helfen, „jeweils die Normalisierungsarbeit (queer) und die Machtasymmetrie von Binaritäten (Intersektionalität) im Auge zu behalten“ (Dietze/Hashemi/Michaelis 2012, 138).

Erweiternd zu dieser Perspektive halte ich es für wichtig, intersektionale und queere Ansätze nicht nur in ihren theoretischen sondern auch in ihren aktivistischen Verortungen zu benennen. So liegen Ursprünge des Konzepts von Intersektionalität in den Kämpfen schwarzer Frauen und im Kontext der Critical Race Studies in den USA (Erel et al. 2008), während als Initiator_innen der Selbstbezeichnung „queer“ schwarze und homosexuelle Personen of Color an den sozialen Rändern US-amerikanischer Metropolen gelten (Perko 2007).

Im folgenden wird demnach der Frage nachgegangen, wie sich intersektionale und queere Ansätze im Hinblick auf universitäre Diversitätspolitik zusammendenken lassen beziehungsweise wie eine solche Politik praktisch im Hochschulkontext umgesetzt werden kann. Gröning konstatiert für den deutschen Kontext eine Stagnation in der Gleichstellungspolitik (Gröning 2009). Trotz der Ankunft von Diversity-Programmen an deutschen Hochschulen (Lutz 2013) ließen sich im hiesigen Kontext kaum Beispiele für eine länger erprobte Diversitätspolitik finden. Darum führte

mich meine Forschungsfrage an den Campus der UC Berkeley, der als „*national leader for equity and inclusion in higher education*“ von mir als Best Practice Beispiel gewertet wird.¹

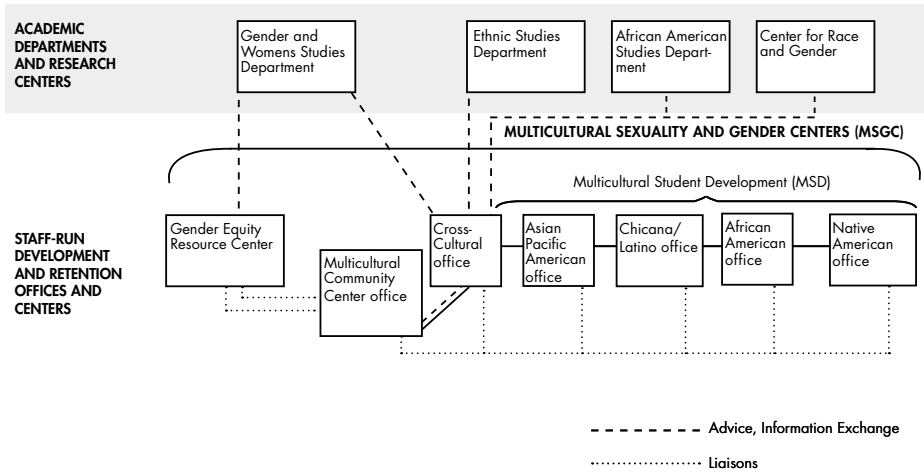
Während eines Forschungsaufenthaltes Anfang des Jahres 2014 habe ich in sieben qualitativen Interviews Praktiker_innen der Diversitätspolitik gefragt, wie sie ihre Arbeit begreifen und inwiefern intersektionale und queere Ansätze hier eine Rolle spielen (Wagner 2014).² Ziel war, die in der Forschung bemängelte Lücke zu schließen, dass es kaum empirische Studien gäbe, in denen Praktiker_innen selbst zu Wort kämen (Ahmed 2012; Knapp 2013). In der ergänzend durchgeführten Dokumentenanalyse lag der Fokus auf der institutionalisierten Geschlechter- und Antirassismuspolitik.

Vielfältige Institutionalisierungen sozialer Bewegungen an der UC Berkeley

Die Diversitätspolitik der UC Berkeley untersteht dem Vizepräsidenten für Gerechtigkeit und Inklusion und die Diskriminierungsdimensionen race, class, gender, sexuality und disability werden im Rahmen von sieben Clustern bearbeitet. Eines dieser sieben horizontal angeordneten Cluster der *Division of Equity and Inclusion* sind die Multicultural, Sexuality und Gender Centers (MSGC), in deren Rahmen die institutionalisierte Gleichstellungs- und Antirassismuspolitik der Universität umgesetzt wird.

Diese Zentren bieten vielfältige Ressourcen und Anlaufpunkte für Studierende und sind sowohl in sich intersektional angelegt als auch durch Vernetzungen untereinander. So stellt beispielsweise das Gender Equity Resource Center (GenEq) (zuständig für Gleichstellungspolitik) mit vier Mitarbeiter_innen Ressourcen für Frauen, LGBTQ sowie queere Studierende of Color zur Verfügung und ist gleichzeitig über sogenannte Liaisons mit dem Multicultural Student Development (zuständig für Antirassismuspolitik) vernetzt. Die Liaisons werden explizit dafür eingesetzt die Intersektionen zu „managen“. Ihre Aufgabe besteht beispielsweise darin, dass sie in Meetings die Leitung der verschiedenen Zentren über aktuelle Themen und Termine der jeweils anderen Zentren auf dem Laufenden halten, gezielt intersektionale Veranstaltungen planen, problematische Äußerungen in den jeweiligen Räumen benennen und für unterrepräsentierte Gruppen eintreten.

Das Multicultural Student Development umfasst ein cross-cultural Office und vier ethnic specific Offices mit je einer Mitarbeiter_in sowie das Multicultural Community Center (MCC), für das insgesamt drei Mitarbeiter_innen und etwa 30-40 Studierende zuständig sind. In den größeren Räumlichkeiten des MCC organisieren diese ein vielfältiges kulturelles Angebot für eine sehr heterogene Gruppe aus Studierenden of Color, queeren Studierenden, und queeren Studierenden of Color, Studierenden, die aus Nichtakademiker_innenfamilien kommen, ebenso wie Studierenden ohne Aufenthaltsstatus. In allen Zentren werden zahlreiche Studierende angeleitet und praktisch ausgebildet. Auf diese Weise bilden sich aus den Zentren heraus eigene Organisationen.³



Die Grafik veranschaulicht, dass es für die Diversitätspolitik der UC Berkeley zentral ist, dass die Zentren nicht in einer isolierten Struktur arbeiten, sondern auch durch die akademischen Institute unterstützt werden und sich hier eine ähnliche Struktur widerspiegelt. So findet sich für fast jedes der Center ein Äquivalent in einem der akademischen Institute, sprich die Gender & Women's Studies, die LGBT & Queer Studies, die Ethnic Studies, die African American Studies sowie das Center for Race and Gender.

Wichtig für diesen Kontext ist auch, dass die Universität ihre Geschichte als „long story of engagement“ beschreibt.⁴ Im Kontext der „Hochzeit sozialer Bewegungen“ (Knapp 2013) artikulierten sich auf dem Campus Berkeley in den 1960er und 1970er Jahren teilweise gleichzeitig, teilweise ineinander übergehend die Free Speech Movement, die in direktem Zusammenhang mit der Civil Rights Movement steht, der Disability Rights Movement, der Gay and Lesbian Rights Movement, ebenso wie der Women's Movement, in deren Rahmen vor allem auch Feminist_innen of Color aktiv waren.

Alle der genannten Institute und Forschungszentren sind laut den Interviews auf eben diese sozialen Kämpfe zurückzuführen und arbeiten nach einem ähnlichen Prinzip. Die Mitarbeiter_innen der MSGC nehmen die wissenschaftliche Expertise der Institute auf und lassen sich von ihnen in ihrer praktischen Arbeit inspirieren.

Eine weitere sehr wichtige Ebene, die in die obige Grafik keinen Eingang fand, umfasst die zahlreichen studentischen Organisationen, die direkt mit den MSGC zusammenarbeiten. Über die Studierenden wird in den Zentren eine enge Verbindung zu sozialen Bewegungen vor Ort hergestellt und immer wieder eruiert, welche Räume neu gestaltet und welche weiteren oder anderen Ressourcen zur Verfügung gestellt werden müssen. Somit ergibt sich in der praktischen wie wissenschaftlichen Arbeit einerseits ein jeweils inhaltlich gesellschaftspolitischer Fokus, andererseits

werden auch explizit die Intersektionen bearbeitet. Gerade das Center for Race and Gender stellt letzteres sicher.

Die Struktur der Diversitätspolitik der UC Berkeley lässt sich demzufolge zusammenfassend als ein hochgradig komplexes und ausdifferenziertes Geflecht an miteinander im Austausch stehenden Institutionen beschreiben, die historisch vor allem aus sozialen Bewegungen heraus entstanden sind und mit diesen immer noch zusammen arbeiten (Wagner 2014). Über die von unten entstandenen Zentren, die inzwischen stark in eine top-down Struktur eingebunden werden, sind aktuell nicht nur Antidiskriminierungspolitik, Lehre und Forschung miteinander verzahnt, sondern werden auch alle Statusgruppen miteinander vernetzt. Die immer stärkere Strukturierung der Zentren von oben und Zusammenfassung in Clustern wird von den Praktiker_innen dabei als Bedrohung ihrer Arbeitsweise wahrgenommen. Auf diese Arbeitsweise soll im Folgenden ausführlicher eingegangen werden.

„Working from both Ends“

Wie dargelegt, ist das Besondere an den historisch gewachsenen Strukturen der antidiskriminierungsrechtlich ausgerichteten Diversitätspolitik der Universität die durch diese ermöglichte Verbindung intersektionaler und queerer Ansätze, die von den befragten Mitarbeiter_innen als zentrale Arbeitsweise aller Center des MSGC beschrieben wurde. Hier spiegelt sich wider, dass die Entstehung der Center auf die Forderungen der sozialen Bewegungen zurückzuführen ist. Auch die Entwicklung der theoretischen Ansätze ist eng mit diesen verknüpft. Ebenso bilden die Positionierungen, Erfahrungen und Identitäten der interviewten Mitarbeiter_innen, die alle People of Color sind und von denen sich mehr als die Hälfte als queer identifizierte, einen zentralen Ausgangspunkt für diesen Ansatz.

Intersektionale und queere Ansätze zu verbinden, heißt immer wieder eine neue Balance zu finden bzw. dem Dilemma zu begegnen, sich permanent zwischen Identitätskonstruktion und Identitätskritik zu bewegen. Diesem Dilemma begegneten die Praktiker_innen mit einem Konzept, das als „Working from both Ends“ bezeichnet werden kann, und bei dem intersektionale und queere Ansätze verbunden werden. So formulierten sie das Ziel, sowohl sichere Räume und Politiken für Personen zu schaffen, die gemeinsame Erfahrungen in Bezug auf ihre soziale Identität teilen, als auch Räume und Strategien, in denen Verständigung darüber hinaus passieren müsste.

Die derzeitigen Strukturen des MSGC spiegeln dieses Verständnis insofern wieder, als dass hier versucht wird, die getrennten Center aufrecht zu erhalten, während man gleichzeitig übergeordnete Strukturen schafft, die das „Working from both Ends“ ermöglichen. Dabei ergänzen sich beispielsweise auf den ersten Blick widersprüchliche Ansichten des GenEq und des MCC. So formulierten Mitarbeiter_innen des GenEq eine Perspektive, die auf die Auflösung von Identitäten hinausläuft („We look for the end of identity“), während Mitarbeiter_innen des MCC stärker betonten,

dass es in Zeiten eines liberalen Multikulturalismus darum ginge, Unterschiedlichkeiten am Leben zu erhalten („We are trying to keep difference alive“). Diese unterschiedlichen Perspektiven scheinen in der derzeitigen Struktur nebeneinander bestehen zu können, sahen doch alle der befragten Mitarbeiter_innen ihre gemeinsame Rolle darin, die Institution Universität beständig herauszufordern („It’s our role to not be neat and tidy“). Die geschaffenen Community Centers würden im Anschluss an soziale Bewegungen immer wieder hinterfragt. Diesen Prozess versuchen die Mitarbeiter_innen selbst zu institutionalisieren, indem sie beispielsweise Namen der Center und ihrer Untereinheiten beibehalten auch wenn sie in einem Spannungsverhältnis zueinander stehen. So ist es auf den ersten Blick vielleicht fraglich, warum es die Multicultural Student Development Offices und im Rahmen dieser wiederum ein Cross-Cultural Office gibt oder warum das Multicultural Community Center zwar mit diesen verbunden, aber auch unabhängig von diesen existiert. Die Benennung spiegelt dabei zum einen wider, dass diese Struktur aus Kämpfen heraus entstanden ist, zum anderen zeigt sie auch an, an welchem Punkt die Bewegung zu dem jeweiligen Zeitpunkt stand und dass diese Institutionalisierungsprozesse nie vollständig abgeschlossen sein werden.

Dabei ist anzumerken, dass gerade die für die Arbeitsweise so wichtige horizontale und nicht hierarchische Struktur der Zentren untereinander von der Universitätsleitung in Frage gestellt und in diese eingegriffen wird. Die Mitarbeiter_innen sehen ihre Arbeit dementsprechend als kontinuierliche Herausforderung und beschreiben sie als einen beständigen Kampf für den Erhalt der Strukturen, die ihnen ihre Arbeitsweise ermöglicht. Die Einführung etwa eines „Diversity-Centers“ lehnen sie strikt ab. Trotz angesprochener Vereinnahmungstendenzen sehen die Praktiker_innen die Verankerung der Ziele „Diversity, Equity and Inclusion“ auf der Leitungsebene als sehr wichtig an, da es ihrer Arbeit einen besseren Legitimationsrahmen böte. Diesen nutzten sie in der tatsächlichen Praxis für Antidiskriminierungspolitik, um so *ihrem* Bild von Exzellenz der Universität näher zu kommen. Dies gleicht Ergebnissen Ahmeds zu Rassismus und Diversität in Institutionen, sagen doch auch die von ihr befragten Praktiker_innen dass „der Diversity-Begriff (...) nützlich sein (könne), weil er Menschen einen Zugang ermöglicht: Sobald sie ‚drin‘ sind, so die Schlussfolgerung, können wir andere Sachen machen, oder sogar einen anderen Begriffsrahmen nutzen“ (Ahmed 2011, 134).

Diversitätspolitik – von Ursprüngen und Perspektiven der Institutionalisierung

Insgesamt sind mit Blick auf die Diversitätspolitik der UC Berkeley die vielen verschiedenen erkämpften Begegnungsorte, an denen sie immer wieder mit Leben gefüllt wird, als Besonderheit herauszustellen. Geschichte(n) und soziale Kämpfe haben hier ein Gesicht, indem physische Orte innerhalb der Institution geschaffen wurden, für deren Erhalt sich Studierende unermüdlich einsetzen.⁵ Intersektionale

und queere Ansätze mit ihren Wurzeln in sozialen Bewegungen werden hier bereits als einander korrigierende Perspektiven auf Diversitätspolitik verstanden und angewandt, so wie es Dietze, Haschemi Yekani und Michaelis (2012) vorschlagen. Für die erfolgreiche Umsetzung von Diversitätspolitik ist es laut den Praktiker_innen notwendig, dass sich Struktur und Arbeitsweise gegenseitig ermöglichen. Wie erläutert, sind die verschiedenen Zentren der Diversitätspolitik von großer Bedeutung bzw. dass diese nicht hierarchisch organisiert sind, sondern die verschiedenen Diskriminierungsdimensionen und deren Intersektionen – sowohl einzeln als auch gemeinsam – bearbeiten, und dass sich darüber hinaus diese Struktur auch auf der Ebene der akademischen Institute widerspiegelt.

In Bezug auf die Übertragbarkeit in den bundesdeutschen Kontext zeigt das Beispiel Berkeley zum einen, dass Diversitätspolitik nicht am Reißbrett, sondern eng an den Forderungen der sozialen Bewegungen und Akteur_innen vor Ort zu entwickeln ist. Eine Forderung, wie eine solche nicht-hierarchische Struktur beispielsweise im deutschen Kontext umgesetzt werden könnte, findet sich im Strategiepapier „Institutioneller Rassismus was tun?“ von Natasha Kelly (2013).

Zum anderen wird aber auch deutlich, dass eine umfassende Transformation von Gleichstellungs- zu Diversitätspolitik stattfinden muss, wenn im Sinne von Antidiskriminierungspolitik verschiedene Diskriminierungsdimensionen gleichwertig bearbeitet werden sollen (Antidiskriminierungsstelle des Bundes 2012; Krell 2013).⁶ Eine Ausdifferenzierung auf der Ebene der Antidiskriminierungspolitik und die getrennte Bearbeitung verschiedener Diskriminierungsdimensionen ist nötig, um deren Intersektionen angemessen bearbeiten zu können. Aber auch forschungsbezogen braucht es eine Ausdifferenzierung, die über die Geschlechterstudien hinausreicht. So sollten auch Forschung und Lehre getrennt nach Diskriminierungsdimensionen gefördert werden, um dann wiederum auf dieser Ebene deren Überschneidungen übergreifend bearbeiten zu können. Hierfür ist es wichtig, die notwendigen Ressourcen und Orte innerhalb der Institution zur Verfügung zu stellen und die Forschung in allen diesen Feldern zu fördern.

Anmerkungen

- 1 Bezüglich der Frage nach der Bedeutung der Ergebnisse für den hiesigen Kontext ist selbstverständlich zu berücksichtigen, dass die dortige Diversitätspolitik in einem anderen historisch-politischen und rechtlich-institutionellen Kontext entstand und praktiziert wird.
- 2 Unter Praktiker_innen verstehe ich im Anschluss an Ahmed (2012) von der Universität festgestellte Mitarbeiter_innen, die für Diversitätspolitik zuständig sind. Befragt wurden vier Praktiker_innen, zwei studentische Mitarbeiter_innen und eine Professorin. Alle Befragten sind im Rahmen der Multicultural, Sexuality and Gender Centers tätig.
- 3 Das Gender Equity Ressource Center beschäftigt um die 20 bis 30 Praktikant_innen, die für ihre Arbeit Studienpunkte erhalten. Das MCC beschäftigt ca. 30 bis 40 studentische Hilfskräfte. Der Unterschied beruht auf einer speziellen Finanzförderung für Antirassismuarbeit, die die Universität zur Verfügung

stellt. Insgesamt konnten zum Erhebungszeitpunkt im Bereich des GenEq etwa 30 studentische Organisationen gezählt werden.

- 4 Siehe: <http://www.berkeley.edu/about/hist/activism.shtml> (25.08.14).
- 5 Jahrelange Forderungen nach einem Ethnic Studies Department und einem Multicultural Community Center mündeten sogar in einen Hungerstreik, mit dem Studierende auf sich aufmerksam machten und sich durchsetzten. Eine Genealogie der Ereignisse wird im Film „On Strike, Ethnic Studies 1969-1999“ dargestellt. In: <http://vimeo.com/23242564> (15.07.2015).
- 6 Mit dem Konzept „Radical Diversity“ haben Leah Carola Czollek, Gudrun Perko und Heike Weinbach (2012) ein Modell für den deutschsprachigen Raum entwickelt, das einen ähnlichen Ansatz verfolgt.

Literatur

Ahmed, Sara, 2011: „You end up doing the document rather than doing the doing“: Diversity, Race Equality und Dokumentationspolitiken. In: Castro Varela, María do Mar/ Dhawan, Nikita (Hg.): Soziale (Un)Gerechtigkeit: Kritische Perspektiven auf Diversity, Intersektionalität und Antidiskriminierung. Berlin, 118-138.

Ahmed, Sara, 2012: On being Included. Racism and Diversity in Institutional Life. Durham, London.

Antidiskriminierungsstelle des Bundes, 2012: Endbericht zum Projekt Diskriminierungsfreie Hochschule. Mit Vielfalt Wissen schaffen. Internet: http://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/Downloads/DE/publikationen/Endbericht-Diskriminierungsfreie-Hochschule-20120705.pdf?__blob=publicationFile (15.07.2015).

Blome, Eva/Erfeimer, Alexandra/Gülcher, Nina/Smykalla, Sandra (Hg.), 2013: Handbuch zur Gleichstellungspolitik an Hochschulen: von der Frauenförderung zum Diversity Management? Wiesbaden.

Czollek, Leah Carola/Perko, Gudrun/Weinbach, Heike, 2012: Radical Diversity im Zeichen von Social Justice. Philosophische Grundlagen und praktische Umsetzung von Diversity in Institutionen. In: Castro Varela, María do Mar/ Dhawan, Nikita (Hg.): Soziale (Un)Gerechtigkeit: Kritische Perspektiven auf Diversity, Intersektionalität und Antidiskriminierung. Berlin, 260-276.

Dietze, Gabriele/Haschemi Yekani, Elahe/Michaelis, Beatrice, 2012: 'Checks and balances': Zum Verhältnis von Intersektionalität und Queer Theory. In: Walgenbach, Katharina/Dietze, Gabriele/Hornscheidt, Lann/Palm, Kerstin (Hg.): Gender als interdependente Kategorie. Neue Perspektiven auf Intersektionalität, Diversität und Heterogenität. Opladen, 107-139.

Erel, Umut/Haritaworn, Jin/Rodríguez, Encarnación Gutiérrez/Klesse, Christian, 2008: On the Depoliticisation of Intersectionality Talk: Conceptualising multiple Oppressions in Critical Sexuality Studies. In: Kuntsman, Adi/Esperanza, Miyake (Hg.): Out of Place: Interrogating Silences in Queerness/Raciality. New York, 265-292.

Gröning, Katharina, 2009: Stagnation der Gleichstellungspolitik. In: Riegraf, Birgit/Plöger, Lydia (Hg.): Gefühlte Nähe, Faktische Distanz. Geschlecht zwischen Wissenschaft und Politik. Opladen, 149-162.

Kelly, Natasha A., 2013: Institutioneller Rassismus was tun? Strategiepapier für den Präsidenten der Humboldt Universität zu Berlin, Prof. Dr. Olbertz. Internet: <http://www.natashaakelly.com/institutioneller-rassismus-was-tun/> (15.07.2015).

Klein, Uta, 2012: Gleichstellungspolitiken und Diversitykonzepte an Hochschulen: Problematische oder konstruktive Verbindungen. In: Klein, Uta/Heitzmann, Daniela (Hg.) Diversity konkret gemacht. Wege zur Gestaltung von Vielfalt an Hochschulen. Weinheim und Basel, 155-177.

Klein, Uta, 2013: Diversityorientierung und Hochschulen im Wettbewerb: Ein Plädoyer für Diversitätspolitik. In: Bender, Saskia Fee/Schmidbauer, Marianne/Wolde, Anja (Hg.): Diversity ent-decken. Reichweiten und Grenzen von Diversity Policies and Hochschulen. Weinheim, Basel, 79-96.

Knapp, Gudrun-Axeli, 2013: Diversity and Beyond. Vom praktischen Nutzen feministischer Theorie. In: Bender, Saskia Fee/Schmidbauer, Marianne/Wolde, Anja (Hg.): Diversity ent-decken. Reichweiten und Grenzen von Diversity Policies and Hochschulen. Weinheim, Basel, 32-59.

Krell, Gertraude, 2013: Vielfältige Perspektiven auf Diversity: erkunden, enthüllen, erzeugen. In: Bender, Saskia Fee/Schmidbauer, Marianne/Wolde, Anja (Hg.): Diversity ent-decken. Reichweiten und Grenzen von Diversity Policies and Hochschulen. Weinheim, Basel, 61-77.

Lorde, Audre, 1984: Sister Outsider. Essay and Speeches. Berkeley.

Lutz, Helma, 2013: Aufbruch oder business as usual? Vielfalt und Diversitätspolitik an deutschen Hochschulen. In: Bender, Saskia Fee/Schmidbauer, Marianne/Wolde, Anja (Hg.): Diversity ent-decken. Reichweiten und Grenzen von Diversity Policies and Hochschulen. Weinheim, Basel, 13-31.

Perko, Gudrun, 2007: Queer-Theorie: Dekonstruktion von Identitätspolitiken und das Modell der Pluralität. E-Journal. Philosophie der Psychologie. Internet: http://www.social-justice.eu/texte/QueerTheory_2%5BPerko%5D.pdf. (03.05.2014).

Wagner, Lucienne, 2014: Working from both Ends - Möglichkeiten einer intersektionalen und queeren Diversitätspolitik. Eine empirische Fallstudie an der University of California, Berkeley. Unveröffentlichte Master-Arbeit, Institut für Sozialwissenschaften, Humboldt-Universität zu Berlin.

Wissenschaftszeitvertragsgesetz auf dem Prüfstand

ANDREAS KELLER

Die Probleme sind bekannt und werden von fast niemandem mehr geleugnet. Inzwischen sind 90% der knapp 170.000 wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an Hochschulen befristet beschäftigt (Konsortium Bundesbericht Wissenschaftlicher Nachwuchs 2013, 194). Über die Hälfte der Zeitverträge hat eine Laufzeit von unter einem Jahr (Jongmanns 2011, 73). Daneben gibt es eine wachsende Zahl von Lehrbeauftragten, mittlerweile über 90.000 und damit doppelt so viel wie Professorinnen und Professoren, die als Dumping-Lehrkräfte eingesetzt werden (Statistisches Bundesamt 2014). Die Karrierewege in der Wissenschaft sind in Deutschland lang und steinig – wer es nicht auf eine Professur schafft, muss in der Regel früher oder später aus dem System aussteigen. Häufiger noch als Männer trifft das Frauen: Es gibt zwar inzwischen über 40% Doktorandinnen, aber der Frauenanteil bei den Professuren mit der höchsten Besoldungsstufe W3 bzw. C4 liegt immer noch bei nur 17%.¹

Von gewerkschaftlichen Forderungen zu ersten politischen Erfolgen

Endlich stehen die Karrierewege und Beschäftigungsbedingungen in Hochschule und Forschung im Fokus der wissenschaftspolitischen Diskussion. Dazu hat zweifellos die Kampagne für den „Traumjob Wissenschaft“ beigetragen, die die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) 2010 mit dem Templiner Manifest gestartet hat.² 2012 folgte der Herrschinger Kodex „Gute Arbeit in der Wissenschaft“ – ein Leitfaden für Selbstverpflichtungen von Hochschulen und Forschungseinrichtungen. Mit dem Köpenicker Appell forderte die GEW 2013 die neue Bundesregierung zum Handeln auf.

Und tatsächlich ist es gelungen, die politische Agenda zu verändern. Im Bund, in den Ländern und in Wissenschaftsorganisationen wird über die Reform der Karrierewege und eine Stabilisierung der Beschäftigung diskutiert. Hochschulen und Forschungseinrichtungen arbeiten Kodizes für gute Arbeit aus. Länder wie zuletzt Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg, Hamburg oder Brandenburg greifen Impulse des Templiner Manifest bei der Novellierung ihrer Hochschulgesetze auf. Und jetzt möchte endlich der Bund aktiv werden.

Im Mittelpunkt der Herausforderungen für den Bund steht das Wissenschaftszeitvertragsgesetz (WissZeitVG). Dieses 2007 in Kraft getretene Gesetz, dessen Regeln auf die Novellierung des Hochschulrahmengesetzes von 1986 zurückgehen und die 2001 umfassend überarbeitet wurden, hat ein umfassendes Sonderbefristungsrecht für Hochschulen und Forschungseinrichtungen etabliert. Während das allgemeine Arbeitsrecht in Übereinstimmung mit den Richtlinien der Europäischen Union das unbefristete Beschäftigungsverhältnis zur Norm erklärt, von der nur in klar definierten Ausnahmen abgewichen darf, hat das WissZeitVG die Verhältnisse in der Wissenschaft auf den Kopf gestellt: Mindestens zwölf Jahre, in der Medizin sogar 15 Jahre sachgrundlose Befristung sind möglich, darüber hinaus ist im Falle von Drittmittelfinanzierung eine unbegrenzte Befristung auch in Form von Kettenarbeitsverträgen möglich. Letzteres ist als Folge des politisch gewollten Paradigmenwechsels in der Wissenschaftsfinanzierung zunehmend der Fall – die Grundfinanzierung der Hochschulen stagniert, aber die befristete Projektfinanzierung über die Deutsche Forschungsgemeinschaft, Bund-Länder-Pakte und die Exzellenzinitiative nimmt stetig zu.

Im Januar 2015 hat die GEW einen eigenen Gesetzentwurf für eine umfassende Reform des WissZeitVG vorgelegt (GEW 2015). Dauerstellen für Daueraufgaben, Mindeststandards für Zeitverträge, verbindliche Ausgestaltung der familienpolitischen Komponente, Aufhebung der Tarifsperre – das sind wichtige Eckpunkte des GEW-Gesetzentwurfs, der im Rahmen des 6. Follow-up-Kongresses zum Templiner Manifest in Berlin mit Abgeordneten aus allen vier Bundestagsfraktionen diskutiert wurde und ein großes Echo auslöste.

Bereits drei Tage später kündigte Bundesbildungsministerin Johanna Wanka (CDU) im Interview mit der Süddeutschen Zeitung (19.01.2015) an: „Ja, wir werden das

Wissenschaftszeitvertragsgesetz anpassen.“ Für Daueraufgaben der Hochschulen müsse es künftig Dauerstellen geben, bei Verträgen mit Doktorandinnen und Doktoranden müsse sich die Vertragsdauer an dem Zeitbedarf für die Promotion orientieren, bei Drittmittelverträgen an der Projektlaufzeit. Es folgten Eckpunkte zuerst der SPD-Fraktion im Bundestag, dann der Unionsfraktion und schließlich ein gemeinsames Papier der Großen Koalition, im Juli schließlich der Gesetzentwurf des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF), zunächst als persönlicher Standpunkt der Ministerin, dann als ReferentInnenentwurf des Ministeriums.

Reformvorschläge mit familienpolitischen Fallstricken

In etlichen Punkten greift der BMBF-Gesetzentwurf Vorschläge der GEW auf (Keller 2015), aber oft nicht in ausreichendem Maße wie die folgenden Beispiele zeigen. Dauerstellen für Daueraufgaben: Die sachgrundlose Befristung von Arbeitsverträgen soll künftig an die wissenschaftliche Qualifizierung gebunden werden, heißt es im ReferentInnenentwurf. Diese Vorgabe ist aber wertlos, wenn sie nicht mit einem Anspruch der befristet Beschäftigten auf Qualifizierung während der Arbeitszeit verknüpft wird. Wer zur Promotion eingestellt wird, muss tatsächlich die Chance bekommen, seine Doktorarbeit zu schreiben. Andernfalls wird das Instrument des Zeitvertrags missbraucht. Die GEW hat daher vorgeschlagen, dass die Hälfte der Arbeitszeit für Promotion oder Habilitation reserviert wird.

Mindestlaufzeiten für Zeitverträge: Die Laufzeit des Arbeitsvertrags soll sich an der Dauer der Qualifizierung bzw. der Laufzeit eines Drittmittelprojekts orientieren, ist im BMBF-Entwurf zu lesen. Ohne eine feste Untergrenze droht die Vorschrift jedoch ins Leere zu laufen. Viele Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler könnten weiterhin mit Kurzzeitverträgen abgespeist werden. Die GEW schlägt daher eine Untergrenze von drei Jahren für Arbeitsverträge mit Doktorandinnen und Doktoranden sowie mit Postdocs vor. Bei Drittmittelverträgen nimmt der BMBF-Entwurf auf die Dauer der Mittelbewilligung Bezug und nicht, wie von der GEW vorgeschlagen, auf die Projektlaufzeit. Da die Mittel von insgesamt bewilligten Drittmittelprojekten häufig in Tranchen freigegeben werden, könnte die vorgeschlagene Formulierung ihre Wirkung verfehlen.

Familienpolitische Komponente I: Bei der so genannten familienpolitischen Komponente des WissZeitVG bleibt der BMBF-Gesetzentwurf weit hinter den Erwartungen zurück. Die einzigen Änderungen, die das BMBF in diesem Zusammenhang vorsieht, haben überfällige Klarstellungen zum Gegenstand: Kinder, deren Betreuung gemäß § 2 Absatz 1 WissZeitVG zur Ausweitung der Höchstbefristungsdauer von zwölf (in der Medizin 15) Jahren um weitere zwei Jahre pro Kind führt, sollen künftig nicht nur leibliche Kinder, sondern auch andere, zu denen eine rechtlich verfestigte Familienbeziehung besteht, sein können, insbesondere auch Stief- und Pflegekinder. Eine entsprechende Klarstellung ist für den Anspruch auf Vertragsverlängerung bei Mutterschutz und Elternzeit gemäß § 2 Absatz 5 WissZeitVG vorgesehen.

Familienpolitische Komponente II: Weiter möchte das BMBF eine Regelungslücke im Zusammenhang mit dem Anspruch auf Verlängerung von sachgrundlos befristeten Zeitverträgen bei Unterbrechungen des Arbeitsverhältnisses durch Mutterschutz oder Elternzeit (sowie bei der Pflege von Angehörigen, der Freistellung für die Personalvertretung oder als Gleichstellungsbeauftragte oder zur Ausübung eines Mandats) gemäß § 2 Absatz 5 WissZeitVG schließen. Die geltende Regelung zur Anrechnung dieser Zeiten bezieht sich nur auf die durch die Zeiten ausgelösten Verlängerungen der Beschäftigungsverhältnisse, nicht auf die Zeiten einer Beurlaubung oder Arbeitszeitermäßigung selbst. Das bedeutet, dass im Falle einer Nichteinlösung des Verlängerungsanspruchs – etwa im Falle eines Arbeitgeberwechsels – keine Ausweitung der Höchstbefristungsdauer erfolgt, also die Dauer der Unterbrechung zu Lasten der Qualifizierungszeit geht. Die Schließung dieser Regelungslücke ist überfällig – sind doch Arbeitgeberwechsel in der Wissenschaft eher die Regel als die Ausnahme.

Trotz dieser wichtigen Klarstellungen und Korrekturen bleibt festzuhalten, dass die strukturellen Defizite der familienpolitischen Komponente des WissZeitVG bestehen bleiben, wenn es nach dem BMBF geht. Wer keinen gemäß § 2 Absatz 1 sachgrundlos befristeten, sondern einen gemäß § 2 Absatz 2 drittmittelfristeten Arbeitsvertrag hat, soll weiterhin keinen Anspruch auf eine Vertragsverlängerung nach einer Unterbrechung durch Mutterschutz und Elternzeit und den weiteren Unterbrechungstatbeständen gemäß § 2 Absatz 5 WissZeitVG bekommen. Damit bliebe es bei der sachlich nicht zu rechtfertigenden Ungleichbehandlung von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, die nicht selten die gleiche Arbeit im selben Büro oder Labor verrichten. Und ob der Vertrag bei Kinderbetreuung (ohne eine Unterbrechung oder Arbeitszeitreduzierung) verlängert wird, soll auch in Zukunft der Willkür der Arbeitgeber unterliegen – einen Rechtsanspruch der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler gibt es nicht. Bisher machen die Arbeitgeber nur sehr zurückhaltend und „fast ausschließlich für den Individualfall“ Gebrauch (Jongmanns 2011: 55).

Weiteres Engagement dringend nötig

Der Gesetzentwurf sollte also nicht nur nachgebessert, sondern gründlich gegen den Strich gebürstet werden. Darauf sollte nicht nur von gewerkschaftlicher Seite sondern auch von den von Kurzzeitverträgen betroffenen und bedrohten Kolleginnen und Kollegen gedrängt werden. Die GEW ruft daher für den 2. bis 6. November 2015 zu einer bundesweiten Aktionswoche „Traumjob Wissenschaft“ auf.³ Mit der Aktionswoche möchten wir zum einen den Druck auf den Bund erhöhen, eine wirksame Reform des WissZeitVG auf den Weg zu bringen und spätestens zum 1. Januar 2016 in Kraft zu setzen. Zum anderen sind aber auch die Länder sowie die Hochschulen und Forschungseinrichtungen gefragt. Auch sie müssen sich bewegen und sich ihrer Verantwortung für berechenbare Karrierewege und faire Beschäftigungsbedingungen stellen.

Anmerkungen

- 1 CEWS – Center of Excellence Women and Science, <http://www.gesis.org/cews/informationsangebote/statistiken/thematische-suche/detailanzeige/article/frauenanteile-an-habilitationen-berufungen-professuren-und-c4w3-professuren-1980-2013/> (31.7.2015).
- 2 Das Templiner Manifest und die weiteren GEW-Dokumente sind unter www.templiner-manifest.de abrufbar.
- 3 Weitere Informationen unter www.traumjob-wissenschaft.de.

Literatur

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Hauptvorstand (Hg.), 2015: Dauerstellen für Daueraufgaben, Mindeststandards für Zeitverträge. Der GEW-Gesetzentwurf für eine Reform des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes (WissZeitVG). Vorgelegt von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft im Januar 2015. Frankfurt/M. 2015. Internet: <http://www.gew.de/wissenschaft/wissenschaftszeitvertragsgesetz/> (30.07.2015).

Jongmanns, Georg, 2011: Evaluation des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes. Gesetzesevaluation im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung. HIS-Projektbericht März 2011. Hannover.

Keller, Andreas, 2015: Stellungnahme der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) zum Referentenentwurf des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) für ein Erstes Gesetz zur Änderung des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes (1. WissZeitVGÄndG). Frankfurt am Main. Internet: <http://www.gew.de/wissenschaft/aktuelles/detailseite/neuigkeiten/novellierung-des-wissenschaftszeitvertragsgesetzes-wanka-papier-wird-referentenentwurf/> (30.07.2015).

Konsortium Bundesbericht Wissenschaftlicher Nachwuchs, 2013: Bundesbericht Wissenschaftlicher Nachwuchs 2013. Statistische Daten und Forschungsbefunde zu Promovierenden und Promovierten in Deutschland. Bielefeld.

Statistisches Bundesamt, 2014: Fachserie 11, Reihe 4.4. Bildung und Kultur. Personal an Hochschulen. Wiesbaden.

Geschlechtergerechtigkeit in der europäischen Wissenschaftspolitik – Einführung, Konsolidierung und neuere Entwicklungen¹

ANKE LIPINSKY

Die europäischen Institutionen diskutieren das Problem der Geschlechtergerechtigkeit(en) im Rahmen ihrer Menschenrechts-, Sozial- und Arbeitsmarktpolitiken bereits seit 1957 (Mergaert 2012; Abels 2012). Eingang in die europäische Wis-

senschafts- und Innovationspolitik fand das Thema jedoch erst kurz vor der Jahrtausendwende. Dieser Beitrag skizziert die Einführung, Konsolidierung und neuere Entwicklungen des Themenkomplexes „Geschlechtergerechtigkeit in der Wissenschaftspolitik der Europäischen Kommission“ der letzten 16 Jahre hinsichtlich seiner Wirksamkeit auf europäische und nationale Forschungspolitiken. Besonders berücksichtigt werden dabei politische und konzeptionelle Rahmungen von Gender und Mainstreaming.

Einführung von Zielen zur Geschlechtergerechtigkeit in die europäische Wissenschaftspolitik

Im Jahr 1998 legte der Ministerrat eine Empfehlung an die Mitgliedstaaten zur Anwendung des „Gender Mainstreaming in der Politik“ auf Grundlage eines Sachverständigenberichts vor. Die Empfehlung des Ministerrats bekräftigte, dass Gleichstellung zwischen Frauen und Männern einen integralen Bestandteil europäischer Werte darstelle und durch die Gewährleistung von Geschlechtergerechtigkeit sich die Europäische Union ihrem Ziel der größeren Einheit („unity“) unter seinen Mitgliedern dadurch nähere, dass gemeinschaftliche bzw. geteilte Ideale und Prinzipien gefördert und sichergestellt würden (Council of Europe, Committee of Ministers 1998).² Der Ministerrat differenzierte in seiner Empfehlung zwischen der Gleichstellung *de jure* und *de facto*, und erklärte seine Überzeugung, dass Gender Mainstreaming nicht nur die reale Gleichstellung zwischen Frauen und Männern befördere, sondern durch eine höhere Erwerbsbeteiligung von Frauen makroökonomische Impulse liefere, welche politische Entscheidungsprozesse verbessere und zu mehr Demokratie führe. Der Ministerrat empfahl den Mitgliedstaaten auf dieser Grundlage die Voraussetzungen für die Umsetzung von Gender Mainstreaming herzustellen und diese Strategie bei der Gestaltung von Politiken für den öffentlichen Sektor und der Wirtschaft anzuwenden.

Die Generaldirektion Forschung und Innovation (RTD) der Europäischen Kommission beschloss –unter anderem auf dieser Grundlage – 1999 in einer Mitteilung, die Förderung der Chancengleichheit zwischen Frauen und Männern als transversale Zielstellung in ihre Wissenschaftspolitik zu integrieren. Die Mitteilung an die Mitgliedstaaten „Women and Science: Mobilising Women to enrich European Research“, bleibt bis dato die Einzige, die sich ausschließlich mit dem Thema der Unterrepräsentanz von Frauen in der Wissenschaft befasst. Hierin präsentierte die Kommission erstmalig ein kohärentes Programm zur Frauenförderung durch Forschung von Frauen, für Frauen und über Frauen, samt der Absichtserklärung, bei ihren Individualstipendien (Marie-Skłodowska-Curie), in Beratungsgremien und Komitees, Frauen mit 40% zu beteiligen (Europäische Kommission 1999). Die Ziele aus dem Jahr 1999 behielten in Ermangelung erneuerter strategischer Papiere bis ins Jahr 2012 und darüber hinaus ihre Gültigkeit (Abels/Mushaben 2012). Das 1998 empfohlene Gender Mainstreaming, welches konzeptionell im Widerspruch

zur reinen Frauenförderung steht, war damit in der europäischen Wissenschaftspolitik – im Einvernehmen mit den etablierten Gleichbehandlungsgesetzen und Frauenförderprogrammen – verhaftet in einem Gleichstellungsverständnis, welches auf Geschlechterrepräsentanz abhob, d.h. Frauenförderung und eine Inklusionspolitik ohne systemische Wirksamkeit etablierte, und institutionelle Einflussfaktoren nicht infrage stellte oder gar transformierte.

Während die Europäischen Institutionen gemäß ihrer Gesetzeslage weiterhin von einer formalen Gleichbehandlung der Geschlechter ausging, wobei diese eine Förderung unterrepräsentierter Gruppen erlaubt, trat mit Beginn des 7. Forschungsrahmenprogramms 2007 die Idee des institutionellen Wandels zur Verbesserung der Geschlechtergerechtigkeit in der Wissenschaft in den Mittelpunkt der Forschungsförderung in diesem Bereich. Dies geschah allerdings ohne dass ein offizielles Strategiepapier diesen Politikwechsel, der eine prozedurale Steuerung des Gender Mainstreamings ankündigte, einleitete. Neben Strategiepapieren und der Ausgestaltung der europäischen Forschungsförderprogramme flankieren europäische Richtlinien die Gleichstellungspolitik in (wissenschaftlichen) Beschäftigungsverhältnissen (Klein 2006), insbesondere die „Recast“-Richtlinie von 2006³. Diese regelt direkte und indirekte Diskriminierung beim Zugang zu Beschäftigungsverhältnissen, Beförderung, Entgelt, Arbeitsbedingungen und dem Zugang zu beruflicher Weiterbildung sowie den Sozialversicherungssystemen. Die Richtlinie untersagt direkte Diskriminierung aufgrund des Geschlechts im Sinne einer Gleichbehandlung der Geschlechter und spricht ebenso ein Verbot indirekter Benachteiligung aus, falls die Gleichbehandlung bei einem Geschlecht zu einem unverhältnismäßigen Nachteil führt und dieser Nachteil ungerechtfertigt ist.

Integration und De-Gendering

Erst 2012 fand das Thema Geschlechtergerechtigkeit als eine von fünf Prioritäten Eingang in den seit 2000 entwickelten Europäischen Forschungsraum (Europäische Kommission 2012). Das Kapitel „Gender Equality and Gender Mainstreaming in Research“ dieser Kommissions-Mitteilung an die Mitgliedstaaten schließt an die Ideen des Ministerrats von 1998 an und fordert Politikverantwortliche und Wissenschaftseinrichtungen gleichermaßen auf, Anreize zur Umsetzung der „Recast“-Bestimmung in der Wissenschaft zu schaffen, Maßnahmen zur ausgewogenen Repräsentanz der Geschlechter in wissenschaftlichen Entscheidungsgremien zu ergreifen und die Berücksichtigung von Geschlechterfragen in der Forschung zu stärken (ebd.). Die Mitteilung unterstützt einen prozeduralen Steuerungsansatz des Gender Mainstreamings und definiert weder den Geschlechterbegriff noch den Begriff der Geschlechtergerechtigkeit. Dennoch verlangt die Mitteilung zum Europäischen Forschungsraum von Politikgestaltenden das Einvernehmen darüber, dass Geschlechtergerechtigkeit im Sinne einer Chancen- und Ergebnisgleichheit nur durch eine Veränderung bestehender Anforderungen und Prozesse (z.B. bei der Rekrutierung

von wissenschaftlichem Personal, Forschungsförderung etc.) zu erzielen sei. Die Absicht, alle Beratungsgremien und Komitees der Europäischen Institutionen mit 40% des unterrepräsentierten Geschlechts zu besetzen, besteht weiterhin.

Das politische Rahmenkonzept „Responsible Research and Innovation“ (RRI) (Strand et al. 2015) bildet seit 2013 den neuesten Kontext für Ziele der Geschlechtergerechtigkeit in der Wissenschaft und will Querschnittsthemen (Wissenschaftssteuerung, Public Engagement, Gleichstellung, Open Access, Ethik) und wissenschaftsforscherische Angelegenheiten (Science Studies) innerhalb anderer EU-Förderlinien und im Europäischen Forschungsraum etablieren. Dass Gleichstellungsziele hierin eine von sieben thematischen Optionen darstellen und dadurch weder eine angebrachte Sichtbarkeit erfahren noch mit der angemessenen Verbindlichkeit präsentiert werden, schwächt die bisherige Umsetzungsstrategie der Kommission. Dabei verankert die Europäische Kommission in der Verordnung über Horizont 2020, den Beteiligungsregeln sowie in der Ausführungsvereinbarung zu Horizont 2020 ihre Gleichstellungsziele als verbindlich und querschnittlich. Damit basiert das Anliegen der Geschlechtergerechtigkeit, zumindest im Sinne der Geschlechterrepräsentation und der Berücksichtigung von Gender in der Forschung, in der europäischen Forschungsförderung auf einer umfangreichen Rechtsgrundlage. Diese Tatsache trifft auf die Mehrzahl der anderen Themen in RRI nicht zu. Im EFR stellt ein Mainstreaming von Geschlechterfragen mit Wohlwollen noch ein „trojanisches Pferd“ dar (Woodward 2008, 2004), welches auf weitere Politikfelder, insbesondere aber in den EU Mitgliedstaaten einwirkt. Einen vergleichbaren Effekt durch die Gleichstellungsziele innerhalb von RRI erzielen zu können, ist nicht zu erwarten.

Wie wirken europäische Gleichstellungsziele auf die nationalen Wissenschaftspolitiken?

Ein Blick in die europäischen Mitgliedstaaten zeigt eine beträchtliche Diversität bei gleichstellungspolitischen Zielen, verwendeten Steuerungsinstrumenten sowie der Umsetzung der nationalen Vorhaben in der Wissenschaft (Lipinsky 2014). Einige EU-Staaten, insbesondere aus Süd- und Osteuropa, orientieren sich in ihren nationalen Strategiepapieren stark an den Brüsseler Gleichstellungsideen. Andere Staaten, die eine längere Tradition bei der Frauenförderung oder mit Gender Mainstreaming vorweisen und eigene Programme bzw. Strategien zu Gender entwickelt haben, legen ihre Prioritäten jedoch meist unverbindlich und ohne adäquate Operationalisierungskonzepte oder finanzielle Ausstattung fest.

Ziele zur Geschlechtergerechtigkeit in der Wissenschaftspolitik der Europäischen Union etablierten sich zu Beginn dieses Jahrtausends in erster Linie durch bzw. in Form von Zielen und Maßnahmen zur Frauenförderung. Politische Strategiepapiere und geförderte EU-Projekte in diesem Bereich verfolgen bis zu Beginn des 7. Forschungsrahmenprogramms hauptsächlich eine Strategie der Individualförderung von Wissenschaftlerinnen und deren Vernetzung. Zwischen 2007 und 2012 ist fest-

zustellen, dass sich die EU-Forschungsförderung zur Verbesserung der Geschlechtergerechtigkeit um nachhaltigere Strategien bemüht und Anreize zu schaffen sucht, bestehende (strukturelle) Benachteiligungen von Wissenschaftlerinnen zu beheben. Sichtbare politisch-strategische Akzente setzt die Europäische Kommission dabei nicht. Die Erneuerung des Europäischen Forschungsraums 2012 integriert die im Forschungsrahmenprogramm seit 2007 geförderten Ziele eines strukturellen Wandels zur Förderung der Geschlechtergerechtigkeit, und setzt dadurch einen Impuls für querschnittliche Aktivitäten in den EU Mitgliedsstaaten auf politischer Ebene (Lipinsky 2014). Eine Anpassung der EU-weiten Indikatoren, welche die Zielstellungen struktureller Veränderungen z.B. in Wissenschaftseinrichtungen zuverlässig und ohne Verzerrung darstellen, bleibt die Europäische Kommission bislang schuldig. Ein erster Monitoring-Bericht zu Horizont 2020 soll dieses Jahr erscheinen.

Anmerkungen

- 1 Die vollständige Fassung dieses Beitrags wurde am 11.6.2015 als Keynote auf der Konferenz „New Challenges for the Evaluation of Science and Research – Political Goals, Theory and Methodological Challenges“ der Deutschen Gesellschaft für Evaluation in Wien vorgestellt. Die Langfassung erscheint 2015 in englischer Sprache in der Serie „Working Papers“ des Instituts für Höhere Studien, Wien.
- 2 Rec No.R (98) 14 „achieve greater unity between its members for the purpose of safeguarding and promoting the ideals and principles which are their common heritage“.
- 3 Richtlinie 2006/54/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Juli 2006 zur Verwirklichung des Grundsatzes der Chancengleichheit und Gleichbehandlung von Männern und Frauen in Arbeits- und Beschäftigungsfragen (Neufassung).

Literatur

Abels, Gabriele, 2012: Research by, for and about Women: Gendering Science and Reserch Policy. In: Abels, Gabriele/Mushaben, Joyce Marie (Hg.): Gendering the European Union. New Approaches to Old Democratic Deficits: Palgrave Macmillan, 187–207.

Council of Europe, Committee of Ministers, 1998: Recommendation No. R (98)14 of the Committee of Ministers to Member States on Gender Mainstreaming. Adopted by the Committee of Ministers on 7 October 1998 at the 643rd Meeting of the Ministers' Deputies.

Europäische Kommission, 2012: A Reinforced European Research Area Partnership for Excellence and Growth. COM(2012)392 final. Hg. v. Europäische Kommission. Brussels.

Klein, Uta, 2006: Gleichstellungspolitik in der EU. Eine Einführung. Schwalbach.

Lipinsky, Anke, 2014: Gender Equality Policies in Public Research. Based on a survey among Members of the Helsinki Group on Gender in Research and Innovation, 2013. Luxemburg.

Mergaert, Lut, 2012: The Reality of Gender Mainstreaming Implementation. The Case of the EU Research Policy. Doktorarbeit, Radboud Universiteit Nijmegen, Niederlande.

Strand, Roger/Spaapen, Jack/Bauer, Martin W./Hogan, Ela/Revuelta, Gema/Stagl, Sigrid/Paula, Lino/Guimarães Pereira, Ângela, 2015: Indicators for Promoting and Monitoring Responsible Research and Innovation. Report from the Expert Group on Policy Indicators for Responsible Research and Innovation. Hg. v. European Commission. Luxemburg.

Woodward, Alison, 2004: Gender Mainstreaming als Instrument zur Innovation von Institutionen. In: Meuser, Michael/Neusüß, Claudia (Hg.): Gender Mainstreaming. Konzepte – Handlungsfelder – Instrumente. Bonn, 86–102.

Woodward, Alison, 2008: Too late for gender mainstreaming? Taking stock in Brussels. In: Journal of European Social Policy 18 (3), 289–302.

REZENSIONEN

Hana Havelková, Libora Oates-Indruchová (Hg.)

The Politics of Gender Culture under State Socialism – An Expropriated Voice

JOHANNES GRILL

Der interdisziplinär konzipierte Sammelband von *Hana Havelková* und *Libora Oates-Indruchová* analysiert die Rolle des sozialistischen tschechoslowakischen Staates bei der Wahrnehmung und Formung von Gender-Praktiken und deren Re/Produktion durch zivilgesellschaftliche Akteur_innen von 1948 bis 1989. Ziel ist, die verbreitete Auffassung, das sozialistische Regime hätte den Frauen die Emanzipation aufgedrängt, als Mythos zu entlarven und nachzuzeichnen, wie feministisches Wissen zu Gunsten ideologischer Zwecke enteignet wurde. Ebenso will der Band die Implikationen dieser ‚vergessenen‘ Tradition für die aktuelle und zukünftige Forschung diskutieren.

Die zehn Beiträge aus geistes- und kulturwissenschaftlichen Disziplinen sind den Unterkapiteln „Gender as a social category“ und „Gender as a symbolic category“ zugeteilt. Der erste Teil befasst sich unter anderem mit der Aneignung feministischer Stimmen durch den sozialistischen Staatsapparat und der Übersetzung in dessen Ideologie und Begrifflichkeiten. Dabei werden die Dis/Kontinuitäten in den jeweiligen historischen Phasen aufgezeigt: Wie die Rechtswissenschaftlerin *Barbara Havelková* darstellt, folgte auf die von 1948 bis 1962 datierte stalinistische Phase der staatlichen Top-Down-Emanzipation eine Phase des Überdenkens und Veränderns von Geschlechterrollen („a reflection on gender roles“, 18) – datiert von 1963 bis 1968 –, welche jedoch in der bisher existierenden Literatur ausgeblendet wurde. Havelková charakterisiert diese Phase durch formal-gesetzliche Fortschritte für Frauen (beispielsweise im Scheidungsrecht) bei gleichzeitiger Vermeidung einer Neudefinition der Rolle der Männer, was eine „Dreifachbelastung“ von Frauen („triple burden“, 37) im Spannungskreis von Vollzeitarbeit, Kindererziehung und Haushaltsführung zur Folge hatte. Die Autorin arbeitet heraus, dass Frauen nach der konsequenten ökonomischen Gleichstellung in den 1950er-Jahren, in denen ihre Arbeitskraft zum Wiederaufbau substantiell benötigt worden war, mittels des Diskurses eines drohenden Bevölkerungsschwunds aus dem Arbeitsmarkt gedrängt wurden. Durch den übermäßigen staatlichen ‚Schutz‘ von Frauen kamen traditionelle Geschlechterrollen wieder zum Tragen, zugleich wurden progressive Abtreibungs- und Arbeitsrechte zurückgenommen. Die Phase des Überdenkens und Veränderns

von Geschlechterrollen mündete letztendlich durch die Veränderungen des Prager Frühlings und Warschauer Pakts in die bereits gut erforschte Normalisierungsphase oder „era of the family“ (44) von 1969 bis 1989, die einen Rückfall in biologistische Rollenzuschreibungen bedeutete und zur Betonung der Mutterschaft und der Trennung von Öffentlichkeit und Privatheit führte.

Im Beitrag der Historikerin *Věra Sokolová* wird anhand von Zeitzeug_innenerzählungen aufgezeigt, dass nicht-heterosexuelles Leben in der Zeit vor 1989 trotz gesellschaftlicher und staatlicher Ächtung in vielfältiger Weise existiert hat. Schwule, Trans*-Personen und Lesben konnten das rigide Genderregime, in dem Homosexualität undenkbar gewesen war, teilweise für sich nutzen – beispielsweise in Form von Scheinehen.

Der zweite Teil analysiert, wie zivilgesellschaftliche Akteur_innen die jeweiligen staatlichen Diskurse rezipierten und reproduzierten. Der Widerspruch der staatlichen Politiken zwischen Tradition und Emanzipation spiegelte sich in Filmen, Sportkultur und Literatur wider. Der Historiker und Anthropologe *Petr Roubal* illustriert anhand der Spartakiaden (i.e. sozialistische Sportwettkämpfe), dass der Wandel von emanzipatorischen Geschlechterfigurationen zu traditionellen nicht allein durch staatliche Macht, sondern ebenso von den Teilnehmer_innen und deren naturalistischen Annahmen von ‚weiblicher‘ und ‚männlicher‘ Performance forciert wurde. In den Beiträgen von *Jan Matonoha* zu Literatur und *Petra Hanaková* sowie *Kateřina Kolářová* zu Film wird gezeigt, dass auch Dissident_innen sich in ihren künstlerischen Arbeiten am Mainstream orientierten und gegebenenfalls mit dem Regime um den traditionelleren Genderdiskurs konkurrierten. Kolářová zeigt am Beispiel des Filmes *A Tainted Horseplay* (1989) der regimekritischen Regisseurin *Věra Chytilová*, die in der Phase des Überdenkens und Veränderns von Geschlechterrollen in den 1960er-Jahren feministische Filmkomödien produzierte, den Rückgriff auf gender-stereotype Darstellungen. Der in der Spätphase der Normalisierung, der „perestroika period“ (235), entstandene Film stellte auf der Folie des Verfalls des sozialistischen Staates und des körperlichen Verfalls durch die Bedrohung AIDS starre männliche Geschlechterrollen als Bollwerk gegen normative (kapitalistische) Individualität dar, wobei der Körper als Projektionsfläche für sozialistische Reproduktion diente.

Mehrere Autor_innen diskutieren die Rolle und Benennung feministischen Wirkens in der Normalisierungsphase, in der eine systematische wissenschaftliche Beschäftigung mit Gender fehlte. Sie postulieren, dass die feministischen Diskurse denen des Westens glichen und entlarven die generelle Zurückweisung des Feminismus westlicher Prägung durch tschechoslowakische Frauen als Mythos. Die Sozialpsychologin *Kateřina Zábrodská* räumt zudem mit dem Mythos der Harmonie in den sozialistischen Geschlechterbeziehungen auf und zeigt, dass Frauen in alltäglichen zwischenmenschlichen Beziehungen ähnlichen Problemen der Marginalisierung, des Sexismus und sexueller Gewalt wie westliche Frauen ausgesetzt waren. Jedoch fand durch das Fehlen eines lebendigen feministischen Diskurses die aktive Auseinandersetzung mit dieser alltäglichen Unterdrückung nicht statt.

Die Stärke des Sammelbandes besteht in seiner interdisziplinären Ausrichtung, die es möglich macht, Themen auf verschiedenen Analyseebenen und in unterschiedlicher Intensität zu betrachten. Die historisch-juristische Perspektive wird zum Beispiel durch narrative Zeitdokumente vertiefend ergänzt, indem in Beiträgen Zeitzeug_innen (beispielsweise lesbische Frauen) ausführlich zitiert werden. Ebenso schafft die Einordnung der Artikel in zwei Abstraktionsebenen von Gender eine differenziertere Betrachtung, wobei hervorzuheben ist, dass auch in den ersten eher materialistisch-orientierten Kapiteln die Wirkung des Genderregimes auf Einzelpersonen untersucht wird. Durch kurze Zusammenfassungen am Ende der Artikel und gegenseitige Bezugnahme der Autor_innen aufeinander gelingt der Einstieg auch Leser_innen mit wenigen Vorkenntnissen. Bedauerlich ist, dass aufgrund des oft lückenhaften Forschungsstandes kein abschließendes Fazit gezogen wird. Darüber hinaus kommt auch die historische Kontextualisierung mit anderen sozialistischen Staaten Osteuropas zu kurz. Die Intention der Herausgeber_innen, auf Synergieeffekte innerhalb des Bandes zu setzen, geht jedoch umso mehr auf und macht diesen zu einem lesenswerten, vielfältigen und ambitionierten Werk.

Hana Havelková, Libora Oates-Indruchová (Hg.), 2014: *The Politics of Gender Culture under State Socialism – An expropriated voice*. Abingdon, New York: Routledge, 264 S., ISBN 978-0-415-72083-0.

Francesca Stella

Lesbian Lives in Soviet and Post-Soviet Russia: Post/Socialism and Gendered Sexualities

KATHARINA WIEDLACK

Francesca Stellas ethnographische Studie zur Lebensrealität und Selbstverortung nicht-heterosexueller Frauen in Russland ist die erste umfassende Studie, die sich ausschließlich mit weiblicher Homosexualität im sowjetischen und postsowjetischen Russland beschäftigt. Während die bisherige Literatur zur Sowjetzeit primär Systeme – Straflager, Kliniken – und Biomacht (Foucault) analysiert, nimmt Stella erstmals den Alltag von Lesben in den Blick. Mittels biographischer Methoden zeigt sie, wie Frauen ihre Sexualität und Identität durch familiäre Strukturen, auf der Straße, Zuhause und am Arbeitsplatz aushandeln und wie individuelle Leben mit historischen Ereignissen zusammenhängen, wobei sie Kontinuitäten ebenso ernst nimmt wie Veränderung. Indem sie Kontinuitäten von Normen aus der

Sowjetzeit bis heute nachweist, dekonstruiert sie die dominante Sicht auf die Perestrojka als allumfassenden gesellschaftspolitischen (Werte-)Umbruch. Sie zeigt, wie Vorstellungen aus der Sowjetzeit von männlicher Homosexualität als kriminell und von weiblicher Homosexualität als pathologisch im kulturellen Gedächtnis verankert sind und die Grundlage für eine neue Welle an Homophobie und staatlicher Repression bilden.

Bemerkenswert ist, dass Stella sowohl bei der Auswahl ihres theoretischen und methodologischen Rahmens als auch in ihrer Analyse westliche Hegemonien der Wissensproduktion reflektiert. Sie setzt sich intensiv mit der wenigen wichtigen russischsprachigen und anglo-amerikanischen lesbischen Forschung auseinander und hinterfragt bislang gültige Lehrmeinungen zum sogenannten Russland-Exzeptionalismus anhand ihrer empirisch erhobenen Daten. Sie argumentiert, dass viele Unterschiede zwischen westlichen und russischen Identitäten, Praxen der Selbstbezeichnung und Solidarisierung in früherer Forschung besonders stark hervortreten, da der analytische Fokus auf öffentliche Formen von Sichtbarkeit – beispielsweise auf den Akt des Coming Outs oder öffentliche Raumnahme durch Gay Pride – gelegt wurde, die eng an den anglo-amerikanischen Kontext gebunden sind. Dies übersieht jedoch, dass aus sozio-politischen Gründen in Russland Sichtbarkeit nur sehr eingeschränkt einen positiven Stellenwert zur Bildung lesbischer Identität, Gemeinschaft und Emanzipation hat(te). Vielmehr ermöglicht(en) oftmals Diskretion oder Unsichtbarkeit das Leben lesbischer Sexualität und Beziehung sowie im städtischen Raum auch die Aneignung von öffentlichem Raum und die Bildung einer Community.

Stellas Beitrag zur De-Zentralisierung derzeit dominanter westlicher Narrative und Theorien reiht sich ein in die Kritik am Ethnozentrismus queerer Forschung, an der problematischen Anwendung queerer Theorien auf den globalen Süden oder Osteuropa und der Orientalisierung und Exotisierung. Stella schreibt explizit gegen essentialistische Konzepte russischer Sexualität und ‚Othering‘ an, indem sie Differenzen entlang von Generationen und inter-regionalen Variationen darstellt. Darüber hinaus dekonstruiert sie Vorstellungen des Westens als Schauplatz freier, emanzipierter schwul/lesbischer Identitäten. Ebenso argumentiert sie für eine Blickverschiebung von Sexualität hin zur Kategorie gender, um den Lebenswelten ihrer Interviewpartnerinnen gerecht zu werden. Vorstellungen von Geschlecht strukturieren den Alltag nicht-heterosexueller Frauen in Russland ungleich stärker als ihre Sexualität. Gesellschaftliche Diskriminierung erfahren die meisten Frauen primär über die klar definierten Geschlechterrollen, etwa durch die Anforderung, Mutter werden zu müssen – gemäß des sogenannten „working-mother contracts“ (19) aus der Sowjetzeit, der bis heute Geschlechtervorstellungen stark beeinflusst. Schließlich macht Stella deutlich, dass auch das Verständnis der privaten Sphäre als ‚sicher‘ im Gegensatz zur prekären Sphäre der Öffentlichkeit für den russischen Kontext überdacht werden muss: Denn entgegen der weitverbreiteten Annahme, dass Repression zur Sowjetzeit besonders von offizieller staatlicher und medizinischer Seite ausging, berichten Stellas Interviewpartnerinnen von informellen Kontrollorganen

und sozialer Repression, etwa durch Arbeitskolleginnen, Komsomolsk-Leiterinnen oder der eigenen Familie, die bis heute anhält.

Die Stärke der Arbeit liegt in der detaillierten ethnographischen Analyse, die Stella mit öffentlichen und staatlichen Diskursen verbindet. So gibt die Arbeit nicht nur die Lebensrealitäten nicht-heterosexueller Frauen wieder, sondern stellt auch einen guten Überblick über die öffentlichen und Staatsdiskurse zu (Homo-)Sexualität und sexueller Moral von der Sowjetzeit bis heute bereit. Auf dieser Basis liefert die Studie einen wichtigen Beitrag, um die derzeit gängigen Ansichten und gesetzlichen Rahmenbedingungen zum Thema Homosexualität zu begreifen.

Francesca Stella, 2015: *Lesbian Lives in Soviet and Post-Soviet Russia: Post/Socialism and Gendered Sexualities*. New York: Palgrave Macmillan. 208 S., ISBN 978-1-137-32123-7.

Karin Hostettler, Sophie Vögele (Hg.)

Diesseits der imperialen Geschlechterordnung: (Post-) koloniale Reflexionen über den Westen

ERIC LLAVERIA CASELLES

Der Sammelband ist eine Intervention in die weiß-europäischen Gender Studies mit dem Ziel, postkoloniale Theorie als einen zentralen Bestandteil zu etablieren. Der Fokus liegt auf dem ‚Diesseits‘, das die Effekte kolonialer und imperialistischer Unternehmungen im europäischen Raum als konstituierend für die europäische Moderne hervorhebt und untersucht.

Das erste Teil ‚Koloniale Praktiken und Europa‘ zeigt das Fortbestehen von kolonialen Mustern in gesellschaftlichen Bereichen und Diskursen in Europa und bricht dabei mit der Vorstellung von Europa als reinem Kolonialisierungssubjekt. *Patricia Baquero Torres* und *Frauke Meyer* setzen sich mit rassistischen Zuschreibungen in der Beurteilung beruflicher (Nicht-)Eignung von Schwarzen Frauen und Frauen of Color im Pflegebereich durch weiße deutsche Einstellende sowie dem Umgang damit auseinander. Mittels qualitativer Interviews identifizieren sie eine Kontinuität zwischen heutigen Diskursen und Praxen der Arbeitsteilung und jenen aus Deutsch-Südwestafrika. Darin werden beispielsweise die von den Einstellenden als of Color geanderte Frauen als besonders geeignet für die Pflege von weißen Menschen konstruiert, während als Schwarze Frauen geanderte hierfür als ungeeignet gelten. Anhand programmatischer Texte zeigt *Franziska Schutzbach* Parallelen zwischen heutigen Fertilitätsdiskursen in Institutionen wie der WHO und koloni-

alen und imperialistischen Bevölkerungspolitiken auf. Fragen von Sexualität und Fortpflanzung werden aktuell in einem Gesundheits-Paradigma diskutiert, in dem rassistische demographische Politiken ebenso wie die Biologisierung von Frau-Sein als Fortpflanzungsagentin fortgeschrieben werden. *Kristiane Gerhardt* macht auf die Ausblendung der innereuropäischen jüdischen Geschichte in der Thematisierung von kolonialen und imperialistischen Prozessen aufmerksam. Sie rekonstruiert die Auflösung der hegemonial anerkannten Form jüdischer Männlichkeit in der Figur des Gelehrten im 19. Jahrhundert und deutet sie als Effekt einer inneren Kolonialisierung, die sich in der zunehmenden Kontrolle und Verdrängung jüdischer Bildungs- und Rechtsstrukturen in Europa zeigt. *Martina Tissberger* unternimmt eine Historisierung und Dekonstruktion von Freuds psychoanalytischer Theorie der Subjektconstitution, die danach fragt, wie Sexismus und Rassismus in diesem Modell eingeschrieben sind. Die Topik Freuds wird als sedimentierte Geschichte interpretiert, in der primitivistische Konstruktionen von Weiblichkeit und rassisierten ‚Anderen‘ in das ‚Es‘ als niedere Stufe des Unbewussten integriert werden.

Der zweite Teil „(Post-)koloniale künstlerische Produktion“ macht in zwei Beiträgen auf die Wichtigkeit einer postkolonial informierten Reflexion über die Positionierung von westlichen Künstler_innen, die in ihren Produktionen mit Elementen anderer Kulturen arbeiten, aufmerksam. Die Künstlerin *Angelika Böck* beschreibt ihr Kunstprojekt „Imagine Me“, mit dem sie in den Jemen reiste und Menschen bat, ihre Identität zu imaginieren, wobei sie sich selbst dabei mit einem Ganzkörperschleier bekleidete. Aus einer postkolonialen, feministischen Perspektive kann dieses Vorgehen jedoch als problematisch gewertet werden, da Böck den Platz einer jemenitischen Frau übernimmt und diese auf den Schleier (als Projektionsfläche) oder auf einen leeren Innenraum (als Kubus) reduziert. Das Projekt basiert auf einer Aneignung und Instrumentalisierung der Leben von jemenitischen Frauen, die der deutschen Künstlerin fremd sind (sie bedarf einer Übersetzerin), für eine westlich-europäische Kunstdebatte. *Ladina Fessler* befasst sich mit Paul Gauguin und der kunsthistorischen Aufarbeitung seines Werks. Die Rezeption dreht sich um die in der Kunstgeschichte als „Primitivismus“ bezeichnete Bewegung und das Konzept des Going Native als Abwendung von der europäischen Gesellschaft. Fessler betont die Selbstreflexion des Künstlers in Bezug auf die Verstrickungen in koloniale Gewalt. Sie stützt sich dabei auf die Texte des Kunstkritikers Victor Segalen und seine Vorstellung von Kunst als einem Ort der kritischen Begegnung mit dem exotisierten Anderen, in Gauguins Fall die indigenen Frauen auf Tahiti.

Der dritte Teil „Kritik und Überwindung“ arbeitet die imperialistischen und eurozentristischen Elemente der feministischen Bewegung und der Kant'schen Kritik heraus. *Karin Hostettler* interpretiert die Aufklärungszeit als Verflechtung von Vergeschlechtlichungs-, Rassifizierungs- und Etablierungsprozessen von Eurozentrismen. Methodologisch betont sie die Performativität des philosophischen Diskurses als Ort der aktiven Produktion der bürgerlichen Ordnung. *Gabriele Dietze* untersucht den westlich-weiß-feministischen Orientalismus als eine historisch wandel-

bare Formation, die sie in dem deutschen Radikalfeminismus der 1920er-Jahre bis hin zu aktuellen Politiken wie der *Femen* oder *Slutwalks* identifiziert. *Franziska Dübgen*s Beitrag schließt an Hostettler an und zeigt an Gayatri Chakravorty Spivaks Schriften einen möglichen feministischen, postkolonialen Umgang mit den emanzipatorischen und repressiven Elementen der Aufklärungsphilosophie. Dieser entzieht sich einer einfachen Umkehrung oder Ablehnung und zielt auf eine kritische Aneignung jener Elemente der Philosophie der Aufklärung, die politisches Potential innehaben. Dübgen stellt die praktisch-politische Frage, wie grenzüberschreitende Kämpfe heute überhaupt noch möglich sind. Als Voraussetzung fordert sie die Verabschiedung des westlich-eurozentristischen Solidaritätsbegriffs und schlägt das Konzept der reflexiven Solidarität als Alternative vor.

Das Buch ist für Studierende, Lehrende und Forschende unterschiedlicher Disziplinen als Ermutigung zur Neuperspektivierung von Forschungsfragen zu empfehlen. Die thematische Vielfalt zeigt auf, dass die Relevanz des Zusammenbringens von postkolonialer und kritischer Geschlechtertheorie nicht auf bestimmte Gegenstände beschränkt ist, sondern ein Anliegen jeder Wissensproduktion sein sollte. Als Leerstelle bleibt jedoch, dass die Auseinandersetzungen nicht ebenso auf postkoloniale Verstrickungen der naturwissenschaftlichen Wissensproduktion ausgeweitet wurden.

Karin Hostettler, Sophie Vögele (Hg.), 2014: Diesseits der imperialen Geschlechterordnung: (Post-)koloniale Reflexionen über den Westen. Bielefeld: transcript, 326 S., ISBN 978-3-8376-2343-7.

Nikita Dhawan (Hg.)

Decolonizing Enlightenment. Transnational Justice, Human Rights and Democracy in a Postcolonial World.

HANNA HACKER

Wie eng sind Konzepte der Gerechtigkeit und der Menschenrechte an die Agency und die Subjektformation weißer, bürgerliche Männer geknüpft? Was genau hat Aufklärung mit Imperialismusgeschichte und kolonialisierendem Denken zu tun? Inwieweit ist ‚Aufklärung‘ überhaupt ‚europäisch‘? Diese post-/dekolonial und (teilweise) feministisch motivierten Fragen bilden den Hintergrund des von *Nikita Dhawan* herausgegebenen Bandes. Er versammelt 15 Beiträge sozialwissenschaftlich orientierter Autor_innen in sehr breiter internationaler Streuung.

Dhawan steht namhaft für intensive Würdigungen Gayatri Chakravorty Spivaks. Entsprechend der Unverzichtbarkeit Spivak'scher Ansätze für jede Kolonialismus-

kritik beziehen sich die Beiträge in diesem Band fast durchgängig auf ihre Konzepte: auf „enabling violation“ und „righting wrongs“, auf „learning to learn from below“, „affirmative sabotage“ und den gesamten Begriffsbereich der „Subalternität“. Neben dieser zentralen Referenz arbeiten die Texte – im Sinne ihrer Ausrichtung an politischer Philosophie – mit Kant- und Hegelkritik, mit Ansätzen von Agamben, Rancière, Derrida und, in etwas geringerem Maße, mit feministischen Theoretikerinnen wie Narayan oder Benhabib. Gruppieren sind sie entlang von vier thematischen Schwerpunkten: „Entangled Legacies“, „Transnational Justice“, „Human Rights“ und „Democracy“.

Dhawan eröffnet mit einem sehr ausführlichen Beitrag unter dem Titel „Affirmative Sabotage of the Master’s Tools“. Sie stellt die theoretische ‚Gegner_innenschaft‘ zu den Implikationen der Idee ‚Aufklärung‘ – Frankfurter Schule, Foucault, postmoderne und postkoloniale Ansätze – einigen rezenten Autor_innen gegenüber, die sich mit anti-imperialistischen Momenten im Denken der Aufklärung befassen. Während erstere unter anderem die imperialistische Dimension von Universalisierung, Rationalisierung und Wissenschaftsgläubigkeit sowie die Vorbereitung von Gewalt in den Kolonien betonen, meinen Autor_innen wie Israel in seinem *Radical Enlightenment*, Muthu in *Enlightenment against Empire* oder Pitts in *A Turn to Empire*, diese Zuschreibungen seien verkürzend und ein Stück weit unrichtig. Den Schriften von Diderot, Kant, Herder oder Mill wohne durchaus eine Vorstellung kosmopolitischer Gerechtigkeit inne oder doch die liberale Idee der Toleranz. In ihrer Abwägung dieser Ansätze betont Dhawan die Wichtigkeit, Aufklärung als historische Epoche zu verstehen und sie nicht zu homogenisieren, bezieht aber doch deutlich Stellung im Sinne der postkolonialen Kritik. Abschließend definiert sie mit Spivak Postkolonialität als „Kind einer Vergewaltigung“: „Wir“ könnten die Ideale der Aufklärung nicht nicht wollen, auch wenn sie in ihrem Ursprung weiß, westlich, bürgerlich und kolonialistisch waren.

Karin Hostettler zeigt, wie Foucault in seiner Interpretation von Kants *Anthropologie in pragmatischer Hinsicht* dessen Eurozentrismus und Rassismus ausblendet. Mit dem Einfluss von G.W.F Hegels Phänomenologie des Geistes auf die französische afro-karibische Tradition, insbesondere auf Césaire, Fanon und Glissant, befasst sich *Jamila Mascot*. Sie arbeitet mit dem Begriff des „postcolonial cannibalism“ und bescheinigt den karibischen Autoren mit Bezug auf Spivak „deconstructive complicity“. *María do Mar Castro Varela* schreibt über die Arendt’sche „Banalität des Bösen“, über das Böse in Texten zur Shoah und über Bildung nach Auschwitz.

In zwei Beiträgen des Themenschwerpunktes „Transnational Justice“ geht es explizit um Frauen und Feminismus. *Ulrike Hamann* analysiert (leider ein wenig kurz) den Auftritt von Mary Church Terrell, der einzigen Woman of Color beim Internationalen Frauenkongress in Berlin 1904. Terrell, konfrontiert mit den exotisierenden, rassistisierenden weißen Frauen, habe den Begriff des Fortschritts gegen die Erwartungen ihres Publikums gewandt. *Sourav Kargupta* schlägt einen Bogen von Kants *Kritik der Urteilskraft* und seinem Begriff des Erhabenen zu Spivaks Gegen-Lek-

türe, die vor allem der Figur des „native informant“ an den Rändern von Kants Text nachspürt. Kargupta legt dar, dass die postkoloniale Theorie zwar die Figur des Subalternen in ihr Recht gesetzt, die Figur der subalternen Frau aber verdrängt habe und eben deshalb erst noch feministisch werden müsse.

Zum Rahmenthema „Human Rights“ präsentiert zunächst *Julia Suárez-Krabbe* Ansätze der (lateinamerikanisch geprägten) dekolonialen Theorie. Sie legt dabei einen Schwerpunkt auf das erobernde Ich, auf die Subjektkonstitution des „I conquer“ als treibendes Moment in den Eroberungen bzw. Kolonialisierungen Lateinamerikas ab dem späten 15. Jahrhundert. Männliche, weiße, europäische Subjektwerdung sei bereits in dieser Phase der Moderne zu verorten und verbinde sich historisch eng mit Definitionen des „human“ und „non human“. In den weiteren Beiträgen dieses Abschnitts geht es um nachkoloniale Landrechte (*Judith Schacherreiter*), um gegenwärtige Menschenrechtsdebatten in Europa, um den Status undokumentierter Migration (*Chenchen Zhang* und *Anna Millan*), und um Kulturrelativismus (*Frederick Cowell*).

Den letzten Abschnitt „Democracy“ eröffnet *Lyn Ossome* mit einem Aufsatz zu Verhältnissen zwischen Demokratisierung und Menschenrechtspolitik in postkolonialen Demokratien. Ein liberaler Menschenrechtsbegriff trage zu Menschenrechtsverletzungen und zum faktischen Ausschluss „unerwünschter“ Subjekte bei, wenn Verteilungsgerechtigkeit nicht zur Debatte steht. So orchestrierte in Uganda der öffentliche Streit über Homosexualitäten faktische ökonomische Probleme, und in Südafrika binde die aktuelle Orientierung der Bürger_innen an einem Recht auf Konsum diese direkt an den Neoliberalismus. Weitere Beiträge setzen sich hier unter anderem mit der performativen Mächtigkeit auseinander, die im Zustand der Staatenlosigkeit liegen könne (*Navnet Kumar*), sowie mit partikularen Rechten und Partizipationsmöglichkeiten in der Perspektive einer Spivak'schen „ethical singularity“ (*Aylin Zafer/Anna Millan*).

Nach Lektüre ist der_die Leser_in möglicherweise ein wenig erschöpft ob der Dichte und der theoretischen und disziplinären Geschlossenheit der Texte in ihrer Gesamtheit. Die strikt auf politische Philosophie bezogenen Zugänge bringen mit sich, dass der Band so gut wie keine Auseinandersetzung mit kulturellen Produktionen, mit *fiction*, Filmen und/oder Medienpolitiken bietet. Geschichtswissenschaftliche Schwerpunktsetzungen hätten *Decolonizing Enlightenment* noch zu schärfen vermocht, und es ‚fehlen‘ auch einige analytische Ansätze. So bezieht sich kein Beitrag auf die doch sehr bedeutenden Arbeiten des postkolonialen Theoretikers Achille Mbembe; auch feministische, ‚afrikanisch‘ verortete Kritik wird nicht herangezogen. Hie und da wünscht sich eine_r vielleicht ein Mehr an genderkritischer, auch queerer Perspektive, als die meisten Beiträge bieten. Insgesamt aber findet, wer sich im Rahmen Spivak'scher Konzeptionen mit aktuellen politikwissenschaftlichen Arbeiten zum Feld der Kritik an Aufklärung und Demokratie befassen möchte, einen absolut lesenswerten, theoretisch und begriffsanalytisch reichen Band vor.

Nikita Dhawan (Hg.), 2014: *Decolonizing Enlightenment. Transnational Justice, Human Rights and Democracy in a Postcolonial World*. Opladen, Berlin, Toronto: Barbara Budrich. 335 S., ISBN 978-3-8474-0056-1.

Tina Jung, Anja Lieb, Marie Reusch, Alexandra Scheele, Stefan Schoppengerd (Hg.)

In Arbeit: Emanzipation. Feministischer Eigensinn in Wissenschaft und Politik

JULIA DÜCK

Eine feministische Auseinandersetzung mit dem Thema Arbeit ist spätestens seit der Hausarbeitsdebatte der Zweiten Frauenbewegung nicht neu. Und doch zeigt der Sammelband von *Tina Jung, Anja Lieb, Marie Reusch, Alexandra Scheele* und *Stefan Schoppengerd* einmal mehr die vielfältigen Leerstellen im politikwissenschaftlichen *mainstream* auf, die es aus feministischer Perspektive aufzufüllen gilt. Als Festschrift für Ingrid Kurz-Scherf schließt er dabei an ihre Perspektive an, wonach „ohne eine grundlegende Reorganisation der Arbeit (...) keine Aussicht auf ein neues gleichberechtigtes Geschlechterverhältnis“ (13) besteht. Ausgehend von der Grundthese, „dass (feministische) Gesellschaftskritik zentral auf die gesellschaftliche Organisation, Bewertung und Verteilung von Arbeit und deren Wandel gerichtet sein muss“ (8), fragt der Band nach Herrschaftslogiken im Bereich der Arbeit sowie darin verborgenen Ansätzen von Emanzipation. Letztlich geht es also darum, feministische *Analyse* in Bezug auf Arbeit – ihre gesellschaftliche Organisation sowie ihre Begriffsbestimmung und Konzeption – voranzutreiben sowie daraus – trotz der Herrschaftsförmigkeit von Arbeit – Anknüpfungen für feministische *Politik* in Bezug auf Emanzipationsbestrebungen zu entwickeln.

Die 16 Beiträge sind in drei Teile untergliedert: Thematisch werden im ersten Teil das Kritikpotential feministischer Theorie und Praxis vor dem Hintergrund neoliberaler Vereinnahmung, Institutionalisierung und Akademisierung ausgelotet sowie inhaltliche und praktische Perspektiven eines diese Fallstricke umgehenden feministischen Projekts gesucht: *Hildegard Maria Nickel* sieht in der (erneuten) Beschäftigung mit der sozial-strukturellen Konstitution von Ungleichheitsverhältnissen, der sozialen Relevanz von Arbeitsteilung und der Frage der Konzeption von Arbeit eine Re-Politisierung der Geschlechterforschung. Sie plädiert für einen Blick auf Arbeit und Geschlecht, der zugleich am praktischen Eigensinn der Subjekte orientiert sein muss. Die Kritikperspektive von *Tina Jung* fokussiert geschlechtlich konnotierte Dichotomien – d.h. den Zusammenhang zwischen Herrschaft, instrumenteller Vernunft, männlich-bürgerlichen Subjektbildungsprozessen, Triebunterdrückung, Identitätslogik und der (gewaltförmigen) Abspaltung und Nivellierung des ‚Anderen‘ – als für bürgerlich-westliche Gesellschaften konstitutiv. Sie verweist damit auf die notwendige Überwindung des gegenwärtigen patriarchal-hegemonialen Geschlechterdiskurses und seiner vergeschlechtlichten Subjektivierungsweisen. *Frigga Haug* richtet ihren Blick auf das Ineinander-verflochten-Sein verschiedener Herrschaftsverhältnisse zu einem Herrschaftsknoten, der in seinem Wirkungszu-

sammenhang die kapitalistische Gesellschaft am Laufen hält: Verflochten sind das profitgetriebene Agieren des Kapitals, die Wiederherstellung des Lebens der Menschen und der sie umgebenden Natur, die Vernachlässigung der Selbstsorge und das Politische. Da Geschlechterverhältnisse in all diese gesellschaftlichen Bereiche eingeschrieben sind, muss feministische Kritik überall zugleich ansetzen.

Der zweite Teil beginnt mit zwei theoretisch-konzeptionellen Analysen zum Zusammenhang von Arbeit, Geschlecht und Demokratie und beleuchtet diesen in fünf empirischen Beiträgen näher: Nach *Birgit Sauer* muss ein gegenhegemoniales geschlechtersensibles Demokratieprojekt heute vor allem einen Gegenentwurf zu Ent-Demokratisierung und Ent-Politisierung bilden und die vereinzelnden Wirkungen neuer herrschaftlicher Steuerungstechniken ebenso wie sogenannte „Workfare“-Strategien zurückweisen. Dieses gegenhegemoniale Projekt verlangt auch die Umverteilung von Arbeit und eine Anerkennung differenter Arbeitsformen und -bedürfnisse wie die geschlechtshierarchische Arbeitsteilung, affektive und emotionale Arbeit, Sorgetätigkeiten oder Selbstsorge. Das im Marburger Projektzusammenhang GendA entwickelte Konzept „soziabler Arbeit“, das den Zusammenhang von Arbeit und Leben ins Zentrum stellt, wird von *Julia Lepperhoff* und *Alexandra Scheele* aufgegriffen. Damit wollen sie die Vielfalt von Lebensentwürfen in ihrer geschlechtsspezifischen Vermittlung in den Blick nehmen und eine Verknüpfung zwischen dem Anspruch auf Teilhabe an (guter) Erwerbsarbeit und dem Recht auf ein gutes Leben jenseits der Erwerbsarbeit herstellen.

Der dritte Teil fragt nach Möglichkeitsbedingungen von Emanzipation und den entsprechenden politischen Praxen. Neben einer Würdigung des von Ingrid Kurz-Scherf entworfenen phantastischen Tarifvertrag und einer Diskussion seiner gegenwärtigen Bedeutung für Emanzipationsbestrebungen in gewandelten Arbeitsverhältnissen in dem Beitrag von *Margareta Steinrücke* rekonzeptualisiert *Stefan Schoppengerd* aus einer feministischen Perspektive das Konzept Klasse, sodass sowohl Fragen der Arbeit wie Fragen der Reproduktion bzw. des „guten Lebens“ zum Ausgangspunkt emanzipativer Bestrebungen werden können.

Mit dem Fokus auf Arbeit und Emanzipation stellt der Band wichtige Impulse für einen gesellschaftskritischen Feminismus bereit: Er verdeutlicht, dass Arbeit und ihre politische Gestaltung zentrale Themen feministischer Wissenschaft und Anknüpfungspunkte für Emanzipation sind. Darüber hinaus soll das ‚Ganze‘ der Konstruktion und Konstitution von Arbeit ins Zentrum gerückt werden, d.h. Arbeit soll mit dem ‚Rest des Lebens‘ aber auch im gesamtgesellschaftlichen Kontext in den Blick genommen werden. Jedoch gelingt das nur zum Teil: Einerseits wäre dafür ein Beitrag wünschenswert gewesen, der die Zentralität von Arbeit in der feministischen Gesellschaftskritik in Abwägung anderer Ansatzpunkte (wie z.B. Sexualität oder Subjektivierungsweisen) diskutiert hätte; andererseits gerät trotz des versprochenen Blicks auf das *Ganze* der ‚Rest des Lebens‘ tendenziell aus dem Blick: Veränderungen in den Familienverhältnissen (samt neuer Reproduktionstechnologien und -weisen) und Haushalten sowie in den unbezahlten Sorgeverhältnissen werden

zwar erwähnt, allerdings nur am Rande. Die gesellschaftlichen Zusammenhänge zwischen geschlechtlicher Arbeitsteilung, Familie, Sorge, (veränderten) Formen des Zusammenlebens, Sexualität und Begehren werden nicht diskutiert. Der *social* bzw. *material re-turn*, in dessen Zeichen sich der Sammelband verortet, läuft so Gefahr, sich trotz eines geweiteten Blicks auf Arbeit gegenüber Fragen von Subjektivität und (heteronormativer) Sexualität zu verengen. Und dennoch: In seinem Ansatz, das Ganze der Arbeit in den Blick zu nehmen und darin nicht nur Formen der Herrschaft, sondern auch Potentiale für Emanzipation aufzudecken, leistet der Band einen wichtigen, lehrreichen und weiterführenden Ansatz feministischer Gesellschaftskritik.

Tina Jung, Anja Lieb, Marie Reusch, Alexandra Scheele, Stefan Schoppengerd (Hg.), 2014: In Arbeit: Emanzipation. Feministischer Eigensinn in Wissenschaft und Politik. Münster: Westfälisches Dampfboot. 268S., ISBN 987-3-89691-973-1.

Brigitte Aulenbacher, Birgit Riegraf, Hildegard Theobald (Hg.)

Sorge: Arbeit, Verhältnisse, Regime

ANNETTE VON ALEMANN

„Sorge“ ist ein sperriger Begriff. Wir können für jemanden oder etwas sorgen, was Verantwortungsübernahme impliziert. Der sorgsame Umgang mit Menschen und Dingen bedeutet auch Respekt vor ihnen in ihrer Eigenheit. Wir können uns aber auch Sorgen machen, be-sorgt sein. Das englische Wort „care“ ist neutraler und impliziert nicht nur, sich um etwas oder jemanden zu kümmern, sondern auch, umsichtig zu handeln und Verantwortung zu übernehmen. Er ist anwendbar auf unterschiedliche Arten des Sorgens, der Versorgung und der Pflege. Der Begriff „Care“ nimmt einen zentralen Platz in der neuen soziologischen Diskussion um Grundlagen, Organisation und Zukunft von Sorge und Sorgearbeit ein. Sorge war lange ein Untersuchungsfeld der Geschlechterforschung und wurde mit freiwillig ausgeübter, unbezahlter Tätigkeit von Frauen assoziiert. Der Geschlechterforschung kommt das Verdienst zu, mit dem Begriff „Sorgearbeit“ neue Perspektiven zu eröffnen.

Die Herausgeberinnen nehmen die Perspektivenvielfalt des Care-Begriffs auf, um in ihrem Band den „State of the Art“ der (sozial-)wissenschaftlichen Diskussion zu dokumentieren und dabei „gleichgerichtete und gegenläufige, ineinander gepasste und einander widersprechende Entwicklungen“ (7) aufzuzeigen. Die Analyse der Organisation von Care gilt als wichtiger Ausgangspunkt der Gesellschaftsanalyse. Ziel des Bandes ist, „die Art und Weise, in der grundlegende Belange des Lebens

gegenwärtig gesellschaftlich bearbeitet werden“ (5), zu analysieren und damit eine „Sozialdiagnose zur gegenwärtigen Verfasstheit und Ausgestaltung von Care und Care-Work“ (6) vorzulegen. Die Herausgeberinnen öffnen damit das Feld für 27 theoretische und empirische Beiträge, die in vier Kapitel untergliedert sind.

Das erste Kapitel „Sorge als Grundfrage moderner Gesellschaften“ versammelt als theoretisch-konzeptionelle Grundlage des Bandes Arbeiten aus sozialphilosophischer, feministischer und kapitalismuskritischer Perspektive. Einerseits wird Care als Bürgerrecht und als Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe verstanden (*Joan Tronto, Martha C. Nussbaum, Ute Gerhard*). Andererseits wird die „Landnahme“ (*Klaus Dörre/Martin Ehrlich/Tine Haubner*) oder auch In-Dienst-Nahme (*Cornelia Klinger*) der Sorgearbeit durch den Kapitalismus beklagt (*Klinger, Regina Becker-Schmidt, Dörre/Ehrlich/Haubner*). *Dörre/Ehrlich/Haubner* sowie *Brigitte Aulenbacher/Maria Dammayr* verweisen auf neue Macht- und Ausbeutungsverhältnisse und Überkreuzungen sozialer Ungleichheiten nach Geschlecht, Ethnizität und Klasse. *Aulenbacher/Dammayr* verstehen die „zugespitzten gesellschaftlichen Widersprüche“ (126) im Care-Bereich gleichzeitig als Krisen und Widersprüche der modernen Gesellschaft, die mit Legitimationsnarrativen zur Verdrängung der Widersprüche einhergehen. Die Autorinnen schlagen „Sorgsamkeit“ (137) als neuen Care-Begriff vor, der Selbst- und Fürsorge beinhalte, und sehen die „Krisen des Sorgens“ (127) als Chance, über neue Formen des Zusammenlebens nachzudenken. Das zweite Kapitel „Sorge und Sorgearbeit in Alltag, Biografie und Gesellschaft“ fragt nicht nur danach, „wie sich die institutionelle und organisationale Verfasstheit des Sorgens und der Sorgearbeit“ (9) im Alltag und in den Biografien niederschlagen, sondern auch, wie die Akteur_innen diese Verhältnisse und Bedingungen „in ihrem alltäglichen und biografischen Handeln mit hervorbringen“ (9). Dabei zeigen sich Zusammenhänge mit den jeweiligen gesellschaftlichen Arbeitsteilungsarrangements in unterschiedlichen Nationalstaaten sowie auf transnationaler und internationaler Ebene. Im Mittelpunkt fast aller Beiträge steht die immer noch starke Feminisierung und geringe gesellschaftliche Wertschätzung von Sorgearbeit; Care kommt vor allem als Sorge für Kinder in den Blick. Die Beiträge zeigen die verschiedenartige Ausgestaltung von Care als Folge unterschiedlicher Leitbilder (*Birgit Pfau-Effinger/Thorsten Euler*) sowie wohlfahrtsstaatlicher und sozioökonomischer Rahmenbedingungen (*Pfau-Effinger/Euler, Monica Budowski/Sebastian Schief*) in Europa, in südamerikanischen Ländern (*Budowski/Schief*) und auf transnationaler Ebene am Beispiel osteuropäischer Care-Migrantinnen (*Helma Lutz/ Ewa Palenga-Möllnbeck*). Neu ist die Verbindung von Männlichkeit und Care im Kontext von neuer Väterlichkeit im Beitrag von *Michael Meuser*.

Das dritte Kapitel „Wandel von Governancemustern und die Organisation von Sorgearbeit“ fragt nach den Auswirkungen veränderter Governancemuster auf die professionelle Sorgearbeit. Dabei werden Prozesse der Prekarisierung und Deprofessionalisierung, Technisierung, Rationalisierung und Managementorientierung sowie Vermarktlichung dargestellt. Gleichzeitig zeigen sich neue Ansätze einer Ver-

schiebung von öffentlicher und privater Sphäre (*Birgit Riegraf/Romy Reimer*) sowie neuer Partizipationsmöglichkeiten von Pflegekräften und Pflegebedürftigen (*Diego Compagna/Karen Shire*) sowie von Angehörigen (Riegraf/Reimer).

Im vierten Teil „Sorge, Sorgearbeit und Sorgeregime“ geht es um Care-Politiken und ihre Konsequenzen für die gesellschaftliche Entwicklung. Im Mittelpunkt stehen international vergleichende Beiträge sowie Länderstudien. Dabei zeigen sich länderübergreifende Gemeinsamkeiten, beispielsweise die Refamiliarisierung von Care als Folge rückläufiger staatlicher Leistungen infolge der Wirtschafts- und Finanzkrise (*Sara Picchi/Annamaria Simonazzi*) oder in postsozialistischen Gesellschaften (*August Österle*), die Abwertung von Sorgearbeit angesichts ihrer zunehmenden Technisierung (*Yayoi Saito*) und damit einher gehende Ungleichheitsdynamiken. Die unterschiedlichen nationalen Muster, beispielsweise die zielgruppenspezifische Versorgungsstruktur in Südafrika (*Jeremy Seekings/Elena Moore*) und die Robotisierung in Japan (Saito), weisen aber auch darauf hin, dass Sorgeregimen „nichts Zwangsläufiges inne“ wohnt, die „einmal etablierten, institutionell gefestigten Verhältnisse“ jedoch eine hohe Persistenz besitzen (13).

Die Vielfalt der (Sub)Disziplinen sowie der theoretischen und empirischen Ausrichtungen der Beiträge führen zu differenzierten historischen Analysen, Gegenwartsdiagnosen und Zukunftsperspektiven. Als übergreifendes Fazit lässt sich festhalten, dass sich Care im Zusammenhang mit der Gleichberechtigung der Geschlechter, der Demokratisierung, Transnationalisierung und Ökonomisierung verändert hat: neben persistenten Geschlechterungleichheiten sind neue Ungleichheiten – auch innerhalb der Genusgruppen – entstanden. Gleichzeitig zeichnen sich Tendenzen der Vermarktlichung von Care ab, die dem Grundgedanken der Fürsorglichkeit entgegenwirken.

Die Beiträge bilden eine gute Grundlage für die Diskussion über die aktuelle Situation und die Zukunft von Care und geben neue Denkanstöße. Insgesamt handelt es sich bei diesem Sonderheft der „Sozialen Welt“ eher um ein Handbuch. Dazu trägt auch die zuweilen recht abstrakte Sprache bei. Gut wäre ein abschließendes Fazit der Herausgeberinnen gewesen mit einigen Schlussfolgerungen über die wichtigsten Erträge des Bandes im Überblick.

Brigitte Aulenbacher, Birgit Riegraf, Hildegard Theobald (Hg.), 2014: *Sorge: Arbeit, Verhältnisse, Regime*. Soziale Welt, Sonderband 20. Baden-Baden: Nomos. 486 S., ISBN: 978-3-8487-1514-5.

Tatjana Thelen

Care/Sorge. Konstruktion, Reproduktion und Auflösung bedeutsamer Bindungen

LYDIA-MARIA OUART

Care, Sorge, Fürsorge, Reproduktionsarbeit, soziale Dienstleistungen – hinter jedem dieser Schlagworte stecken andere, manchmal gegensätzliche, analytische Fokussierungen, die derzeit in sozialwissenschaftlichen Studien vielfach behandelt werden. *Tatjana Thelen* stellt Care/Sorge – die sie synonym verwendet – ins Zentrum ihres Buches. Sie definiert Care als „einen Prozess, der als Dimension sozialer Sicherung eine gebende und eine nehmende Seite in solchen Praktiken verbindet, die sich auf die Befriedigung sozial anerkannter Bedürfnisse richten“ (41). Den Fokus auf Praktiken wählt sie bewusst, um die Diskussion über Care von den Beziehungsformen abzulösen, in denen diese stattfindet, und stattdessen das praktische Care-Handeln in den Blick zu nehmen. Findet Sorge nur im Privaten statt? Wie beeinflussen politische und ökonomische Strukturen familiäre Sorgebeziehungen? Können nur Verwandte und Freund_innen oder auch Kolleg_innen und Vorgesetzte Care füreinander übernehmen? Welche Formen von Sorge können durch staatliche oder betriebliche Akteure bereitgestellt werden? Die Antworten auf diese Fragen sind für die zukünftige Organisation von Fürsorge in Deutschland hochrelevant; sie liefern Hinweise darauf, wer Verantwortung für Hilfebedürftige trägt und tragen soll. In dem vorliegenden Buch stellt Thelen deshalb Care-Praktiken vor, in denen sich private und politische Strukturen überschneiden und gegenseitig beeinflussen.

Thelen analysiert Daten aus einer ethnografischen Forschung in einer mittelgroßen Stadt auf dem Gebiet der ehemaligen DDR. Thelen interessiert sich besonders für Care-Praktiken, die nach der deutschen Einheit entstanden sind und die Interdependenz zwischen staatlichen, familiären und betrieblichen Formen von Sorge verdeutlichen. Ihr Datenmaterial – narrative Interviews sowie Aufzeichnungen aus Beobachtungen an verschiedenen Schauplätzen in der Stadt – erhob Thelen in zwei Forschungsphasen über einen Zeitraum von 3,5 Jahren. Dadurch konnte sie Entwicklungen im Alltag und in den Beziehungen ihrer Gesprächspartner_innen längerfristig verfolgen und die Auswirkungen biografischer Übergänge (etwa Renteneintritt, Familienzuwachs) miteinbeziehen. Die Ethnografie schafft eine Balance zwischen detaillierten Einblicken in einzelne Care-Praktiken und Personenportraits einerseits und einem Überblick über historische und politische Entwicklungen in der Region andererseits.

In fünf empirischen Kapiteln zeigt Thelen, dass Sorgepraktiken sich häufig nicht einfach dem privaten oder dem öffentlichen Bereich zuordnen lassen, sondern dass es vielfältige Verschränkungen zwischen beiden Sphären gibt. Zwei Kapitel nehmen private Schauplätze zum Ausgangspunkt: Verwandtschaftsbeziehungen zwischen

Ost- und Westdeutschland vor der Wende, die durch „Westpakete“ aufrecht erhalten wurden, und familiäre Kinderbetreuung durch Großväter nach der Wende. Thelen argumentiert, dass familiäre Sorgepraktiken und Verwandtschaftsbindungen durch politische Einflussnahme strukturiert werden. Sie erläutert beispielsweise, dass staatliche Kampagnen in der BRD darauf abzielten, die materielle Unterstützung von in der DDR lebenden Familienmitgliedern zu fördern, um emotionale Verbundenheit herzustellen und die Idee eines geeinten Deutschlands zu stärken. Die so geschaffenen Beziehungen waren jedoch keineswegs konfliktfrei, sondern brachten ambivalente Gefühle auf beiden Seiten mit sich. Drei weitere Kapitel betrachten Sorgepraktiken im öffentlichen Bereich: am Arbeitsplatz, in der betrieblichen Seniorenbetreuung und in einem gemeinnützigen Verein. Auch hier verweist Thelen darauf, dass Care-Beziehungen häufig quer zu den sozialwissenschaftlichen Analysekategorien liegen. Anhand ihrer Interviews beschreibt sie beispielsweise, auf welche Weise im DDR-Sozialismus bedeutsame Bindungen am Arbeitsplatz geschaffen wurden, die eine gegenseitige emotionale und materielle Unterstützung zwischen Kolleg_innen und auch zwischen Vorgesetzten und Mitarbeiter_innen ermöglichten. Dafür waren gewachsene normative und strukturelle Bedingungen notwendig, die im Rahmen von ökonomischen Umstrukturierungen nach der Wende wegfielen. Das Buch stellt historische und gegenwärtige Praktiken und Strukturen von Sorge/Care dar und zeigt, wie diese die Dichotomie von Öffentlich und Privat unterlaufen: Care in Familien wird durch staatliche Regulation gerahmt, während Beziehungen am Arbeitsplatz, im Betrieb und im Verein durch Praktiken der Sorge und Zuwendung (mit)geprägt sein können. Leider wird die Lesbarkeit dieser inhaltlich spannenden Studie durch Schreib- und Satzbaufehler stellenweise stark erschwert. Ein Lektorat hätte dem Buch gutgetan.

Tatjana Thelen, 2014: Care/Sorge. Konstruktion, Reproduktion und Auflösung bedeutsamer Bindungen. Bielefeld: transcript. 298 S., ISBN 978-3-8376-2562-2.

Ulrike Busch, Daphne Hahn (Hg.)

Abtreibung. Diskurse und Tendenzen

KIRSTEN ACHELNIK

Die aktuelle deutsche Abtreibungsgesetzgebung wird in diesem Jahr 20 Jahre alt. Nach der Gesetzesreform, die wegen des Beitritts der DDR zur BRD nötig geworden war, blieb es lange still um das Thema. Für die Frauen im Westen war mit der

Fristenregelung einiges einfacher geworden. Die Frauen im Osten hatten zwar gegen eine Pflicht, sich vor einem Abbruch beraten zu lassen, gekämpft, nach dem Inkrafttreten dieser Regelung hatten sie jedoch andere, ökonomischere Probleme. Diskussionen um Schwangerschaftsabbrüche fanden lange nur noch in professionalisierten Fachkreisen oder im privaten Umfeld statt, wenn eine Entscheidung anstand. Selbst vielen Feministinnen war die Problematik nicht mehr bewusst. Erst am Ende der Nuller-Jahre tauchte das Thema wieder auf: Proteste gegen Märsche von sog. Lebensschützern und die Verschärfung des Schwangerschaftskonfliktgesetzes 2010 brachten alte und neue Konflikte an die Oberfläche. Die publizistische Aktivität dazu lag allerdings weiterhin nahezu brach. Der von *Ulrike Busch* und *Daphne Hahn* herausgegebene Sammelband will zum einen diese Lücke schließen und sich zum anderen als Standardwerk zu dem Thema anbieten.

Das Buch ist in drei Schwerpunkte unterteilt. Der erste Teil ist mit „Diskurse, Kontexte und Zeitbezüge“ überschrieben, im zweiten Teil beschäftigen sich die Autor_innen mit den ethischen und juristischen Dimensionen des Themas und im dritten Teil werden verschiedene Perspektiven relevanter Akteure näher betrachtet. Die Beiträge beleuchten das Thema aus soziologischer, politikwissenschaftlicher, ethischer, sozialpädagogischer, juristischer und historischer Perspektive. Einzelne Beiträge befassen sich auch mit internationalen Aspekten, größtenteils richtet sich der Blick jedoch auf die Verhältnisse in Deutschland. Damit deckt der Sammelband ein weites Spektrum an möglichen Zugängen zum Thema ab.

Abtreibung ist in Deutschland immer noch rechtswidrig, nach einer Beratung bleibt sie aber innerhalb der ersten 12 Wochen einer Schwangerschaft straffrei. Diese Konstruktion soll dafür sorgen, dass die „grundsätzliche Gebärpflicht“ nicht gegen die Frau, sondern mit ihr durchgesetzt wird. In die damit verbundenen komplizierten Rechtskonstruktionen und moralischen Implikationen sowie in die daraus folgenden komplexen Beratungsregelungen geben mehrere Texte Einblick. Dabei sind besonders die Artikel interessant, die konkrete Reflektionen verschiedener Berufsgruppen beinhalten wie jener von *Jutta Franz* zur Beratungsregelung oder von *Christine Czyan* und *Ines Thonke* zum ärztlichen Handeln.

Die Herausgeberinnen sowie die meisten Autor_innen nehmen eine „vom Menschenrecht auf sexuelle und reproduktive Gesundheit und Selbstbestimmung“ (7) ausgehende Perspektive ein, stehen also auf einem klaren „pro choice“-Standpunkt. Dies entspricht auch der engen Verbindung zum Familienplanungs- und Beratungsverband Pro Familia: Die Herausgeberinnen sind dort in Vorstandsfunktionen tätig, die Stiftung des Bundesverbandes hat das Buch finanziell gefördert.

In der Einleitung wird der Sammelband als „Debattenbuch“ (10) bezeichnet. Dies ist er allerdings nur bedingt: Gemeint ist hier nicht, dass Beiträgen verschiedener Richtungen Raum gegeben wird, ihre Argumente zu entfalten. Vielmehr will das Buch aus einer bestimmten, eben einer menschenrechtlichen und Selbstbestimmungs-Perspektive in die Debatte intervenieren. Schwangerschaftsabbrüche in diesem Fokus zu sehen, bedeutet, das Recht von Frauen auf Gesundheit, Würde,

Wissen, auf Achtung ihres Privatlebens sowie ihre Persönlichkeitsrechte zu betonen. Wenn ein von einer Schwangeren gewünschter Abbruch aus strafrechtlichen, religiösen oder ethischen Gründen nicht möglich ist oder auch nur ihre Entscheidung in Frage gestellt wird, stellt dies demnach eine Diskriminierung im rechtlichen Sinne dar.

Es ist legitim, in der neu entflammten Debatte um Abtreibung Pflöcke im Interesse einer gewissen Strömung einschlagen zu wollen. Dass mit dieser Stoßrichtung bestimmte feministische Strömungen ignoriert bzw. diskreditiert werden, ist für Außenstehende allerdings nicht einfach zu erkennen. Wenngleich Busch in ihrem Beitrag betont, dass es „(v)or allem (...) wichtig (ist), die dem Thema inhärenten Spannungen anzunehmen, statt sie zu verdrängen“ (32), wird dieser Anspruch nicht eingelöst. Die Frage, „warum zu einem bestimmten Zeitpunkt bestimmte Ansätze und Menschenbilder in der Forschung auftauchten und favorisiert wurden, während andere Fragen und Perspektiven keine Beachtung fanden“ (64), die *Cornelia Helfferich* wissenschaftsgeschichtlich in Bezug auf verschiedenen Studien zu Schwangerschaftsabbrüchen stellt, lässt sich so ebenfalls auf den Sammelband selbst anwenden.

In den aktuellen feministischen Mobilisierungen gegen „Lebensschützer“ beschäftigen sich junge Feminist_innen oft erstmals wieder mit dem Thema Abtreibung. Auch mehrere Beiträge des Bandes warnen vor den Gefahren einer zunehmenden „Retraditionalisierung“ und „Moralisierung“ von Abbruchsentscheidungen (13). Daher ist es umso bedauerlicher, dass dieses Phänomen keinen systematischen Eingang in das Buch gefunden hat.

Das sicher am kontroversesten diskutierte Thema in diesen Protesten ist das Problem der selektiven Abtreibungen nach pränataler Diagnostik (PND). Während die Ausweitung von PND von vielen Feministinnen als Erweiterung der Entscheidungsmöglichkeiten von Schwangeren verstanden wird, kritisieren andere die damit verbundene Verantwortungsübertragung an Schwangere für die ‚Qualität‘ ihres Nachwuchses, eine von der einzelnen Frau nicht zu überblickende ‚Entscheidungs-spirale‘ bei auffälligen Befunden sowie eine Stigmatisierung von Menschen mit Behinderungen als ‚vermeidbar‘. In diesem Kontext werden auch Debatten um die Sinnhaftigkeit des Selbstbestimmungs-Begriffes und um eine differenzierte, über Liberalisierungsvorstellungen hinausgehende Verwendung desselben geführt. Diese Problematik und feministische Perspektiven, die die Wichtigkeit gerade solcher Diskurse immer wieder betonen, werden zwar in einzelnen Beiträgen erwähnt, jedoch immer nur in Abgrenzung. Deutlich wird, dass es für die Herausgeberinnen und Autor_innen eben nicht zum Kern der Diskurse gehört, sondern wie *Katja Krolzik-Matthei* schreibt, eine Verlagerung von „Konfrontation und Engagement nach innen“ (112) darstellt, die vermieden werden sollte.

Andere Rezensionen zu diesem Buch sind bisher positiv bis überschwänglich begeistert ausgefallen. Es wird mit Attributen wie „fundiert“, „gründlich“ oder „umfassend“ gelobt. Leider zu Unrecht: Es ist zwar richtig, dass das Thema Abtreibung

wissenschaftlich, politisch und publizistisch lange vernachlässigt wurde. Dieser Sammelband taugt allerdings nicht zum neuen Standardwerk.

Ulrike Busch, Daphne, Hahn (Hg.), 2014: Abtreibung. Diskurse und Tendenzen. Bielefeld: transcript. 330 S., ISBN 978-3-8376-2602-5.

Marion Kamphans

Zwischen Überzeugung und Legitimation. Gender Mainstreaming in Hochschule und Wissenschaft

HEIKE KAHLERT

Gut 15 Jahre ist es her, seit Gender Mainstreaming mit In-Kraft-Treten des Amsterdamer Vertrags zum 1. Mai 1999 für alle EU-Mitgliedstaaten verbindlich und zur Grundlage der Gleichstellungspolitik der EU wurde. Inzwischen liegt eine unüberschaubare Flut an Publikationen zu Gender Mainstreaming vor. Untersuchungen zur Umsetzung in der politischen und/oder organisationalen Praxis sind jedoch rar. Dies gilt insbesondere für Hochschule und Forschung, die als Teil des öffentlichen Sektors zwar zu Gender Mainstreaming verpflichtet sind, sich aber angesichts der ihnen zugrunde liegenden meritokratischen Leitidee zögerlich gegenüber der Umsetzung jeglicher Gleichstellungspolitik zeigen.

Marion Kamphans legt mit ihrer Dissertation eine empirische Untersuchung zur Umsetzung von Gender Mainstreaming in Forschungseinrichtungen vor. Ziel ist, „Erkenntnisse darüber zu gewinnen, wie Hochschulakteurinnen und -akteure sich zu dem Gender Mainstreaming-Konzept positionieren, wie sie es bewerten, ob und inwiefern sie es in ihren Arbeitsbereichen in Hochschule und Wissenschaft umsetzen und inwieweit dies mit ihrer Positionierung in der Hochschulhierarchie zusammenhängt“ (22). Von Interesse sei auch, Zusammenhänge zwischen verschiedenen Ausprägungen von Geschlechter-Wissen und der Implementierung von Gender Mainstreaming/Gleichstellung zu beschreiben. Als Analysefokus wählt die Verfasserin eine akteurszentrierte Perspektive, um den Blick auf den subjektiven Sinn zu weiten und die Wahrnehmung und das Handeln von Akteurinnen und Akteuren zu untersuchen. Die Studie ist in acht Kapitel gegliedert, einschließlich Einleitung (Kapitel 1) und Resümee mit Ausblick (Kapitel 8). Die Darstellung des Gender-Mainstreaming-Konzepts verdeutlicht, wie anspruchsvoll dessen Umsetzung in Forschung, Lehre und (Selbst-)Verwaltung ist (Kapitel 2). Danach wird der Forschungsstand zur Implementierung in Hochschule und Wissenschaft erörtert (Kapitel 3). Im Anschluss wird der mehr-

perspektivische Theorierahmen für das Verständnis kultureller Widerstände gegenüber Gender Mainstreaming entwickelt: Kamphans kombiniert die strukturalistische Sichtweise Pierre Bourdieus auf das soziale Feld der Hochschule mit der organisationssoziologischen Perspektive neo-institutionalistischer Ansätze und (de-)konstruktivistischen Konzepten der Frauen- und Geschlechterforschung (Kapitel 4). Es folgen Ausführungen zu den verwendeten Erhebungs- und Auswertungsmethoden (Kapitel 5). Als empirische Grundlage der Studie dienen 26 leitfadengestützte Interviews mit Personen, die in Lehre, Forschung und Management an Hochschulen arbeiten – Näheres etwa hinsichtlich Art, Größe und Alter dieser Hochschulen erfährt man nicht – und für die Implementierung von Gender Mainstreaming verantwortlich zeichnen.

Das Herzstück bildet die empirische Typologie der Ablehnenden, Befürwortenden und Skeptischen (Kapitel 6), die in anschaulichen Fallanalysen ausführlich kontrastiv entfaltet wird (Kapitel 7). Es zeigt sich, dass diejenigen, die den Typen der Ablehnenden und Skeptischen zugeordnet werden können, überwiegend hohe Statuspositionen in der Hochschulhierarchie bekleiden, während die Befürwortenden eher untergeordnete Feldpositionen einnehmen. Dabei stellt sich der Umgang mit Gender Mainstreaming bzw. Gleichstellung allgemein als abhängig von den konkreten Legitimationsinteressen und -zusammenhängen der Hochschulakteurinnen und -akteure heraus. Bezeichnend, aber wenig verwunderlich ist, dass Kamphans eine Persistenz kultureller Widerstände gegenüber Gleichstellung feststellt. Eine über die traditionelle Gleichstellung hinausgehende Dynamik in der Veränderung der Geschlechterverhältnisse, wie sie durch Gender Mainstreaming herbeigeführt werden soll, lasse sich nicht belegen.

Dies mag auch daran liegen, dass die Interviews von Dezember 2003 bis Dezember 2004 geführt wurden. Reflexionen der Verfasserin, inwiefern die Interviews zehn Jahre später, unter dem Einfluss etwa der inzwischen etablierten Forschungsorientierten Gleichstellungsstandards der Deutschen Forschungsgemeinschaft und des von Bund und Ländern verantworteten Professorinnenprogramms, gleich oder differently ausfallen könnten, sucht man leider vergeblich.

Dennoch bleibt festzuhalten: Unbestreitbares Verdienst der durchweg gut lesbaren Studie ist, dass sie den Blick auf die Einstellungen hochschulischer Akteurinnen und Akteure gegenüber der Geschlechtergleichstellung schärft und damit verdeutlicht, warum der gleichstellungsorientierte organisationale Wandel in Hochschule und Forschung nur langsam vorankommt. Dementsprechend schlussfolgert Kamphans, dass es weniger darum ginge, weitere Ideen für die Umsetzung von Gender Mainstreaming zu generieren, sondern „verbindlich und ernsthaft die Aufgabe einer tatsächlichen Implementierung anzugehen“ (259). Inwiefern dieser Appell an die Leitungspersonen in Hochschule und Wissenschaft, die Wissenschaftspolitik und die Förderinstitutionen Gehör findet, bleibt abzuwarten.

Marion Kamphans, 2014: Zwischen Überzeugung und Legitimation. Gender Mainstreaming in Hochschule und Wissenschaft. Wiesbaden: Springer VS, 298 S., ISBN 978-3-658-06219-4.

Andreas Heilmann, Gabriele Jähnert, Falko Schnicke, Charlott Schönwetter, Mascha Vollhardt (Hg.)

Männlichkeit und Reproduktion. Zum gesellschaftlichen Ort historischer und aktueller Männlichkeitsproduktionen

STEFAN SULZENBACHER

Die feministische Erkenntnis, dass Geschlecht ebenso wenig allein ‚Frauen*sache‘ ist wie eine an Emanzipation interessierte Auseinandersetzung mit vergeschlechtlichten Diskriminierungen und Privilegierungen, kann als kleinster gemeinsamer Nenner dezidiert kritischer Beschäftigungen mit Männlichkeiten gelten. Seit dem Erscheinen der richtungweisenden Studie zu *Masculinities* von R.W. Connell vor 20 Jahren erfahren entsprechende Perspektivierungen gerade aufgrund ihrer zunehmenden akademischen Institutionalisierung im genuin transdisziplinär ausgerichteten Forschungsbereich der Gender Studies eine stete Vervielfältigung. Die dabei entstehenden Interferenzen mit etablierten Disziplinen erweisen sich als überaus ergiebig, wenn es um das wissenschaftlich fundierte Aufzeigen sowie die notwendige Kritik der polymorphen Persistenz männlicher (Vor-)Herrschaft geht.

Mit „Männlichkeit und Reproduktion“ liegt nun ein Sammelband vor, dessen einzelne Beiträge die Heterogenität methodologischer Zugänge zum Thema Männlichkeit illustrieren, und der aufgrund seiner thematischen Fokussierung neue Impulse liefert. Besonders die von den Herausgeber_innen einleitend vorgeschlagene Öffnung und mehrdimensionale Verortung des Reproduktionsbegriffs – „sowohl bezogen auf den Bereich der Reproduktionsarbeit als auch auf die Selbstreproduktion von Männlichkeiten im (kollektiven) Handeln wie auf narrativer Ebene“ (10) – erlaubt es, die „inter- und transdisziplinären Erkundungen der historischen, sozialen und kulturellen Konstitution, Konstruktion und Transformation von Männlichkeiten“ (9) in einen zwar impliziten, jedoch vielversprechenden weiterführenden Dialog treten zu lassen. Die 17 Beiträge argumentieren aus kultur- wie sozialwissenschaftlichen Perspektiven und greifen auf soziologische, literatur-, geschichts- und medienwissenschaftliche Analyseinstrumente zurück. Der interdisziplinäre Anspruch des Bandes wird auch in der vierteiligen Gliederung evident, die sich weniger entlang disziplinärer Grenzen orientiert, als vielmehr jeweils bestimmte Formationen des Nexus von Männlichkeit und Reproduktion thematisiert.

Der erste Abschnitt fragt „nach den literarischen und kulturellen Repräsentationen von Männlichkeit im Zusammenhang mit Reproduktion“ (11). So geht *Ulrike Vedder* der Figur des männlichen Junggesellen in Literatur und Wissenschaften des 19. Jahrhunderts nach. Anhand der Beispiele von Wilhelm Heinrich Riehl und Adalbert Stifter erörtert sie die Ambivalenz dieser Figur, die es erlaubt, „mit der Gleichzeitigkeit ihrer Positionierung innerhalb einer Genealogie und außerhalb der familialen

oder bürgerlichen Ordnung zu spielen“ (48). Tatsächlich wurde der Junggeselle in normalisierenden Diskursen pathologisiert und zur Verkörperung von Abweichung, Dekadenz und Degeneration. Wie Vedder eindrücklich herausarbeitet, ist es die Vielfalt der Imaginationen des Junggesellen als devianter Figur, die ihn zu einem ergiebigen Einstiegspunkt für Analysen wissenschaftlicher und kultureller Debatten um Männlichkeit, Reproduktion, Familie, Genealogie und Vererbung im 19. Jahrhundert machen.

Im umfangreichsten zweiten Block wird das Verhältnis von (neuer) Männlichkeit und Reproduktionsarbeit vor dem Hintergrund ihrer jeweiligen Krisenhaftigkeit ausgeleuchtet. *Andreas Heilmann* eröffnet den Abschnitt, indem er die im akademischen Diskurs häufig getrennt diskutierte Dynamiken der Männlichkeitskrise und Reproduktionskrise aus einer kombinierten arbeits- und geschlechtersoziologischen Perspektive „als strukturell zusammenhängende“ (101) ausweist und damit auch einen gesellschaftstheoretischen Anspruch formuliert. Gerade aufgrund dieses von ihm unter Rekurs auf zahlreiche soziologische Studien herausgearbeiteten Zusammenhangs erhält seine Diagnose eines Reproduktionsdilemmas von Männlichkeit Plausibilität, wonach die (individuelle) Reproduktion männlicher Lebens- und Lohnarbeitskraft immer weniger mit der (institutionellen) Reproduktion männlicher Dominanz im binären Geschlechterverhältnis kompatibel scheint. Ob das emanzipatorische Potential dieser Widerspruchskonstellation zur Entfaltung gebracht werden kann, ist – so Heilmanns Resümee – noch offen und hängt von politischen Machtverhältnissen und den Handlungsstrategien der beteiligten Akteur_innen ab.

Anhand verschiedener historischer Beispiele untersucht das dritte Segment kollektive Männlichkeitsreproduktionen als notwendige Ergänzungen und Rahmungen individueller Reproduktionen von Männlichkeit. *Falko Schnicke* analysiert das historische Seminar als zentrales, wenn auch komplexes Element der Vermännlichung der deutschen Geschichtswissenschaft im späten 18. und 19. Jahrhundert. Er unterscheidet dabei vier Reproduktionsweisen sowohl der männlichen Disziplin als auch der Männlichkeit des Historikers: die Organisation von Methodenstudien in homosozialen Gruppen, sexualisierte Verwandtschaftsmetaphoriken des Lehrer-Schüler-Verhältnisses, die rituelle Reproduktion der Historiker-Männlichkeit auf Seminarfesten sowie die Bildästhetik öffentlicher Historikerportraits. Hinsichtlich der übergeordneten Frage des Bandes lautet sein Fazit, „dass der Reproduktion von Männlichkeit logisch ein Akt ihrer Produktion vorausgehen muss und historisch vorausgegangen ist“ (229).

Der vierte Abschnitt beschäftigt sich schließlich mit der Reproduktion von Männlichkeit im Internet und in neuen Medien. Die schwulen Dating-Portale GayRomeo und Grindr werden von *Katrin Köppert* aus transdisziplinärer Perspektive „der historischen Kultur- und Geschlechterwissenschaft, der Feminist Science und Media-Technology Studies sowie Queer Theory“ (331) in den Blick genommen. Reproduktive Männlichkeit wird von ihr entlang des Narrativs der Fortpflanzung des männlichen und westlichen Geistes thematisiert und hinsichtlich des mikropoli-

tischen, queeren Potentials von Affekten für die „*mixed reality* des Online-Offline-Sexes“ (FN14, 331) befragt.

Als Teil der Reihe „Kulturelle Figurationen: Artefakte, Praktiken, Fiktionen“ stellt der Band insgesamt zwar kulturwissenschaftliche Perspektivierungen ins Zentrum, jedoch zeichnen sich die Analysen durch ihren expliziten Einbezug der jeweiligen historischen und sozialen Kontexte aus und tragen somit zum gelungenen inter- und transdisziplinären Vorhaben des Bandes bei. Trotz der – auch von den Herausgeber_innen selbstkritisch eingeräumten – Abwesenheit von dezidierten Beiträgen zu Trans- und rassifizierten Männlichkeiten ist der Band uneingeschränkt zur Lektüre zu empfehlen und stellt einen wichtigen Beitrag für eine kritische Perspektive auf Männlichkeiten dar.

Andreas Heilmann, Gabriele Jähnert, Falko Schnicke, Charlott Schönwetter, Mascha Vollhardt (Hg.), 2015: Männlichkeit und Reproduktion. Zum gesellschaftlichen Ort historischer und aktueller Männlichkeitsproduktionen. Wiesbaden: Springer VS. 356 S., ISBN 978-3-658-03983-7.

ANKÜNDIGUNGEN UND INFOS

Vorschau Heft 2/2016: 20 Jahre Vertrag von Amsterdam – europäische Gleichstellungspolitik revisited (Arbeitstitel)

Das Jahr 2017 markiert das 20-jährige Jubiläum des Amsterdamer Vertrages und damit auch der supranationalen Verankerung von Gleichstellungspolitik als Querschnittsziel (Gender Mainstreaming) und von Anti-Diskriminierung auf Grund verschiedener Kategorien. 20 Jahre nach Vertragsunterzeichnung hat sich ein supranationales europäisches Gender Regime herausgebildet, das weit über die ursprüngliche Begrenzung auf Beschäftigungspolitik hinausgeht und Politikthemen wie etwa Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen, Gender-Perspektiven in der Forschungspolitik, gleiche Repräsentation von Frauen und Männern in den EU-Institutionen, Vereinbarkeit von Beruf und Familie oder auch Verhinderung multipler Diskriminierung umfasst.

Anlässlich dieses Jubiläums soll das Schwerpunktheft die Funktion supranationaler Regelungen für Gleichstellungspolitik angesichts der ökonomischen, fiskalischen und demokratischen Krise der EU reflektieren. Dabei soll der Blick zum einen auf institutionalisierte politische Strategien wie Gender Mainstreaming oder Anti-Diskriminierung sowie auf gleichstellungspolitische Ansätze zivilgesellschaftlicher Bewegungen gerichtet werden. Zum anderen soll der Bedeutung supranationaler Gleichstellungspolitik in verschiedenen Politikfeldern sowie auf den verschiedenen Ebenen europäischen Regierens nachgespürt werden. Das Heft möchte damit bilanzieren, wo die Europäische Union und ihre Mitgliedsstaaten hinsichtlich Geschlechtergleichstellung und Anti-Diskriminierung 20 Jahre nach Amsterdam stehen und welche Perspektiven sich für die Zukunft ergeben. Konkret laden wir zu Beiträgen ein, die die nachfolgenden Themenkomplexe berühren:

Der Schwerpunkt wird inhaltlich von Petra Ahrens, Alexandra Scheele und Gastherausgeberin Anna van der Vleuten betreut.

Offene Rubrik Forum

Neben dem Schwerpunktthema bietet die Rubrik Forum die Gelegenheit zur Publikation von Originalmanuskripten aus dem Bereich geschlechtersensibler Politikwissenschaft (Beiträge im Umfang von 20.000 bis max. 25.000 Zeichen), die zentrale Forschungsergebnisse zugänglich machen oder wissenschaftliche Kontroversen anstoßen. Vorschläge in Form von ein- bis zweiseitigen Abstracts erbitten wir an die Redaktionsadresse redaktion@femina-politica.de. Die endgültige Entscheidung wird auf der Basis des Gesamttextes getroffen.

Neuerscheinungen

Bargetz, Brigitte/Ludwig, Gundula/Sauer, Birgit (Hg.), 2015: *Gouvernementalität und Geschlecht: politische Theorie im Anschluss an Michel Foucault*. Frankfurt/M., New York: Campus Verlag.

Bergmann, Nadja/Scambor, Christian/Scambor, Elli, 2014: *Bewegung im Geschlechterverhältnis? Zur Rolle der Männer in Österreich im europäischen Vergleich*. Wien: Lit Verlag.

Domscheit-Berg, Anke, 2015: *Ein bisschen gleich ist nicht genug! Warum wir von Geschlechtergerechtigkeit noch weit entfernt sind*. Ein Weckruf. München: Wilhelm Heyne Verlag.

Fleig, Anne (Hg.), 2014: *Die Zukunft von Gender: Begriff und Zeitdiagnose*. Frankfurt/M., New York: Campus Verlag.

Förschler, Silke /Habermas, Rebekka/Roßbach, Nikola (Hg.), 2014: *Verorten – Verhandeln – Verkörpern: interdisziplinäre Analysen zu Raum und Geschlecht*. Bielefeld: Transcript-Verlag.

Gaitanides, Charlotte/Grözinger, Gerd (Hg.) 2015: *Diversity in Europe*. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft (Europawissenschaftliche Schriften der Europa-Universität Flensburg 4).

Gebhardt, Miriam, 2015: *Als die Soldaten kamen. Die Vergewaltigung deutscher Frauen am Ende des Zweiten Weltkriegs*. Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt.

George, Roman, 2015: *Die geschlechtsspezifische Strukturierung des Niedriglohnssektors. Eine vergleichende Perspektive auf Frankreich, Großbritannien, Schweden und Deutschland*. Münster: Westfälisches Dampfboot 2015 (Arbeit–Demokratie–Geschlecht 21).

Gmainer-Pranzl, Franz/Schmutzhart, Ingrid/Steinpatz, Anna (Hg.), 2014: *Verändern Gender Studies die Gesellschaft? Zum transformativen Potential eines interdisziplinären Diskurses*. Frankfurt/M. u. a.: Peter Lang Verlag (Salzburger interdisziplinäre Diskurse 5).

Haidinger, Bettina/Knittler, Käthe, 2014: *Feministische Ökonomie: Intro - eine Einführung*. Wien: Mandelbaum Verlag.

Hackfort, Sarah K., 2015: *Klimawandel und Geschlecht. Zur politischen Ökologie der Anpassung in Mexiko*. Baden-Baden: Nomos Verlag.

Höppner, Julia, 2015: *Das Betreuungsgeld und seine Inanspruchnahme. Norwegen, Schweden und Deutschland im Vergleich*. Frankfurt/M., New York: Campus Verlag (Schriften des Zentrums für Sozialpolitik 27).

Jurisc, Ivana, 2014: *Feeling integrated, yet not accepted. Integration process challenges of Muslim immigrant women in Berlin*. Marburg: Tectum Verlag (Wissenschaftliche Beiträge aus dem Tectum Verlag: Politikwissenschaften 59).

Krook, Mona Lena/Zetterberg, Par (Hg.), 2015: *Gender quotas and women's representation. New directions in research*. New York: Routledge.

Lewalter, Sandra, 2015: *Geschlechtergleichstellung bei Privatisierungen. Anforderungen und Handlungsoptionen aus rechtlicher Sicht*. Nomos/edition Sigma.

Paternotte, David/Tremblay, Manon (Hg.), 2015: *The Ashgate research companion to lesbian and gay activism*. Surrey: Ashgate Publishers.

Penny, Laurie, 2015: *Unsagbare Dinge. Sex, Lügen und Revolution*. Hamburg: Edition Nautilus.

Pinl, Claudia, 2013: *Freiwillig zu Diensten? Über die Ausbeutung von Ehrenamt und Grattisarbeit*. Frankfurt/M.: Nomen Verlag.

Plogstedt, Sibylle, 2015: *Mit vereinten Kräften. Die Gleichstellungsarbeit der DGB-Frauen in Ost und West (1990-2010)*. Gießen: Psychosozial-Verlag (Sachbuch Psychosozial).

Rogger, Franziska, 2015: *„Gebt den Schweizerinnen ihre Geschichte!“ Marthe Gosteli, ihr Archiv und der übersehene Kampf ums Frauenstimmrecht*. Zürich: Neue Zürcher Zeitung.

Salzbrunn, Monika, 2014: *Vielfalt/Diversität*. Bielefeld: Transcript-Verlag (Einsichten).

Scholz, Nina (Hg.), 2014: *Gewalt im Namen der Ehre*. Wien: Passagen Verlag.

Schöpp-Schilling, Hanna Beate/Rudolf, Beate/Gothe, Antje (Hg.), 2014: *Mit Recht zur Gleichheit. Die Bedeutung des CEDAW-Ausschusses für die Verwirklichung der Men-*

schenrechte von Frauen weltweit. Baden-Baden: Nomos Verlag.

Schwarz, Silke, 2014: Gendergerechtigkeit als Universalkonzept? Kritische und kultursensible Analysen von Gendermainstreaming nach einer Katastrophe. Wiesbaden: Springer VS.

Skornia, Anna Katharina, 2014: Entangled Inequalities in Transnational Care Chains. Practices Across the Borders of Peru and Italy. Bielefeld: Transcript-Verlag (Global Studies).

Völker, Susanne/Amacker, Michèle (Hg.): Prekarisierungen. Arbeit, Sorge und Politik. Weinheim und Basel: Beltz Juventa.

Walczewska, Stawomira, 2015: Damen, Ritter und Feministinnen. Zum Frauenrechtsdiskurs in Polen. Aus dem Polnischen von Ursula Kiermeier. Wiesbaden: Harrassowitz Verlag.

Wischermann, Ulla/Kirschenbauer, Annette (Hg.), 2015: Geschlechterarrangements in Bewegung. Veränderte Arbeits- und Lebensweisen durch Informatisierung? Bielefeld: Transcript-Verlag 2015.

Woller, Almut, 2014: Transformation der Geschlechterverhältnisse in den Vereinigten Arabischen Emiraten: eine feministische Diskursanalyse der Arbeitsmarktintegration emiratischer Frauen. Berlin: Frank & Timme.

Aus Zeitschriften und Sammelbänden

Ahrens, Petra, 2015: Geschlechtergerechte öffentliche Institutionen: von Umverteilung und Anerkennung. In: Siller, Peter/Schönfelder, Stefan/Jugel, David/Meinefeld, Ole (Hg.): Drinnen und Draußen. Inklusion als sozialpolitische Strategie. Frankfurt/M.: Campus-Verlag: 389-397.

Bargetz, Brigitte, 2015: The Distribution of Emotions: Affective Politics of Emancipation. In: *Hypatia: A Journal of Feminist Philosophy*, 30 (3), 580-596.

Bargetz, Brigitte, 2015: Krise(n): Ausgangspunkt für eine kritische politische Theorie des Alltags. In: *Kurswechsel. Zeitschrift für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen*, 20 (1) 15-23.

Bird, Karen, 2015: Intersections of exclusion: the institutional dynamics of combined gender and ethnic quota systems. In: *Politics, Groups, and Identities* 3 (1), 1-23.

Folke, Olle/Freidenvall, Lenita/Rickne, Johanna, 2015: Gender Quotas and Ethnic Minority Representation: Swedish Evidence from a Longitudinal Mixed Methods Study. In: *Politics & Gender* 11 (2), 345-381.

Gasser, Martin/Kersten, Sarah/Nollert, Michael/Schief, Sebastian, 2015: Geschlechtsspezifische Ungleichheiten in der bezahlten und unbezahlten Arbeit: Kantonale Muster der Zeitungleichheit. In: *Schweizerische Zeitschrift für Soziologie*, 41 (1), 9-31.

Gender and Political Psychology. Special Issue der Zeitschrift "Politics, Groups, and Identities" 3 (1).

Gesterkamp, Thomas, 2015: Männerpolitik und Antifeminismus. In: *WSI Mitteilungen* 68 (1), 59-61.

Hirsch, Michael, 2014: Repolitisierung des Feminismus: Jenseits von Rostdemokratie und Entpolitisierung sozialer Bewegungen. In: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 27 (1), 54-63.

Hirschauer, Stefan, 2014: Die Geschlechter der Soziologie. An den Grenzen eines Beobachtungsschemas. In: *Soziologische Revue* 37 (2), 133-139.

Lautmann, Rüdiger, 2014: Geschlechter – wenn überhaupt, wie viele? In: *Soziologische Revue*, 37 (2), 140-147.

Lenz, Ilse, 2014: Vom Geschlecht in der Soziologie zur Geschlechtersoziologie: Verflechtungen, Wechselwirkungen und Aneignungen. In: *Soziologische Revue* 37 (2), 148-154.

Buckley-Zistel, Susanne/Krause, Ulrike/Loeper, Lisa, 2014: Sexuelle und geschlechterbasierte Gewalt an Frauen in kriegsbedingten Flüchtlingslagern. Ein Literaturüberblick. In: *Peripherie* 34 (133), 71-89.

Dittmer, Cordula, 2014: Der Einsatz westlicher Soldatinnen in Afghanistan – Positionierungen und Aushandlungsprozesse militärischer Geschlechterordnungen. In: *Peripherie* 34 (133), 9-25.

Nachtigall, Andrea, 2014: Embedded Feminism. In: *Peripherie*, 34 (133), 90-93.

Oldenburg, Silke, 2014: Liebe in Zeiten humanitärer Intervention. Sex, Geschlechterbeziehungen und humanitäre Intervention in Goma, DR Kongo. In: *Peripherie*, 34 (133), 46-70.

Paxton, Pamela/Hughes, Melanie M., 2015: The Increasing Effectiveness of National Gender Quotas, 1990-2010. In: *Legislative Studies Quarterly*. 40 (3), 331-362.

Schmidt, Andrea, 2015: „Mach ein bisschen mehr sexy“: Gedanken zu Mädchenarbeit, Sexualität, Feminismus und Pornografie. In: *Betrifft Mädchen* 28 (2), 64-70.

Weber, Beverly, 2015: Gender, Race, Religion? Rethinking Intersectionality. In: *European Journal of Women's Studies*. 22 (1), 22-36.

AUTOR_INNEN DIESES HEFTES

Achtelik, Kirsten, Diplom-Sozialwissenschaftlerin, freie Journalistin und Autorin. Arbeitsschwerpunkte: Abtreibung, Reproduktionstechnologien, Feminismus, soziale Bewegungen, „Lebensschützer“. Letzte Veröffentlichung: „Selbstbestimmte Norm. Feminismus, Pränataldiagnostik, Abtreibung“, Verbrecher Verlag 2015. E-Mail: kirsten.achtelik@gmx.de

Ahrens, Petra, Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrbereich Soziologie der Arbeit und Geschlechterverhältnisse, Institut für Sozialwissenschaften, Humboldt-Universität zu Berlin. Arbeitsschwerpunkte: Gleichstellungspolitik der Europäischen Union, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, Gender Mainstreaming. E-Mail: petra.ahrens@sowi.hu-berlin.de

Ajanovic, Edma, Mag.a, Politikwissenschaft, Dissertantin am Institut für Politikwissenschaft, Universität Wien. Arbeitsschwerpunkte: Migration, Rassismus, Rechtsextremismus/-populismus. E-Mail: edma.ajanovic@univie.ac.at

Alemann, Annette von, Dr., Soziologin, Lehrbeauftragte an der Universität zu Köln im Rahmen des Zertifikats „Gender Studies“. Arbeitsschwerpunkte: Geschlecht und Organisation, Heterogenität und soziale Ungleichheit, Care im Kontext von Beruf und Familie, Deutungsmuster von Führungskräften der deutschen Wirtschaft. E-Mail: annette@von-alemann.de

Dansen, Dan, M.A., Kulturwissenschaft und Neuere deutsche Literatur, Studium am Filminstitut der Universität der Künste Berlin in der Fachklasse „Narration in und mit technischen Bildmedien“ bei Thomas Arslan, Freiberuflicher DJ, Filmmacher und Fotograf. Arbeitsschwerpunkte: Filmregie, Herrschaftskritik, Verbindung von Queer Theory und Kapitalismuskritik mit künstlerischem Arbeiten. E-Mail: info@bikepunkproductions.de

Düeck, Julia, Studium der Politikwissenschaft in Berlin, Promotion an der Goethe-Universität Frankfurt zu einem feministisch-materialistischen Krisenbegriff und Organisierungsperspektiven im Care-Bereich. Sie ist in verschiedenen Zusammenhängen politisch aktiv, u.a. im Bündnis „Berlinerinnen und Berliner für mehr Personal im Krankenhaus“ und im Care-Revolution Netzwerk. E-Mail: juliadueck@web.de

Fuchs, Gesine, Dr. phil., in eigener Praxis in Forschung, Lehre und Beratung tätig, Mitherausgeberin der *Femina Politica*. Arbeitsschwerpunkte: Recht und Politik, politische Partizipation und Repräsentation, Osteuropa. E-Mail: post@gesine-fuchs.net

Grill, Johannes, Psychologe (B.Sc.), studiert Sozialwissenschaften an der Humboldt-Universität zu Berlin und war autonomer Schwulenreferent im AstA der Universität Frankfurt/M.. E-Mail: johannes-grill91@freenet.de

Hacker, Hanna, PD Dr., Universität Wien und freie Wissenschaftlerin, Soziologin, Historikerin und Entwicklungswissenschaftlerin. Arbeitsschwerpunkte, Postcolonial und Cultural Studies in feministischer und queerer Perspektive. E-Mail: hanna.hacker@univie.ac.at

Hertrampf, Susanne, Dr. phil., Historikerin, Studium der Geschichte, Ethnologie und Philosophie an der Universität Freiburg. Arbeitsschwerpunkte: Deutsche und internationale Frauen(friedens)bewegungen, feministisches Denken, teilweise in Kooperation mit der Stiftung Archiv der deutschen Frauenbewegung (Kassel). Zurzeit als Bibliothekarin an der Universitätsbibliothek Bonn tätig. Mitglied der Deutschen WILPF-Sektion. E-Mail: su-hertrampf@t-online.de

Hinterhuber, Eva Maria, Prof. Dr. Phil. Dipl.-Pol., Professorin für Soziologie mit dem Schwerpunkt Genderforschung an der Hochschule Rhein-Waal, Mitherausgeberin der *Femina Politica*. Arbeitsschwerpunkte: Demokratie, Transformation und Zivilgesellschaft, Integration und Religion, Friedens- und Konfliktforschung, Gender. E-Mail: eva-maria.hinterhuber@hochschule-rhein-waal.de

Jochmann-Döll, Andrea, Dr. rer.pol., freie Wissenschaftlerin und Beraterin, Begründerin des Forschungs- und Beratungsbüros GEFA Gender.Entgelt.Führung.Arbeit., Arbeitsschwerpunkte: Gleichstellung der Geschlechter, Entgeltgleichheit zwischen Frauen und Männern.

Kahlert, Heike, Prof. Dr., Inhaberin des Lehrstuhls für Soziologie/Soziale Ungleichheit und Geschlecht der Ruhr-Universität Bochum. Arbeitsschwerpunkte: Transformationen des Wissens in der Moderne, Geschlechterverhältnisse und sozialer Wandel im Wohlfahrtsstaat, Institutionalisierte Ungleichheiten im Bildungswesen, Gleichstellungsbezogene Organisationsentwicklung im Public-Profit-Bereich. E-Mail: mail@heike-kahlert.de

Kambouri, Nelli, Fellow am Zentrum für Gender Studies der Panteion University, Athen und Post-Doc der Foundation for Research and Technology, Heraklion. Arbeitsschwerpunkte: Prekaritätsforschung, Gender- und Migrationsforschung sowie Gender und Wissenschaft.

Keller, Andreas, Dr., Politikwissenschaftler, stellvertretender Vorsitzender der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) und Vorstandsmitglied für Hochschule und Forschung, Frankfurt/Main. E-Mail: andreas.keller@gew.de

Kempf-Giefing, Martina, Mag.a phil., Psychotherapeutin in freier Praxis (in Ausbildung unter Supervision), Aktivistin der BettelLobby Wien, Straßensozialarbeiterin bei der Suchthilfe Wien. Arbeitsschwerpunkte: Armutsmigration, Straßensozialarbeit und Individualpsychologie.

Kersten-Pejanić, Roswitha, M.A., Gender Studies und Südslawistik, Doktorandin und wissenschaftliche Mitarbeiterin im DFG-Forschungsprojekt „Gender und Sprache in Südosteuropa“ an der Humboldt-Universität zu Berlin. Arbeitsschwerpunkte: Europäisierung/Europäische Integration, Genderlinguistik, Sprachideologie. E-Mail: roswitha.kersten-pejanic@gender.hu-berlin.de

Lange, Anja, M.A., Slawistik, DAAD-Lektorin an der Nationalen Technischen Universität der Ukraine „Kiewer Polytechnisches Institut“ an der Linguistischen Fakultät und der ukrainisch-deutschen Gemeinsamen Fakultät für Maschinenbau. Arbeitsschwerpunkte: Ukrainistik, Deutsch als Fremdsprache, Gender. E-Mail: anja.dsc@gmail.com

Lipinsky, Anke, Dr., Vergleichende Kulturwissenschaftlerin, wissenschaftliche Mitarbeiterin am GESIS-Leibniz Institut für Sozialwissenschaften, Abteilung Dauerbeobachtung der Gesellschaft, Köln. Arbeitsschwerpunkte: Geschlechterpolitik im Europäischen Forschungsraum, Evaluation von Geschlechterpolitiken und Gleichstellungsmaßnahmen, Forschungsförderung und Geschlecht. E-Mail: Anke.Lipinsky@gesis.org

Llaveria, Eric Caselles, Studium des MA Gender Studies an der HU Berlin, Studentische Hilfskraft am Max-Planck Institut für Wissenschaftsgeschichte. Arbeitsschwerpunkte: Feminist Studies of Science, Queer Studies. E-Mail: eric.llaveria.caselles@gmail.com

Malenica, Brigita, M.A., Politikwissenschaft, Doktorandin der Universität Wien. Arbeitsschwerpunkte: Politische Theorie, Feminismus, Postsozialismus. E-Mail: brigita.malenica@web.de

Mayer, Stefanie, Mag.a, Politikwissenschaft, Lektorin am Institut für Politikwissenschaft, Universität Wien. Arbeitsschwerpunkte: Feministische Theorie und Aktivismus, (Anti-)Rassismus, Rechtsextremismus/-populismus. E-Mail: stefanie.mayer@univie.ac.at

Nagy, Nicola, Studium der Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin und an der Sciences Po Paris, Mitherausgeberin der Femina Politica. Arbeitsschwerpunkte: Queer-Feminismus, politische Theorie, Schnittstelle von Politik und Kunst, insbesondere Film. E-Mail: nicola.nagy@fu-berlin.de

Ouart, Lydia-Maria, M.A., Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Arbeitsschwerpunkte: Ökonomisierung, Ambulante Pflege, Qualitative Methoden. E-Mail: Lydia-maria.ouart@wzb.eu

Rauchberger, Annika, Sozialarbeiterin und angehende Soziologin, Aktivistin bei der BettelLobby Wien und bei Fußballfans gegen Homophobie. Arbeitsschwerpunkt: soziale Ungleichheit.

Scheele, Alexandra, Dr. phil., akademische Mitarbeiterin am Lehrstuhl Wirtschafts- und Industriesoziologie der BTU Cottbus-Senftenberg, im Wintersemester 2015/16 Vertretungsprofessur für Sozialwissenschaften an der Fakultät für Soziologie an der Universität Bielefeld, Mitheraus-

geberin der *Femina Politica*. Arbeitsschwerpunkte: Soziologie der Arbeit und Geschlechterverhältnisse, Krisendynamiken und Ungleichheiten in Europa. E-Mail: scheele-baer@b-tu.de

Seiler, Nina, Doktorandin der Universität Zürich im Doktoratsprogramm Gender Studies, zurzeit am Institut für Literaturforschung der Polnischen Akademie der Wissenschaften (IBL PAN) in Warschau. Arbeitsschwerpunkte: Feministische Theorien in der Polonistik, Polnische zeitgenössische Literatur. E-Mail: nina.seiler@uzh.ch

Sulzenbacher, Stefan, Mag.phil., Stipendiat der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (DOC) und Projektmitarbeiter am Institut für Theater-, Film- und Medienwissenschaft der Universität Wien. Arbeitsschwerpunkte: (mediale) Gouvernementalitätsstudien, Fernsehwissenschaft und kritische Männlichkeitsforschung. E-Mail: stefan.sulzenbacher@univie.ac.at

Thuswald, Marion, Mag.a.phil., Sozialpädagogin und Bildungswissenschaftlerin, forscht und lehrt in der Lehrer_innenbildung an der Akademie der bildenden Künste Wien und ist Aktivistin der *BettelLobby* Wien. Arbeitsschwerpunkte: Betteln, Lernen und öffentlicher Raum, pädagogische Professionalisierung und sexuelle Bildung. E-Mail: m.thuswald@akbild.ac.at

Wagner, Lucienne, M.A. Sozialwissenschaften, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Soziologie der Freien Universität Berlin. Arbeitsschwerpunkte: Arbeits- und Geschlechtersoziologie, Care Work, Queer Theorie, Intersektionalität und Diversitätspolitik.

Wiedlack, Katharina, Dr.in, Gender Studies, Disability Studies und Transnationale Amerikanistik, derzeit Writer in Residence am NYU Jordan Center for the Advanced Study of Russia. Arbeitsschwerpunkte: Mediendiskurse zum postsozialistischen Kontext, Körperpolitiken und Vulnerabilität. E-Mail: Katharina.wiedlack@univie.ac.at